

# pogrom

Zeitschrift für bedrohte Völker

## Ulrich Deltius Tahiti/Französisch Polynesien Südseeparadies unter dem Atompilz

Seit 15 Jahren le-  
stet Frankreich in  
seiner Kolonie Poly-  
nesien / Tahiti  
Atombomben, die  
das Leben im pazi-  
fischen Raum be-  
drohen. Polyne-  
siens Unabhängig-  
keitsbewegung be-  
kämpft die Atom-  
versuche.



Vorwort von Ro-  
bert Jungk, Gemeins. herausgeg. von  
Gesellschaft für bedrohte Völker,  
Greenpeace, Aktion Sühnezeichen,  
BBU,

Reihe pogrom Nr. 93/94, Oktober 1982,  
176 S. mit 38 Photos, 14 Graphiken und  
7 Karten, DM 7,80

John Mercer

## Die Haratin — Mauretaniens Sklaven

Mauretaniens  
100.000 Sklaven,  
die Haratin, kämp-  
fen um ihre Befrei-  
ung unter ihrer  
Bürgerrechtsbewe-  
gung EL HOR. Die  
britische Anti-Sla-  
very-Society legte  
diesen Bericht den  
'Vereinten Natio-  
nen' vor. Maureta-  
niens



Re-  
gierung hat die Existenz der Sklaverei  
nicht bestritten.

Reihe pogrom Nr. 91, September 1982,  
112 S., DM 6,80

Einzel- und Abo-Bestellungen bei:

## Gesellschaft für bedrohte Völker

Menschenrechtsorganisation für Minderheiten  
Gemeinnütziger Verein

Postfach 159 3400 Göttingen  
Tel.: pogrom-Versand 0551/55822  
Redaktion 55823

Postscheck Hamburg 297793-207

## Sozialdemokratie und Lateinamerika



### Teil I Politik und Geschichte

- Tilman Evers: Die westdeutsche  
Sozialdemokratie in Lateinamerika  
— Offensive oder Flucht nach vorne?
- Stefan Saarbach: Einige Aspekte der aktuellen Lateinamerika-  
Politik der Sozialdemokratie
- Frieda Jering: Zur Geschichte der  
Sozialistischen Internationale
- Fernando Mires: Haya de la Torre, oder:  
Das Bewußtsein des Populismus
- Manfred Fafiler: Gesellschafts- und Emanzipations-Entwürfe  
der deutschen Sozialdemokratie  
Einige historische Thesen

### Teil II Länderstudien

- Nikolaus Werz: Die venezolanische Acción Democrática:  
Vom Populismus zum Deserottismus  
Sozialdemokratische Solidarität  
mit Nicaragua und El Salvador
- Theo Rathgeber: Costa Rica: Kommt ein Pakt von  
Sozialdemokraten und Neoliberalen?
- M. Sofis Avedaño:  
M. Rojas Bolaños:  
Luz Ramalho: Der brasilianische Trabalhismo:  
Populismus oder Sozialdemokratie?
- Wolfgang Heuer: Bolivien: Sozialdemokratie  
in einer Nation von Cliquen?

Norbert Ahrens:  
Hugo Calderon:  
Jaime Ensigna:  
Mitglieder der SI  
Chronologie  
Quellenangaben

416 S. DM 29,80

Zu bestellen bei:  
LN - Vertrieb, Im Mehringhof  
Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

DOPPELNUMMER 109/110

10. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Dezember 1982

Solidaritätspreis DM 5,-



## Wahlen in Brasilien — Regime legitimiert?

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

**NICARAGUA:** Intervention auf allen Ebenen — Revolution in Nicaragua  
— auch für Frauen — **CHILE:** Das Exil ohne Ende — Situation der poli-  
tischen Parteien — **GUATEMALA:** Verfolgung der Intellektuellen —  
**COSTA RICA:** Costa Rica rüstet auf — **SOLIDARITÄT:** Protest gegen  
Entwicklungshilfe für El Salvador

# INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft .....	3
Solidaritätsdiskussion .....	5
✓ — GUATEMALA: Verfolgung der Intellektuellen .....	7
Wirtschaft: Staatsverschuldung und verbrannte Erde ..	10
Zeugenaussagen guatemalteckischer Bauern .....	14
— NICARAGUA: Intervention auf allen Ebenen .....	17
Der geheime Krieg gegen Nicaragua .....	20
Bericht des US-Oberstleutnant a.D. J.H. Buchanen .....	22
Revolution in Nicaragua — auch für Frauen? .....	29
CDS — Comité de la Defensa Sandinista .....	46
Probleme ländlicher Bildung in Nicaragua .....	53
Werkzeug für Nicaragua — Das Solidaritätsprojekt der DGB Jugend .....	60
✓ — COSTA RICA: Costa Rica rüstet auf .....	63
✓ — ARGENTINIEN: Zwischen Demokratisierung und den »Weißen Säbeln« .....	66
Jetzt auch noch die »Loge der Weißen Säbel«? .....	71
Unterschriftensammlung .....	73
✓ — CHILE: Das Exil ohne Ende .....	75
Zu den Beziehungen Washington - Santiago .....	78
Situation der politischen Parteien .....	82
✓ — BOLIVIEN: Das neue Wirtschaftsprogramm .....	90
✓ — BRASILIEN: Regime legitimiert? .....	92
✓ — ECUADOR: Vom Überfluß zur Krise .....	106
»Endlich die große 'Minderheit' in das verwandeln, was sie wirklich ist, die Mehrheit!« .....	111
✓ — URUGUAY: Der Untergang der Ja-Sager .....	117
Die »Selbstmorde« im Zuchthaus »Freiheit« .....	119
— REZENSIONEN: Nationale Revolution und indianische Identität .....	120
✓ — SOLIDARITÄT: Universität im Widerstand .....	122
✓ — Protest gegen Entwicklungshilfe für El Salvador .....	124
✓ — El Salvador — Spendenaufruf .....	128
FDCL-Spendenaufruf .....	130
Kinderhilfe zu Weihnachten .....	131
— ZEITSCHRIFTENSCHAU: .....	132

## Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
 Jahrgang 10 der  
 CHILE-NACHRICHTEN  
 erscheint monatlich  
 (mindestens 11 mal im Jahr)

## Redaktion:

Redaktionskollektiv  
 V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 2.12.1982

Abo-Preis: DM 40,—/Übersee DM 65,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung  
 Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«  
 PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108  
 Bankleitzahl 100 100 10

## Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
 c/o FDCL  
 Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2  
 1000 Berlin 61  
 Tel.: 030/6934029

Der Nachdruck von Artikeln aus den  
 LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
 ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-  
 legexemplare erbeten.

## ZU DIESEM HEFT

Die neue Bundesregierung macht ernst mit der Wende: der neue CSU Minister im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Warnke, hat die zukünftigen Richtlinien der Entwicklungs- und Außenpolitik gegenüber der Dritten Welt verkündet, die sich voll der Reaganstrategie unterordnet. Die Militärregime und Demokratien in Zentralamerika werden mit Entwicklungshilfegeldern und Krediten unterstützt; dagegen steht eine Kürzung der von Nicaragua für den Wiederaufbau dringend benötigten Finanzmittel an. Dagegen haben am 2. Dezember Solidaritätskomitees durch die Besetzung von CDU-Parteibüros protestiert.

Schwerpunkt dieses Heftes ist Mittelamerika. In GUATEMALA zeichnet sich eine Veränderung der Repressionsstrategie ab. Während bisher vor allem die Landbevölkerung Opfer der Verfolgung war, konzentrieren sich die Repressionsorgane nun auch auf die Intellektuellen: 2 bekannte Intellektuelle sind "verschwunden", Polizeikonvois machen systematisch Jagd auf Gedrucktes: viele Guatemalteken verstecken deshalb ihre Bücher aus Angst, wegen des Besitzes "subversiver" Literatur verfolgt zu werden.

Mehrere Berichte befassen sich mit NICARAGUA: der US-amerikanische Oberstleutnant a.D. Buchanan bereiste Zentralamerika, offensichtlich, um die militärischen und geheimdienstlichen Aktivitäten gegen Nicaragua zu koordinieren. In Nicaragua wird die Befürchtung immer konkreter, daß bereits im Dezember eine Intervention droht. Zwei andere Berichte zeigen den Alltag: die Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS) sind "Auge und Ohr der Revolution". Im Gespräch mit zwei CDS-Koordinatoren in sozial sehr unterschiedlichen Vierteln von Masaya werden die Erfolge und Schwierigkeiten dieser Basisorganisationen aufgezeigt. Ausgehend von den Biographien von drei Frauen beschreibt ein Artikel die Beteiligung der Frauen im Befreiungskampf gegen Somoza und an der Revolution und versucht eine Einschätzung zu geben, wie sich die gesellschaftliche Stellung der Frau in Nicaragua real verbessert hat.

Leider fehlt in diesem Heft ein Bericht zur Offensive der FMNL in El Salvador. Dies und das Fehlen eines Artikels zur Amnestie in Kolumbien hängt mit den Produktionsbedingungen der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN zusammen. Da wir alle neben unserer normalen Berufstätigkeit in der Redaktion mitarbeiten, kann es vorkommen, daß es die LN nicht schaffen, obwohl es politisch wichtig wäre, einen Artikel zu einem bestimmten Thema zu bringen.

Am 15. 11. haben in Brasilien Wahlen stattgefunden. Die undemokratischen Wahlgesetze sicherten der Regierungspartei PDS den Wahlerfolg. Die wirtschaftlich bedeutungsloseren und bevölkerungsärmeren Staaten im Nordosten - die gleichzeitig die politisch konservativeren sind - sorgen in Kongreß und Senat für eine Mehrheit der Partei des Militärregimes. Die Wahlen werden also an den Machtstrukturen nichts ändern und garantieren die Kontinuität der Politik in Brasilien. Dementsprechend war Reagan bei seinem Besuch in Brasilien des Lobes voll für den Demokratisierungsprozeß im Sinne der Militärs und der USA.

Im Nachbarland Argentinien spitzen sich die politischen Auseinandersetzungen weiter zu. Wir untersuchen das Spektrum der politischen Parteien und kommentieren die Aussichten des Demokratisierungsprozesses. Ein weiterer Artikel geht auf den Zusammenschluß von Offizieren, die Loge der "Weißen Säbel" ein, die eine Diktatur ohne die durch Verbrechen und Korruption öffentlich kompromittierten Offiziere anstrebt und einen Putsch angekündigt hat. Auf die Unterschriftenliste für die 50 deutschstämmigen Verschwundenen haben wir bisher 222 Unterschriften erhalten. Wir bitten auch in diesem Heft noch einmal um Eure Hilfe bei dieser Aktion.

Da wir unser erstes Heft 1982 im Februar auslieferten und - wie üblich - eine Sommerpause machten, hatten wir nur 9 Nummern produziert. Deshalb nun zum Ausgleich eine dicke Sondernummer.

P.S. Im übrigen will die Redaktion nicht verschweigen, daß sie in dem Streit, der jetzt in der UNO über die Vorbereitung einer Feier im Jahr 1992 ausgebrochen ist, eindeutig und klar Stellung bezieht. Bei aller Sympathie für die Belange Irlands und Islands ist die Redaktion der Meinung, daß am 12.10.1992 des Augenblicks gedacht werden muß, in dem vor 500 Jahren Kolumbus von den ersten Indios entdeckt wurde.

Betrifft: Förderabo

Zum Januar 1983 müssen wir - wie bereits im November angekündigt - den Preis der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN erhöhen. Dennoch wird die Finanzierung der Zeitschrift auch im kommenden Jahr äußerst knapp sein. Um das zweite Jahrzehnt unserer Arbeit auf einigermaßen stabile Beine zu stellen, brauchen wir mehr Geld. Deshalb bitten wir alle die, die es sich (noch) leisten können, mehr als DM 40,- für's Jahresabo zu bezahlen, ein Förderabo von DM 50,- oder mehr zu übernehmen. Deshalb ist auf der beiliegenden Zahlkarte auch kein Betrag eingedruckt.

Bitte auf dem Empfängerabschnitt das Stichwort 'Förderabo' unter der Rechnungsnummer nicht vergessen!

*Stiille Nacht... *

Sie naht wieder, die konsumfördernde Weihnachtszeit.

Und mit ihr das alte Problem:

WAS SCHENKE ICH MEINEN LIEBEN FREUNDEN, VERWANDTEN,  
MAMA UND PAPA, SCHWESTER UND BRUDER, KIND UND KEGEL?

Wir kennen dieses Problem auch. Und auch wir sind der Meinung, daß eine persönliche Gabe besonders geeignet ist, die die Lieben regelmäßig erfreut und auch noch zu ihrer Bildung beiträgt, elf Mal im Jahr und für nur DM 40,-.

Wir haben uns des Problems angenommen und eine Lösung gefunden, die auch unseren Bedürfnissen gerecht wird:

ein Geschenkabonnement der

## **LATEINAMERIKA NACHRICHTEN**

Das geht ganz einfach: Bei uns wird das Geschenkabo bestellt, wir schicken die LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN an die Beschenkten. Und bei Bestellungen, die bis zum 18. Dezember bei uns eingehen, schicken wir noch rechtzeitig zu Weihnachten eine Karte mit der Nachricht über das Geschenk an die Beschenkten.

*Oh du fröhlicheeee...*

## **Solidaritätsdiskussion**

Die Reaktionen einiger Leser auf das Editorial aus LN 106 brachten uns dazu, die darin angesprochenen Probleme erneut zu diskutieren. Gerade diese Leserbriefe machten klar, daß es sich eben nicht nur um unsere Schwierigkeiten handelt, sondern daß das zentrale Problem dieser Diskussion, das Verhältnis von Befreiungsbewegung und Solidaritätsarbeit, für viele nicht oder in einseitiger Form gelöst ist. Das Ergebnis unserer Diskussion war keine alte, neue oder sonstwie geartete "Generallinie". Das sollte und konnte es auch gar nicht sein. Warum?

Als unsere Aufgabe sehen wir es an, Bewegungen, Kämpfe, Lebensbedingungen, Zusammenhänge etc. zu analysieren und unseren Lesern diese Berichte und Analysen weiterzugeben, damit Solidarität zu wecken und die Sensibilität für die Zusammenhänge gerade auch mit unserer bundesrepublikanischen Wirklichkeit zu stärken. Unsere Analyse stößt aber auf große Schwierigkeiten. Soziale und politische Bewegungen sind lebendige, widersprüchliche Prozesse. Wie können wir hier immer ein angemessenes Verständnis von ihnen erhalten? Die Analyse ihres Ursprungs und ihrer Entstehungsbedingungen kann uns nur zu einer Einschätzung ihrer Bedeutung in den sozialen Kämpfen des entsprechenden Momentes führen. Zukünftigen Prozessen kann nur in Form von Untersuchungen von Kräfteverhältnissen und der Prognose möglicher Entwicklungen Rechnung getragen werden. Es sind aber wieder die realen Prozesse, die uns zu einer Revision unserer Einschätzungen zwingen, da diese Prozesse sich eben nicht einfach aus dem Ursprung der Bewegung ableiten lassen.

Für uns und die Solidaritätsbewegung als Ganzes ergibt sich hieraus aber die Gefahr, einfach fremde Analysen zu übernehmen. Denn dem Bemühen, nicht oberlehrerhaft die jeweils "richtige" Strategie von außen gemäß einmal erstellter Analyse zu "diktieren", folgt leicht die Übernahme der Analyse der in jedem Land als fortschrittlichste ausgemachten Bewegung und/oder Organisation. Die Versuchung ist groß, daß mit dem einmal verliehenen "Titel" ("fortschrittlichste Bewegung und/oder Organisation") auch das Vertrauen einhergeht, auch zukünftig werden reale Prozesse angemessen erfaßt werden. Was zur Folge hätte, daß wir Wechseln in Analyse, Strategie, Kampfmethoden etc. einfach folgen. - Der Weg zwischen Scylla "kritikloser Übernahme fremder Analysen" und Charybdis "Eurozentrismus" ist unendlich, muß aber immer weiter gegangen werden, wenn wir weder auf eigenes Denken verzichten, noch die Bezugnahme auf reale soziale Bewegungen in der "Dritten Welt" verlieren wollen.

Eine weitere Schwierigkeit kommt hinzu. Viele von uns haben selbst die Erfahrung gemacht, wie leicht es ist, in bestimmten Situationen ein vereinfachtes Weltbild zu übernehmen: In Konfliktsituationen gibt es oft nur noch Freund und Feind. Die Kämpfe in El Salvador und Nicaragua z.B. werden oft und nicht ohne Grund unter diesem Schema gesehen. Das ist nur verständlich, da die realen Erfahrungen von Ausbeutung und Intervention die "Fronten klären". Alle anderen Widersprüche sind aber in Gefahr, "unterzugehen" ohne doch gelöst zu sein.

Wobei das technische Problem, alles, was es an Informationen tatsächlich gibt, auch zu verarbeiten, unberührt bleibt.

Sind nicht gerade die Vernachlässigung von Widersprüchen und das daraus folgende fehlende Verständnis realer Prozesse eine wichtige Ursache für so viele schockartige Desillusionierungen in der Solidaritätsbewegung? Ein schlauer Mensch meinte mal: "Wahrheit ist immer revolutionär!" Recht hat er.

#### Nachtrag

Soweit das Ergebnisprotokoll einer sehr lebendigen Diskussion in der Redaktion, in der besonders die sehr unterschiedlichen Fälle der Befreiungsfront in El Salvador und des Sendero Luminoso in Peru kontrovers diskutiert wurden. Als wir jetzt das Protokoll gemeinsam gelesen haben, kam es uns in der Sache ganz richtig, aber doch etwas abstrakt und weniger lebendig vor. Wir sind aber dann zu der Überzeugung gekommen, daß es uns unmöglich wäre, in diesen komplizierten Fragen kurz und konkret zu sein.

So hoffen wir, daß man das Protokoll auch so verstehen kann, wie es ist. Wir werden also auch weiterhin versuchen, kritische Fragen zu stellen, weil das nicht konterrevolutionär sein kann.

# GUATEMALA

## Verfolgung der Intellektuellen

"Schon wieder ein Student der San Carlos Universität verschwunden", diese Nachricht erreicht uns mittlerweile wöchentlich aus Guatemala. Der Krieg der Machthaber gegen das Volk findet nicht nur auf dem Lande statt oder gegen die organisierte Arbeiterschaft, er richtet sich - wie ehemals unter Rios Montt's Vorgänger Diktator General Lucas Garcia - auch gegen die Intellektuellen. Rios Montt hat auch auf diesem Kampfplatz den Terror systematisiert und altbewährte Methoden, wie die Entführung von der offenen Straße weg, noch perfektioniert.

Zwei Fälle, die in der Öffentlichkeit auch außerhalb Guatemalas erhebliches Aufsehen erregten, sind die Verschleppung des inzwischen wieder aufgetauchten Schriftstellers Roberto Paz y Paz sowie des Geschichtsdozenten Rolando Medina, von dem weiterhin jede Spur fehlt.

Rolando Medina wurde am 28. September direkt auf dem Parkplatz vor dem Historischen Institut der Universität San Carlos entführt. Seine Frau Sandra, die vor kurzem im mexikanischen Exil eintraf, schildert die Ereignisse.

Sie hatte an jenem Abend ihren Mann vom Institut abgeholt, um mit ihm gemeinsam nach Hause zu fahren. Auf dem Weg zum Parkplatz begegnete ihnen eine Freundin, die ebenfalls mit ihnen fahren wollte. Rolando Medina ging voraus, um den Wagen zu holen, die Frauen blieben zurück und unterhielten sich.

"Plötzlich rief meine Freundin: 'Schau mal!' Ich drehte mich in die Richtung, in die sie wies und sah einen Microbus Marke 'Colt', neuestes Modell, Farbe korinthisch mit abgedunkelten Scheiben, Kennzeichen P-111030. Er fuhr auf das Fahrzeug meines Mannes zu und verhinderte so dessen Ausfahrt. Im Vorderteil des Microbusses saßen ein Mann und eine Frau. Der Motor lief weiter, während sie anhielten. Aus dem Hinterteil des Wagens sprangen drei Männer in Zivil. Sie waren maskiert und in den Händen hielten sie Maschinengewehre, die sie auf meinen Mann gerichtet hielten. Rolando leistet keinerlei Widerstand, als sie ihn zwingen, in das Fahrzeug zu steigen." Sandra schildert, daß sie nur noch einen kurzen Blick auf ihren Mann werfen konnte, dessen Gesicht bleich war vor Entsetzen.

Mit für sie heute unerklärlicher Kaltblütigkeit sei es den beiden Frauen gelungen, alle Gefühlsregungen zu beherrschen, keinen Laut von sich zu geben, damit man nicht aufmerksam würde auf sie und sie ebenfalls verschleppte. -

Der Fahrer gab Vollgas, sie konnten gerade noch das polizeiliche Kennzeichen des Wagens feststellen. Fast gleichzeitig sahen sie, wie ein weiteres ebensolches Fahrzeug - Kennzeichen P-212273 - startete und dem ersten folgte. Sie konnten noch erkennen, daß sich auch in diesem Fahrzeug drei mit Maschinengewehren bewaffnete Männer befanden. Die Mündungen der Gewehre hätte man am Fenster sehen können. Die beiden Wagen seien davongerast, ihre Reifen hätten keine Spuren hinterlassen. -

Seit diesem Tag ist Rolando Medina verschwunden. Er gilt als einer der brilliantesten Intellektuellen des Landes. Seine Freunde und

Schüler nennen ihn den 'guatemaltekischen Lukacs'. Der Historiker, Literaturkritiker und Schriftsteller mit der enzyklopädischen Bildung und dem kritischen Bewußtsein übte einen großen Einfluß auf die jungen Literaten des Landes, so heißt es allgemein.

Der andere prominente Entführte ist der bekannte guatemaltekische Schriftsteller Roberto Paz y Paz. Er verschwand etwa einen Monat später. Paz y Paz gehört zu jener älteren Generation politisch engagierter Intellektueller, die während der demokratischen Phase 1944 bis 54 ein neues freies Guatemala aufbauen wollten. Nach dem CIA-Putsch gegen die demokratische Regierung Arbenz wurde er festgenommen, gefoltert und später ins Exil entlassen. In den 60er Jahren kehrte er in seine Heimat zurück, verschwand aber bald wieder im Gefängnis. 'Aus Sicherheitsgründen', wie es hieß. Wegen schlechter Gesundheit war er vor einigen Jahren wieder in die Freiheit entlassen worden und hatte sich seitdem nicht mehr politisch betätigt. Über die Hintergründe seiner Entführung und seines Wiederauftauchens wurde noch nichts bekannt.

Die Entführung Medinas und Paz y Paz stellen nur zwei herausragende Beispiele dar der seit Jahren anhaltenden systematischen Verfolgung kritischer Intellektueller, die jetzt unter Rios Montt neue Höhepunkte erreicht.

### Einschränkung der Universitätsautonomie?

Es verdichten sich immer mehr die Gerüchte, daß die Autonomie der Universität aufgehoben werden soll. Bisher gab es keinen Diktator, der daran rühren wollte. Im Gegenteil. Bei Kritik an den Zuständen des Landes verwies man von offizieller Seite heuchlerisch auf diese demokratische Einrichtung.

Trotz Entführungen und Ermordungen von Dozenten und Studenten war bislang der autonome Status gesetzlich gesichert gewesen. Die Autonomie war eine "heilige Kuh". Offiziell dürfen Militär und Polizei das Gelände nicht betreten, es sei denn, sie werden von den Selbstverwaltungsorganen gerufen. Daß sie dennoch ihr Handwerk dort treiben in Zivil, versteht sich - steht auf einem anderen Blatt.

Der offizielle Status machte es möglich, daß die Wände bepinselt sind mit Parolen gegen die Regierung und in der Uni-Bücherei die Werke von Marx bis Che, ja, sogar Schriften von Rudi Dutschke, Ulrike Meinhof und Jan Carl Raspe zu finden sind. Schon vor 1 1/2 Jahren war es erstaunlich zu erleben, wie einerseits Angst und Mißtrauen die Stadt beherrschten, andererseits auf dem Universitätsgelände Bilder von Sandino prangten und Studenten aufrührerische Reden führten.

Inzwischen sind die großen politischen Organisationen, die noch vor kurzem das Bild der San Carlos prägten, weitgehend verschwunden. Die FERG (Mitglied der FP- 31) hat sich von der Uni zurückgezogen und ist in den Untergrund gegangen. Eine politische Arbeit sei nicht mehr möglich, so argumentiert sie, es blieben nur die bewaffneten Propaganda - Aktionen außerhalb der Universität. An einigen Fakultäten gibt es noch Gruppen der sozialdemokratisch orientierten FRENTE, die allerdings wenig politische Arbeit leisten.

Bei der Welle von Entführungen seit dem Ausnahmezustand vom 1.7. geht es, so scheint es, weniger darum, bekannte politisch militante Aktivisten zu treffen. Die neuen selektiven und manchmal auch zufälligen Entführungen mit anschließenden Folterungen und Ermordungen sollen wohl den staatlichen Repressionsorganen Kenntnis über tatsäch-

lich bestehende klandestine Strukturen in und außerhalb der Universität bringen. Zudem sollen sie womöglich auch als 'vorbeugende Maßnahme' das Herausbilden neuer Kader und Aktivisten verhindern.

### Verbotene Literatur

Seit dem Ausnahmezustand werden auch in der Hauptstadt systematisch die Wohnviertel von der Polizei durchkämt. Erst waren die Viertel der Armen dran, wo nach Waffen, Unterkünften von Widerstandskämpfern oder einfach nur nach unliebsamen Leuten gesucht wurde. Innenminister Mendez Riuz ließ bereits verlauten, daß dieser Kampf gegen 'Außer-gesetzliche' sehr erfolgreich sei. "Wir haben sehr viele Waffen beschlagnahmt und es gab zahlreiche Verhaftungen" (la razon, 4.11.82).

Nun sind auch die Viertel der Reichen an der Reihe. Selbst die Büroräume von Parteien bleiben nicht verschont, wie beispielsweise die Durchsuchung des Büros der DC (Christdemokraten) beweist. Auch die Geschäfts- und Wohnhäuser der Umgebung wurden durchsucht, eine Ausnahme bildete nur das Büro der DPA - hier sei niemand anwesend gewesen, heißt es in Pressemitteilungen.

Jeden Tag, jede Nacht erscheinen irgendwo Polizeikonvois. Panik breitet sich aus in der Stadt. Dabei haben es die Herrn des Morgengrauens besonders auf Geschriebenes abgesehen: Das veranlaßte die Journalisten-Vereinigung Guatemalas den Staatsrat zu bitten, "eine Liste über Literatur aufzustellen, die sich in den Bücherschränken der Guatemalteken befinden dürfen, um Probleme bei Durchsuchungen von Sicherheitskräften zu vermeiden" (prensa libre, 11.11.) Innenminister Mendez Riuz hatte schon zuvor einmal Hinweise gegeben: "Wir suchen Waffen und verbotene marxistisch-leninistische Literatur". Unsicherheit und Angst haben inzwischen viele Guatemalteken veranlaßt, ihre Bücher zu sortieren, zu verstecken oder gar zu verbrennen. Auf die Anfrage des Journalisten-Verbandes erklärte zwar der zweite Sprecher des Präsidenten, Escobar Argüelle: "Eines der Menschenrechte ist, daß man sich über alles informieren kann, wie auch immer die Doktrin oder Philosophie der Literatur sei, marxistisch oder nicht... Die Regierung respektiert dieses Recht." (prensa libre, 11.11.) Aber die Durchsuchungen und Beschlagnahmungen gehen weiter und die Angst breitet sich immer mehr aus. 200 Bücher verbrannte neulich ein Student...

Quellen: Rundbriefe, El dia, uno mas uno, u.a.

## Wirtschaft: Staatsverschuldung und verbrannte Erde

### Das Ausmass der ökonomischen Krise

Wie in allen kapitalistischen Ländern, so herrscht auch in Guatemala eine anhaltende ökonomische Krise. Einige wenige Daten sollen genügen, um das Ausmaß darzustellen. Im September dieses Jahres rechnete man von offizieller Seite damit, daß das Bruttosozialprodukt von 1982 um 2,5 % geringer sein wird, als im Vorjahr. Die offene Arbeitslosigkeit betrifft zwischen 15 und 20 % der arbeitsfähigen Bevölkerung, was etwa 300.000 bis 350.000 Personen bedeutet (von insgesamt ca. 2.200.000 arbeitsfähigen Personen und einer Gesamtbevölkerung von annähernd 7,4 Millionen). Der Arbeitsminister errechnete für 1983, daß etwa 800.000 Personen von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung betroffen sein werden. Diese offiziellen Zahlen geben die unterste Grenze an; andere sprechen von der doppelten Zahl.

Die Regierung Rios Montt "erbt" eine Auslandsverschuldung von US\$ 2.400 Mio, eine Summe, die fast das Doppelte der Exporteinnahmen des Landes darstellt. Es wird außerdem geschätzt, daß die Außenverschuldung der Privatunternehmer sich Ende 1982 auf ca. US\$ 300 Mio belaufen wird. Im Gegensatz dazu reicht die Brutto-Devisenreserve Ende 1982 gerade, um den Import von 10 Wochen zu begleichen und die Nettodevisenreserve (das sind Bruttodevisenreserve minus der innerhalb eines Jahres zahlbaren Verpflichtungen) ist negativ, d.h., es herrscht eine Verschuldung von US\$ 98 Mio. 1981 betrugen die Schulden aus der negativen Handelsbilanz US\$ 592 Mio, das entspricht 39 % des gesamten Exportes an Waren und Dienstleistungen des entsprechenden Jahres!

Das Defizit im Haushalt der Zentralregierung (laufende Einnahmen abzüglich aller Ausgaben) erreichte die Rekordziffer von US\$ 727 Mio, das entspricht annähernd der Hälfte des Gesamthaushaltes.

Obleich die Regierung für 1982 geplant hatte, das Defizit auf US\$ 45,3 Mio zu senken, gab der Präsident der Nationalbank im September bekannt, daß dies nicht gelingen sei, sondern daß sich das Defizit auf eine Summe zwischen 350 bis 400 Mio US\$ einpendeln würde.

Nicht nur in allgemeiner Hinsicht wirkt sich die politische Situation auf die Wirtschaft aus, auch in direkter Weise beeinflusst der anhaltende Krieg die Ökonomie Guatemalas. Die für den Export produzierende Agroindustrie bekommt die Auswirkungen empfindlich zu spüren. Die uneingeschränkte Repression des Militärs, der vor allem die Bewohner des westlichen Hochlandes ausgesetzt sind, sowie die Massaker an der Zivilbevölkerung, die Ausmaße von Völkermord angenommen haben, haben zur Folge, daß es auf den Plantagen an Arbeitskräften fehlt. Die armen Hochlandbauern, die traditionell ein- bis zweimal im Jahr für mehrere Monate sich während der Erntezeit auf den haciendas verdingen mußten, bleiben aus.

Die Politik der "verbrannten Erde" ist eine weitere direkte Form der Zerstörung der Wirtschaft. Dadurch, daß Tausenden von Kleinbauern die Ernten und die Felder verbrannt werden, ebenso Haus, Hof, Vieh und Arbeitsgerät, zerstört man ihre Subsistenz, damit verbunden aber auch die gesamten Austauschbeziehungen in weiten, dichtbesiedelten Regionen. Im Hochland und in Teilen des Petén ist der innere Markt ohnehin vergleichsweise gering entwickelt. Die örtlichen kleinen Kaufleute bleiben auf ihren Waren sitzen, keine indianische Bauernfamilie hat mehr einen Cent übrig. Die mit so großer Kunst und so viel Zeitaufwand gearbeiteten Webereien der Bauern, können zu Schleuderpreisen erworben werden, weil

dies eine der wenigen Möglichkeiten der indigenas ist, an Geld für den Einkauf von Nahrungsmitteln zu gelangen.

Es gibt keine genaue Zahlen, aber das Ausmaß des Chaos als Folge der staatlichen Repression müssen sogar auch offizielle Stellen eingestehen. Fuentes Corado, Sprecher des sogenannten Komitees zum nationalen Wiederaufbau, erklärte im August dieses Jahres vor der Presse, daß 250.000 Betroffene in den "Konfliktzonen" leben, die ihre Dörfer in den Regionen von El Quiché, Huehuetenango, Sololá, Südlicher Petén, Santa Rosa und Chimaltenango haben verlassen müssen, da mindestens 50.000 Häuser zerstört worden sind. Es erübrigt sich, das menschliche Leid auszumalen, das sich hinter diesen trockenen Zahlen verbirgt. Eine Zerstörung der in ihrer Hauptsache auf Selbstversorgung ausgerichtete bäuerliche indianische Wirtschaft aber bedeuten Hungersnöte und Tod ganzer Bevölkerungsteile.

### Massnahmen gegen die Krise ?

Um die wirtschaftliche Krise zu bewältigen hat sich die Regierung Maßnahmen ausgedacht, die vor allem das einfache Volk hart treffen:

1. Die Produktion soll durch Erhöhung der Preise wieder angekurbelt werden.
  2. Das Fehlen der privaten Investitionsbereitschaft soll durch die Erhöhung der öffentlichen Investitionen ausgeglichen werden.
- Da die Finanzen dafür fehlen, wird einfach mehr Geld gedruckt und ungedeckt in Umlauf gebracht. Der Präsident der Zentralbank erklärt hierzu: "Wir haben keine Angst vor der Inflation. Wir stimmen mit der Analyse des Internationalen Währungsfonds überein, der feststellt, daß unsere Defizite enorm sind; und daher werden wir die Preise erhöhen. Wir haben keine Angst vor einer Inflation, denn das wäre falsch. Im Gegenteil: Wir glauben, daß die steigenden öffentlichen Ausgaben zu diesem Zeitpunkt eine wichtige Rollen spielen und wir mit diesen Maßnahmen unsere Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht bringen können. Und wir werden es tun!"

Da weder inländische noch ausländische Privatunternehmen investieren, und die internationalen Kredite oder zugesagten Wirtschaftshilfen nicht ausreichen, werden die vom Zentralbankpräsidenten öffentlich angekündigten Ausgaben durch ungedeckte Staatsanleihen, die die Zentralbank vergibt, finanziert.

In Wirklichkeit bedeuten also diese vielgepriesenen Maßnahmen eine Abwertung der Währung des Landes. Deren Folge ist ein Verlust des Realeinkommens der Arbeitenden. Die öffentlichen Ausgaben werden mal wieder aus dem Geldbeutel der kleinen Leute bezahlt, die hohen Funktionäre bereichern sich dabei - wie stets.

Um die Unternehmer dennoch zu Investitionen zu bewegen und aufgrund des Devisenmangels entschloß sich Rios Montt am 14.11. 82 dazu, den Import mit sofortiger Wirkung zu beschränken. Er ließ eine Prioritätenliste aufstellen. Gemessen an den Importwerten von 1981 dürfen ab jetzt einzelne Produkte u.a. nur mehr zu 50% oder gar nur zu 20% des Wertes des Vorjahres eingeführt werden.

Besonders gilt dies u.a. für: Rohstoffe für metallverarbeitende Industrie, Textil- und Nahrungsmittelindustrie, Baumaterial (50%); Elektrische Apparate, Eisen- und Metallprodukte, Haushaltsgeräte (30%), PKW's, Holz und Holzprodukte gar nur zu 20%.

Die guatemalteckische Privatwirtschaft lehnt einhellig diese Maßnahme ab. In ganzseitigen Anzeigen erklären die Industrie- und Handelskammer sowie die mächtige Handels-, Finanz- und IndustrieVereinigung

einigung CACIF, daß sie in diesen Maßnahmen eine "Einschränkung der Freiheit, des Handels und der Industrie" sehen. Die dadurch auch bewirkte Verringerung der Produktion würde keinen Anreiz für Neuinvestitionen geben und das Devisenproblem nicht lösen. Korruption und Willkür würden wieder Tür und Tor geöffnet werden. Auf ihre Forderung hin wurde eine Kommission aus Vertretern der Regierung und der Privatwirtschaft eingerichtet, die nun Vorschläge zur Lösung der Probleme erarbeiten soll. Allerdings bleiben die Importbeschränkungen einstweilen in Kraft.

Eine weitere Wirtschaftsmaßnahme, die insbesondere wieder das Volk hart trifft, ist die zwangsweise Rekrutierung der Arbeitskräfte auf dem Lande, in den sog. "Konfliktzonen". Die Menschen müssen Straßen und Brücken bauen oder reparieren und bekommen dafür gerade eine warme Mahlzeit. Was sie da bauen oder wieder ausbessern sind keine an ihren Bedürfnissen ausgerichtete Einrichtungen, es sind vielmehr infrastrukturelle Maßnahmen, die sich nach den Anforderungen des Militärs richten.

Zugleich sollen die Bauern auf diese Weise in Abhängigkeit geraten zum Militär, das ihnen Nahrung und Kleidung gibt. So nützt die Regierung die Arbeitslosigkeit auf dem Lande, die sie selbst entweder direkt verursacht oder verstärkt hat, mit einer ungeheuren Menschenverachtung aus. Eine besondere Form dieses Zwanges stellen die vom Militär geschaffenen "strategischen Dörfer" oder "Wehrdörfer" dar. Im offiziellen Sprachgebrauch heißen sie "Modell-Dörfer". Es ist eine zynische Politik, die Rios Montt da betreibt. Erst läßt er die Lebensgrundlagen der Bauern zerstören, dann nutzt er ihre verzweifelte Lage aus und schafft mit seiner Politik "Lebensmittel gegen Arbeit" und "Bohnen und Gewehre" Abhängigkeiten, denen sich viele Bauernfamilien, wollen sie nicht Hungers sterben, nicht entziehen können.

Es ist ganz offenbar, daß eine Ankurbelung und eine Sanierung der nationalen Wirtschaft mit solcherart "Wirtschaftsmaßnahmen" ausgeschlossen ist. Sie sind in Wirklichkeit auch gar nicht dafür konzipiert. In Wahrheit handelt es sich um Maßnahmen, die dazu dienen sollen, den Volkswiderstand und seine Organisationen zu zerschlagen. Daß das nicht gelingt, zeigen die spontane Bildung lokaler Selbstverteidigungskomitees, die teilweise zusammenarbeiten mit den verbotenen Gewerkschaften und der anhaltende militärische Widerstand der Guerilla-Organisationen.

### Die Wirtschaftskrise ist Ausdruck der politischen Situation

Die allgemeine Krise, in der sich das Land befindet, hat eine lange Geschichte mit einer grausamen Kontinuität. Selbst die sich immer stärker zuspitzende Krise der nationalen Wirtschaft ist ein Ausdruck dieser Kontinuität. Mehr noch, sie vereint in sich alle wesentlichen Elemente und Merkmale der allgemeinen gesellschaftlichen Krise Guatemalas: Denn die verheerende wirtschaftliche Lage des Landes hat letztlich seine Ursache in den politischen Verhältnissen. Ein Grund für die Stagnation der letzten Jahre liegt in der fehlenden Investitionsbereitschaft der einheimischen wie der ausländischen Unternehmer. Die investieren nicht, da ihnen die Lage in dem vom Krieg geschüttelten Land zu unsicher ist. Verstärkt wird diese Zurückhaltung der Unternehmer noch durch die weltweite Rezession, in der sich die kapitalistischen Länder befinden und die sich selbstverständlich auch auf die guatemalteke Wirtschaft auswirkt. Denn Guatemala ist als Rohstoff- und Nahrungsmittellieferant einerseits sowie als Industriestandort für die Weiterverarbeitung von industriellen Halbfertigpro-

dukten der Industrieländer, beispielsweise aus der BRD, für den Centro-amerikanischen gemeinsamen Markt andererseits aufs engste mit den kapitalistischen Industrienationen verbunden.

Dennoch sind letztlich die auslösenden Faktoren für den derzeitigen Bankrott politischer Natur. So konnte Guatemala zwischen 1976 und 1978, inmitten der weltweiten Rezession, die höchste Wachstumsrate seit Jahren verzeichnen. Der Rückgang der Wirtschaft begann schnell in der 2. Hälfte des Jahres 1979, nach dem Sieg der Sandinistischen Revolution und dem Einsetzen der systematischen Verfolgung von Demokraten in Guatemala, aus dem sich schnell ein Krieg gegen das Volk entwickelte.

Da diese politischen Faktoren weiterhin wirksam sind, der Krieg gegen das Volk immer umfassendere Formen annimmt, wird offensichtlich, daß eine Reaktivierung der nationalen Wirtschaft nur dann geschehen kann, wenn die politischen Probleme endgültig gelöst werden. Gerade auch dann, wenn sich die weltweiten wirtschaftlichen Voraussetzungen verbessern, ist eine Lösung unverzichtbar.

Vom Standpunkt der reaktionären politischen Kräfte im Lande heißt die Lösung der politischen Krise und "Schaffung eines Investitionsklimas": Nicht nach halbherzigen Maßnahmen greifen oder gar Reformen durchführen, sondern "Zerschlagung der kommunistischen Subversion", was im Klartext bedeutet, endgültiger Sieg gegen das Volk und dessen revolutionäre Bestrebungen. Rios Montt tut, was er kann.

Quellen: Noticias de Guatemala; Wochenberichte aus Guatemala  
El dia/Mexico

## Zeugenaussagen guatemaltekischer Bauern

"Wir, die campesinos, arme Indios aus 7 Dörfern des Bezirks Chaltenango, klagen gegenüber dem guatemaltekischen Volk und den Völkern der Erde die große Repression, die Diskriminierung an, der wir, die Indios ausgesetzt sind, denn seit Juni 1980 leiden wir unter Elend, Hunger, Entführung, Folter, Massakern, Vergewaltigungen, Bränden und Zerstörungen von seiten der nationalen Armee von General Romero Lucas García und danach von General José Ríos Montt, die von den in- und ausländischen Reichen bezahlt werden. Mit Fahrzeugen und manchmal zu Fuß begann die Polizei im März 1980, hier in unser Dorf zu kommen, um sich nachts mit einem Militärkommissar zu treffen, bisweilen um zehn oder zwölf Uhr nachts. ...

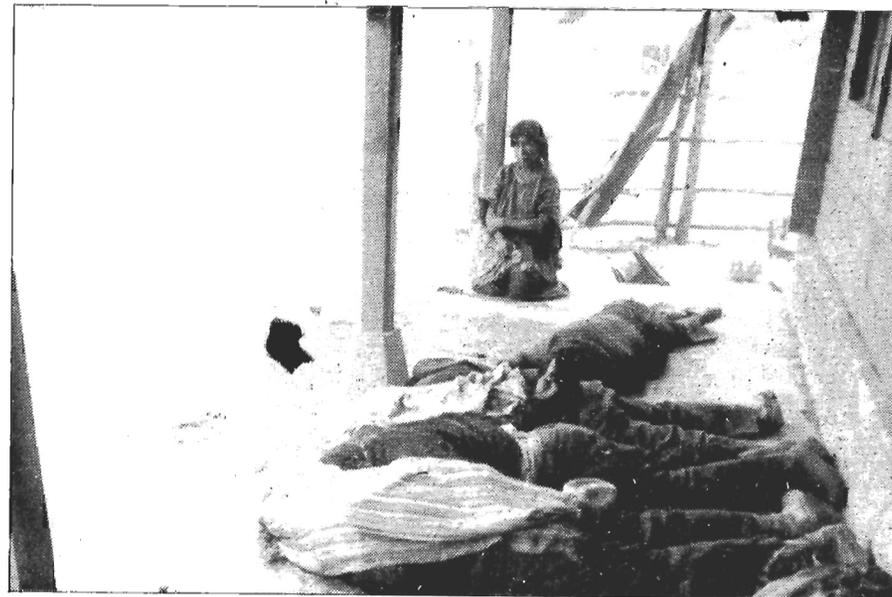
Nach einem Zeitraum von 2 Monaten kam das Heer mit ungefähr 30 Soldaten am 20. Juli desselben Jahres schon wieder in das Dorf, und fragte nach den Papieren, und auch nach den Namen der Katecheten. Sie blieben dann 2 Stunden im Dorf und zogen dann ab. Aber sie kamen am 26. desselben Monats wieder, machten dasselbe und sagten den Leuten, sie sollten keine Angst haben. Wir kommen, um euch zu schützen, und wollen, daß ihr Papiere habt, und wenn ihr sie nicht habt, bitten wir euch, welche zu besorgen. ... Erneut am 20. März 1980 kam das Heer mit etwa 60 Soldaten in Zivildorf, um 6 Bewohner zu massakrieren: Miguel, 50 Jahre, Pedro, 25 Jahre, Francisco, 40 Jahre, Pedro, 45 Jahre, Timoteo, 20 Jahre Encarnación, 20 Jahre. Sie kamen am 21. November wieder, besetzten 11 Tage lang das Dorf und ermordeten 2 Bewohner, Paulino und Mariano. Sie nahmen Bauwerkzeuge im Wert von 800 Quezal sowie 3 Nähmaschinen im Wert von 700 Quezal mit und zerstörten eine Bibliothek, indem sie alle Bücher im Wert von 600 Quezal mitnahmen und Einrichtungsgegenstände im Wert von 300 Quezal kaputt machten. ...

Am 11. Januar 1982 kam die Armee um 11 Uhr morgens wieder ins Dorf. Wir, die Bewohner, beteten in der Kapelle und feierten den Tag des Dorfheiligen. Als wir die Armee bemerkten, flohen wir in den Wald, und diejenigen, die nicht dorthin entkamen, wurden von der Armee gefoltert und erschossen. (Es folgen die Namen von 14 Erwachsenen im Alter von 65 bis 16 Jahren sowie von 14 Kindern im Alter von 15 Jahren bis 5 Monaten)

Am 9. Juni 1982 kam um neun Uhr morgens die Zivilpatrouille in ein Teil des Dorfes, umzingelte die Häuser, damit niemand floh, verhinderte, daß die Leute aus den Häusern kamen, fragten nach den Männern, zwangen uns, uns in einer Reihe aufzustellen, um mit Maschinenpistolen auf uns zu schießen. Dann warfen sie 2 Granaten. In dem Augenblick, als ich sah, daß sie Granaten abschossen, warf ich mich auf den Boden ...

Am 15. Januar 1982 kamen sie um drei Uhr nachmittags ins Dorf. Sie gingen in unsere Häuser und drohten uns mit dem Tode, zwangen uns, schnell hinauszugehen, und gaben uns zehn Minuten, unsere Häuser zu verlassen. Wir gingen aus Angst, ermordet zu werden, und flohen in den Wald, um mit unseren kleinen Kindern die Weihnachtstage zu begehen, wobei wir Hunger litten und krank wurden. Und wir konnten nicht in unser Dorf, weil sie alle, die kamen, umbrachten. Dazu bediente sich die Armee unserer Haustiere und sie aßen unsere Schweine und Ziegen auf. ...

Am 8. August 1982 kam das Heer wieder in das Dorf. Sie warfen an verschiedenen Stellen Bomben und erschreckten uns. Aus Angst, umgebracht zu werden, verließen wir unsere Häuser und ließen alles, was wir hatten, zurück. Es waren 80 Soldaten und Zivilisten. Sie ergriffen einen alten Mann, ... , den sie den ganzen Tag über



festhielten. Sie zogen sich am selben Tag zurück und hinterließen den Alten gefoltert und enthauptet ungefähr 500 Meter von seinem Haus entfernt liegen. ..."

"Am 20. Juli 1980 marschierte das Heer in unserem Dorf ein. Es kamen ungefähr 400 Soldaten und bezogen im ganzen Dorf Stellung, drangen in die Häuser ein, registrierten und verlangten Ausweispapiere. Uns allen, die wir in dem Dorf lebten, nahmen sie gleichzeitig unsere ganzen Früchte weg, die uns und unseren Kindern zum Unterhalt dienen, ... Aus allen Häusern, in die sie gingen, raubten sie Geld und andere Wertsachen. Und gleichzeitig hatten sie eine Namensliste von Katecheten bei sich und fragten nach ihnen, um sie zu entführen. Und gleichzeitig fragten sie, ob wir organisiert sind. Damals blieben sie 2 Tage im Dorf. ...

Am 4. Februar 1981 drangen sie dann wieder in unserem Dorf ein, warfen Granaten und schossen mit ihren Maschinenpistolen durch das ganze Dorf. Sie töteten damals 8 Bewohner. ...

Am folgenden Tag nahmen sie 4 weitere campesinos gefangen, darunter einen 14-jährigen. Diesen campesinos stellten sie eine Reihe von Fragen, und da sie nicht wußten, was sie antworten sollten, schlugen sie die Soldaten mit Gewehrkolben und Fußtritt zusammen, und einem stachen sie mit dem Lauf des Gewehres, das er bei sich hatte, ein Auge aus und ließen ihn halbtot liegen. Andere warfen sie in ein Loch und häuften Steine auf sie. Später wurden sie von Anwohnern befreit, nachdem die Soldaten gegangen waren. ...

Dann wurden einige Dorfbewohner gefangengenommen und verhört, und da sie die Fragen nicht beantworten konnten, wurden sie brutal gefoltert und danach getötet. Es waren der 28-jährige G., der ermordet wurde, indem man ihm den Bauch aufschlitzte; der 38-jährige F. und der 22-jährige J.; diese beiden wurden mit einer Schlinge um den Hals und auf dem Rücken gefesselten Händen an einem Baum auf-

gehängt; der 50-jährige C. und der 17-jährige L.; diese beiden wurden im Innenhof ihres Hauses mit Messern geköpft. An diesem selben Tag ermordeten sie auch 2 Frauen in ihren eigenen Häusern, wo sie gerade Essen für ihre Kinder machten. Es waren die 30-jährige M.N. und die 22-jährige M.H. . Sie wurden vor den Augen ihrer kleinen Kinder geköpft. ...

... und nahmen diesmal 12 campesinos gefangen; einige gingen zur Arbeit und andere in die Stadt, um einzukaufen, als sie überraschenderweise in die Hände der Soldaten fielen. ... Sie wurden einen Tag und eine Nacht festgehalten. Tag- und nachtüber wurden sie gefoltert und am folgenden Tag in den Wald des Dorfes gebracht, wo sie alle enthauptet wurden. Und ihre Körper blieben in einem Loch von 6 Metern Tiefe liegen. Sie wurden geköpft, weil von ihnen verlangt wurde, die verantwortlichen Katecheten auszuliefern. Und da sie das nicht tun konnten, wurden sie umgebracht. ...

Am 9. Januar 1982 kam die Armee wieder ins Dorf, etwa 60 Soldaten, die Granaten warfen und um sich schossen und uns zwangen, wieder in die Wälder zu fliehen. Diejenigen, die nicht weglaufen konnten, wurden brutal gefoltert und mehrere unserer Frauen vergewaltigt, und zur gleichen Zeit fielen 2 campesinos. ...

Am 12. August 1982 kamen sie mit 100 Soldaten ins Dorf. Sie umzingelten es und drangen in die Wälder vor, wohin wir mit unseren Familien geflohen waren. Sie schossen Salven aus Maschinenpistolen ab und warfen Granaten, wodurch sie 5 unserer Leute töteten: Máximo, 50 Jahre, Lavia, 48 Jahre, Ramona, 58 Jahre, Rolando, 4 Jahre und Florialma, 2 Jahre. Sie wurden mit Machetenhieben getötet und danach verbrannt. ...

Unser einziges Vergehen ist das, indianische campesinos zu sein, die von der Landwirtschaft leben; und der andere Grund ist der, daß wir arm sind. Darum bitten wir die befreundeten Journalisten, unseren Ruf und Leiden in den demokratischen Ländern der Welt Gehör zu verschaffen. Gleichzeitig bitten wir um Eure Solidarität, damit unser Leben respektiert wird, weil auch wir Kinder Gottes sind. Wir danken im Voraus für Eure Mitarbeit und Eure Aufmerksamkeit gegenüber unseren Anklagen."

12. September 1982



# NICARAGUA

## Intervention auf allen Ebenen

Am 20.8.1982 sagte der amerikanische Unterhändler Thomas Enders vor dem Commonwealth - club in San Francisco in einer Rede mit dem bezeichnenden Titel "Aufbau des Friedens in Zentralamerika" folgendes: "In Nicaragua ( nach dem Sturz von Somoza ) hat eine Gruppe von starrköpfigen marxistisch-leninistischen Ideologen ein Machtmonopol mit kubanischer Unterstützung aufgebaut. Dies geht einher mit der größten militärischen Aufrüstung in der Geschichte Zentralamerikas. (...) Die Geschichte beginnt sich zu wiederholen (...) die Demonstrationen nehmen mehr und mehr zu und einige Oppositionsgruppen haben sogar zu den Waffen gegriffen." Unverhohlen werden die Sandinisten der Aggression in Mittelamerika bezichtigt, und dieser Bedrohung des Friedens müssen die USA als Hüter von 'Recht' und 'Ordnung', als Verteidiger alles Freiheitlichen ... gegenübertreten. In diesem Sinne wurde vom amerikanischen Senat am 11.8.1982 der SYMMS-Antrag angenommen, in dem der Senat einer möglichen Entsendung von nordamerikanischen Truppen in die Karibik und nach Zentralamerika zustimmt, "um mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die kubanische Aggression auf dem Kontinent zu verhindern".

Wo dies angeblich so aggressive Nicaragua gegenüber anderen mittelamerikanischen Ländern aggressiv aufgetreten ist, konnten Reagan und seine Mafia bisher noch nicht belegen, aber darum geht es ja auch gar nicht. Vielmehr soll mit diesen Behauptungen nur der schleichende Krieg, die Intervention auf allen Ebenen gegen Nicaragua gerechtfertigt werden und die Weltöffentlichkeit auf eine drohende Invasion - notfalls auch durch amerikanische 'marines' vorbereitet werden. In den letzten Monaten hat sich die Situation an Nicaragua's Grenzen laufend verschärft, dafür steht die traurige Bilanz, die der Sprecher der nicaraguanischen Streitkräfte, Roberto Sanchez, am 16.10. bekanntgab: "Fast 500 Personen sind in den letzten drei Monaten bei den Zusammenstößen zwischen den nicaraguanischen Regierungstruppen und konterrevolutionären Gruppen getötet worden." Die Junta hat dann am 4. November über die Nordprovinzen ein faktisches Kriegsrecht verhängt, was den Militärkommandanten eine uneingeschränkte Machtbefugnis gibt. Wegen der laufenden Aggressionen der Konterrevolutionäre aus Honduras - neuerdings gehören dazu auch Entführungen, wie zuletzt 45 Landarbeiter aus dem Grenzdorf San Jose de las Manos - wird auch im nordosten Nicaragua's, im pazifischen Teil der Grenzregion schrittweise die direkt in den Grenzdörfern lebende Bevölkerung ins Landesinnere umgesiedelt.

" Der Beschluß (die Verkündung des Kriegsrechtes (d.V.)) ist eine neue Provokation gegen Honduras seitens der nicaraguanischen Regierung, denn es gibt keine Rechtfertigung dafür, daß die an Honduras grenzenden Nordprovinzen zu Notstandszonen erklärt werden", tönte zwei Tage später der hondurenische Kabinetts- und Justizminister Oscar Mejia Arelano über 'Radio Tegucigalpa'. "Dies ist eine Lage, die Honduras veranlassen sollte, jederzeit auf der Hut zu sein", sagt er weiter, oder im Klartext: Deutet das auf eine drohende Militärinvasion in Nicaragua hin? Wird die militärische Intervention zur bitteren Realität?

Ein in der amerikanischen Zeitung 'Newsweek' erschienener Artikel über den geheimen Krieg des CIA in Honduras gegen die sandinistische Revolution gibt diesen Befürchtungen weitere Nahrung, auch der Spiegel ging in der letzten Woche darauf ein. Wir haben im Anschluß hieran eine kurze Zusammenfassung des Newsweekartikels abgedruckt, weil er u.E. nach Aufschluß über das Treiben der US-Militärberater in Honduras gibt.

In einem weiteren Dokument geht der Oberstleutnant a.D. der US-Marine, Buchanan, auf die These der Reaganadministration, wonach die Destabilisierung der Region auf Nicaragua's Offensivrüstung zurückzuführen ist, ein. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Nicaraguaner in keiner Weise offensiv rüsten, sondern eindeutig defensiv. Er enthüllt in erstaunlicher Offenheit die Zwecklügen, die bewußte Übertreibung der nicaraguanischen Militärpotentiale zur Rechtfertigung einer eventuellen Invasion in Nicaragua. Wir haben auch dieses Dokument abgedruckt. Buchanan nährt einmal mehr die Befürchtungen, daß es im Dezember zu einer Militärinvasion in Nicaragua kommen kann.

Natürlich hat die Geschichte uns oft genug gelehrt, zu was der aggressive US-Imperialismus alles fähig ist, Vietnam, Chile und so weiter und so fort. Dennoch sind wir der Auffassung, daß die USA ihren geheimen Krieg vorläufig weiterführen, die schlechende Intervention auf allen Ebenen fortsetzen und daß vor allem der Krieg an der hondurenischen Grenze weiter eskalieren wird, allerdings halten wir eine direkte US-Intervention zur Zeit für wenig wahrscheinlich. Die ganze Palette der diplomatischen und wirtschaftlichen Interventionsmöglichkeiten ist noch lange nicht ausgeschöpft und es stellt sich doch die Frage - wenn man einmal der Logik der US-Strategen folgt - weshalb sich die USA in ein neues Unternehmen wie die Invasion in der Schweinebucht in Cuba stürzen sollen, wo der politische Preis sehr hoch ist, sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Nicaragua's verschärfen und sich die inneren Widersprüche bis hin zu Ansätzen bewaffneter Auseinandersetzungen zuspitzen?

*(Damit hier keine Mißverständnisse entstehen, und sich der Leser jetzt beruhigt in den Sessel fallen läßt, ein Pfeifchen raucht und die nächste Nicaraguaaktion absagt... Wir müssen - ganz im Gegenteil - wachsamer sein denn je zuvor!)*

Zugesandt, die Wolken an Nicaragua's Revolutionshimmel sind trüber und dichter, fast dunkel geworden und die Dynamik dieser Revolution, die einst die Solidaritätsbewegung anschwellen ließ, droht an den sich zuspitzenden inneren Widersprüchen und damit verbundenem Aufkommen autoritärer Strukturen zu ersticken. Kommt der Vulkan, der dieser Revolution letztendlich zum Durchbruch verholfen hat, zum Erliegen, das fragt man sich seit langem in der Solidaritätsbewegung und dies wird leider vielfach zum Maßstab des eigenen Handelns.

Wir in der BRD und West-Berlin sind neuerlich mit einem weiteren Problem konfrontiert: Die neue Bundesregierung macht sich zum Zugpferd der Durchsetzung US-amerikanischer Mittelamerika-Interessen. Da wird laut über die erneute Entsendung eines Botschafters nach El Salvador nachgedacht, um das Verbrechensregime dort international aufzuwerten. Die Gewährung von eingefrorenen Entwicklungshilfegeldern an El Salvador in Höhe von ca 25 Mio DM sowie das Eintreten innerhalb der EG-Soforthilfe setzten Zeichen und die Entwicklungshilfe der neuen CDU - Regierung für Nicaragua wird im nächsten Jahr wohl um einige Millionen geringer ausfallen, oder anders gesagt, sie wird sich auf die Fortsetzung bestehender Verbindlichkeiten (z.B. in Nicaragua arbeitende Entwicklungshelfer) beschränken.

Die wirtschaftlichen Pressionen von Seiten der USA werden über die Intervention bei internationalen Kreditinstituten geführt oder manifestieren sich z.B. an der Schließung der nicaraguanischen Niederlassung der "Standard Fruit", die bisher die Vermarktung der Bananen aus Nicaragua übernommen hat. Die jetzt fälligen Zinszahlungen konnte Nicaragua nur unter Aufbringen aller Devisen und über die teilweise Verpfändung der Kaffeernte des nächsten Jahres zustandebringen. Umschuldungsverhandlungen sind damit zunächst bis zum Ende des nächsten Jahres aufgeschoben. Gerade diese Umschuldungsverhandlungen bieten in einer Situation, in der Nicaragua mit dem Rücken an der Wand steht, enorme Möglichkeiten für die internationalen Banken, Nicaragua Bedingungen zu diktieren: Einsparungen im Sozialbereich, Umverteilung der Gelder in den Unternehmerbereich, Aufhebung der internen Umrechnung von 1:10 (Dollar gegen Cordoba) - was einer drastischen Abwertung des Cordoba gleichkäme. Diese Karten sind noch lange nicht ausgereizt und die Forderungen bringen in ihrer erzwungenen Umsetzung erhebliches Unruhepotential im Inneren. Das wissen auch die Sandinisten, weshalb sie diesen Zangengriff auch hinausschieben. \*) in Westeuropa

Bereits heute müssen viele Fabriken in Nicaragua geschlossen werden, teils aus Rohstoff - und Devisenmangel (für dringend benötigte Ersatzteile), teils aber auch wegen der nicht mehr vorhandenen Märkte für nicaraguanische Produkte in Mittelamerika als Folge des sich ausweitenden Krieges. Die Beschäftigung der durch Schließung Betroffenen nach Notplänen für die infrastrukturelle Entwicklung entlang der neuen Durchgangsstraße nach Puerto Cabezas kann zwar kurzfristig Abhilfe schaffen, aber ist auf Dauer keine Lösung. Destabilisierung als Folge wirtschaftlicher Pressionen, damit haben die US-Strategen noch ein weites Feld der Möglichkeiten.

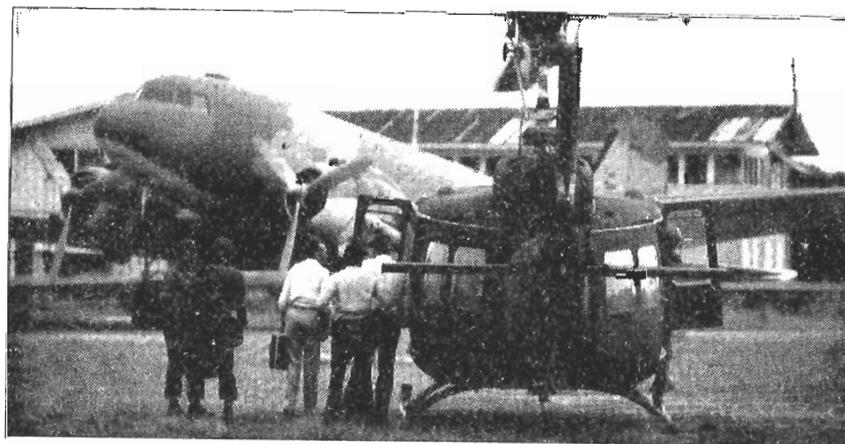
Die Ankündigung des sowjetischen Botschafters in Nicaragua, German Schiapnikow, Nicaragua insbesondere bei dem Ausbau neuer Energiequellen zu helfen und die Wirtschaftsbeziehungen weiter auszubauen, ist angesichts der leeren Kassen in Moskau und der enormen Verschuldung Nicaraguas auch nur ein Tropfen auf den auf den heißen Stein.

Diese Ankündigung werden die US-Strategen sicher nutzen, Nicaragua dem Ost-West-Konflikt erneut unterordnen zu wollen und daraus eine Legitimation für die Intervention herzuleiten nach dem Motto: Moskau steht vor unserer Tür, die kommunistische Gefahr manifestiert sich. Diese wirtschaftlichen Pressionen werden begleitet von ständigen militärischen Übergriffen der in Honduras stationierten Ex-Guardia. Die empfindliche Erhöhung der Militärhilfe für Honduras sowie die Wählerarbeit der sogenannten Militär-"berater" stärken dieser Aggression gegen Nicaragua den Rücken und erzwingen die von den USA angeprangerte Militarisierung im inneren Nicaraguas. (S. folgende Dokumente)

Die andere Seite ist der politische Preis, den die USA für ihre Intervention zahlen müssen. Die Wahl Nicaraguas zum Mitglied des UN-Sicherheitsrates bietet den Nicas die Möglichkeit, diesen zur Bühne der Anklage der USA im Falle einer militärischen Invasion zu machen. So spricht man in Nicaragua bei dieser Wahl von "einer empfindlichen Niederlage der USA" (Viktor Hugo Tinos, stellvertretender Außenminister).

Aber auch im Inneren der USA hat sich Widerstand formiert, deutlichster Ausdruck ist die Wahlniederlage der Republikaner, was einer Absage an die Reagan'sche Kriegspolitik gleichkommt. Dies freilich stört die selbsternannten 'Superdemokraten' aus dem weißen Haus weniger als die sich unter dem Schweinebucht- und Vietnam Syndrom formierende Friedensbewegung in den USA. Wieviele Steine diese neue Massenbewegung der Reaganschen Kriegspolitik noch in den Weg rollen kann, wird die zukünftige Entwicklung zeigen müssen.

Aber auch wir sollten uns wieder aufrufen, der neuen CDU-Regierung bei ihrer Unterstützung der aggressiven US-Politik in Mittelamerika Felsbrocken in den Weg zu rollen.... nun gut, viele kleine Steine können auch zum Stolperstein werden!



## Der geheime Krieg gegen Nicaragua

Die Situation in Mittelamerika spitzt sich weiter zu. Nach der politischen und formaljuristischen Vorbereitung einer direkten US-Intervention durch die Rechtsaußen der Reagan Verwaltung lassen sich die aggressiven Aktivitäten gegen die Befreiungsbewegungen im „Hinterhof der USA“ nicht länger verwischen. **Newsweek vom 8.11.82** und der **Spiegel 45/82** befassen sich mit der Rolle der USA, die sich zu keiner Zeit mit der bloßen Unterstützung ihrer faschistischen Freunde in dieser Region begnügt hatten, sondern auch als Drahtzieher den geheimen Krieg gegen die Sandinistenregierung in Managua inszenieren. Mit dem Sturz der FSLN soll die konkrete Utopie der Volksaufständischen in ganz Mittelamerika vom Tisch gewischt werden. In bewährter Yankee-

**Newsweek:** (...) Bereits seit Monaten gibt es Berichte über geheime Aktionen an der nicaraguanischen/hondurenischen Grenze. Aber die Newsweek hat weitgehende Details einer Kampagne aufgedeckt, die weit über Washingtons ursprüngliche Absichten hinaus geht. Quellen aus der Administration berichten, daß bereits ca. 50 CIA Agenten in Honduras tätig sind. Dieses Team wird durch einige Dutzend Spezialisten ergänzt, einschließlich einer Anzahl pensionierter Armeee- und Geheimdienstoffiziere. Argentinische Militärberater unterstützen die Operation in Honduras; unabhängig davon finden antisandinistische Aktivitäten in Mexiko und Venezuela statt.

**Ausbildungslager:** Die kämpfenden Einheiten rekrutieren sich aus etwa 2000 Miskito Indianern, aus ca. 10.000 Antisandinisten in Nicaragua selber und einer ausgesuchten Gruppe ehemaliger nicaraguanischer Nationalgardisten und Unterstützer des abgesetzten Diktators Somoza. Sie haben 10 Trainingscamps auf hondurenischem und nicaraguanischem Boden errichtet. Durch überraschende Überfälle gegen Brücken, Aufbauprojekte und Patrouillen in Nicaragua und anschließendes Untertauchen sollen die Sandinisten beunruhigt werden, während gleichzeitig CIA-Agenten eine neue, gemäßigte Regierungsspitze für Nicaragua zusammensuchen. Unter anderem versuchten die Vereinigten Staaten auch Eden Pastora (Comandante Zero) zu gewinnen, nachdem dieser die Regierung im Juli '81 verlassen hatte. (...)

**Die Gemäßigten:** Washingtons verdeckte Aktionen begannen bereits, bevor Somoza aus dem Land geflohen war. 1978, als sich die Dynastie ihrem Kollaps näherte, unterzeichnete Jimmy Carter entsprechend der Nach-Watergate-Gesetzgebung einen „Befundbericht“, in dem unter dem Tisch die CIA-Unterstützung für demokrati-

Manier sind dabei die „schmutzigen Tricks“ der CIA von entscheidender Bedeutung. Die Vereinigten Staaten sind damit direkt für den Terror gegen die Bevölkerung und die systematischen Menschenrechtsverletzungen bis hin zum Völkermord verantwortlich. Die Fakten des Newsweek Artikels sind nicht neu, aber sie wurden bisher noch nicht in dieser Offenheit eingestanden. Die verschiedenen Fraktionen der Contras sind vor allem in Honduras konzentriert und „dazu bereit, auf Managua zu marschieren, sobald dem Boss die Zeit dazu reif zu sein scheint.“ Der Boss heißt John D. Negroponte, US-Botschafter in Honduras, eine CIA-Figur, die ihre Erfahrungen in der Aufstandsbekämpfung bereits in Vietnam erworben hat.

sche Elemente, wie z.B. die Presse und die Gewerkschaften abgesegnet wurde. (...) Die amerikanische Finanzhilfe für oppositionelle Kräfte in Nicaragua wurde seither fortgesetzt und bleibt ein fester Betrag unter vielen in der jährlichen CIA-Abrechnung.

Nach dem Sieg der Sandinisten wurde die Reagan-Administration von der Angst geplagt, daß Nicaragua zur Plattform für die von Cuba gesteuerte Subversion wird. Reagans erster Sicherheitsberater, Richard Allen, begann, Pläne zur Destabilisierung der Sandinisten auszuarbeiten. Der ehemalige Außenminister Haig und Vize Thomas Enders waren zunehmend besorgt, daß die Sandinisten die linken Aufständischen in El Salvador mit Waffen beliefern, vor allem über Honduras. In einigen Treffen sprach Enders von der Notwendigkeit, die Sandinisten loszuwerden. Die treibenden Kräfte hinter dieser Operation waren Haig und Enders, während der CIA und das Pentagon Bedenken hatten (sagt ein Insider).

**Aktive Einmischung:** Zuerst bezogen sich die Pläne darauf, wie den salvadorensischen Rebellen die Nachschubwege abgeschnitten werden könnten, die von Cuba und anderen kommunistischen Ländern über Nicaragua und Honduras nach El Salvador reichen. Haig beauftragte den Kanzler des Außenministeriums, Robert McFarlane, mit der Ausarbeitung von Einsatzplänen. Beamte des Kriegsministeriums verwarfen eine Blockade des Nachschubwege der Rebellen, die vielversprechender sind und politisch weniger riskant als der direkte Einsatz der US-Streitkräfte. Bereits vorher diskutierten Haigs Sonderbotschafter General V. Walters und andere Offizielle die Möglichkeit, für

gemeinsame Geheimoperationen mit den konservativen lateinamerikanischen Regimen, einschließlich Argentinien, Guatemala und Honduras. Im letzten Dezember unterzeichnete Reagan seinen eigenen „Befundbericht“, mit dem der CIA autorisiert wurde, Kontakt mit nicaraguanischen Antisandinisten im Exil herzustellen und politische und paramilitärische Aktivitäten anzusetzen, um die Waffentransporte für die FMLN zu unterbinden. (...) Der erste Schritt des Planes war die Aufstellung einer 500 Mann starken paramilitärischen Truppe, US-trainiert und mit 19,9 Mio. US-Dollar ausgestattet. Argentinien sollte zusätzlich eine 1.000 Mann Truppe aufstellen. (...) Weitergehende Konsequenzen sind möglich. (...) Nach US-offiziellen Angaben wurde das CIA-Personal in Honduras verdoppelt (jetzt etwa 50 dieser Gangster) und ihm zugleich aufgetragen, die Waffentransporte zu unterbinden, indem sie den hondurenischen Geheimdienst und die Sicherheitskräfte ausbilden (im Nachrichtensammeln und in Verhörtechniken) und indem sie logistische Unterstützung für Überfälle nach Nicaragua hinein anbieten. Außerdem Hilfe für die hondurenische Küstenwache, für die Argentinier und andere Nichtnicaraguaner, die die Contras für Sabotageakte trainieren, wobei von den USA gelieferte Waffen verwendet werden.

Washington hatte bereits früher Honduras für ein Destabilisierungsprogramm mißbraucht, als 1954 der CIA die reformistische Regierung von Arbenz in Guatemala stürzte.

(...) Der CIA steigerte seine Aktivitäten mit der Ankunft von Negroponte (Mitarbeiter von Enders in Vietnam, danach nationaler Sicherheitsberater von Kissinger). Dieser knüpfte enge Verbindungen mit mächtigen Hondurenern, besonders zum Chef der Streitkräfte, General Gustavo Alvarez, dem starken Mann des Landes. „Beide diskutieren, was getan werden sollte, und dann macht Alvarez, was Negroponte ihm befiehlt“, berichtet ein hoher Militär. Alvarez' militärischer G2-Geheimdienst fungiert als Verbindung zu den Contras und Alvarez berichtet Negroponte persönlich.



Alvarez' Armee ist der Hauptkanal für Waffenlieferungen an die Kontras und Verbindungslinie zu den argentinischen Militärberatern. Alvarez hat Gründe für die Zusammenarbeit: In den vergangenen zwei Jahren betrug die gesamte US-Hilfe 187 Mio. Dollar, für 1983 wurden bereits 78,3 Mio. vorgeschlagen.

Doch die Pläne waren schwieriger zu realisieren als erwartet. (...)

Wenn Ausrüstungsgegenstände - z.B. Hub-schrauber oder Funkgeräte kaputtgehen, werden sie von US-Amerikanern repariert. US-Amerikaner haben die Ausbildungseinheiten aufgestellt und die Ausrüstung mit Waffen war leicht zu beschaffen: Durch die massive Aufrüstung der hondurensischen Armee wurden Waffen für die Contra-Basen frei. Obwohl den US-Beratern ausdrücklich verboten ist, sich direkt an den Operationen zu beteiligen, „ist das in der Praxis unvermeidlich“ (...)

*Aber der CIA Erfolg will sich trotz direkter Beteiligung nicht so recht einstellen, gegen das Gespenst des Kommunismus in Honduras selber wird die Repression verschärft und folgerichtig sind die ersten Todesschwadronen bereits aufgetaucht. Die Kriegstreiberei des CIA erreicht vielleicht das angestrebte Ziel, aber im falschen Land.*

(...) In Nicaragua selber hat die sandinistische Repression, (der Ausnahmezustand) nicht zu einem merklichen Aufschwung antisandinistischer Aktivitäten geführt. Unsere (die der Amis) Operationen entlang der hondurensischen Grenze haben nur den Sandinisten in die Hände gespielt.

(...) Die Spannungen werden in den nächsten Wochen auf die Spitze getrieben werden. Am 5. Dezember werden die amerikanisch-hondurensischen Militärübungen direkt in den empfindlichsten Grenzgebieten beginnen. Teilnehmen werden alle drei US-Waffengattungen, gelbt wird die Befreiung einer eingeschlossenen Garnison. Eine wachsende Zahl von Menschen auf beiden Seiten der Grenze befürchtet, daß diese Übung einem

## Bericht des US-Oberstleutnant a.D. J.H. Buchanen

Der folgende Artikel basiert auf Auszügen eines Berichtes, den der Oberstleutnant a. D. der US-Marine, John H. Buchanen als jetziges Mitglied des privaten "Center of Developing Policy, Washington" am 21.9.82 dem Subkomitee für Interamerikanische Angelegenheiten beim US-Repräsentantenhaus vorgelegt hat. Der Bericht geht vor allem auf die von der Reagan-Regierung verbreitete These von der beschleunigten, die gesamte Region destabilisierende Offensiv-

wirklichen Krieg vorangeht (*dieses Manöver ist inzwischen offiziell abgesagt*). Reagan will am 4. Dezember Costa Rica besuchen.

*Im folgenden werden Schwierigkeiten mit den Miskitos und den Argentinern angedeutet, die Anzahl der (argentinischen) Berater blieb aber auch nach dem Malvinen-Krieg konstant. Als größtes Problem erwies sich jedoch die schmutzige Weste der neuen/alten Freunde, nämlich der Somozisten.*

Die Reagan-Administration mußte sich also nach einem Führer umsehen, um den herum sie die Opposition aufbauen konnte und der nichts mit den verhaßten Somozisten zu tun hat. Der attraktivste Kandidat war Eden Pastora. Die Kontaktversuche des CIA schlugen jedoch fehl. Seit Negro-ponte offen mit den Somozisten paktiert, ging wahrscheinlich jede Chance, Pastora zu gewinnen, verloren. Negro-ponte hat ihn daraufhin kaltgestellt: Während zweier darauffolgender geheimer Besuche in Honduras stand Pastora quasi unter Hausarrest. Damit war die einzige Gruppe verschreckt worden, die überhaupt auf Unterstützung in Nicaragua hätte hoffen können. (...)

Washingtons neue Freunde stellten Forderungen. Die Somozisten in den hondurensischen Lagern sind bereits voll ausgebildete Soldaten, die von reichen Somozisten aus Miami bezahlt werden. Durch die zusätzlichen Dollar-Spritzen gewannen sie schnell die Führungsrolle unter den konkurrierenden Contra-Gruppen. Sie entwickelten ihren eigenen 'plan numero uno': Zuerst sollten die Contra-Lager nach Nicaragua hineinverlegt werden, danach immer enger um Managua, bis die Sandinisten verjagt sind. Und dann? „Wenn die Konterrevolution kommt, gibt es ein Massaker in Nicaragua“, verspricht ein Contra-Offizier, „wir werden abrechnen - es wird Leichen von der Grenze bis Managua geben.“

Obwohl es zwischen der Reagan-Administration und den Somozisten Unterschiede in der Strategie gibt, wächst die direkte US-Unterstützung für die Contras ständig.

rüstung Nicaraguas ein. Es handelt sich dabei um eine gezielte Unterstellung, die an Absurdität nichts zu wünschen übrig läßt und nach Meinung Buchanans dafür herhalten soll, in Kürze einen Krieg zwischen Honduras und Nicaragua zu entfachen, der sich als Verhängnis für die gesamte Region herausstellen würde.

Ich möchte mich bei Ihnen Herr Präsident und bei den Mitgliedern der Subkommission dafür bedanken, daß sie mich heute Nachmittag hierher gebeten haben um zu berichten. Dankbar bin ich Ihnen für die Gelegenheit, über dieses Thema sprechen zu können, das ich als eine Angelegenheit von dringend nationaler Priorität betrachte.

Pauschal gesprochen bin ich hier, um die gegenwärtige Politik der Regierung gegenüber Mittelamerika zu kritisieren. Es ist eine von Irrtümern geleitete Politik, an deren Folgen, wenn sie nicht umgehend geändert wird, das Volk dieser Region und der Rest des Kontinents über Jahrhunderte hinaus leiden wird. Genauer gesprochen bin ich hier, um mich gegen die Schaffung einer militärischen Krise zwischen Honduras und seinem Nachbarn Nicaragua, die von Teilen der gegenwärtigen Regierung betrieben wird, auszusprechen. Durch das angekündigte militärische Anwachsen Honduras' kann sich nur die jüngste Repression in diesem Land verschärfen.

(.....) In den letzten sechs Monaten war ich dabei, die für das Verstehen des Geschehens in Mittelamerika nötigen Verbindungen herzustellen.

Diese Monate waren sehr hektisch für mich. Ich verbrachte allein vier Wochen im April und Mai in Mexico, Costa Rica und Nicaragua. Im Juni, Juli und August reiste ich fast zwei Wochen als Mitglied einer Delegation der Kommission für US-mittelamerikanische Beziehungen nach El Salvador und Honduras. Im Verlauf der Reise hatte ich Kontakt mit religiösen Führern, unter ihnen auch mit Mr. Rivera y Damas, Erzbischof von El Salvador, und Bischof Wilson von der Moravian-Church (der Hauptkirche der Miskitos an der Atlantikküste) und mit Repräsentanten der evangelischen Kirche der gesamten Region. (.....)

Ich besuchte die Flüchtlinge in El Salvador, teilte mit den Miskito-Indianern in Nicaragua ihre magere Verpflegung in den Siedlungen, wohin sie umgesiedelt wurden und verbrachte eine Nacht mit salvadorischen Flüchtlingen in ihren miserablen Lagern von "Mesa Grande" in Honduras.

Ich sprach mit zahllosen Exilierten aus El Salvador und Nicaragua, so auch mit Guillermo Ungo, Héctor Dada, dem Cnel. Majano und Leonel Gómez aus El Salvador und mit Heraldo Montealegre aus Nicaragua.

Wie vor den Kopf gestoßen war ich nach der Konfrontation mit den Resten der Opfer der salvadorensischen Todesschwadronen.

Zufrieden bewogte ich mich zwischen den freien Bürgern Costa Ricas. Es ist schwer zu sagen, wie lange diese Situation noch dauern wird bei dem Druck, den diese Regierung (Anm. d. Red.: der USA) auf Costa Rica ausübt, damit es einen militärischen Apparat aufbaut. (.....)

Das Wichtigste, um die militärische Situation in der Region zu verstehen, waren meine Kontakte mit den Militärschefs, ihren Kommandos und den Truppen. Ich führte Gespräche mit den militärisch Verantwortlichen aller Teile: der FMLN, dem Cnel. Majano (Führer des Militärputsches von 1979 in E. S.), dem General Garcia und seinem Kommando-Chef Cnel. Flores Lima, mit einigen sandinistischen Comandantes, mit honduranischen Offizieren und mit dem Chef der US-Militärgruppe in El Salvador, Cnel. Waghlesten.

Ich flog mit der sandinistischen Luftwaffe in einer ihrer zwei oder drei CESSNA 180 zu einem kleinen Flugplatz im Dschungel an der Misquito-Küste. Beim Landen schoß die Maschine über die Landepiste hinaus und kollidierte mit einigen Bäumen. Die uns begleitenden Sandinisten wurden von einer anderen Maschine zurückgebracht und nachdem der junge Pilot der CESSNA einige Zeit mit Hammer und Schraubenzieher zugange war, flogen wir in der Nacht mit unserer ausgebeulten Kiste nach Managua zurück.

Ich begleitete eine sandinistische Kampfpatrolle an der Grenze zu Honduras im Nordwesten Nicaraguas nahe von Somoto. Wenige Wochen danach erfuhr ich, daß einige dieser jungen Soldaten, mit denen ich zusammen war, in einem der häufigen Hinterhalte, die die von Honduras aus operierenden Konterrevolutionäre legen, ermordet wurden.

Bevor ich Nicaragua verließ, besuchte ich viele der "militärischen Anlagen", die von US-Satelliten aufgenommen wurden und Gegenstand der von der Regierung veröffentlichten Informationen im letzten März waren. Ich konnte wenig Unterschied zwischen einer Reihe von angeblich "sowjetischen militärischen Einrichtungen" zu denen die ich als junger US-Marinesoldat kennengelernt habe feststellen. In El Salvador besuchte ich im Juli ein Regionalkommando des salvadorensischen Heeres. Offiziere erklärten mir die militärische Situation dieser Zone, dem Departamento Cuscatlán, Schauplatz vieler schrecklicher militärischer Zusammenstöße.

Nach einem üppigen Mittagessen gingen wir zum Schießplatz und testeten einige M-16 und M-60. Sie schienen mir wenig anders als die M-16 und AK-47 der Nicaraguaner.

In Honduras flog ich aufs neue zur Misquito-Küste, diesmal in einem C-130 Transportflugzeug der US-Luftwaffe. Ich fühlte mich sehr viel sicherer als in der sandinistischen CESSNA. Die Maschine war bei der Verlegung eines hondurenischen Kampfbattalions ins Grenzgebiet zu Nicaragua eingesetzt. Glücklicherweise kollidierte sie nicht bei der Landung wie die nicaraguanische CESSNA. Bei der Menge an Munition die wir für die hondurenischen Truppen die dieses Gebiet besetzen an Bord hatten, wäre das eine Katastrophe gewesen.

Ich möchte nochmal betonen, daß ich mich auf Grund meiner Zusammenreffen mit verschiedensten mittelamerikanischen Offizieren nicht anmaße Militärexperte zu sein. Ich besitze weder die Erfahrung noch die Intelligenz eines Generals Alexander M. Haigs oder der Generale Wallace H. Nutting und Vernon Walters, aber ich habe genügend Kenntnisse und militärische Ausbildung um zu erkennen daß ein Schleier über die Region gezogen werden soll und daß man sich einem militärischen Oebakel nähert.

### Die militärische Kräfteverteilung

Nachdem ich die militärischen Kapazitäten und die Beschränkungen, denen sowohl Honduras als auch Nicaragua unterworfen ist, wowie die Gründe ihres Konfliktes und die Gefahr, die der eine für den anderen darstellt, analysiert habe, kann ich nur als Einziges daraus schlußfolgern, daß es für Nicaragua absurd wäre Honduras anzugreifen und für Honduras nicht minder gefährlich Nicaragua zu attackieren. Dessen ungeachtet, scheinen beide Länder einem Krieg entgegenzugehen, einem Krieg, den diese Regierung ermutigt. Nach Informationen die mich aus Mittelamerika erreichten soll dieser Krieg im Dezember beginnen. Ich werde weiter unten auf dieses Datum genauer eingehen.

(...)

Gänereale des Kabinetts und Regierungsfunktionäre in der warmen Stube, mit Herz, Geist und dem Kongress-Bulletin kämpfend, als Grundlage für ihre Instruktionen immer "unkomplizierte" Landkarten heranzuziehen. Die UDSSR ist darauf rosa, die USA orange, Cuba braun etc. Solche Landkarten fördern keine diffizilen Fragen nach der Beschaffenheit des Geländes, den Kommunikationsverbindungen, dem Klima oder der Dauer von Wegstrecken etc.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Information der CIA-DIA, "Be-weise der militärischen Expansion Nicaraguas", vorgelegt am 9. März 1982. Hier werden aufreißerische Zahlen verbreitet, wie "25 T-55 Panzer sowjetischer Bauart" oder zwischen 12 und 16 "MIG cubanischer Herkunft". Die Fantasien der Leute geraten in Bewegung. Es werden Vorstellungen geweckt von einer breiten Phalanx sowjetischer T-55, die durch das Tiefland Osteuropas und die arabischen Wüsten donnert. Der entstehende Lärm wird nicht durch Details bezüglich der Kapazität, den Mannschaften, des Geländes etc. beeinträchtigt. Heute möchte ich mich mit ihrer Erlaubnis über diese Regeln der militärischen Instruktion hinwegsetzen. Ich habe hier einen detaillierten Plan dieser Region mitgebracht. Es ist ein Plan wie er von denen benutzt wird, die in einem Kampf auf Leben und Tod stehen, der Plan ist also nicht von der Art wie er für Scheingefechte herangezogen wird.

Jeder kann sofort erkennen, daß Honduras danach eine der hügeligsten Topografien dieser Region aufweist. Diese Gelände ist nicht für den Einsatz von Panzern geschaffen. Wenn zum Beispiel Nicaragua ihre "T-55 Panzer sowjetischer Bauart" gegen Honduras in Bewegung setzen würde, müßten diese in der Nähe der hondurenischen Hauptstadt Tegucigalpa Hohen von 2300 Metern und im Westen des Landes gar von 3000 Metern überwinden.

(...)

Es gibt nur eine Route, die Panamericana entlang, über die die T-55 realistischerweise rollen könnten. Auf der Länge der Strecke, die auf dieser Straße zurückgelegt werden müßte (290 Meilen), dürfte es für die US-Satelliten und die hondurenischen Aufklärungsflugzeuge ein Leichtes sein die Panzer auszumachen.

(...)

Bei Zugrundelegung einer maximalen Geschwindigkeit von 30 Meilen/h würde man von Managua nach Tegucigalpa mindestens 10 Stunden und von der Grenze aus mindestens 5 Stunden brauchen.

Über logistische Probleme hinaus, die durch die Geländebeschaffenheit entstehen, gibt es zahlreiche andere charakteristische Merkmale, die den T-55 als einen unglaublich minderwertig und anfälligen Panzer ausweisen.

(...)

Es ist wie ich den sandinistischen Comandantes sagte: "derjenige der von Freunden mit T-55 Panzern versorgt wird, der braucht keine Feinde".

Unterstützt von 12 Schützenpanzern könnten 25 T-55 bestenfalls eine Offensivtruppe von ganzen 96 Mann gegen Honduras tragen. Jeder nicaraguanische Panzer setzte sich dabei der geballten Kraft der hondurenischen Luftwaffe aus.

Nachfolgend geht Buchanan noch auf einige waffentechnische Details ein. Er meint die nicaraguanische Luftwaffe könnte mit ihren höchstens fünf dafür einsetzbaren Kampfflugzeugen einer Offensive keinerlei geeignete Luftunterstützung geben. Daher schlußfolgert er: "Meine Einschätzung der nicaraguanischen militärischen Stärke läßt mich annehmen, daß die Möglichkeiten der Sandinisten von der Reagan-Regierung bewusst übertrieben wurden.... Man kann nur schließen, daß die Reagan-Regierung die Tatsachen verzerrt, um Geheimoperationen, mit denen die Sandinisten gestürzt werden sollen, und eine bisher nie dagewesene militärische Aufrüstung von Honduras zu rechtfertigen."

Auf der anderen Seite sieht die Lage ganz anders aus. Buchanan bestätigt ohne jede Umschweife die von nicaraguanischer Seite schon mehrfach geäußerte Einschätzung, daß Honduras die bei weitem stärkste und bestausgerüstete Luftwaffe der Region besitzt. Er nennt 20 Mystère B2 Kampfbomber, 10 F-86 Sabre Düsenkampfbomber, 5 A-37b Dragonfly Bomber, 24 T-28 Trojan kampfeinsatzfähige Trainer-Bomber,

3 RT-33-A Aufklärungsflugzeuge, 23 Trainingshubschrauber und weitere diverse Transport-, Trainings- und andere Flugzeuge älterer Bauart. Dieser Flotte steht auf nicaraguanischer Seite keine nur im geringsten gleichwertige Luftwaffe gegenüber.

Buchanan warnt jedoch davor, aus dem Mangel an hochwertiger Offensivrüstung auf nicaraguanischer Seite die Schlußfolgerung zu ziehen, daß ein Angriff der honduranischen Streitkräfte auf nicaraguanische Ziele zum Spaziergang würde. Er geht nämlich davon aus, daß Nicaragua seit Anfang 1982 mit sowjetischer Hilfe ein wirksames, dreimal gestaffeltes Luftabwehrsystem aufgebaut hat: zunächst Gürtel mit SA-6 ("gainful") Boden-Luft-Abwehrraketen, dann über das Land verteilte 57mm Antipanzergeschütze, die auch zur Flugabwehr eingesetzt werden können, und schließlich leichte, tragbare SA-7 ("Grail") infrarotgesteuerte Flugabwehrraketen.

Er gibt den honduranischen Falken und ihren US-Beratern zu bedenken, daß im israelisch-arabischen Krieg 1973 40% der Verluste der israelischen Luftwaffe auf das Konto der SA-6 Batterien gingen, obwohl die Israelis unvergleichlich viel besser gerüstet und trainiert waren als die Honduraner, und jene über neueste US-Elektronik verfügten, von denen er vermutet, daß sie weder in honduranischen Händen ist, noch kommen werden.

Danach fährt Buchanan in seinem Bericht fort:

Wie ich mitbekommen habe, geben die USA momentan 21 Mil.Dollar für die Verbesserung und Erweiterung der Flughäfen von La Mesa, Palmarola und Golosón in Honduras sowie für columbianische Flughäfen, die sie im Ernstfall benutzen wollen, aus. Das bringt mich erneut darauf zurück, warum alle honduranische Militärs, mit denen ich sprach, annahmen, daß der Krieg in Kürze, im Dezember beginnen wird.

Genau gesprochen wartete General Alvarez darauf, daß die USA die Munitions- und Treibstofflager der Flughäfen auffüllten, bevor er die Zeichen für einen Überraschungsangriff gegen Nicaragua gäbe. Der Nachschub für die honduranische Luftwaffe sollte danach durch eine "Nationalisierung" der US-amerikanischen Munitions- und Treibstofflager gesichert werden. Die USA würden gegen diese "Nationalisierung" protestieren, aber von einer "Bestrafung" Honduras absehen.

Diese Lagerung von Munition und Treibstoff durch die USA liegt momentan noch glücklicher Weise in der Ferne. Trotzdem scheint von hondurenischen Militärs und von der US-Regierung Druck ausgeübt zu werden, um möglichst schnell einen Krieg gegen Nicaragua zu entfachen.

Warum denken hondurenische Offiziere, daß der Krieg im Dezember beginnen wird? Sie sagen, daß im Dezember die Regenperiode vorüber ist und der Rio Coco einen niedrigen Stand, günstig für einen nicaraguanischen Angriff, erreicht hätte.

In Wirklichkeit geht der Wasserstand des Rio Coco nicht vor Ende April zurück, aber es gibt Mitte Dezember klaren Himmel und ideales Wetter für Luftoperationen. Vielleicht ist das der Grund, warum die hondurenischen Militärs zu dieser Zeit einen nicaraguanischen Angriff "erwarten". Wieviel davon ist Prahlerei? Man kann es nicht mit Sicherheit sagen. Sie scheinen zu glauben, daß die US-Militärs Argumente wie diese gerne hören.

Bezüglich der Bodenstreitkräfte nimmt CIA-DIA an, daß Nicaragua momentan über 20 000 reguläre Soldaten verfügt und 50 000 Personen in den Milizen organisiert sind. Sie glauben, daß es das Ziel Nicaraguas sei, ein Heer von 25 - 30 000 und eine Reservemiliz von 100 - 150 000 Mann zu schaffen. Aber dieses kann nicht in kurzer Zeit erreicht werden.

Nach meinen Informationen umfassen Honduras reguläre Truppen momentan 15 050 Mann (12 800 Heer, 850 Marine, 1400 Luftwaffe). Dazu kommt ein Polizeiapparat mit 3500 Personen. Dazuzurechnen sind außerdem ca. 3000 - 5000 Ex-Somozisten und Konterrevolutionäre, die von hondurenischem Territorium aus operieren. Darüber hinaus besitzt das hondurenische Heer 17 Panzerfahrzeuge des von Militärs weltweit als hochentwickelt geltenden britischen SCORPIONS. Mit einem C-130 Transportflugzeug können je zwei dieser Fahrzeuge bei Bedarf innerhalb von Stunden an die Miskito-Küste gebracht werden. Dagegen müssen die nicaraguanischen T-55 über 300 Meilen auf kleinen, nichtasphaltierten Wegen, dazu die halbe Strecke über Berge, zurücklegen.

## Der Grenzkonflikt

(...)

Während die hondurenische Luftwaffe klar überlegen ist, wird dieser Vorteil durch die nicaraguanische Luftabwehr aufgefangen.

Bei den nicaraguanischen Bodenfahrzeugen wird der leichte Vorteil gegenüber Honduras durch die Minderwertigkeit der T-55 ausgeglichen. Es besteht also ein relatives Gleichgewicht.

Dieses wird gestört durch die praktizierte und noch angekündigte militärische Unterstützung der USA für Honduras. Momentan befinden sich die neuralgischen Stellen, wo der offene Kampf plötzlich ausbrechen kann, entlang des Rio Coco an der Atlantikküste und an der gebirgigen Grenze im Nordwesten Nicaraguas. Von diesen beiden Zonen scheint die abgelegene Miskito-Küste zum Brennpunkt des Geschehens zu werden.

Im August brachten US-Transportmaschinen, die im "Comando Sur" in Panama stationiert sind, ein Bataillon der hondurenischen Truppen samt kompletter Ausrüstung nach Puerto Lempira. Dies offenbar ein Teil einer Übung. Das Bataillon befindet sich jetzt in Mocerón, 15 km nördlich der nicaraguanischen Grenze. Man gibt vor, daß es Aufgabe des Bataillons sei, vor nicaraguanischen Überfällen gegen das Miskito-Lager in Mocerón zu schützen.

Vielleicht aber besteht die Aufgabe weniger im Schutz der Miskitos, sondern mehr darin, sie an einer Rückkehr nach Nicaragua zu hindern. Nach meinen Informationen suchen viele, vor allem ältere

Miskitos eine Verständigung mit den Sandinisten und wollen zu rückkehren. Es sind vor allem ungestüme Jünge, die weiter kämpfen wollen, und man braucht die Miskitos in Mocerón zur Verschleierung und als Rekruten. Es ist kein Zufall, daß sich die konterrevolutionären Banden, die in diesem Gebiet ihr Unwesen treiben, gleichfalls in der Nähe von Mocerón festgesetzt haben. Aktuell fällt dem hondurenischen Bataillon die Aufgabe der Absicherung der Somozisten und Konterrevolutionäre bei ihren Überfällen auf nicaraguanisches Territorium zu. Die Gegenwart des Bataillons in Mocerón gewährt den Kontras eine hervorragende Versorgung mit Waffen und Ausrüstung.

Wer kann in dieser abgelegenen Region eine genaue Kontrolle über den Verbleib von Waffen, Munition, Radios etc. führen, die an das Bataillon geliefert werden? Wieviel von diesem Kriegsgerät gerät in die Hände der Somozisten?

Und angenommen, daß der Botschafter und seine Familie einpersönliches Interesse an den Miskito-Indianern in Mocerón haben, so scheint reichlich viel Verpflegung, Medikamente, Kleidung etc. in diese Zone geschickt worden zu sein. Wieviel von diesem Material kommt bei den Konterrevolutionären an, und zeigt der Botschafter das gleiche Interesse für die salvadorenischen Flüchtlinge im Lager von Mesa Grande? Vielleicht ist die wichtigste Frage, die nach der Koordination zwischen dem Bataillon und den Konterrevolutionären.

Wie weit benutzen sie das gleiche Informationssystem, wie weit gehen ihre gemeinsamen Operationen und in welchem Umfange sind die USA darin verstrickt? Herr Thomas P. Anderson hat in einem Bericht an diese Kommission behauptet, daß von hohen Regierungsbeamten die Existenz einer direkten Intervention gegen die sandinistische Regierung unter US-amerikanischem Schutz bestätigt wurde. Denkt man dabei an das Vorgehen der USA in Chile, Guatemala und Cuba, um nicht das Beispiel Nicaragua selbst heranzuziehen, so erhalten diese Informationen ihre Glaubwürdigkeit und Mocarón wird zu einem bedeutendem Element in dieser Strategie.

Als mögliche Variante für das Aufbrechen des offenen Konfliktes ist denkbar, daß Einheiten des sandinistischen Heeres oder der Milizen konterrevolutionäre Banden bei einem Angriff in Nicaragua überraschen. Die Sandinisten müssen ihre Verfolgung an der Grenze zu Honduras aufgeben oder riskieren eine Konfrontation mit den regulären hondurensischen Truppen. Dies oder der Zusammenstoß mit einer hondurensischen Gruppe auf nicaraguanischem Territorium würde den Krieg einleiten.

Ich möchte nun unter Berücksichtigung der internen Situation in Honduras eine abschließende Bemerkung machen. Wenn ich danach frage, ob es momentan bedeutende Operationen linker Guerrilleros gäbe, brachte der größte Teil der Militärs ihre Furcht zum Ausdruck, daß die politische Gewalt, die die Situation in El Salvador und Guatemala kennzeichnet, sich auch auf ihr Land ausdehnen könnte. Viele von ihnen haben Vorbehalte gegen das sandinistische Experiment, das über die Grenzen von Nicaragua hinaus seine Auswirkungen hat.

(.....)

Es gibt starke Meinungsverschiedenheiten zwischen den hondurensischen Militärs im Bezug auf die Beurteilung des nicaraguanischen Konfliktes, die Beteiligung an dem Bürgerkrieg in El Salvador und im Hinblick auf die Zukunft der demokratisch gewählten Regierung in Honduras. Dies geht klar hervor aus den Erklärungen, die Cnel. Leonidas Torres Arias am 31.8. dieses Jahres in Mexico-Stadt abgab. Er verurteilte die Pläne des General Alvarez und anderer Parteigänger der harten Linie, die Honduras auf geradem Weg in einen Krieg mit Nicaragua führen wollten.

Dies würde ein wirklicher "Krieg ohne Sieger". Es würde seinen schrecklichen Preis für diese Regierung haben (US-Regierung, Anm. d. Red.), eine militärische Lösung für das zu suchen, was grundlegende soziale, ökonomische und politische Probleme sind.

Dieser Krieg könnte sich leicht in einen regionalen Konflikt, der alle Länder Mittelamerikas und vielleicht die USA und Mexico auf gegnerischen Seiten miteinschließt, ausweiten. Das nicaraguanische und hondurensische Volk müßte einen sehr hohen Preis bezahlen und der Name der USA würde in Lateinamerika und in der ganzen Welt beschmutzt. (Wo gibt es dafür noch einen sauberen Fleck? d. S.)

## Revolution in Nicaragua — auch für Frauen?

Nachdem jahrelang über die lateinamerikanischen Frauen nichts geschrieben wurde, ist gerade in letzter Zeit zunehmendes Interesse zu spüren. Besonders interessant erscheinen uns die Frauen in Nicaragua. Was hat sich konkret an ihrer Situation geändert? In diesem Artikel versuchen wir, eine Antwort auf diese Frage zu geben.

"Barricada! Barricada!" Corinto, morgens 9 Uhr. Im Büro der Frente Sandinista verkauft Maria-Helena die regierungsnahе Zeitung Barricada. Vom nahen Marktplatz strömen die Leute (Marktfrauen, Milizen, Hafenarbeiter etc.), um sich die neuesten Informationen zu holen. Auch wer kein Geld hat für eine regelmäßige Tageszeitung kann sich an der Wandzeitung vor dem Frontebüro, die Maria-Helena bereits aus Zeitungsausschnitten und Fotos erstellt hat, über die wichtigsten Geschehnisse informieren und mitdiskutieren in den Grüppchen, die sich jeden Morgen am Marktplatz vor dem Büro der Frente Sandinista bilden. Auch Maria-Helena diskutiert zwischen Wechselgeld nachzählen und "Barricada" ausgeben eifrig mit.

Maria-Helena, 22 Jahre, verheiratet, 1 sechsjährigen Sohn, arbeitet vormittags im Büro der Frente. Nach dem Mittagessen, das ihre Schwiegermutter bereits gekocht hat, bringt sie ihren Sohn Erikson zur Schule. Sie selbst arbeitet nachmittags in einer Vorschule mit 20 Kindern. Abends und Samstags geht sie zur Abendschule und macht die Sekundarstufe nach. Sie will Erzieherin werden. Bisher hatte sie nur 6 Jahre Schule (Primaria) besucht und keinerlei Ausbildung. Zwischendurch muß jedoch der Unterricht für sie ausfallen, wenn sie zur Milizübung muß, zu einer Solidaritätsveranstaltung will oder nachts Wache schiebt im Stadtteil. Seit einiger Zeit ist sie Verantwortliche des Regierungsbüros in Corinto für zivile Verteidigung, d.h. sie muß im Verteidigungsfall die Evakuierung der Bevölkerung organisieren. Um diesen Posten hat sie mit 7 Männern konkurriert. Voller Schadenfreude meint sie, die müßten sich eben daran gewöhnen, daß Frauen jetzt auch was zu sagen haben.

Maria Helena kommt aus einer Pro-Somoza-Familie. Doch schon sehr früh hat sie sich für die Befreiungsbewegung interessiert und mit ihren Zielen sympathisiert. Seit ihrer Hochzeit lebt sie bei der Familie ihres Mannes, die alle überzeugte Sandinisten sind. Während des Krieges mußte sie wie viele Frauen aus Sicherheitsgründen mit ihrem Sohn nach Costa Rica gehen. Nach dem Krieg hat sie angefangen, in Stadtteilkomitees und der Sandinistischen Jugendorganisation mitzuarbeiten. Durch Gespräche mit anderen Frauen ist sie in die Frauenorganisation AMNLAE eingetreten. Hier ist sie nun für den Bereich Propaganda zuständig und wirbt Frauen für Veranstaltungen und Mitarbeit an. Erziehung und Bewußtseinsbildung von Frauen ist ihr sehr wichtig. Sie hatte wie die meisten Frauen in Nicaragua nur wenig politisches Bewußtsein, weil sie sich nicht viel mit Politik befaßt hatte, aber Schritt für Schritt lernen sie jetzt gemeinsam mehr über Politik und werden sich selber dabei verändern und selbstbewußter werden.

Über Machistas denkt sie, daß es Männer sind, die ihre Frau nur im Hause behalten wollen und sie an nichts teilnehmen lassen. Die Mehrzahl der Männer in Nicaragua ist so, sagt sie. Ihr eigener Mann hat sie anfangs mehrere Male nachts ausgesperrt, wenn sie spät von Sitzungen nach Hause gekommen war. Sie erklärte ihm, er als überzeugter Sandinist müßte doch einsehen, daß alle, Männer und Frauen, mitarbeiten müßten, um die Revolution zu festigen und ein freies Nicaragua aufzubauen. Er müsse sich nun daran gewöhnen, daß die Zeiten sich geändert hätten; die Frauen hätten ebenso wie die Männer gegen Somoza gekämpft und würden jetzt ebenso wie die Männer beim Aufbau mitarbeiten. Außerdem solle er gefälligst etwas aktiver sein und sich nicht auf seinen Lorbeeren der Widerstandszeit ausruhen. Ihr Mann hat sich nun mittlerweile daran gewöhnt, daß seine Frau so aktiv ist. Doch viele Männer in Lateinamerika haben Angst, von anderen Männern verspottet zu werden, wenn ihre

Frauen aktiv nach außen gehen, daß sie als unmännlich bezeichnet werden, als am Schürzenzipfel der Frau hängend.

Im Gegensatz zu anderen Frauen ist Maria-Helena in einer glücklichen Lage. Ihre Schwiegermutter unterstützt sie, indem sie im Haushalt mithilft und hilft das Kind zu versorgen. Das erspart ihr viel Zeit und Mühe. Sehr schade findet Maria-Helena, daß sie so wenig Zeit für ihren Sohn hat. Oft nimmt sie ihn daher nachts auf Wache mit, wo sie zusammen sprechen können, wo er in ihren Armen schläft, während sie aufpaßt, daß "ihre" Straße von Contras und Kriminellen verschont bleibt. Später, wenn die Revolution gefestigt ist, tröstet sie sich, hat sie mehr Zeit für ihn. Für ihn, sagt sie, macht sie das alles, damit er eine bessere Zukunft bekommt. Mehr Kinder möchte sie nicht, denn dann hätte sie keine Zeit mehr für Politik, sondern müßte zuhause bleiben. Die politische Arbeit ist ihr sehr wichtig geworden. Sie zieht großes Selbstbewußtsein aus der Arbeit und der Gemeinschaft mit den anderen Compañeros und Compañeras. Wer sie in die traditionelle Rolle der Frau zurückweisen will, wird als konservativ, rückständig oder als revolutionsfeindlich bezeichnet. Begeistert stürzt sie sich auf die Ideen der Regierung vom Aufbau des neuen Nicaragua. Sie ist sich ihrer Fähigkeiten bewußt: das kann ich. Und wenn ich das nicht kann, dann lern ich das!



Für Maria-Helenas Freundin Lygia ist das alles nicht so einfach.

Lygia, 28 Jahre, hat einen zweijährigen Sohn, lebt von ihrem Mann getrennt, lebt bei ihrer Mutter und ihren 8 Geschwistern. Während des Krieges mußte sie ihr Jura-Studium abbrechen, weil sie die Arbeit als Schneiderin, mit der sie das Geld fürs Studium verdient, verlor. Auch sie stand der Befreiungsbewegung positiv gegenüber und arbeitete in der zivilen Verteidigung mit: wie viele Frauen wirkte sie in geheimen Gesundheitszentren und als Informationskurier. Nach dem Krieg machte sie in der nationalen Alphabetisierungskampagne mit und brachte ihren Nachbarn und ihrer Mutter lesen und schreiben bei.

Ihr Mann, ein aktiver Guerillakämpfer, bekam ein Stipendium für ein Medizinstudium in Cuba und kam selten nach Nicaragua. Mit der Familie ihres Mannes, wo sie nach der Heirat lebte, kam sie nicht zurecht. Sie wollten sie immer wieder auf ihre Rolle als Ehefrau und Mutter verweisen und beschimpften sie als schlechte Mutter, er-

laubten ihr nicht, an Versammlungen teilzunehmen. Da sie auch von ihrem Mann keinerlei moralische Unterstützung erhielt, ging sie kurzerhand zu ihrer Mutter zurück und lebt nun mit ihrer Mutter, deren Ehemann und ihren 8 Geschwistern. Das Haus ist zu eng für alle, und das Geld ist knapp. Lygias Stiefvater ist seit 6 Jahren schwer asthmakrank und arbeitsunfähig, ihre Mutter hat einen kleinen Lebensmittelladen und verkauft Früchte aus dem Garten am Markt. Die Kinder müssen alle mitarbeiten, um das Notwendigste zum Essen zu besorgen.

Lygias Traum von einem Jurastudium ist in weite Ferne gerückt. Sie arbeitet nachmittags als Lehrerin in einer Schule (pro Klasse 50 Kinder), obwohl sie keinerlei pädagogische Ausbildung hat. Abends und samstags macht sie in Abendkursen eine Ausbildung als Lehrerin. Abends, wenn alle schon schlafen, sitzt sie am Küchentisch und bereitet den Unterricht für den nächsten Tag vor. Vormittags unterstützt sie ihre Mutter im Haushalt und Laden. Sie wäscht, bügelt, kocht. Doch mindestens zweimal pro Woche geht sie abends zu Milizübungen oder muß auch öfters nachts Wache schieben oder sie geht zu Versammlungen. Fast überall ist ihr zweijähriger Sohn dabei, damit sie ihrer Mutter nicht noch mehr zur Last fällt, die ihr ständig mit Vorwürfen begegnet: Sie sollte ihre politische Arbeit aufgeben, sich mit ihrem Mann versöhnen und als brave Ehefrau und Mutter zuhause bleiben. Mit den Vorwürfen, daß Lygia eine schlechte Mutter sei, bringt sie Lygia in schwere Gewissenskonflikte und Schuldgefühle. Doch Lygia weiß, daß ein Leben, wie ihre Mutter es führt, ihr nicht genügt. Sie weiß, daß sie mehr kann und es macht ihr Spaß, zu lernen, zu organisieren. Doch von ihrem Lohn als Lehrerin kann sie alleine mit Kind nicht leben. Die Mieten sind zu teuer. So muß sie sich mit ihrer Mutter arrangieren, will aber möglichst wenig von ihrer neuen Lebenseinstellung abgeben. Doch sie tröstet sich: Es sind nur noch einige Jahre, bis es ihr besser gehen wird und ihr Sohn wird später Verständnis dafür haben. Für ihn macht sie das alles.

Von Männern hält sie im allgemeinen nicht viel. Der Machismo ärgert sie. Wie viele andere Frauen ihres Landes sieht sie, daß Frauen wesentlich stärker sind als die Männer, daß die Frauen die Stütze der Familie sind, während die Männer oft nur Nutznießer sind, die sich oft genug von ihren Frauen aushalten lassen, zu faul sind zum arbeiten, zu labil, um Konflikte durchstehen zu können, keine Verantwortung für Frau und Kinder übernehmen wollen, oft genug Frau und Kinder verlassen, um mit einer jüngeren, hübscheren Frau zusammenzuleben. Die Compañeros sind da ihrer Meinung nach schon etwas bewußter. Da nimmt ihr schon mal einer auf einer Demo oder Versammlung ihren Sohn ab. Doch wenn die Compañeros sich auch nach außen einsichtig zeigen und von der Gleichberechtigung der Frau reden, im privaten Bereich siehts dann eben doch anders aus. Auch von anderen Freundinnen weiß sie, wenn es an die eigene Betroffenheit und Bequemlichkeit geht, zeigt sich wie tief der Machismo doch in vielen Männern noch steckt: Hausarbeit und Kinder sind nach wie vor alleinige Sache der Frau, und am liebsten ist es den Männern doch, so Lygia, wenn die eigene Frau nicht politisch aktiv ist, sondern als Heimchen am Herd wirkt.



Ganz anders sieht es bei Leila aus:

Leila, 26 Jahre, ledig, ohne Kinder; sie lebt mit ihrem Bruder bei ihrer Mutter in Managua, stammt aus einer Mittelschichtsfamilie mit Hausmädchen.

Leila hatte während der Revolution große Sympathien für die Befreiungsbewegung. Aber im Gegensatz zu ihrem Bruder, der in der zivilen Verteidigung im Stadtteilkomitee mitwirkte und nach dem Krieg 6 Monate während der Alphabetisierungskampagne als Alphabetisator in den Bergen Bauern lesen und schreiben beibrachte und ihrer Mutter, Religionslehrerin, die für ihre Nachbarn in ihrem Haus Alphabetisierungskurse nach dem Krieg veranstaltete, war Leila politisch nie aktiv.

Zur Zeit arbeitet sie tagsüber als Sekretärin im Planungsministerium, und abends besucht sie die Wirtschaftsabendschule, um sich weiter zu qualifizieren. Um Wäsche, Essen und sonstige Haushaltsprobleme braucht sie sich nicht zu kümmern, das besorgt das Hausmädchen Berta. Dafür beschäftigt sie sich ausführlich mit ihrem Aussehen: Kleidung, Makeup und Frisur müssen tip-top sein, denn die Konkurrenz unter den Mittelschichtsfrauen in der Stadt, die als Sekretärinnen und Verwaltungsangestellte in Unternehmen, Organisationen oder Ministerium arbeiten ist sehr ausgeprägt. Daran hat auch die Revolution noch nichts geändert. Daß Frauen jedoch nicht nur Wert auf ein attraktives Aussehen legen, zeigt sich darin, daß viele sich weiterqualifizieren wollen und nach einem langen Arbeitstag noch Abendkurse besuchen und mehr noch als die Männer die von der neuen Regierung geschaffenen Bildungsmöglichkeiten in Anspruch nehmen.

Leila gehört zu den wenigen Frauen in Nicaragua, die ledig sind und keine Kinder haben. Ein Großteil der Frauen Nicaraguas heiraten zwischen 14 und 18 und haben zwischen 2 und 12 Kinder. Die neue Generation der Frauen in Nicaragua möchte weniger Kinder. Leila möchte gerne ein Kind haben, jedoch keinen Mann dazu. Ein Mann stellt für sie nur Unruhe und Mehrbelastung dar. Sie wäre dadurch zu sehr in ihren Freiheiten eingeschränkt. Sie möchte lieber in einer interessanten Stellung arbeiten und sich abends ihrem Kind widmen, das tagsüber vom Hausmädchen versorgt wird. Ihre Mutter, sonst sehr gläubig und moralisch, scheint nichts gegen ein lediges Kind zu haben.

### Die Lage der nicaraguanischen Frau vor der Revolution

Was ist an diesen Frauen so bemerkenswert? Um sich dies klarzumachen, sollte man sich noch einmal die konkrete Lage der nicaraguanischen Frauen vor der Revolution vor Augen führen, die in vieler Hinsicht mit der Situation der Frauen in anderen lateinamerikanischen Ländern vergleichbar ist; ihre dreifache Unterdrückung durch patriarchalisch-kapitalistische Strukturen in einem peripher-kapitalistischen, vom Imperialismus beherrschten Land wurde aber durch die 40-jährige Diktatur besonders verschärft.

### Familienstruktur

Ein wichtiger Aspekt für das Verständnis der Situation der Frau ist sicherlich die Familienstruktur, die sich erheblich von der "entwickelter" Industriegesellschaft unterscheidet, in denen sich der Typ der bürgerlichen Kleinfamilie etabliert hat. Wenn auch die bürgerliche Familienideologie durchaus in den unteren sozialen Schichten wirksam ist, so hat sich die Kleinfamilie nur in der Mittel- und Oberschicht durchgesetzt (mit dem Vater als Oberhaupt und Ernährer). Die "deformierte" kapitalistische Entwicklung - in Nicaragua eng mit der Kaffee- und Baumwollwirtschaft verbunden - war begleitet von Landenteignungen, Marginalisierung- und Proletarisierungsprozessen. Die sich durchsetzende Wander- und Saisonarbeit führte zu Auflösungstendenzen in der Familie aufgrund der räumlichen und zeitlichen Trennung der Familienmitglieder; die äußerst niedrigen Löhne der Männer, durch die der Unterhalt der Familie ohnehin nicht gewährleistet werden konnte, die Migration in die Städte, all dies führte dazu, daß die Versorgung

der Familie immer mehr zur Alleinverantwortung der Frau wurde. 60 % der Familienvorstände sind Frauen.

Andererseits wird das häufige Verlassen der Frauen durch ihre Männer und ihre Alleinverantwortung für die Kinderversorgung und Erziehung auch durch die machistische Herrschaftsideologie abgesegnet, und es ist Bestätigung von Männlichkeit, von verschiedenen Frauen Kinder zu haben.

### Wirtschaftliche Diskriminierung der Frauen

Die ökonomische Alleinverantwortung der Frau für die Familie stellt eine besonders schwere Last dar angesichts der wirtschaftlichen Diskriminierung der Frau in Nicaragua. So ist ihr der Zugang zum Erwerbsleben aufgrund mangelnder Qualifikation, gesetzlicher Diskriminierung usw. weitgehend versperrt, und die wenigen Frauen, die überhaupt in Lohnarbeitsverhältnissen stehen, unterliegen besonderen Ausbeutungsmechanismen, wie z.B. Lohndiskriminierung, Fehlen arbeitsvertraglicher Regelungen, Zuweisung nur der "niedrigsten", schlechtbezahltesten Arbeiten an Frauen. Ein besonders krasses Beispiel ist die Erntearbeiterin, die, wenn sie verheiratet ist, nicht in den Lohnlisten als Arbeitskraft aufgeführt wird und ihren ohnehin niedrigeren Lohn nicht persönlich ausbezahlt bekommt, sondern ihr Mann, was auch die statistisch niedrige Rate der in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen erklärt. Die Mehrheit der Frauen auf dem Land trägt durch die Bewirtschaftung einer Parzelle zum unmittelbaren Unterhalt der Familie bei. Die Arbeitslast verstärkt sich bei alleinstehenden Frauen und bei Frauen, deren Männer zeitweise als Saisonarbeiter unterwegs sind. Oft bleibt gerade Frauen keine andere Möglichkeit, als in die Städte abzuwandern, wo sie als Hausangestellte, Wäscherinnen, Büglerinnen, Marktfrauen oder Prostituierte ihr tägliches Überleben sichern.

In den meisten Fällen stellt die Erwerbsarbeit also eine Verlängerung und Kommerzialisierung der traditionellen Hausarbeit dar, wobei Hausarbeit an sich aber weit mehr und physisch anstrengendere Arbeiten umfaßt, als wir es von einem modernen westlichen Haushalt gewöhnt sind. So ist ein Großteil der marginalen Haushalte weder mit fließend Wasser noch Elektrizität oder sanitären Anlagen ausgestattet; es gibt folglich so gut wie keine Mechanisierung der Hausarbeiten, viele Verbrauchsgüter für die Familie müssen von den Frauen selbst hergestellt werden, da sie kaum über festes Geldeinkommen verfügen. Der Mangel an sozialen Einrichtungen und staatlichen, infrastrukturellen Erleichterungen - also zum Beispiel das praktische Nicht-Vorhandensein von Schulen, Kindergärten und -horten, Gesundheits-, Mutter-Kind-Schwangerenfürsorge usw., das miserable Verkehrssystem ... wirkt noch erschwerend.

Es ist leicht einsichtig, daß Frauen von allen sozialen Mißständen, die unter der Diktatur herrschten, Kindersterblichkeit, Unter- und Fehlernährung, Wohnungsnot bis zum Analfabetismus besonders schwer betroffen waren. Es macht einen erheblichen Unterschied, ob man sich alleine oder mit vielen Kindern durchzuschlagen hat und nicht weiß wovon man sich am nächsten Tag ernähren kann.

### Gesetzgebung

Die alte Gesetzgebung weist der nicaraguanischen Frau einen mit Minderjährigen vergleichbaren Status zu. Die Gleichberechtigung der Frau war nicht gesetzlich verankert. Im Arbeitsrecht war ihr der Zugang zu verschiedenen Berufszweigen mit der Begründung ihrer physisch- und psychisch schwachen "schutzbedürftigen" Konstitution verboten; das Ehe- und Familienrecht bestimmte die Familie zur ausschließlichen Domäne des Mannes; absurderweise wurde ihm die alleinige Erziehungsgewalt über die Kinder zugesichert, was allerdings nicht seine Unterhaltspflicht gegenüber seiner Familie einschloß. Wollte die Frau z.B. mit ihrem Kind verreisen, brauchte sie die Genehmigung ihres Mannes. Das alte Eherecht ignorierte praktisch den Tatbestand männlichen Ehebruchs und erkannte nur skandalöses Konkubinats als Scheidungsgrund an, während bei

der Frau der Nachweis eines einmal begangenen Ehebruchs als Scheidungsgrund ausreichte und strafrechtlich verfolgt werden konnte. Ansonsten wurde den Frauen im Strafrecht mitunter mildere Behandlung als Männern zuteil, was aber wiederum auf diskriminierenden Voraussetzungen beruhte, denn auch hier wurden sie explizit mit Minderjährigen und Taubstumm (!) gleichgesetzt. Auf der anderen Seite galt z.B. Abtreibung als schweres strafrechtliches Delikt.

### Kulturelle und Ideologische Unterdrückung

Die besonders ausgeprägte kulturelle und ideologische Unterdrückung der Frau - in Lateinamerika allgemein unter dem Schlagwort Machismo bekannt - trieb natürlich auch in Nicaragua ihre Blüten: angefangen von der Nichtanerkennung ihres familiären und gesellschaftlichen Arbeitsbeitrages, ihrer Fixierung auf die Hausfrauen- und Mutterrolle bis hin zu ihrer Darstellung und Verwendung als Sexual- und Werbeobjekt.

Von gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen (wenn es überhaupt gerechtfertigt ist, von politischen Partizipationsmöglichkeiten unter der Diktatur zu sprechen) waren die Frauen vollkommen ausgeschlossen, da sie weder in den noch erlaubten bürgerlichen Parteien und politischen Organisationen präsent waren noch über eigene Organisationen verfügten. Im Kongress gab es eine Frau, von der man sagt, daß sie frauenfeindlicher und reaktionärer als mancher Mann gewesen ist.



### Die nicaraguanische Frau im Befreiungskampf

Man sollte diesen sozioökonomischen Hintergrund ein wenig im Auge behalten, bei einer Darstellung der Rolle der nicaraguanischen Frau im nationalen Befreiungskampf. In diesem Kampf, in dessen Verlauf sich ein breites nationales Oppositionsbündnis gegen die Diktatur bildete, in dem die FSLN schließlich eine Avantgardefunktion einnahm und der mit dem Sieg und der Regierungsübernahme im Juli 1979 durch die Sandinisten endete, spielten die Frauen eine wichtige Rolle.

Sie entwickelten dabei eigene Organisationsformen - so konnte sich 1977 zum ersten Mal in Nicaragua auf Initiative einiger weiblicher FSLN-Kader und einiger bürgerlicher Frauen eine politische Frauenorganisation konsolidieren: die AMPRONAC, die kein feministisches Selbstverständnis hatte, sondern sich von Anbeginn in ihrer Politik auf die "nationale Problematik" bezog, womit die ungeheure Repression und Menschenrechtsverletzungen des Somozaregimes gemeint waren, die jedoch im Verlaufe ihres zweijährigen Bestehens einen tiefgreifenden Wandlungs- und Radikalisierungsprozeß zu einer eher klassenkämpferischen Massenorganisation von Frauen durchlief und wenigstens einige frauenspezifische Zielsetzungen und Forderungen entwickelte, Frauenemanzipation jedoch immer im gesamtgesellschaftlichen Kontext verstand und daher zunächst die Priorität auf den "allgemeinen" Kampf legte.

Mit Kampf-, Aktions- und Arbeitsformen, die der spezifischen Situation von Frauen Rechnung trugen - Kochtopfdemonstrationen, Hungermärsche, Briefe an die Frauen der Nationalgardisten, Besetzungsaktionen mit den Müttern der Verschwundenen und politischen Gefangenen, Verlagerung der Arbeit auf Stadtteilebene - gelang es der Organisation, ihre Mitgliederzahl stark auszuweiten und ihre soziale Basis immer mehr aus den unteren Schichten der weiblichen Bevölkerung zu rekrutieren.

Sehr wichtig wird die Frauenorganisation bereits bei der Septemberoffensive '78 und '79 bei der Endoffensive, wo sie eine zentrale Rolle bei der Organisation und Bereitstellung von Hilfsleistungen spielt - angefangen von der Durchführung von 1. Hilfe-Kursen in den Stadtteilen, Aufbau geheimer Kliniken, prophylaktischen Massenimpfungen, Anlegen von Medikamenten- und Nahrungsmitteldepots bis Nachrichtenübermittlung und Waffentransport und zur Verfügung-Stellung sog. "Sicherheitshäuser" und Herstellung von Kontaktbomben. Ohne diese von Frauen geleistete "logistische" Hilfe wäre ein erfolgreicher Ausgang der militärischen Aktivitäten kaum denkbar gewesen.



Neben den in der Frauenorganisation organisierten Frauen gab es viele, die in Komitees der Mütter politischer Gefangener oder "Mütter der Märtyrer" aktiv wurden; andere Frauen schlossen sich spontan und individuell den verschiedenen Formen des Widerstands an, nahmen an Demonstrationen, Streiks teil und leisteten in individuellen Aktionen Unterstützungsarbeit oder integrierten sich in andere oppositionelle Organisationen (v.a. Zivile Verteidigungskomitees).

Auch der Beteiligung der Frauen am bewaffneten Kampf muß Beachtung geschenkt werden. Nachdem die Frauen in der Anfangsphase der FSLN von den bewaffneten Aktionen vollkommen ausgeschlossen waren, was in erster Linie auf machistische Vorbehalte in den Reihen der Guerilleros selbst zurückzuführen war, zeichnete sich später eine veränderte Haltung in der Guerilla gegenüber den Frauen ab, deren Anteil kurz vor dem Sieg bei ca. 30 % lag und die auch Führungspositionen einnahmen und an allen spektakulären Aktionen (Besetzung des Nationalpalastes, Geiselnahme auf dem Botschaftsfest im Haus "Chema-Castillo) beteiligt waren. Der militärische Einzug in Leon wurde u.a. von 4 Frauen angeführt. Eine viel höhere Beteiligung entwickelte sich in den Volksmilizen, die sich in den Stadtteilen organisierten und denen viele Frauen während des Aufstandes beitraten.

Neben dem bewaffneten Kampf in der Guerilla, der sicherlich den radikalsten Bruch mit der traditionellen Frauenrolle bedeutete (obwohl die Mehrheit der Guerillakämpferinnen junge, unverheiratete Frauen waren, gab es auch einige, die sich entschlossen, Mann und Kinder zu verlassen, um sich dem bewaffneten Kampf anzuschließen), brachte jede Form des Engagements im Widerstand Rollenkonflikte und die Infragestellung des herkömmlichen Frauenbilds mit sich. So rief z.B. die politische Arbeit der Frauen, die zwangsläufig eine Vernachlässigung der Mutter- und Hausfrauenpflichten mit sich brachte, sehr häufig den Widerstand der Männer hervor, sie sich zudem auch aufgrund der Tatsache, daß die Frauen sich viel mehr außerhalb des Hauses bewegten, in ihrem Besitzanspruch bedroht sahen.

Andererseits leitete sich die Motivation der Frauen, gegen die Diktatur zu kämpfen, auch sehr häufig aus ihrem eher traditionellen Selbstverständnis als Mutter und Verantwortliche der Familie ab. Gerade bei den "älteren" Frauen (zu denen in Nicaragua bereits die Frauen über 30 zählen), war die politische Aktivität viel höher und radikaler als bei den Männern der gleichen Altersstufe, was damit begründet wird, daß die Frauen angesichts der gezielten besonders krassen Repression der Diktatur gegen die Jugend sich veranlaßt sahen, sich mit ihren Kindern zu solidarisieren. Mütter, deren Kinder mit der FSLN kämpften, deren Kinder ermordet oder verhaftet wurden oder die dies bei anderen Frauen miterlebten, sympathisierten häufig schon über den emotionalen Bezug zu ihren Kindern mit der Befreiungsbewegung.

Die Erfahrungen, die die Frauen während ihres Politisierungsprozesses und im gemeinsamen Kampf mit anderen Frauen machten - Überwindung der häuslichen Isolation, Solidarität und gemeinsames Eintreten für gemeinsame Ziele, Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung, teilweise Überwindung traditioneller Rollenvorschriften - bedeuten sicherlich einen ersten Schritt in Richtung Bewußtseinsveränderung und Emanzipation.

## Die Situation der Frau im heutigen Nicaragua

Adelante Mujer con tu Participación!  
Vorwärts Frau mit deiner Beteiligung!

Construyendo la Patria Nueva hacemos la mujer nueva!  
Indem wir das neue Vaterland aufbauen, schaffen wir die neue Frau!

Por la Paz y defensa de la revolución avanza mujer con tu participación!  
Für den Frieden und die Verteidigung der Revolution schreite fort, Frau, mit deiner Beteiligung!



Solche und ähnliche Slogans sind im heutigen Nicaragua überall zu hören und zu sehen. Läßt sich daraus schließen, daß sich in Nicaragua eine andere Entwicklung abzeichnet, als es die Erfahrung vorausgegangener nationaler Revolutionen (Algerien, Iran) lehren, in denen die Frauen, nachdem ihre Beteiligung zwar während der Phase des Kampfes erwünscht und akzeptiert wurde, als sich die "revolutionäre" Regierung konsolidiert hatte, aber schnellstens in ihre traditionelle Rolle zurückverwiesen wurden?

Mit der Regierungsübernahme durch die Sandinisten im Juli '79 wurden tiefgreifende gesamtgesellschaftliche Veränderungen eingeleitet (Verstaatlichungen, Demokratisierungsprozesse, erste Maßnahmen zur Behebung der dringendsten sozialen Mißstände, Preissubventionen und -fixierung bei Grundnahrungsmitteln, Anhebung der Mindestlöhne), die sich auch und vielleicht besonders auf die Situation der Frauen positiv auswirkten. Inwieweit bisher von Seiten der Regierung eine spezifische Frauenpolitik entwickelt wurde, die eine grundlegende Verbesserung der Situation der Frau und die Verwirklichung ihrer Gleichberechtigung erwarten läßt, ist jedoch fraglich.

Ein Frauenanteil in der Regierung von 28 % und die Präsenz der Frauenorganisation AMNLAE im Staatsrat (mit allerdings nur 1 Sitz) sowie eine erhebliche Beteiligung von Frauen in den Massenorganisationen, Gewerkschaften und im Staatsapparat (Miliz, Polizei, Armee) lassen zwar auf politische Mitwirkungsmöglichkeiten von Frauen schließen, aber bis heute wurde noch kein offizielles frauenpolitisches Konzept ausgearbeitet.

## AMNLAE

Die ehemalige Frauenorganisation AMPRONAG wurde nach dem Sieg in AMNLAE (Nicaraguanische Frauenvereinigung Luisa Amanda Espinoza) umbenannt, nach der ersten FSLN-Kämpferin, die 1964 im bewaffneten Kampf fiel und die den proletarischen, antiimperialistischen Charakter der Organisation symbolisieren soll. Als sandinistische Massenorganisation versteht sich die AMNLAE als Trägerin und Ausführungsorgan der von der Regierung beschlossenen Politik, was sich sowohl in ihrer regierungstreuen Propagandaarbeit als auch in ihrer aktiven Unterstützung der nationalen Kampagnen für Gesundheit, Alfabetisierung, Freiwilligenarbeitseinsätzen u.ä. äußert, die häufig in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien durchgeführt werden. Die heutige Mitgliederzahl der AMNLAE liegt bei 30 000, in der Mehrheit Frauen aus den ärmeren Bevölkerungsschichten und Hausfrauen.

Obwohl die Organisation in ihren Zielsetzungen die Priorität auf die Konsolidierung und Verteidigung der Revolution legt, hat sie auch eine frauenspezifische Politik entwickelt und kann durchaus als Interessensorganisation von Frauen angesehen werden, die mitunter auch gegenüber der FSLN ihre Eigenständigkeit behauptet, wie es sich bei ihrem Einsatz im Staatsrat für die Novellierung frauendiskriminierender Gesetze, insbesondere die Diskussion um das elterliche Sorgerecht, zeigte, daß sie den Konflikt mit der von der FSLN vertretenen Position nicht scheute, oder

ihr entschiedenes Auftreten gegen die sich nach dem Sieg ausbreitende Tendenz, die Frauen immer mehr aus dem militärischen Bereich zurückzudrängen. Auf ihr Betreiben hin wurden schließlich auch die Frauenreservebataillone eingerichtet.

AMNLAE bemüht sich in ihrer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit bewußtseinsverändernd im Hinblick auf die in der Bevölkerung noch immer vorherrschenden Rollenklischees zu wirken; sie strebt die stärkere Integration der Frau in die gesellschaftliche Produktion an und hat bereits einige Frauenproduktionskollektive ins Leben gerufen (allerdings noch in "traditionell weiblichen" Arbeitsbereichen, vorwiegend Näherwerkstätten, und nicht in dem Umfang, daß sie als gesellschaftliche Lösung des Problems der Frauenarbeitslosigkeit angesehen werden könnten). Auch das zentrale Problem der geschlechtlichen Arbeitsteilung, der Alleinzuständigkeit der Frau für die Kinder und Hausarbeit wurde ansatzweise reflektiert, es wurden Lösungsversuche entwickelt, wie die Einrichtung von Kindergärten und -zentren, Großküchen und Wäschereien, die ebenfalls noch lange nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind. Außerdem hat die Organisation dem Staatsrat einen Gesetzesentwurf vorgelegt, nachdem künftig auch die Männer zur Hausarbeit verpflichtet werden sollen. Dieses Gesetz ist zwar noch nicht verabschiedet, wird aber im Moment noch heiß diskutiert.

Aus dem Programm der AMNLAE: Art. 6, Ziele der Organisation:

1. Verteidigung der sandinistischen Volksrevolution als politische Garantie für die Erlangung der Emanzipation der Frau.
2. Den politischen und ideologischen Fortschritt der nicaraguanischen Frau voranzutreiben, um sie zu befähigen, ihr Bewußtsein und die Qualität ihrer Beteiligung ständig anzuheben.
3. Die Manifestation institutioneller Ungleichheit und Diskriminierung allgemein gegen Frauen zu bekämpfen mithilfe der Organisation, in denen Frauen bereits Mitglieder sind, um auf diese Art zur revolutionären Umgestaltung des sandinistischen Staates und zur revolutionären Erziehung des Volkes beizutragen.
4. Den kulturellen und technischen Fortschritt von Frauen anzuregen, mit dem Ziel, ihre Beteiligung zu erweitern und zu verbessern in den sozialen und ökonomischen Aktivitäten, um sie von der Unterbeschäftigung und den traditionellen Berufen zu anderen Berufen zu bewegen, die traditionell Männern vorbehalten waren.
5. Die Hausarbeit aufzuwerten und sie zur Kategorie der gesellschaftlich anerkannten Arbeiten anzuheben und Schwergewicht auf die Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen für die Arbeiterinnen zu legen.

## Justiz

Die bis heute erreichten erheblichen Verbesserungen der rechtlichen Stellung der nicaraguanischen Frau lassen sich vor allem auf die Staatsratsarbeit der AMNLAE zurückführen, die mit der Ausarbeitung der die Frauen betreffenden Gesetzesprojekte betraut ist. Gleich nach dem Sieg wurde die gesetzliche Gleichberechtigung der Frau erlassen, die es zuvor nicht gab. Im Arbeitsrecht wurden frauendiskriminierende Regelungen aufgehoben, die Lohndiskriminierung aufgrund des Geschlechts verboten, arbeitsvertragliche Absicherungen vorgeschrieben. (Im Unterschied zu früher müssen alle Arbeitskräfte über 14 Jahren heute in den Lohnlisten aufgeführt werden.) Schwangerschaftsschutzbestimmungen und Stillregelungen, die zum Teil schon unter Somoza bestanden, sich aber nur gegen die Frauen auswirkten, da sie die Ungleichbehandlung von Frauen legitimieren sollten und ansonsten ohne Relevanz waren, werden nun erstmals auch in der Praxis eingehalten. Ebenfalls unmittelbar nach dem Sieg wurde ein Gesetz erlassen, das die Kommerzialisierung und Darstellung der Frau als Werbe- und Sexualobjekt verbietet. Das Wohnrecht wurde dahingehend geändert, daß die Wohnung nun der Familie zusteht und der Mann nicht mehr wie früher das Recht hat, seine Frau und Kinder hinauszuerwerfen. Zu den wichtigsten Veränderungen zählen zweifellos die Beseitigung des Frauen diskriminierenden Familien- und Eherechts und seine Novellierung, die Frauen und Männern gleiche Rechte einräumt, sowohl in der Ehe, als auch was ihre Rechte und Pflichten gegenüber den Kindern angeht und die die Unterhaltspflicht der Männer für ihre Kinder vorsieht.

Ein gutes Beispiel, wie die AMNLAE ihre Gesetzesvorhaben unter Einbeziehung der Basis realisiert, ist die Debatte um das elterliche Sorgerecht, bei dem es um die Erziehungsverantwortung für die Kinder vor allem unter 7 Jahren gehen soll, bei einer Trennung der Eltern. AMNLAE vertrat die Position, daß in dem Falle, wenn Mann und Frau sich nicht einigen konnten, ein Gericht entscheiden sollte, dabei sollte jedoch keine Bevorzugung von Mann oder Frau gegeben werden, da zum Beispiel bei einer Bevorzugung der Mutter die bisherige Praxis der Alleinverantwortung der Frauen für die Kinder nun auch noch gesetzlich festgeschrieben werden würde. Demgegenüber stand der Vorschlag der FSLN, in einem solchen Fall die Kinder der Mutter zuzusprechen, da durch eine gesetzliche Regelung die Väter ihre unverantwortliche Haltung ihrer Kinder und Frauen gegenüber nicht verändern würden und ein Vorschlag, wie von AMNLAE eingebracht, sei zwar wünschenswert, gehe jedoch an den Realitäten des Landes vorbei. Über dieses Problem und die beiden Positionen wurde monatelang öffentlich debattiert, nicht nur im Staatsrat, sondern in den Massenorganisationen, Gewerkschaften und eigens auf dafür einberufenen Versammlungen auf den Märkten. Schließlich wurde der AMNLAE-Vorschlag angenommen und gesetzlich festgeschrieben.

## Gesundheitswesen

Unter den sozialpolitischen Maßnahmen spielen die Verbesserungen im Gesundheitsbereich eine wichtige Rolle. Unterernährung, Fehlernährung, mangelhafte Trinkwasserversorgung, fehlende Hygieneeinrichtungen, fehlende Abwasser- und Müllbeseitigung sind Hauptursachen für Massenerkrankungen der Bevölkerung, wobei jedoch gerade Kinder besonders betroffen sind: Jedes 5. Kind starb an Unterernährung und deren Folgekrankheiten, wie Durchfall, Infektionen usw. Nach dem Krieg wurden im Zuge der Alphabetisierungskampagne im ganzen Land umfassende Präventivmaßnahmen zur Dämpfung der Krankheiten eingeleitet: Neben einer umfangreichen Aufklärungskampagne über Hygiene und Gesundheitsversorgung wurden zuhause Latrinen gebaut, Impfkampagnen gegen Masern, Tetanus, Polio, Malaria und Denguefieber durchgeführt. In zahlreichen neuerrichteten Gesundheitszentren werden Vorsorgeuntersuchungen für Mutter und Kind durchgeführt. Aus hygienischen Gründen wird zunehmend die Verlagerung der ambulanten Geburt von zuhause in die Gesund-

Die Schwangerschaft ist ein Grund, sich zu freuen. Die Geburt ein Jubel. Aber uns ängstigt, Babys zu sehen, die mit angeborenen Problemen geboren werden, die man vermeiden könnte.

Bereite dich auf die Schwangerschaft vor, indem du alle Medikamente vermeidest. Sogar das leichte Aspirin kann den Fötus angreifen.

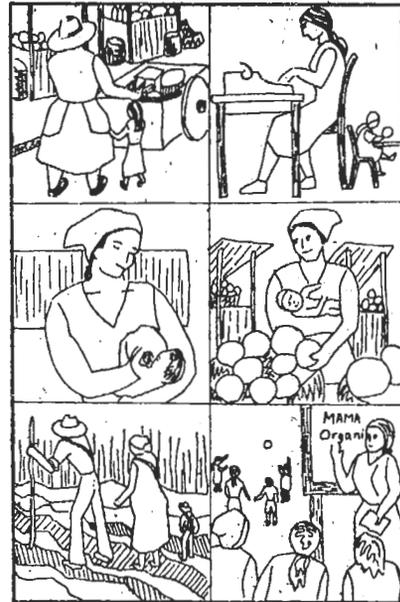
Ernähre dich gut, dich und dein Baby.

Besuche Schwangerschaftsvorsorgeuntersuchungen und Kurse für eine natürliche Geburt.

Bereite dich darauf vor, dem Kind die Brust zu geben.

Informiere dich über eine gute Ernährung, wie man den Fötus in seiner Entwicklung unterstützt, wie man sich kräftigt, wie man bessere Mutter sein kann.

Organisiere dich mit anderen Müttern um euch gegenseitig zu unterstützen.



(Aus: La Voz de la Mujer, Frauenzeitung in Nicaragua)

heitszentren gefördert. Eine breitangelegte Werbeaktion für Stillen soll die Babys weg von Nestlé und zurück zur Mutterbrust bringen (billiger, gesünder, mehr Abwehrstoffe); dementsprechend werden für arbeitende Mütter Stillpausen eingeführt, damit die Babys auch während der Arbeitszeit ihrer Mütter gestillt werden können.

Eine Aufklärungskampagne über Verhütungsmethoden ist noch nicht in dem Maße durchgeführt worden, wie geplant. Im Gegensatz zu den Dörfern, wo die Informationen noch dürftig sind, wird in den Städten in den Gesundheitszentren über verschiedene Verhütungsmethoden informiert, Pillen ausgegeben, Spiralen eingesetzt, Sterilisationen durchgeführt. Auch Abtreibung, die offiziell nach wie vor verboten ist, wird in Ausnahmefällen (!) (wenn es medizinisch notwendig ist) durchgeführt. Gerade zu dem Punkt Abtreibung verhalten sich AMNLAE und FSLN sehr abweisend, wohl aus Angst vor einer Konfrontation mit kirchlichen Kreisen und der dort verbreiteten Ideologie. Doch gerade die medizinische Notwendigkeit einer Abtreibung ist angesichts der oft 10-12 Schwangerschaften einer Frau durchaus einsichtig, abgesehen einmal von der psychischen und physischen Belastung, noch mehr Kinder ernähren zu müssen. In eine Aufklärungskampagne über Verhütungsmittel und Sexualität müßten auch vor allem die Männer miteinbezogen werden. Gerade sie stehen Verhütungsmittel und Abtreibung ablehnend gegenüber und verbieten ihren Frauen oft sogar, zu Empfängnisverhütungsmitteln zu greifen, steht doch ihr Ruf als Macho auf dem Spiel.

## Erziehung

"Formamos el hombre nuevo, formamos la mujer nueva!"  
Den neuen Menschen schaffen, den neuen Mann, die neue Frau:

Mit diesem Slogan hat die neue Regierung ihre Erziehungspolitik überschrieben. Sie geht dabei von dem "Erbe Somozas" aus, daß durch jahrelange Unterdrückung große Teile der Bevölkerung korrupt und unehrlich geworden seien und jetzt zu redlichen, disziplinierten Menschen erzogen werden müßten, die verantwortungsbewußt am Aufbau Nicaraguas mithelfen, und zwar sowohl Männer wie Frauen.

In der Alphabetisierungskampagne 1980 waren weit mehr Frauen als Männer als Alphabetisatoren beteiligt, doch nur 1 von 23 Lektionen des Alphabetisierungsbuches setzt sich mit dem Thema "Frau" auseinander: "Die Frau wurde immer ausgebeutet, die Revolution ermöglicht ihre Befreiung!" Doch das wie und warum fällt flach, genaue Begründung und Lösungsmöglichkeiten gibt es nicht.

Die geplante ideologische Überarbeitung der Schulbücher und Unterrichtsmaterialien, um schon in der Schule gegen den Machismus vorzugehen, steckt noch in den Anfängen. Es mangelt an Feld und pädagogischen Fachkräften.

Ein regelmäßiger Schulbesuch für Mädchen war früher oft kaum möglich, weil sie oft den Haushalt zu versorgen hatten und auf jüngere Geschwister aufpassen mußten, wenn die Mutter außer Haus arbeitete. Erst jetzt wurde erkannt, wie wichtig gerade für Frauen und Mädchen Schulbildung und Berufsbildung sind, gerade angesichts ihrer Funktion als Alleinernährer der Familie und der begrenzten Erwerbsmöglichkeiten für Frauen.

Prostitution, vor der Revolution als gute Verdienstquelle für den Somoza-Clan forciert, wurde nach der Machtübernahme durch die FSLN verboten. Ein Verbot der Prostitution nützt jedoch den Frauen wenig, wenn nicht adäquate Verdienstmöglichkeiten geschaffen werden und dementsprechend wird dieses Verbot auch wenig ernst genommen. Doch mittlerweile wurden verschiedene Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen geschaffen: In einem Rehabilitations- und Ausbildungszentrum in Corinto werden Frauen in Schreibmaschinenschreiben und Nähen oder als Erzieherinnen ausgebildet. Viele Frauen besuchen abends die zahlreichen Fortbildungsmöglichkeiten um einen Schulabschluß nachzuholen oder eine Berufsausbildung zu machen und sich weiter zu qualifizieren. Zwar läuft in vielen Fällen die Ausbildung auf eine "typische weibliche" Arbeit und die Fortsetzung der trad. geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung hinaus, man muß jedoch berücksichtigen, daß in der derzeitigen desolaten wirtschaftlichen Situation und angesichts der hohen Arbeitslosenquote von 45 %



Veränderungsmaßnahmen nicht allein darauf gerichtet sein können, Frauen in Männerberufen auszubilden, sondern es müssen parallel zu dem langfristigen Ausbildungsplan, Frauen auch in technischen Berufen auszubilden, Sofortmaßnahmen eingeleitet werden, die das unmittelbare Überleben sichern und am Bewußtseinsstand und an der derzeitigen Qualifikation der Frauen anknüpfen.

### Arbeitssituation

So hat sich aber trotzdem in Bezug auf Arbeitssituationen von Frauen einiges getan: Immer mehr Hausangestellte haben sich gewerkschaftlich organisiert, um sich über das Arbeitsrecht zu informieren und die dort festgeschriebenen Rechte durchzusetzen (Höchstarbeitszeit nunmehr täglich 12 Stunden, Mindestlohn von 300 Cordobas, Kündigungsschutz etc.).

Marktfrauen haben sich organisiert und zu Einkaufs- und Kreditcoops zusammengeschlossen.

Zahlreiche Produktionskollektive (meist Schneiderekollektive) sind gegründet worden, von AMNLAE organisiert und vom Sozialministerium unterstützt (z.B. mit Lebensmittel). Nähmaschinen, Stoffe und Material kam teilweise aus Spenden zusammen.

Die Frauen organisieren und verwalten das Kollektiv selber. Die produzierten Waren werden an staatliche Läden gegeben oder in einem eigenen Laden verkauft.

Die Schneiderekollektive haben große finanzielle Schwierigkeiten: Stoffe und Nähmaschinen sind teuer und die Nicaraguaner sind nicht gewohnt, im eigenen Land gefertigte Kleider zu tragen, sondern kaufen lieber importierte US-Jeans und Plastikkleider, was nach wie vor als ein Zeichen des Fortschritts gilt.

Ein weiteres Projekt in Bezug auf Frauenarbeit ist das von der Regierung geförderte sog. Soja-Projekt. Dies ist ein Anbau- und Ausbildungsprogramm, das sich hauptsächlich an Frauen wendet. So kriegen alleinstehende Frauen mit Kindern Land zugewiesen. Sie bauen Soja an, überwiegend zum Eigenkonsum. Das eiweißreiche Soja wird verarbeitet, z.B. als Sojamilch für Kinder. Außerdem werden spezielle Koch- und Ernährungskurse abgehalten, die die Wichtigkeit einer ausgewogenen vitamin- und eiweißreichen Kost aufzeigen und anstelle der traditionellen Bohnen und Mais auch den Anbau von eiweißreichem Gemüse fördern.

Die Frauen, die an solchen Kursen teilnehmen, werden als "Promotorinnen" ausgebildet, d.h. sie geben ihr hier erlerntes Wissen an ihre Nachbarinnen und Dorfgemeinschaft weiter. Doch die Schwierigkeit ist, daß viele Frauen die Kurse nicht wahrnehmen oder die Kenntnisse nicht anwenden.



### Ideologie

Auch auf offiziell ideologischer Ebene sind einige Veränderungen hinsichtlich des traditionellen Frauenbilds zu konstatieren und ein gestiegenes soziales Ansehen der Frau. In der Tageszeitung "Barricada" (offizielles FSLN-Organ) findet man häufig Fotos von Aktivistinnen, Frauen in politischen Versammlungen, an ihrem Arbeitsplatz, Milizfrauen usw.; Hausfrauen, Marktfrauen, Landarbeiterinnen und Hausangestellte äußern sich zu ihren Problemen oder zu politischen Fragen; hin und wieder erscheinen Artikel über Fragen der Gleichberechtigung der Frau, die Hausarbeitsproblematik, das Problem der "unverantwortlichen Vaterschaft" (paternidad irresponsable) des Machismo u.a.

Ein Beispiel für die Neubestimmung der Frauenrolle auch von offizieller Seite ist die Umdeutung des Muttertages am 30. Mai: "Der 30. Mai wird zum Tag der Mutter erklärt in Erinnerung an ihre hervorragende Beteiligung am Kampf".

Ein Plakat der sandinistischen Kindervereinigung stellt die Mutter nicht mehr nur als liebevolle, aufopfernde Mutter dar, sondern gleichzeitig als selbstbewußte und politisch bewußte Kämpferin.

Der Muttertag existierte auch vor der Revolution, allerdings mit vorwiegend kommerziellem reaktionärem Charakter, gegen den sich die AMPRONAG mit der Parole wandte: "Anstelle von Geschenken fordern wir ein freies Vaterland!"





Trotzdem fällt immer wieder die starke Überbetonung der Mutterrolle auf, (wenn auch revolutionär) sei es in einer besonderen Verehrung, die den Müttern der Helden und Märtyrer entgegengebracht wird, oder die häufig anzutreffende Begründung der Motivation der Frauen für ihr Engagement aus ihrem Selbstverständnis als Mutter ("für die Zukunft ihrer Kinder machen die Frauen die Revolution"). Auch führende Politiker können sich von dieser dem Machismus entspringende Sichtweise, die die Frau immer in erster Linie als Mutter versteht, nicht freimachen:

"Wir begrüßen Sie, um Ihnen zu sagen, daß sie heute tausendmal Mütter sind; weil sie die Geburt vollbracht haben, die dem Vaterland so viele Kinder gab, um es zu verteidigen und vom Unterdrückerjoch des Tyrannen zu befreien; weil sie mit dieser Geste an der geschichtlichen Geburt teilgenommen haben, als Ihr Bauch sich zusammenzog, um die Sandinistische Volksrevolution zu gebären."  
(Kommandant Carlos Nunez Tellez, am 8. März 82, zum Internationalen Frauentag)

aber auch:

"Wir werden niemanden als revolutionär ansehen, der nicht dazu bereit ist, gegen die Unterdrückung der Frau zu kämpfen". (Tomas Borge)

"So wie die Arbeiter sich bewußt wurden über erlittene Ausbeutung und ihre führende Rolle in der Revolution, müssen sich auch die Frauen bewußt werden über die Diskriminierung der sie noch ausgesetzt sind und über ihre Rolle im revolutionären Kampf. Wir sagen, daß Frauen dreifach ausgebeutet werden, was meint, daß Frauen revolutionär sein sollten in drei Dimensionen... Es ist gut sich zu erinnern, daß die ökonomische Entwicklung allein nicht die Befreiung der Frauen hervorruft, noch alleine ihre Organisation ausreicht. Wir müssen gegen die Gewohnheiten, Gebräuche und Vorurteile von Männern und Frauen kämpfen. Wir müssen uns auf einen schwierigen und langwierigen ideologischen Streit einlassen, der aber gleichermaßen dem Mann und der Frau nützen wird."  
(Kommandant Tomás Borge, Leon, 29. Sept. 1982)

#### Schlußgedanken

Eine Bewertung der Veränderung für die Frau in Nicaragua ist sehr schwierig. Sie wird wohl immer von unseren westlichen Maßstäben geprägt sein. Viele westliche Feministinnen sehen ihre Erwartungen nicht erfüllt, ist doch noch immer nicht das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper durchgesetzt, wird doch immer noch die Kleinfamilie propagiert, ist doch immer noch nicht der Machismus abgeschafft.

Wenn man sich aber die Lebenssituation von Frauen in Lateinamerika vor Augen hält, den alltäglichen Kampf ums Überleben, oder in Nicaragua die desolante Wirtschaftslage, die ständige Interventionsgefahr von außen, die Konflikte und Schwierigkeiten im Innern, ist einsichtig, daß Verteidigung und Produktion im Moment vorrangigere Probleme sind. Klar, es ist zu befürchten, daß das Frauenproblem mal wieder als Nebenwiderspruch abgetan wird.

Doch, es gibt mittlerweile viele Lygias, Maria-Helenas und Leilas. Natürlich stehen sie nicht stellvertretend für die Masse der nicaraguensischen Frauen, doch sie spiegeln eine sich verstärkende Tendenz wider, sich selbstbewußt die Veränderungen der neuen Regierung zunutze zu machen und gesamtgesellschaftliche Verantwortung durch persönliches Engagement zu übernehmen und dabei auch in ihrer Selbstverwirklichung ein Stück voranzukommen.

Und: Wie steht es denn bei uns mit einem Antikommerzialisierungsgesetz für Frauen? Ist nicht unser mühsam erkämpfter Abtreibungskompromis nicht auch schon wieder bedroht? Wie sieht es bei uns mit Gleichheit und gleichem Lohn für gleiche Arbeit aus?

## CDS — Comité de la Defensa Sandinista

Eindrücke zum 4jährigen Bestehen dieser Stadtteilorganisation

Die CDS (Sandinistische Verteidigungskomitees) sind die stärkste Massenorganisation in Nicaragua; in ihnen sind landesweit rund 400 000 Einwohner organisiert. Da sie für jedermann/-frau zugänglich sind, sind sie sehr heterogen und ständigen Wandlungen unterworfen. Ihr Arbeitsgebiet ist vielfältig: kulturelle Veranstaltungen, Erwachsenenbildung, Gesundheitskampagnen, politische Bildungsarbeit, Landesverteidigung, Milizen, Nachtwachen, Versorgung, Preisüberwachung, Straßenbau, Kontrolle des Staatsapparates. Sie stellen den Haupttransmissionsriemen des revolutionären Prozesses dar, sind "Auge und Ohr der Revolution".

Vergleich zweier CDS in Masaya

Wie bewältigen die CDS, die im September 1978, während des Großaufstandes gegen Somazas Repressionsmaschine entstanden sind, nun heute konkret ihre Aufgaben? Wie funktioniert das CDS in einem ärmeren Stadtteil, wie in einem Stadtviertel gehobener Schichten? Um einen Vergleich anstellen zu können, besuchten wir Masaya, eine Stadt mit 75 000 Einwohnern, 30 km südöstlich von Managua. Berühmt ist sie vor allem wegen ihres Viertels Monimbó, dessen Einwohner sich während des Aufstandes gegen Somoza durch ihre kämpferische Haltung besonders hervorgetan haben. Man darf sagen, daß die zum großen Teil indianische Bevölkerung dieses Viertels zu diesem Verhalten beigetragen hat.

Masaya hat nur wenig Industrie: 4 Fabriken (Metallwaren, Schuhe, pharmazeutische Produkte, Hühnerfleisch) beschäftigen knapp 100 Arbeiter. Masaya ist vor allem bekannt für seine Schuhe, Kleider und Kunsthandwerk (Möbel, Hängematten, Leder- und Korbwaren). Die Mehrheit der Bevölkerung arbeitet im Handwerks- und Dienstleistungssektor. Es gibt z.B. 3 000 Schuhmacher. Ein beträchtlicher Teil der Einwohner besitzt noch ein kleines Stück Land. Masaya erscheint als die Stadt der Kleinbesitzer. Dennoch ist sie intern stark geschichtet: Armenviertel wie Monimbó mit Lehmhütten, stehen reicheren Vierteln der Mittel- und Oberschicht gegenüber, obwohl der Großteil der Bevölkerung - auch in diesen Vierteln - Handwerker sind. Die monimboseños arbeiten vorwiegend für den nationalen Markt, während die bessergestellten Handwerker Exportartikel herstellen. Die Revolution hat die Unterschiede schon beträchtlich nivelliert. Unter Somoza soll sich z.B. kaum ein Fremder in den indianischen Stadtteil Monimbó gewagt haben. Zu stark hätte er sich mit der Armut, dem Schmutz in den ungepflasterten Straßen, dem Argwohn der Leute auseinandersetzen müssen. Heute betritt man diesen Stadtteil ohne einen Unterschied zum Rest der Stadt zu verspüren. Durch die Organisation der Handwerker in Kooperativen und dem Aufbau von Verkaufsstellen wurde auch die wirtschaftliche Basis der Leute verbessert. Dennoch, Mißtrauen, Minderwertigkeits- wie Überheblichkeitsgefühle zwischen Monimbó und dem Rest der Stadt bestehen in vermindertem Ausmaß weiterhin. Es bestehen z.B. nur sehr wenige familiäre Bindungen über diese "Grenzen" hinweg.

In einem Interview mit CDS-Koordinatoren zweier verschiedener Stadtteile (Monimbó und das Mittelschichtsviertel San Juan - beides Handwerkerquartiere) versuchten

wir einige Eindrücke über die Organisationsstrukturen und die Aufgaben der CDS zu gewinnen. Andererseits wollten wir auch erfahren, wie sich unterschiedliche soziale Basen auf die Arbeit der jeweiligen CDS auswirken.

CDS in Monimbó

Wir sprachen zuerst mit Sebastian, 35 Jahre, Schuhmacher in Monimbó. Im Folgenden einige Ausschnitte aus unserem langen Gespräch, in denen vor allem die Organisationsform und die in diesem Stadtteil wichtigsten Aufgaben angesprochen werden.

FRAGE: Kannst Du etwas über die Arbeit eines CDS-Koordinators erzählen? Was sind Deine Aufgaben?

SEBASTIAN: Ich habe die Aufgabe, die Arbeit aller Beauftragten für die verschiedenen Bereiche zu koordinieren. Da gibt es den, der zuständig ist für die Kultur, für Propaganda, für den Sport, die Gesundheit, für Wirtschaftsfragen und für die Organisation der Verteidigung. Jeder Beauftragte hat seinen Arbeitsbereich. Der Verantwortliche für die Verteidigung kümmert sich um die revolutionäre Nachtwache und die Organisation der Milizen. Derjenige, der sich um die Wirtschaft kümmert, ist dafür verantwortlich, daß Grundnahrungsmittel in ausreichender Menge und zu den festgesetzten Preisen vorhanden sind, d.h. er muß aufpassen, daß die Händler die Preise nicht einfach verändern, und daß es immer genügend Reis, Zucker und Bohnen zu kaufen gibt. Der von der Propaganda lädt zu Demonstrationen ein, verteilt Plakate, gibt bekannt, wenn ein Kommandant zu Besuch kommt. Derjenige, der sich um den Sport kümmert, trommelt die Kinder, die Jugendlichen und andere Sportbegeisterte zusammen und organisiert Spiele auf dem Sportplatz. Meine Arbeit als Generalkoordinator besteht darin, die Arbeit der Verantwortlichen der Bereiche zu überwachen. So, daß auch wirklich wasgemacht wird. Die Verantwortlichen eines Häuserblocks treffen sich dann wieder mit den Verantwortlichen der anderen Straßen. In jedem Bereich gibt es einen Hauptverantwortlichen, der wiederum im Quartiertrat vertreten ist. Alle Koordinatoren treffen sich regelmäßig und hören, was es Neues gibt und besprechen die Probleme, die es auf der Ebene der verschiedenen Häuserblocks gibt ...

Sebastian erklärte uns, daß für jede Sitzung eine Tagesordnung ausgearbeitet wird. Zuerst informiert jeder Vertreter über geleistete Arbeiten und die Besprechung endet mit "Verschiedenem", wo die einzelnen Probleme diskutiert werden.

FRAGE: Man bezeichnet die CDS als "Auge und Ohr der Revolution". Kannst Du das etwas genauer erklären?

SEBASTIAN: Es ist richtig; die CDS wurden gebildet, um Auge und Ohr der Revolution zu sein. Weißt Du, nach dem Sieg, als die Revolution begann, konnten die Kommandanten nicht alle Probleme überblicken. Bis zum heutigen Tag wohnen in den Stadtteilen noch Anhänger Somzas. Außerdem gibt es noch Leute in den Fabriken und Büros, die enge Mitarbeiter der Diktatur waren. Deshalb gibt es die CDS, damit wir, das Volk, eine Kontrolle ausüben und die zuständigen Stellen über Vorfälle und das Verhalten dieser Leute informieren. Das ist natürlich nicht nur Aufgabe des Koordinators oder der Beauftragten der Bereiche, sondern die Aufgabe aller. Vom ganzen Volk. An dieser Arbeit müssen sich alle beteiligen. Es ist unsinnig, zu behaupten, ich könnte das alleine machen. Das erkläre ich immer meinen Leuten in unserer Straße; und zu den Versammlungen kommen immer so um die 40 Leute.

Nun beginnt er den Fall eines Vorarbeiters zu erzählen, der die Ausbesserungsarbeiten an einem Bachbett im Stadtteil zu überwachen hatte. Jeden Morgen, wenn er zur Arbeitsstelle kam, richtete er sich in einem nahegelegenen Bierlokal ein, wo er bis abends Alkohol konsumierte, ohne sich um die Arbeiter und die Arbeiten zu kümmern. Ein CDS-Verantwortlicher trug diesen Mißstand vor den Quartiertrat. Zwei Wochen später zitierte man den verantwortlichen Ingenieur, den Vorarbeiter und die Beamten des Gemeinderats zu einer Aussprache. Der Vorarbeiter wurde danach entlassen.

SEBASTIAN: Wir werden natürlich niemanden rausschmeißen, der arbeitet, damit unser armes Land wieder aufgebaut wird. Aber der, der den Wiederaufbau boykottiert, mit

dem werden wir unerbittlich sein. Das ist die Aufgabe von uns, die Aufgabe der organisierten Leute. Wir haben darauf zu achten, daß insbesondere in den staatlichen Betrieben und Verwaltungen richtig gearbeitet wird. Wenn dann jemand schlechte Arbeit macht, dann haben wir die Pflicht, es anzuzeigen.

Und er zählt weitere Beispiele von Funktionären auf, die angezeigt werden mußten; z.B. wegen Mißbrauchs der staatlichen Fahrzeuge. Ebenfalls beschreibt er uns Probleme, die sich mit einer Verkaufsstelle von Grundnahrungsmitteln ergaben. Die CDS überließen einem "Compañero" 70 000 Córdoba, um diese Verkaufsstelle einzurichten. Weil er allgemein als zuverlässig bekannt war, mußte dieser Mann zwei Jahre lang keine Abrechnung vorlegen. Bei einer Inventur stellte sich dann aber heraus, daß nur noch 2 000 Córdoba vorhanden waren. Der Verantwortliche der Verkaufsstelle konnte keine befriedigende Erklärung abgeben und kam ins Gefängnis.

Die Arbeiten der CDS in Monimbó sind vielfältig. Wenn Sebastian am Schluß das Schwergewicht auf die Kontrolle des Staats- und Gemeindeapparats legt, bedeutet dies, daß diese beiden Institutionen eine Vielzahl von Arbeiten in diesem Stadtteil ausführen. Diese Tatsache ist wiederum auf den Druck von unten, von den CDS her zurückzuführen, und ist in diesem Ausmaß nur möglich, weil die Monimboseños zahlreich in den CDS mitarbeiten. Im speziellen Fall von Monimbó zeigt dies auch, daß die Bevölkerung die CDS als geeigneten Kanal zur Durchsetzung ihrer Forderungen ansehen.

Die von Sebastian erwähnten Beispiele verdeutlichen den Begriff "Auge und Ohr der Revolution". Dieser Auslegung bedient sich auch die FSLN, wenn die Rolle der CDS beschrieben wird. Laut FSLN sollen die CDS Organisationen sein, die den Revolutionsprozeß in den verschiedensten Sparten ständig überwachen: die reaktionären Bewohner der Quartiere, die Verantwortlichen aus dem Volke, die Staatsangestellten und ihre Tätigkeiten usw.

Andererseits anerkennt die nicaraguanische Regierung die CDS als vollwertiges Sprachrohr des Volkes und als dessen Vertreter. Daß die CDS über die zahlreichste Vertretung im Staatsrat verfügen, ist von einiger Bedeutung. Mit ihren neun Vertretern ist diese Delegation sogar größer als diejenige der FSLN mit sechs.



CDS Matagalpa: Leute stehen Schlange für freies Fleisch und Milch.

## CDS im Stadtteil San Juan

Anders sieht es im Quartier San Juan aus, das sich zwar auch aus Kleinbesitzern und Kunsthandwerkern zusammensetzt, die aber, wie bereits erwähnt, mehr für den internationalen Markt arbeiten und daher ökonomisch um einiges besser gestellt sind. Außerdem wohnen in San Juan auch Berufs- und Kaufleute, Staatsangestellte und Lehrer. Während im ärmeren Stadtteil Monimbó die Beteiligung in den CDS fast selbstverständlich ist, kämpfen die Koordinatoren in San Juan mit viel politischer Apathie und den individualistischen Einstellungen dieser Bewohner. Gemeinsame Aktionen sind schwer durchführbar.

Wir sprachen mit Juan José, einem jungen Kunsthandwerker, der dort CDS-Koordinator ist. Er zog vor fünf Jahren aus beruflichen Gründen von Chinandega nach Masaya, organisierte sich 1979 in der Sandinistischen Gewerkschaft CST, machte sich aber 1980 selbstständig und verlagerte seine politischen Aktivitäten in die CDS.

"Ich sah, daß wir am 19. Juli in einen revolutionären Prozeß eintraten, wo es viele Fortschritte geben würde - soziale, politische und kulturelle. Da wollte ich nicht zurückstehen, wollte daran teilnehmen - ich bin proletarischer Herkunft, mein Vater ist Schreiner, meine Mutter stammt aus einer Bauernfamilie."

Im Gespräch legten wir das Hauptgewicht auf Fragen über die Entwicklung der CDS von San Juan, der Motivation und Zusammensetzung der Teilnehmer und der Tätigkeit der Organisation. Dabei stellten wir immer wieder Vergleiche mit Monimbó an.

Nach dem 19. Juli 1979 seien viele Leute aus allen sozialen Schichten in die Versammlung der CDS gekommen. "Das Volk hier ist sehr spontan und neugierig." Aber schon 8 bis 10 Monate später schrumpfte die Beteiligung beinahe auf Null. Es habe viele Konflikte individueller Natur gegeben, die aber in den CDS ausgetragen wurden und eine Weiterarbeit verunmöglichten. "Das CDS verschwand."

FRAGE: Aber was war die Motivation der Leute, am CDS teilzunehmen? Im Gegensatz zu Monimbó haben die Leute hier doch alles: keine wirtschaftlichen Probleme, gute Straßen, Strom überall.

JUAN JOSE: Es war einfach etwas Neues. Ich weiß nicht, welche Interessen sie verfolgten. Einige waren einfach Opportunisten, die vielleicht noch Schuldegefühle wegen ihrer ehemaligen Verpflichtungen gegenüber dem Somozismus hatten; andere vielleicht, weil sie sahen, daß sie über das CDS Probleme lösen konnten. Dies ist alles eine Frage des Bewußtseins. Manche wollen kontrollieren, was andere über sie sagen, ob diese sie als Somozisten anklagen würden. Nach dem Tiefpunkt kamen nur noch Leute mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten, Arbeiter, Handwerker, untere Angestellte. Diese Gruppe blieb, denn diese Leute litten unter den sozialen Problemen, z.B. Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, Zucker usw. Sie wußten, daß sie mit Hilfe der CDS diese Probleme lösen könnten. Auch heute, 1982, kommen praktisch nur noch diese Leute zu den Versammlungen. Die anderen Leute haben Geld und kennen diese Probleme nicht.

FRAGE: Ist hier - wie in Monimbó - auch die Beteiligung der Frau in den CDS wesentlich größer als die der Männer? Weshalb?

JUAN JOSE: Das ist hier auch so und ich glaube, ich weiß weshalb. Im System, in dem wir aufgewachsen sind, und auch heute noch herrscht der Machismus vor. Ein Machismus des Mandates. Hier schicken die meisten Männer ihre Frauen in die CDS-Versammlungen und wollen anschließend von ihr hören, was dort gelaufen ist.

FRAGE: Wie haben sich die Aufgaben der CDS im Laufe der letzten Jahre verändert?

JUAN JOSE: Mit der Entwicklung der Revolution haben die Aufgaben natürlich zugenommen. Es gibt eine Vielzahl von Aufgaben zu lösen. Aber hier können sie wegen der geringen Beteiligung der Leute oft nicht ausgeführt werden. Es gibt sogar Leute, die die Existenz der CDS leugnen. Obwohl sie früher an den Versammlungen teilgenommen haben. Auch wir kennen Probleme, die gemeinsam gelöst werden können, z.B. die Abwassertanks, die für große Familien zu klein sind. Viele haben sich schon darüber beklagt. Aber als wir um die Mitarbeit zur Lösung dieses Problems baten, meldete sich eine einzige Person ...



FSLN Commandante Jaime Wheelock im Gespräch mit den Companeros in einem CDS.

Auf die Frage, ob diese Situation - Individualismus, Opportunismus, Abneigung gegen gemeinsame Arbeiten - die CDS-Koordinatoren nicht zur Resignation verleite, reagierte Juan José sehr bestimmt. "Natürlich gibt es viele Probleme hier. Aber wir sind zuversichtlich." Sie müßten eine größere Beteiligung erreichen in der Nachtwache! in Fragen der Verteidigung den Leuten klarmachen, daß im Falle einer Invasion nicht bloß die CDSler umkommen würden, sondern alle dranglauben müßten, wie früher. Mit Bewußtseinskampagnen, Überwindung interner Feindseligkeiten und besserer Koordination der CDS-Verantwortlichen können diese Ziele erreicht werden. "Wir wollen nichts aufzwingen, wir wollen die Leute mit unserer Arbeit überzeugen."

Es gäbe keinen Anlaß zum Pessimismus, auch im Barrio (Stadtviertel) San Juan habe es schon viele Erfolge gegeben, die man den CDS zu verdanken habe. Die Beteiligung an der Demonstration gegen "Halcon Vista" (gemeinsame Manöver von Honduras und den USA nahe der nicaraguanischen Grenze) im Oktober 1981 sei begeistert gewesen: für die Mobilisierung des Reservebataillons im April dieses Jahres meldeten sich viel zu viele Leute; die Beteiligung an den Gesundheitskampagnen habe stark zugenommen. "Man merkt, daß auch in diesem Barrio das Bewußtsein gewachsen ist." Darauf und auf das Wissen um die Spontaneität der Nicaraguaner im Ernstfall gründet Juan José seinen Optimismus.

## Mögliche Schlussfolgerungen

Wir sind uns bewußt, daß wir nur wenige Aspekte der Realität der CDS aufgegriffen haben und dies zu einem bestimmten Zeitpunkt. Dennoch versuchen wir, eine Zusammenstellung der Tendenzen und der sich wiederholenden Aspekte zu geben.

### BETEILIGUNG AN DEN CDS

Die Äußerungen von Sebastian und Juan José machen deutlich, daß die Teilnahme an den CDS und die Aktivitäten mit dem Grad der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Randstellung der Leute zunehmen. Je mehr die wirtschaftlichen Probleme eine gemeinsame Lösung erfordern, desto größer wird die Bereitschaft zu gemeinsamen Aktionen. Die Erfolge der CDS in Monimbó bestätigen den revolutionären Charakter des Wandlungsprozesses in Nicaragua: was Somoza nie gewagt und noch weniger gefördert hat, die Organisation und Erfüllung von Forderungen der Ärmsten, ist heute DIE Politik der Regierung.

Die Wachsamkeit der CDS ist in diesem Sinn bemerkenswert. Eben auch, um Unregelmäßigkeiten im Staat, wie solche, die Sebastian erwähnte, Fehlritte von Funktionären, die hin und wieder vorkommen, ins richtige Geleis zu bringen. Ein weiteres großes Problem bildet die kontinentale Wirtschaftskrise, noch gefördert durch einen aggressiven Wirtschaftsboykott gegen Nicaragua. Der finanzielle Spielraum der Regierung und des Staates zur Befriedigung der CDS-Forderungen ist kleiner geworden.

Die Hauptforderungen der CDS haben sich dadurch - und auch durch die immer deutlicher werden die Gefahr einer Invasion - in das Gebiet der Verteidigung des Prozesses verlagert. Auch beschäftigen sie sich vor allem mit Programmen, die trotz der Krise weitergeführt werden, z.B. Erwachsenenbildung und Gesundheitskampagnen (Impfungen, Räumungsarbeiten usw.). Diese Aktivitäten und die Bemühungen, im breiteren Volk das Verständnis für die politische Lage zu fördern, läßt eine regelmäßige Beteiligung der Leute in den CDS zu. Wir glauben, daß im Fall von Monimbó das Mitmachen der Leute auch von einer starken kulturell-historischen Identität der Bewohner abhängig ist. Wenn auch im Allgemeinen das wirtschaftliche Schema für die Beteiligung in den CDS etliche Gültigkeit hat, wäre es falsch, zu sagen, daß dies ausschlaggebend sei.

### AUFGABEN DER CDS

Die Aufgaben der CDS hängen - wie gesehen - sehr stark von der politischen und wirtschaftlichen Lage ab. 1980 hatte die Organisation der Alphabetisierungskampagne Vorrang; im Oktober '81, März '82, wie auch heute steht die Verteidigung an erster Stelle. Im Juni dieses Jahres, zur Zeit der Flutkatastrophe, wurde der eben erst organisierte Zivilschutz auf die Probe gestellt, usw. Ein weiteres Element bilden die sozialen Bedürfnisse der Gruppen, die die Basis der jeweiligen CDS bilden. In Monimbó stehen - im Gegensatz zu San Juan - kommunale Aufgaben im Vordergrund.

Die wichtigsten Aufgaben sind:

- Mithilfe beim Aufbau der nationalen Verteidigung: Nachtwache, Zivilschutz, Miliz (Zusammenarbeit mit Armee und Polizei)
- politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit (Zusammenarbeit mit Regierung und FSLN), Beaufsichtigung von Staatsangestellten und Führern
- Unterstützung der Erwachsenenbildung in den Stadtvierteln (Zusammenarbeit mit dem Erziehungsministerium)
- Durchführung von Gesundheitskampagnen: Impfungen, Säuberungsarbeiten usw. (Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium)
- Ausführung kommunaler Arbeiten: Straßenbau, Wasserleitungen usw. (in Zusammenarbeit mit verschiedenen Ministerien)

- Aufbau eines Teils des Versorgungssystems für Grundnahrungsmittel, Preisüberwachung (in Zusammenarbeit mit dem Binnenhandelsministerium)
- Beteiligung an der Regierung (Staatsrat)

#### SOZIALE UND POLITISCHE FUNKTION DER CDS

Die außerordentliche Dynamik des revolutionären Prozesses und der internationalen Konjunktur lassen den Einblick in grundlegendere Funktionen, die die CDS ausüben, oft gar nicht zu. Ziehen wir die Geschichte der Gesellschaftsstruktur Nicaraguas in Betracht, glauben wir sagen zu können, daß die CDS

- eine völlig neue Organisations- und Artikulationsstruktur bilden, die die traditionell individualistische und familienzentrierte Orientierung der Bevölkerung durchbrechen könnte,
- damit das Verantwortungsgefühl auf Stadtteil-, Gemeinde- und Landesebene ausweiten können und
- vor allem für die traditionell marginalisierte Bevölkerung eine Struktur und ein Instrument bilden, gemeinsame Interessen zu formulieren und selbst in die Praxis umzusetzen.

#### PROBLEME DER CDS

Da ist sicher mal die "Offenheit" der CDS und die darauf gründende Heterogenität der Teilnehmer zu nennen. Die Erwartungen beim Eintritt in die Organisation, die Erfahrungen bei gemeinschaftlichen Tätigkeiten sind oft äußerst unterschiedlich. Diese Heterogenität steht oft im krassen Gegensatz zu den zahlreichen übertragenen Arbeiten. Wie im Barrio San Juan gesehen, können im Extremfall fast keine Arbeiten durchgeführt werden, weil die Leute aus Enttäuschung oder Trägheit gar nicht am CDS teilnehmen. Die fehlende gemeinschaftliche Interessenartikulation birgt noch andere Gefahren in sich. Der Staat wird dadurch gezwungen, verschiedene Maßnahmen im Alleingang, d.h. ohne vorherige Befragung der Bevölkerung, durchzusetzen.

#### ZUSAMMENFASSUNG

In Kenntnis der historischen Hintergründe, der anfänglich fehlenden Erfahrung, der zahlreichen Aufgaben und der zuletzt erwähnten Probleme, sind die von den CDS erzielten Erfolge erstaunlich. Fast alle Erfolge der Revolution in allen sozialen Bereichen können heute auch als Erfolge und Teilerfolge der CDS bezeichnet werden.

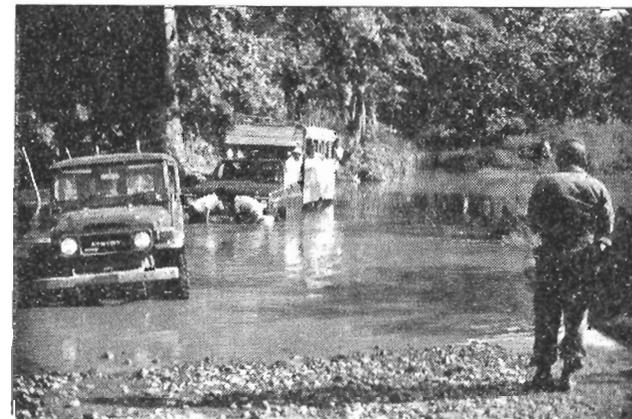
In den CDS wurden und werden viele Vorschläge und Ideen zur Beteiligung am Revolutionsprozeß und zur Ausführung verschiedenster Aufgaben diskutiert und ausprobiert. Dank einer Vielzahl von völlig neuen Erfahrungen und Reifungsprozessen hat sich eine neue Organisationsstruktur an der Basis der nicaraguanischen Gesellschaft gebildet; eine Struktur, die sich immer mehr konsolidiert. In der Startphase mußten viele harte Erfahrungen gemacht werden. Heute erscheinen die Aufgaben der CDS wesentlich realistischer, die geplanten Schritte in die Zukunft werden kürzer und realistischer, die Arbeit objektiv erfolgreicher. Die Breite der Tätigkeiten der CDS widerspiegelt deutlich den Prozeß in vielen Teilen der nicaraguanischen Bevölkerung von Euphorie, Illusionen und Träumen, zu pragmatischem gesellschaftlichem Bewußtsein.

(Instituto Histórico Centroamericano, Managua)

## Probleme ländlicher Bildung in Nicaragua

Die (Schul-) Bildung auf dem Lande war unter Somoza dadurch gekennzeichnet, daß sie weitgehend nicht existent war. Nach dem Sieg 1979 gab es im Lande 52 % Analphabeten, der große Teil davon im ländlichen Gebiet. Durch die "Cruzada de la Alfabetización" konnte die Analphabetenrate auf 12 % gesenkt werden. Um diesen Erfolg zu sichern und auszubauen, vergrößerte das Erziehungsministerium das Lernangebot besonders auf dem Land, ein Mittel auch, um der starken Landflucht zu begegnen.

Das Erbe der Diktatur erschwert besonders die ländliche Bildungsentwicklung. Ein Unterdrückungsmechanismus war, Bildung nur für wenige verfügbar zu machen, um das Volk so in der "Kultur des Schweigens" gefangen zu halten. Durch die weitgehende Marginalisierung werden immer noch viele Kinder gezwungen zu arbeiten und können so kaum -besonders in den Ernteperioden- die Schule besuchen. Während im städtischen Bereich durch die Erweiterung des ehemaligen "Quincho Barrilete"-Projektes (Schul- und handwerkliches Ausbildungsprojekt für arbeitende Kinder und Jugendliche) Ansätze zur Verbesserung geschaffen werden, fehlen diese Initiativen bislang auf dem Land. Im Bürgerkrieg beteiligten sich viele Jugendliche am Kampf, viele kamen einfach aus Angst nicht mehr zur Schule, sodaß teilweise eine große Altersheterogenität besteht. Weite und schlechte Wege, die bei Regen unpassierbar sind, verhindern zudem oftmals einen regelmäßigen Schulbesuch. Ein weiteres Manko stellt die chronische Unter- bzw. Fehlernährung dar, die ein konzentriertes Lernen stark erschwert.



Nach einem Regen sind die Straßen oft unpassierbar

Die Antwort der Regierung auf diese Probleme ist vielschichtig. Die Zahl der Lehrerausbildungsplätze wurde stark erhöht, die Ausbildung im technisch-agronomischen Bereich erweitert. Es existieren auch spezielle Programme für den noch weithin praktizierten Simultanunterricht.

Obwohl die Ressentiments gegenüber dem Leben auf dem Land durch die Erfahrungen während der Alphabetisierungskampagne stark verringert wurden, herrscht dort immer noch ein Lehrerdefizit. Das vierte und letzte Jahr der Lehrerausbildung für die Primaria (Klasse 1 - 6), die sich an die neun Jahre lange Schulbildung anschließt, besteht daher im "Servicio Social" (Sozialer Dienst), der zumeist im ländlichen Bereich geleistet werden muß.

Das vergrößerte Bildungsangebot auf dem Land ist auch ein wichtiges Instrument, die Landflucht einzudämmen, die Managua immer mehr zu einem unverwaltbaren, unproduktiven Wasserkopf werden lassen, während weite Gebiete des Landes nicht genutzt werden können. Um die Landflucht wirksam zu bekämpfen, muß die ländliche Lebenssituation umfassend verbessert werden. In diesem Sinne sind auch der Ausbau der Agrarreform, verbesserte Gesundheitsversorgung, bessere Wohn- und Arbeitsbedingungen (Festanstellung statt saisonaler Beschäftigung) und die regionale Verwaltungsneueinrichtung, die den Departamentos und Gemeinden mehr Entscheidungsgewalt bringen soll, zu sehen. Hier bleibt allerdings noch sehr viel Arbeit, die Lehrerausbildung ist z.B. stark auf Managua konzentriert, es gibt sonst nur ein Lehrerbildungszentrum in Jinotepe und das Lehrerstudium in Leon.

Das Ausweiten des Bildungsangebotes bedeutet allerdings eine Vergrößerung des tertiären, unproduktiven Sektors. Im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bleibt so die Frage, wie lange noch der Erziehungsbereich, als einziger neben dem Gesundheits- und Verteidigungssektor, einen Zuwachs verzeichnen kann. Schon jetzt werden die Gehälter zum Teil mit starker Verspätung ausgezahlt. Die Situation wird sich weiter verschärfen, wenn Nicaragua durch Umschuldungsverhandlungen betreffs der alten Somoza-Kredite und zur Erlangung neuer Kredite gezwungen wird, sich wie Costa Rica dem IWF-Diktat (intern. Weltwährungsfond) -wenigstens teilweise- zu beugen, das drastische Kürzungen gerade im tertiären Sektor vorsieht.

In diesem Zusammenhang ist die weitreichende Hilfe aus Cuba von großer Bedeutung, das schon zur Alphabetisierungskampagne 1200 Lehrer entsandte. Diese Lehrer, deren Zahl sich seitdem noch vergrößert hat, werden besonders in abgelegenen Regionen eingesetzt, in die kaum nicaraguanische Kollegen wollen. Dort treffen sie allerdings oft auf starke Ressentiments, die ihre Wurzel in der somozistischen Antikommunismus-Propaganda haben. Sie sind so auch bevorzugtes Ziel antisandinistischer Übergriffe.

### Ziele und Aufbau des Nukleus-Projekts

Das Nukleus-Projekt, das die Chancengleichheit erhöhen soll, war schon unter Somoza halbherzig in Angriff genommen worden und wird nun energisch vorangetrieben. Das Projekt, durch die Weltbank finanziert und von der UNESCO beraten, soll die allgemeine Entwicklung auf dem Land fördern.

Konkrete Ziele sind:

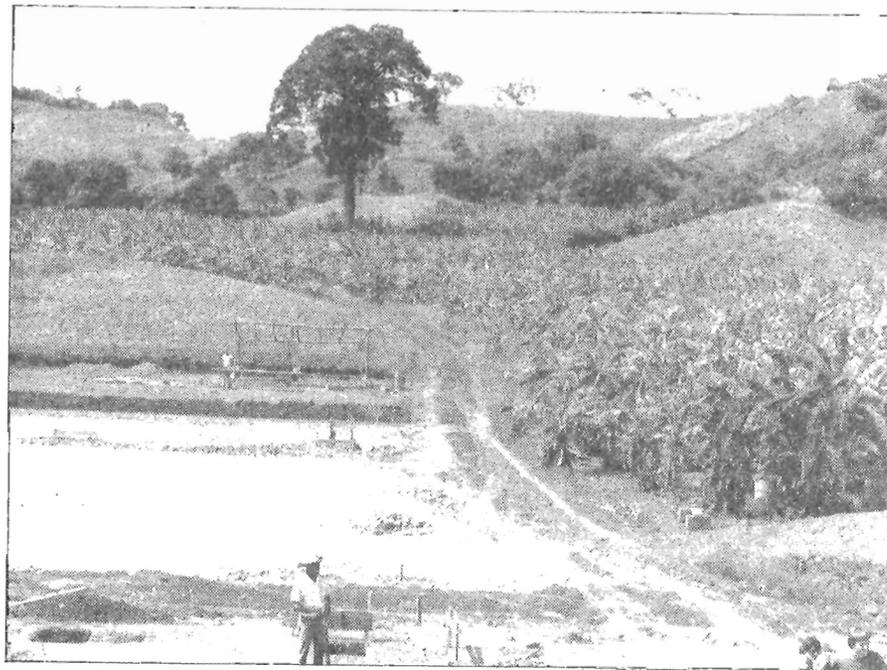
- Sicherstellung des "Recht auf Bildung"
- Einbindung der Massenorganisationen
- stärkere Zusammenarbeit von Schule und Gemeinde
- Dezentralisierung der Lernorganisation
- Integration von formaler und informeller Bildung
- Förderung einer polytechnischen Ausbildung

### Sicherstellung des "Recht auf Bildung"

Durch den Bau vieler (kleiner) Schulen, auch in entlegensten Gebieten, soll sichergestellt werden, daß niemand mehr als 45 Min. Weg bis zur nächsten Schule hat. Andere wichtige Strukturprobleme, wie eine hohe Fluktuation auf Grund schlechter Transportmöglichkeiten und der Notwendigkeit vieler Familien, ihre Kinder schon frühzeitig arbeiten zu lassen, sind tieferliegend und von diesem Projekt nicht zu lösen.

### Einbindung der Massenorganisationen

Aus Kostengründen ist es notwendig, daß die Gemeinden die Arbeitskräfte, das MED (Erziehungsministerium) die Pläne, das Material und einen Baumeister stellt. Die gemeinsame Arbeit wird von dem zuständigen CDS (Sandinistische Verteidigungskomitees) koordiniert. Die Räume werden dann auch den Massenorganisationen für Versammlungen zur Verfügung gestellt.



Schulbau in Nancimi, Dep. Rivas

### Stärkere Zusammenarbeit von Schule und Gemeinde

Die Schulen sollen möglichst über ein "Multiuso" (überdachter Platz) verfügen, der für kulturelle Veranstaltungen genutzt werden kann. "Experten" aus den Gemeinden unterrichten speziellere Sachverhalte, wie z.B. Gemüseanbau und Elektrik. Im Gegenzug bietet die Schule landwirtschaftliche Weiterbildungskurse an. Im "Consejo" (Rat) der Schule sind außer den Lehrern, Schülern, Eltern auch Repräsentanten der staatlichen und der Massenorganisationen vertreten. In den größeren Schulen befindet sich ein gut ausgestattetes Haus für die Lehrer, um ein Leben in der Gemeinde zu ermöglichen.

### Dezentralisierung der Lernorganisation

In den regionalen Schulzentren werden spezielle Medien und Lehrpläne erstellt, die die -früher ausschließlich- aus Managua kommenden für die regionalen Verhältnisse modifizieren.

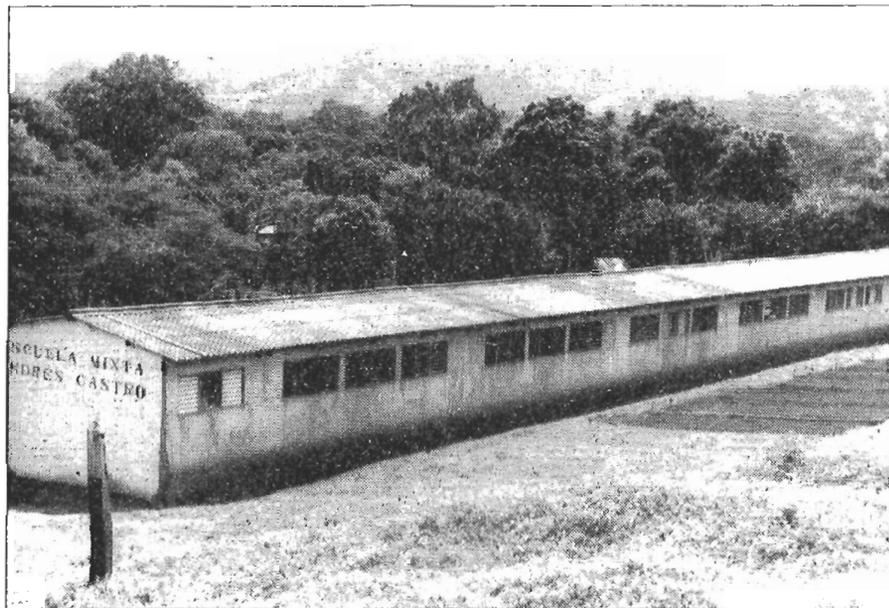
### Integration von formaler und informeller Bildung

Die Erwachsenenbildung wird nun in den Schulen durchgeführt, was nicht unproblematisch ist, da viele Bauern, durch die Alphabetisierungskampagne daran gewöhnt, zu Hause unterrichtet werden wollen. Manche Eltern sträuben sich dagegen, mit ihren Kindern zusammen zu lernen, da sie so ihre Autorität gefährdet sehen.

### Förderung einer polytechnischen Ausbildung

Um dem akuten Mangel an qualifizierten Arbeitskräften entgegenzuwirken, sind in vielen Schulen Werkstätten (Tischlerei, Metallverarbeitung, Malerei-, Elektrowerkstatt, Schneiderei) und Laborkategorien untergebracht, oftmals werden neben der Schule auch Felder bestellt.

Das Nukleus-Projekt wird besonders in ländlichen Gebieten mit einer schlechten Infrastruktur durchgeführt. Ziel ist die Errichtung von 21 Basis- und 250 anderen Schulen, von denen bisher 15 bzw. 215 existieren. Während die erste und zweite Projektphase ohne Beteiligung der Bevölkerung ablief, wird nun aus Kostengründen mit Hilfe der Gemeinde gebaut. Auch die Ausstattung hat sich stark verändert. Um mit den begrenzten finanziellen Mitteln möglichst effektiv umzugehen, wird nun auf Glasfenster, gekachelte Wände etc. verzichtet, die Fenster z.B. bestehen jetzt aus einem Holzrahmen, über den derber Maschendraht gespannt wird.



Escuela sub-base in Nancimi, Dep. Rivas

Das Nukleus-Projekt ist formal wie folgt aufgebaut:

- Escuela Base (Basisschule) In ihr befinden sich Werkstätten, Laboratorien und eine Bibliothek, hier wird didaktisches Material erstellt und der Lehrbetrieb für das regionale Nukleus koordiniert. Es gibt eine Vorschule, die Primaria (Klasse 1-6), es besteht die Möglichkeit, sie bis zum Ciclo Basico (Kl. 7-9) auszubauen.
- Escuela Sub-Base Sie bildet das Bindeglied zwischen Escuela Base und Satélite, verfügt zumeist über die Klassen 1-4.
- Escuela Satélite Sie besteht aus einem oder zwei Räumen, meist für die Klassen 1 und 2 und wird in den entlegenen Gebieten gebaut, oft abseits der Straßen und Wege.

### Problem der Umsetzung

Auf Einladung des MED hatten wir die Möglichkeit, an Inspektionsreisen zu mehreren Nukleus-Projekten teilzunehmen. Was sich uns am meisten einprägte, war der teilweise katastrophale materielle Zustand der Schulen. So kam es vor, daß die Schüler täglich ihre Stühle von zu Hause mitbrachten, wollten sie nicht auf dem Boden sitzen. Dies ist allerdings kein speziell ländliches Problem, in der Schule von "Alta Gracia", Managua, waren für 45 Schüler der 7. Klasse ganze 9 Stühle vorhanden, die turnusgemäß getauscht wurden. Als Medien stehen meist nur je eine Wandtafel an den beiden Stirnseiten zur Verfügung, Kreide, selten (veraltete) Bücher; darüberhinaus wenige neue Materialien wie Plakate und Informationsbroschüren.

Außer der materiellen ist auch die personelle Decke sehr dünn, der Simultanunterricht so nicht ungewöhnlich; der läuft z.B. folgendermaßen ab: eine 4. Klasse sitzt hin zur einen Tafel und bekommt von der Lehrerin einige Rechenaufgaben gestellt, diese läuft nun zur anderen Seite des Klassenraumes und erklärt dort der 3. Klasse die Satzteilbestimmung. Sie schreibt ihnen dann einige zu bearbeitende Sätze an die Tafel und läuft wieder zur anderen Seite.....

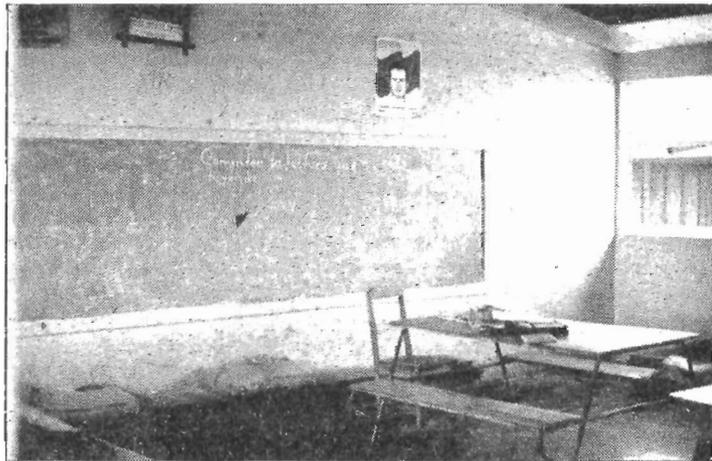
Im Ganzen herrscht an den Schulen (noch) ein weitgehend autoritärer, lehrerkonzentrierter Unterrichtsstil vor, der demokratische, emanzipatorische Tendenzen eher verhindert, denn fördert. Ein gewichtiger Grund für diesen Zustand ist außer den oben beschriebenen die z.T. sehr lückenhafte (nach dem Sieg wurden schnell außerordentlich viele Lehrer gebraucht), z.T. vorrevolutionäre Ausbildung der Lehrer, die oft Angst vor einer Veränderung und damit einhergehendem Autoritätsverlust haben; darüberhinaus sind nicht alle eingeschworene Sandinisten und somit auch nicht an einer pädagogischen Transformation des revolutionären Prozesse interessiert.

Einige Gemeinden kamen erst im Zusammenhang mit dem Schulbau zu einer geregelten Trinkwasserversorgung und Stromanschluß. Wurde früher auf Hygiene oft nicht sehr geachtet, so führen die Schulen nun die hygienischen Ansätze der Alphabetisierungskampagne fort, indem sie z.T. über Wasserklosetts verfügen, auf alle Fälle aber auf einen ausreichenden Abstand zwischen Brunnen, Haus und Ablagerung der Exkremate achten.

In El Jicaral, im auch für nicaraguanische Verhältnisse armen Ostteil des Departamento Leon, hatte eine Gemeindeversammlung über den Ort des neu zu bauenden Schulzentrums zu entscheiden. Jedes Dorf der Umgebung hatte Vertreter geschickt, insgesamt

waren es gut 100. Zur Debatte standen zwei Standorte, einer direkt im Ort, bei dem allerdings notwendige Erdarbeiten die normalen Kosten mehr als verdoppelt hätte, der andere rund 3 km außerhalb an der Straße von Leon nach Estli. Nach dreistündiger lebhafter Diskussion einigte man sich fast einstimmig auf den zweiten, der verlängerte Schulweg war ihr ausgesprochener Beitrag zur Konsolidierung der Revolution, so kann nun durch die gesparten Kosten eine andere Schule mehr gebaut werden.

In anderen Gebieten sieht es zum Teil schon anders aus. In der Nähe von Teustepe, im fruchtbaren, an Klein- und Mittelbauern reichen und daher nicht eben revolutionären Departamento Boaco, kam die Arbeit zeitweise fast zum Erliegen, da den freiwilligen Helfern eingeredet wurde, daß sie sich nur von der Regierung ausnutzen ließen, z.T. wurden sie wegen ihrer "Dummheit" auch auf den Arm genommen. In diesem Gebiet waren manche Schulen von der Bevölkerung nicht angenommen, so befanden sich Tiere auf dem Schulgelände, hatten Kinder Wände und Dächer beschädigt, waren die Schulen einfach nicht in Schuß. Gerade hier ist die Gründung und das Funktionieren von Massenorganisationen erforderlich, die vor allem unter Mithilfe und Anleitung von Lehrern entstehen sollen. Da Fidel Castro den cubanischen Lehrern eine Einnischung in die inneren politischen Angelegenheiten Nicaraguas verboten hat, befinden sich die Massenorganisationen gerade in den Dörfern oft in einem desolaten Zustand, in denen ausschließlich cubanische Lehrer unterrichten. So arbeiten nun immer cubanische und nicaraguanische Lehrer gemeinsam, wobei der Cubaner schwerpunktmäßig für Schulinterna, der Nica außerhalb des Unterrichts für die Stärkung der Massenorganisationen verantwortlich ist.



Klassenraum im Dep. Leon

In Chontales wollten wir eine neu errichtete Schule besuchen, unsere Überraschung war dann aber groß, als wir sahen, daß der Unterricht im Freien stattfand. Die Schlüssel lagen nämlich im MED in Managua.... Auch im Hinblick auf die Bürokratie sind die alten Strukturen noch längst nicht aufgebrochen, oft ein Grund, der gute Ansätze zum Scheitern bringt.

Ein anderes Problem haben sich die Sandinisten quasi selbst geschaffen: je mehr Schulen gebaut werden, desto größer wird der Wunsch anderer Gemeinden, ebenfalls eine neue Schule zu erhalten, desto größer aber auch die Unzufriedenheit, da nicht alle Projekte auf Grund der begrenzten finanziellen Möglichkeiten ad-hoc realisiert werden können. Das Nukleus-Projekt existiert bislang nicht auf der Atlantikseite, die Baukosten liegen hier wegen der schlechten Transportwege zwei- bis dreimal höher als in anderen Landesteilen. Neue Schulen wurden aber im Rahmen der Umsiedlung der Miskito-Indianer errichtet. So bleibt die Frage, ob die bisherige Nichteinbeziehung der Atlantikküste nur auf die fehlenden finanziellen Mittel zurückzuführen ist oder sich hier eine Unterschiedlichkeit in der politischen Führung und in der Verwaltung im Hinblick auf die Entwicklung der Costa zeigt.

## Werkzeug für Nicaragua — Das Solidaritätsprojekt der DGB Jugend

Seit über eineinhalb Jahren führt die D G B -Jugend eine Solidaritätskampagne zu Nicaragua durch. In diesem Artikel wird zum einen das Projekt der D G B -Jugend vorgestellt und zum anderen auf die Frage eingegangen, warum keine Kooperation mit einer nicaraguanischen Gewerkschaft durchgeführt wurde.

Das Projekt Ausbildungszentrum "Donald Guevara": Im Frühjahr 1981 suchte der D G B -Vorstand, Abt. Jugend, ein Projekt in Nicaragua, das im Rahmen einer Solidaritätskampagne für Nicaragua unterstützt werden sollte. Es wurde unter anderem mit dem Arbeitsministerium, dem Sozialministerium und dem Kulturministerium verhandelt. Als Solidaritätsprojekt der D G B -Jugend wurde das landwirtschaftliche Ausbildungszentrum "Donald Guevara" ausgewählt. Träger dieses Projektes ist das Kulturministerium, der Kulturminister Ernesto Cardenal und die Stiftung Solentiname.

Das landwirtschaftliche Ausbildungszentrum wird auf der Insel Manaron, die zur Inselgruppe Solentiname gehört, entstehen. Das Ausbildungszentrum ist als Pilotprojekt im Rahmen der Entwicklung der Region "Rio San Juan" geplant. Es ist auch ein Teil des Wiederaufbaus von Solentiname, das bis 1978 Heimat der Basisgemeinde um Ernesto Cardenal war. Das Zentrum erhält den Namen des im Befreiungskampf gefallenen Bauern Donald Guevara, der der Comunidad de Solentiname angehörte.

Das Ziel des Projektes:

In dem landwirtschaftlichen Ausbildungszentrum sollen junge und erwachsene Bauern, Männer und Frauen, sowohl für technisch-berufliche wie für genossenschaftliche und gewerkschaftliche Aufgaben ausgebildet werden. Die Ausbildung soll dazu beitragen, daß Kleinbauern und Landarbeiter sich aktiv am Aufbau der Gewerkschaften, Genossenschaften und Kooperativen beteiligen. Wichtiger Punkt ist die Einbeziehung der nicaraguanischen Frau, vor allem der jungen Bäuerin, in die Ausbildung mit dem Ziel ihrer Integration und gleichberechtigten Mitwirkung an sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen in Nicaragua.

Das landwirtschaftliche Ausbildungszentrum "Donald Guevara" soll etwa 60-70 jungen Campesinos eine Ausbildungsmöglichkeit für eine Dauer von 6 Semestern bieten. Ergänzt wird dies durch Kurse und Seminare für jeweils etwa 50 Teilnehmer, die 8 Wochen dauern sollen. Schwerpunkt dieser Kurse wird die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Ausbildung sein.

In der technisch-beruflichen Ausbildung wird der Hauptakzent in der Entwicklung und Anwendung angepaßter Techniken liegen.

Die polytechnische Ausbildung wird in vier Hauptgebiete gegliedert sein:

1. Mechanik: Windmühlen und Wasserpumpen, Mechanik von Motoren etc.
2. Angewandte Elektrotechnik: Erzeugung von Elektrizität aus nicht-konventionellen Brennstoffen (z.B. Biogas), Installation und Einrichtung sowie Wartung elektrischer Anlagen und Geräte
3. Metallurgie: Herstellung und Reparatur von landwirtschaftlichen Werkzeugen, Einführung in die Metallmechanik

4. Technik der Holzverarbeitung, Holzwirtschaft, Ökologie des tropischen Waldes und Gewässer.

Das Geld, das im Rahmen der Solidaritätskampagne der D G B -Jugend gesammelt wird, wird zum größten Teil für die Errichtung der Unterrichtsgebäude, für die Wohnhäuser für die Schüler und die Lehrer mit Familien, für die Einrichtung von Werkstätten und ihre Ausstattung mit Materialien und Werkzeugen gebraucht.

Für das Ausbildungszentrum "Donald Guevara" sind bisher über 400.000 D M an Spenden eingegangen. Unter Mitwirkung eines Architekten aus der B R D soll in nächster Zeit die Planung für die Bauten, die der traditionellen Bauweise Süd-Nicaraguas entsprechen sollen, abgeschlossen werden.

Im April/Mai dieses Jahres reiste eine Delegation der D G B -Jugend nach Nicaragua, um sich in Gesprächen mit Vertretern politischer, gewerkschaftlicher und kirchlicher Institutionen und Vereinigungen ein direktes Bild von den revolutionären Veränderungen Nicaraguas zu machen. Praktische Solidarität leistete die Gruppe beim Bau einer Bootsanlegestelle auf Solentiname, an der später die Baumaterialien für das Ausbildungszentrum angelandet werden sollen. Unter Teilnahme der Delegation erfolgte dann am 12. Mai durch Kulturminister Ernesto Cardenal und Agrarminister Jaime Wheelock die offizielle Grundsteinlegung für das Ausbildungszentrum. Auch in der BRD wurde für Publicity gesorgt, in der Jugendsendung DIREKT wurde ein Film über die Reise der Delegation gezeigt und im September folgte dann der "Startschuß zur Herbstkampagne" mit dem "Konzert für Nicaragua".

Alles in allem eine breit angelegte Solidaritätskampagne für Nicaragua und ein Projekt mit einer guten Konzeption. Bei näherer Betrachtung bleiben jedoch ein paar offene Fragen, was die Seite der D G B -Jugend angeht. Warum eine Kooperation mit dem Kulturministerium, warum hat die D G B -Jugend keinen Partner unter den Gewerkschaften Nicaraguas gesucht? Mit dem Namen und der Person Ernesto Cardenals, der in der BRD auch in breiteren Bevölkerungskreisen das Neue Nicaragua ins Bewußtsein gerückt hat, sind bei uns schon etliche Sammlungen für Projekte in Nicaragua durchgeführt worden. Bedeutet die Festlegung auf eine Kooperation mit dem Kulturministerium nicht auch eine Begrenzung der Auseinandersetzung und inhaltlichen Diskussion über die revolutionäre Entwicklung Nicaraguas unter Jungen Gewerkschaftlern hier? In Nicaragua bestand jedenfalls auch in anderen Institutionen ein Interesse daran im Rahmen eines Solidaritätsprojektes mit der D G B -Jugend zusammenzuarbeiten. Diesbezüglich ist es interessant festzustellen, daß in dem Projektantrag des Kulturministeriums als ausführendes Organ des Projektes die Stiftung für die Entwicklung von Solentiname in Zusammenarbeit mit der Landarbeitergewerkschaft ATC genannt ist. In der Broschüre "Werkzeug für Nicaragua", herausgegeben vom DGB-Vorstand, Abt. Jugend, ist die ATC allerdings nicht mehr erwähnt. Wie ist das in Einklang zu bringen mit dem Anspruch im Vorwort der Broschüre: " - sich mit den Problemen auseinanderzusetzen, denen sich heute die Gewerkschaften in Nicaragua gegenübersehen". Wie hätte das besser verwirklicht werden können, als in der direkten Zusammenarbeit von ATC und DGB-Jugend für den Aufbau des Ausbildungszentrums "Donald Guevara".

Die Schwierigkeiten der D G B -Jugend sind in diesem Fall von prinzipieller Natur. Der D G B unterstützt über seine Mitgliedschaft im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) in Nicaragua die C U S, eine Gewerkschaftsorganisation, die 1962 mit Unterstützung des nordamerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL/CIO gegründet wurde. Die C U S unterhält enge Beziehungen zum "American Institute of Free

Labour Development (AIFLD), zu deren Gründungsmitgliedern im Jahre 1962 neben dem AFL/CIO auch US-Konzerne wie IBM, Coca Cola und United Fruit gehörten. Im Rahmen der Politik "Allianz für den Fortschritt" wirkte das AIFLD in Lateinamerika mit der Stoßrichtung gegen die Verbreitung der cubanischen Revolution und war später auch indirekt beteiligt am Sturz der Regierung Allendes.

Die C S T, die sandinistische Gewerkschaft der Industriearbeiter, hat sich dagegen im Herbst 1981 dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossen, eine zu diesem Zeitpunkt übereilte und politisch sicherlich nicht zwingende Entscheidung der Gewerkschaftsführung. Die Landarbeitergewerkschaft A T C gehört bis heute noch keinem internationalen Gewerkschaftsverband an.

Die Zusammenarbeit der DGB-Vorstände mit Unternehmergewerkschaften in Lateinamerika - wie z.B. der CUS in Nicaragua - spricht für sich. So war auf dem internationalen Gewerkschaftsjugendtreffen des IBFG in Sevilla auch die CUS aus Nicaragua anwesend, von den sandinistischen Gewerkschaften, die immerhin 90% der organisierten Kolleginnen und Kollegen in ihren Organisationen vereinen, keine Spur. Aus gut informierten Kreisen erfahren die LN, daß die Bereitschaft der Gewerkschaftsjugend, sich in diesen Punkten mit ihren Vorständen auseinanderzusetzen, nicht sehr groß war. Ein taktisches Zurückstecken, um die Durchführung der DGB-Aktion nicht zu gefährden?

Hier werden sicherlich einige Schwierigkeiten deutlich, die die fortschrittlichen Gewerkschaftler der D G B -Jugend hatten, um eine Solidaritätskampagne für Nicaragua im D G B durchzusetzen. Man erinnert sich nur daran, daß es bis jetzt immer noch nicht möglich ist die Kampagne "Ein Stundenlohn für EL SALVADOR" als zentrale Solidaritätskampagne des D G B durchzuführen.

Für die Fortsetzung der Solidaritätskampagne der D G B -Jugend ist die Broschüre "Werkzeug für Nicaragua" erschienen. In kurzen Aufsätzen wird auf die Fortschritte und Probleme der Nicaraguanischen Revolution eingegangen. Neben einer kurzen Einführung in die Geschichte Nicaraguas stehen Berichte über Auslandsverschuldung, Agrarreform, Gewerkschaften Nicaraguas etc.

Im Vorwort heißt es:

Die DGB-Jugend setzt sich mit dem Entwicklungsprozeß in Nicaragua durch eine breite Solidaritätskampagne auseinander. Hier soll exemplarisch nachvollzogen werden, welche Möglichkeiten es gibt, sich aus Unterdrückung, wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit, wirtschaftlicher Unterentwicklung, Rechtlosigkeit zu befreien. Aus der Diskussion über den von Nicaragua gewählten Weg, mit all seinen Problemen und Schwierigkeiten und Erfolgen müssen Kriterien entwickelt werden, die das kritisch solidarische Verhältnis mit diesen Prozessen weiterentwickeln. Die Hilfe muß eine neue Qualität erhalten. Sie muß all jene Kräfte vorrangig unterstützen, die die demokratische gesellschaftliche Veränderung wollen.

Diese Diskussion sollte auch durch eine verstärkte Zusammenarbeit der DGB-Solidaritätsgruppen mit den bestehenden Nicaragua-Solidaritätsgruppen und Komitees vertieft werden.

## COSTA RICA

### Costa Rica rüstet auf

#### "Antiterrorkommandos"

Die Erfolge der Befreiungsbewegungen El Salvadors und Guatemalas sowie die Spannungen zwischen Nicaragua und Honduras beschleunigen den Prozeß einer politischen Polarisierung in Mittelamerika. Offensichtlich wird dieser Trend mit Costa Ricas innen- und aussenpolitischem Rechtsruck: die Monge-Regierung baut ihre Sicherheitskräfte aus und spielt die Rolle von Washingtons ideologischem Alliierten, der die sandinistische Regierung Nicaraguas wortgewaltig angreift und inoffiziell die Präsenz politischer und militärischer Organisationen von Konterrevolutionären duldet.

Die plötzliche Remilitarisierung des Landes ist eine Überraschung für all diejenigen, die auf die Verfassung von 1948 stolz waren: sie verbot den Aufbau einer Armee zum Schutze Costa Ricas und ließ nur eine kleine 'zivile Polizeieinheit' zu. Die neuen Mitte September bekanntgegebenen Pläne sehen nun die Gründung zweier speziell trainierter und ausgerüsteter Kommando-Unternehmen vor. Die erste "Anti-Terror" Gruppe soll aus 100 Mann bestehen und nahe der Atlantik-Küste stationiert werden. Ziel dieser Gruppe soll es zum einen sein, in "Arbeitskonflikte einzugreifen", zum anderen "geheime Waffenlager und Gruppen" ausfindig zu machen. An der Atlantik-Küste wird seit sieben Wochen ein Streik von den Bananengewerkschaften ausgetragen, bei dem 5 Arbeiter von den Sicherheitskräften niedergeschossen wurden und zwanzig weitere ins Gefängnis kamen. Mehrere tausend Arbeiter nahegelegener Plantagen haben für den Fall, daß die Forderungen der Streikenden nicht erfüllt werden, ihre Solidarität angekündigt.

Auf einer Ende Oktober in San Jose gegebenen Pressekonferenz ließ Sicherheitsminister Edmundo Solano außerdem wissen, daß die Kommando-Unternehmen entlang dem umstrittenen San Juan Grenzfluß zu Nicaragua patrouillieren würden. Obwohl Costa Rica den Vertrag anerkennt, der Nicaraguas Souveränität über den Fluß bestimmt, kam es in dieser Gegend zu mehreren Zwischenfällen, die an Costa Ricas Willen, den Vertrag zu respektieren, zweifeln lassen. Außerdem sind inzwischen mehr als vier Camps bekannt geworden, in denen Konterrevolutionäre trainieren, auch Eden Pastora hat in dieser nordöstlichen Ecke Costa Ricas, da wo der San Juan Fluß in die Karibik fließt, sein Hauptquartier aufgeschlagen.

Das zweite Kommando-Unternehmen soll die nordwestliche Grenze zu Nicaragua kontrollieren. Offizieller Weisung nach soll das 260 Mann starke Unternehmen die Aktivitäten der in dieser Gegend operierenden anti-sandinistischen Gruppen unterbinden, allerdings steht die Weisung im Widerspruch zu einer Regierungserklärung, nach der es im Land keine anti-sandinistischen Gruppen gibt.

## Aktivitäten "anti-sandinistischer Truppen"

Der Glaube an eine Opposition der Regierung gegen nicaragua-feindliche Umtriebe wurde erst kürzlich durch zwei Ereignisse erschüttert: am 5. Oktober wurden in einem Vorort von San José zehn Konterrevolutionäre wegen unerlaubten Waffenbesitzes festgenommen, unter ihnen der Anführer der 'Sandinistischen Revolutionären Front' (FRS), Eden Pastora. Wenige Stunden später erschien Präsident Monge persönlich, um die Freilassung der Gruppe aus dem Gefängnis anzordnen. Pastora befindet sich mit einem Drei-Monats-Visum im Land unter der besonderen Auflage, sich von "allen politischen und militärischen Aktivitäten" fernzuhalten.

Am 1. November wurden zwei weitere Konterrevolutionäre, auch der Führer der 'Nicaraguanischen Demokratischen Union' (UDN) Chamorro, an der Pazifik-Küste festgenommen und des illegalen Waffenhandels beschuldigt. Trotz des bei ihnen entdeckten Waffenarsenals und belastender Dokumente wurden die beiden nicht nach costaricanischem Recht zu hohen Strafen verurteilt, sondern auf besondere Anordnung der Exekutive nach wenigen Stunden freigelassen.

Zusätzlich zu den zwei Kommando-Unternehmen wurde im August eine "Anti-Terror-Brigade" gegründet, für die "Junggesellen ohne familiäre Verpflichtungen" ausgewählt wurden. Ausgerüstet wurde die in San José operierende Brigade mit zwei Millionen Dollar aus "Anti-Aufruhr-Geldern" und leichten Waffen aus Taiwan. Insgesamt wird somit, unter Berücksichtigung offizieller Angaben, die Truppenstärke des Landes auf 7000 Mann Reserve geschätzt.

## Militärhilfe aus dem Ausland

Die costaricanische Presse berichtete vor kurzem, daß die Vereinigten Staaten, Südkorea, Taiwan, Israel, Argentinien, Venezuela, Panama, Japan und Spanien dem Land militärische Unterstützung unterschiedlichster Art zukommen lassen wollen. Diese Hilfe umfaßt sowohl Aufruhr-Kontrollausrüstung und Schlagstöcke aus Südkorea, als auch Gewehre aus Venezuela und Militärfahrzeuge aus Argentinien. Die USA haben vor, vier mobile Beraterteams zwecks Training der neuen Kommando-unternehmen zu gewähren sowie 2 Millionen Dollar Militärhilfe. Außerdem sollen 1983 66 Zivilgardisten mit Stipendien aus Washington auf der US-Militärschule in der Panama-Kanalzone ausgebildet werden. Mitte Oktober unterzeichnete außerdem Israels Außenminister Isaaq Shamir gemeinsam mit Costa Ricas Außenminister Fernando Volio eine Erklärung "gegen Gewalt und Terror", die er sich einige Millionen Dollar ökonomischer und militärischer Hilfe kosten lassen wird.

Die USA und Costa Rica haben es sich angelegen sein lassen, zu demonstrieren, daß die militärische Hochrüstung überaus notwendig sei, um die Anzeichen einer sich ausbreitenden internationalen kommunistischen Verschwörung wirkungsvoll zu bekämpfen. Während der Monate Juni und Juli waren die Zeitungen voll von Storys über die "nicaraguanische Expansion" und den sowjetischen Einfluß in der Gegend. Die Medienshow kulminierte im August mit Monges Aufdeckung eines Komplotts gegen seine Regierung, dessen geistige Urheber Moskau, Havanna und Lybien sein sollten. Lokale unabhängige Linke und die Vereinten Nationen würden sich dazu hergeben und Managua koordiniere das seltsame Komplott, über das sonst nichts Konkretes in Erfahrung zu bringen war.

## Wirtschaftskrise und Repression

Obwohl Monge von einer breiten Basis des Volkes in sein Regierungsbüro getragen worden war, nahm seine Popularität im Maße, in dem sich die wirtschaftliche Situation des Landes verschlechterte, ab.

Costa Ricas Wirtschaftskrise machte sich mit fallenden Weltmarktpreisen für die wichtigste Exportware Kaffee und mit steigenden Preisen für Importe wie Öl bemerkbar. Um die Wirtschaft nicht zusammenbrechen zu lassen, hatte die vorangegangene Regierung hohe Schulden im Ausland gemacht, so daß die Pro-Kopf-Verschuldung mit 4.1 Milliarden Dollar bei 2.3 Millionen Einwohnern inzwischen die höchste der Welt ist.

Monges "Krisenbewältigungsstrategie" war es, die Importe zu streichen und noch mehr Schulden zu machen, um die Zinsen des Außenschuldenberges abzutragen. Erst vor kurzem handelte er mit dem Internationalen Weltwährungsfond (IWF) einen "Standby-Kredit" in Höhe von 170 Millionen Dollar aus, der unangenehme "Austeritätsverpflichtungen" für das Land zur Folge hatte. Der "Dringlichkeitsplan für 100 Tage", mit dem Monge am 8. Mai sein Amt antrat, sah 10prozentige Kürzungen für den Regierungshaushalt vor, Rücknahme von Subventionen für öffentliche Transporte, städtische Dienste und Grundnahrungsmittel wie Bohnen und Reis, sowie das Einfrieren der Gehälter. Daß die Krise zu Lasten ärmerer und arbeitender Bevölkerungsschichten ging, wurde klar, als die Inflationsrate auf 100 Prozent stieg, die Währung um 600 Prozent abgewertet wurde, die Kaufkraft innerhalb von 2 Jahren um 40 Prozent verfiel und die Rate der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten auf 35 Prozent anstieg.

Als die Forderungen der Gewerkschaften dringender wurden und illegale Landbesetzungen sich häuften - 70 Prozent der costaricanischen Landbevölkerung besitzen kein eigenes Land - griff die Regierung energisch ein: streikende Arbeiter und landbesetzende Bauern wurden von Gardisten angegriffen. Inzwischen meint der Präsident, daß alle Protestaktionen von "kommunistischen Unterwanderern" geplant würden, die danach trachteten, die schwierige wirtschaftliche Lage auszunutzen und die Regierung zu stürzen. Mehr Notstandsgesetze fordert Monge nun, um den Erfolg seines Wirtschaftsplans garantieren zu können.

# ARGENTINIEN

## Zwischen Demokratisierung und den »weißen Säbeln«?

Die argentinischen Militärs sind entschlossen, den Demokratisierungsprozeß davon abhängig zu machen, daß sich die Parteien bereit-erkennen, die Freiheit der Justiz soweit einzuschränken, daß auch unter einer gewählten zivilen Regierung die Verbrechen der Militärs nicht verfolgt werden können. Dies ist der wichtigste der 15 Punkte, die die Regierung den Parteien vorgelegt hat als Vorbedingung für eine Rückkehr zur Demokratie. Die Parteien haben dies (bisher) kategorisch abgelehnt. Wenn der Demokratisierungsplan der Regierung eingehalten wird, so stehen demnächst interne Parteiwahlen an, in denen die Präsidentschaftskandidaten bestimmt werden. Aus diesem Grund haben die LN einen argentinischen Journalisten im Exil gebeten, die wichtigsten Parteien und ihre Fraktionen und die Situation der argentinischen Linken darzustellen und die Aussichten des Demokratisierungsprozesses zu kommentieren:

Die militärische Macht in Argentinien wird von Tag zu Tag brüchiger. Man könnte sagen, daß dies die schwächste Regierung dieses Jahrhunderts in dem Land am La Plata ist. Ein politischer Kommentator in Buenos Aires stellte fest, die einzigen Kräfte, die die Diktatur von General Reynaldo Bignone zusammenhalten, seien die Verschwundenen, die korrupten Geschäfte, die Auslandsschulden und die Niederlage im Malvinenkrieg. Und mit dieser bitteren Schärfe hat er recht: diese vier Sünden der Militärs sind der Grund für den Zusammenhalt der Streitkräfte; sie versuchen Zeit zu gewinnen, um einen "Nürnberger Prozeß" über jeden der vier Aspekte zu verhindern.

Es gibt aber auch noch eine andere Wahrheit: Es fehlt eine demokratische Opposition, die fähig wäre, die Macht zu übernehmen und eine so schwache Diktatur zu stürzen. Hätte die "Multipartidaria" (Bündnis von Peronisten, der Unión Cívica Radical, Partido Intransigente, Movimiento de Integración y Desarrollo, Christdemokratische Partei) am Tag, als Port Stanley in die Hand der britischen Truppen fiel, gemeinsam mit den beiden Gewerkschaftsdachverbänden CGT/Brasil und

CGT/Azopardo einen Generalstreik ausgerufen und den Rücktritt der Militärregierung verlangt, so wäre Argentinien heute auf dem Weg einer echten und tiefgreifenden Demokratisierung. Aber die Parteien waren dazu weder fähig noch hatten sie in diesem Moment den Willen dazu.

In dieser Situation bewies der Peronismus wieder einmal seine schwerwiegenden Defizite, nämlich das Fehlen revolutionärer Vorschläge und seine innere Zersplitterung. Ein Sektor des Radikalismus (Unión Cívica Radical) war zum Handeln entschlossen: der "Alfonsoinismus" (so genannt nach seinem führenden Politiker Alfonsoín); er forderte die Übergabe der nationalen Regierung an den Ex-präsidenten Arturo Illia (1963-1966). Aber dieser Vorschlag fand nicht einmal in der eigenen Partei eine Mehrheit.

Hier stellt sich die Frage: wie ist angesichts dieser politischen Strukturen der "Demokratisierungsprozeß" einzuschätzen, den gegenüberwärtig alle lebendigen politischen Kräfte des Landes, alle Parteien und bis hin zur katholischen Kirche wollen? Die Antwort ist, daß der Weg der Demokratisierung in Argentinien mit Dornen und Fallen übersät sein wird.

### Analyse der politischen Kräfte

Der PERONISMUS ist ohne Zweifel weiterhin die wichtigste politische Kraft des Landes. Aber die Entwicklung der letzten Jahre hat ihn verschliffen. Die Gegensätze zwischen der Rechten und der Linken sind unüberwindlich, und es gibt keinen Perón mehr, um sie zu besänftigen. Der offene Bürgerkrieg, der kurz vor dem Tod Peróns begann und bis zu den schrecklichen Jahren der militärischen Repression zwischen der mit dem Rechtsperonismus verbündeten Gewerkschaftsbürokratie und den Basisdelegierten und der Linken tobte, ist und bleibt unvergessen. Man muß außerdem feststellen, daß außer der sogenannten "Intransigencia Peronista" (etwa: "unnachgiebige Peronisten") keine Strömung des Linkspersonismus in der Partei übriggeblieben ist, die über eine Basis im Land verfügt. Die Rechte dagegen ist unversehrt. Und von hier werden die Kandidaten für die nächsten Wahlen kommen.

Um zu verstehen, was der Peronismus heute ist - dabei gibt es keine großen Unterschiede zum traditionellen Rechtsperonismus - genügt es, die verschiedenen Strömungen zu analysieren und darzustellen, wie die Mehrheit der politischen Führer dieser Strömungen Kontakte zur Militärdiktatur unterhält und mit ihr kollaboriert, ja sogar mit den Befehlshabern der Streitkräfte und ihren Geheimdiensten (den politischen Polizeien der drei Waffengattungen) zusammenarbeitet.

Der Generalstab des Heeres, der die Hoffnung verloren hat, die Diktatur über den März 1984 (dem von der Militärregierung angegebenen Datum für Präsidentschaftswahlen) hinaus aufrechtzuerhalten, sucht heute in den traditionellen Parteien nach zuverlässigen Verbündeten. Es ereignen sich so unerklärliche Vorkommnisse wie das folgende: General Acdel Vilas - einer der schlimmsten Unterdrücker von 1976 - hat die "Unabhängige Peronistische Bewegung" gegründet. An seiner öffentlichen Veranstaltung im Luna Park in Buenos Aires im November nahmen nur etwa 1 500 Personen teil; offensichtlich waren alle Mitglieder der militärischen Geheimdienste oder der "Selbstverteidigungsgruppen der rechtsperonistischen Gewerkschaften (das sind Schlägertrupps, die vorwiegend gegen Linke und Basisgewerkschafter eingesetzt werden). Daß die wichtigste Autoritätsperson des Peronismus - der frühere Gouverneur der Provinz Chaco, Deolindo Bittel - nicht imstande war, dem Repressionsgeneral die Berechtigung abzuspren-

chen, sich als "Peronist" zu bezeichnen, spricht für die strukturelle Schwäche dieser Bewegung.

Ein anderes Beispiel: die Polizisten im Ruhestand der Provinz Tucumán beschlossen, sich als Partei zu organisieren und sich der peronistischen Bewegung anzuschließen. Zwei Beispiele aus einer Serie von Schachzügen, die von den Geheimdiensten der Streitkräfte geplant werden. 1972 wurde mehrfach behauptet, die "Marxisten" verkleideten sich als Peronisten, um die Bewegung zu infiltrieren; heute dagegen passiert das aus der entgegengesetzten Richtung: der Plan der militärischen Geheimdienste besteht darin, zu versuchen,

im Hinblick auf die Wahlen alle nur möglichen Positionen im Peronismus zu besetzen.

Die Veranstaltung zu Erinnerung an den 17. Oktober 1945 (als die peronistischen Massen in einer riesigen Demonstration die Freilassung des verhafteten Arbeitsministers Perón erzwangen) zeigte deutlich die Ausrichtung der künftigen Politik der peronistischen Bewegung. Auf der vom Vizepräsidenten der Partei, Reolindo Bittel (Präsidentin der Partei ist weiterhin die in Spanien lebende Isabel Perón) einberufenen Versammlung sprachen Bittel, dann der Sekretär der CGT/Brasil, Saúl Ubaldini, und zum Schluß der Generalsekretär der "62 Peronistischen Organisationen" (ein Zusammenschluß rechtsperonistischer Gewerkschaften), Lorenzo Miguel. Statt die Militärdiktatur zu kritisieren, attackierte Miguel scharf die peronistische Linke, die Intransigencia. Er identifizierte sie mit den Montoneros und behauptete, sie sei nicht peronistisch. Die darauf folgenden Zusammenstöße zwischen der "Peronistischen Gewerkschaftsjugend" (einer klassischen Formation der Rechten) und der Linken machten deutlich, daß der Rechtperonismus keinesfalls gewillt ist, ein Wiedererstarben der Linken zuzulassen.

Die internen Parteiwahlen des Peronismus im nächsten Jahr werden zeigen, daß die verantwortlichen Positionen und die Stelle des Präsidentschaftskandidaten von Männern aus dem Spektrum der Rechten (Robledo), Mitte-Rechts (Cafiero) oder der sog. "Liberalen Rechten" (Luder) besetzt werden.

Wieder einmal zeigt sich der Irrtum der Linken, man könne über den Peronismus zum Sozialismus oder zur Revolution gelangen. So wie der Rechtperonismus Ende 1973 unter Juan Perón und ab Oktober 1974 unter Isabel Perón im Sinne der "Konterrevolution" agierte (mit "Wohlfahrts"minister Lopez Rega und den AAA - "Anti-kommunistische Argentinische Allianz" -, sowie mit Harguindeguy - dem späteren Innenminister der Junta - und Videla als Oberkommandierenden des Heeres und Massera als Marinechef), so wird der Rechtperonismus (der die Macht in der Partei hat, während die "62" die Gewerkschaften dominieren) der Ausweg aus der Diktatur sein, indem er für einen "Wandel ohne Änderung" sorgt.

Dies bedeutet natürlich nicht, daß die Intransigencia Peronista nicht weiterhin daran arbeiten müßte, die Bewegung zu radikalisieren und innerhalb der Partei den peronistischen Massen klarzumachen, welche Rolle die Partei- und Gewerkschaftsbürokratie spielt. Aber wenn es zu einem Demokratisierungsprozeß kommt, wird sich der Linkperonismus seine Verbündeten bei den Linken der anderen Parteien und nicht in der eigenen Partei suchen müssen.

Die andere große politische Bewegung Argentiniens, der RADIKALISMUS, hat ähnliche Kennzeichen wie der Peronismus, wenn auch mit geringerer innerer Aggressivität und stärker strukturiert. Die Unión Cívica

Radical (UCR) ist in drei Strömungen gespalten: die "Nationale Linie" (oder "Balbinismus", nach dem verstorbenen, langjährigen Parteiführer Ricardo Balbín), die "Bewegung für Erneuerung und Wandel" ("Alfonsinismus") und die "Bewegung der Yrigoyenistischen Bestätigung" (nach dem liberalen Präsidenten Hipólito Yrigoyen - 1916-22, 1928-30), die von Luis León geführt wird. Der Einfachheit halber nennen wir die erste Strömung die Rechte, den Alfonsinismus die Linke und die dritte das Zentrum.

Obwohl die Linke, deren wichtigster Repräsentant Raúl Alfonsín ist, über die größte Mobilisierungsfähigkeit verfügt und auf eine große Unterstützung in der Studentenschaft und eine gewisse Unterstützung in den durch Subsistenzprobleme radikalisierten Mittelschichten rechnen kann, hat sie keine großen Aussichten, die internen Parteiwahlen zu gewinnen.

Auch hier geschieht dasselbe wie beim Peronismus: Die Militärdiktatur stützt sich auf radikale Politiker wie García Puentes und Fernando de la Rúa, die eine "koordinierte" Lösung des argentinischen Problems anstreben, d.h. sie wollen das Problem der Verschwundenen, die Korruption, die von der Militärregierung verursachten Auslandsschulden und die Niederlage im Malvinenkrieg vergessen. Mit massiver Unterstützung der Massenmedien wird die Rechte der UCR die Parteiwahlen gewinnen; sie dominiert außerdem die bürokratische Struktur der Partei. Der Präsidentschaftskandidat wird entweder Antonio Tróccoli oder Juan Carlos Pugliese (Nationale Linie) sein; beide gehören zum Zentrum. Alfonsín wird sicher Vizepräsidentschaftskandidat werden; er hat einen großen Anhang im Volk und kann auf die Unterstützung von Männern zählen wie etwa Hipólito Solari Yrigoyen, dessen Prestige im Exil wegen seiner untadeligen Haltung gegenüber der Militärdiktatur gewachsen ist.

### Aussichten für die demokratische Periode

Unter der Voraussetzung, daß die Diktatur den Plan der Demokratisierung, der zu freien Wahlen führen soll, einhält, wird Argentinien im März 1984 einen rechtsperonistischen Präsidenten erhalten; im Parlament werden die Peronisten die Mehrheit stellen und in vielen Fällen von der Rechten der UCR unterstützt werden. Die zukünftige Regierung wird versuchen, ein populistisches Wirtschaftsprogramm durchzuführen, das wieder einmal an der Rezession des kapitalistischen Weltmarktes scheitern wird. Für den Peronismus in der Regierung wird es keineswegs einfach sein, die Forderungen der Massen nach Verbesserung ihrer Lebensbedingungen einzudämmen; zur Unterdrückung dieser Forderungen wird man - wie 1974 - erneut die Hilfe der Streitkräfte und der Polizeiorgane suchen.

Die Aufgabe der argentinischen Linken, um eine Wiederholung der Tragödie von 1976 zu verhindern, ist klar: sie muß beständig für eine demokratische Radikalisierung, gegen den Militarismus und die repressiven Institutionen und insbesondere für eine Demokratisierung der Gewerkschaften kämpfen. Ihre Waffen sind ihre Mobilisierungsfähigkeit, die Massen auf die Straße zu bringen, und die Gewerkschaftsmacht mit dem Mittel des Generalstreiks.

### Was ist die argentinische Linke?

Die Niederlage der argentinischen Linken 1976 führte zu einer tiefgreifenden Veränderung des Landes. 1982 ist die argentinische nationale Industrie kaum noch 50% dessen, was sie vor 1976 war. Wenn man dazu rechnet, daß die Zahl der Industriearbeiter um die gleiche

Zahl abgenommen hat, kann man ermesen, wieviel Kraft die Arbeiterbewegung verloren hat. Dazu kommt die fast vollständige Zerschlagung der Bewegungen der Studenten, der Bauern und Landarbeiter, der Elendsviertelbewohner und die Verluste, die die Bewegung der Priester für die Dritte Welt (SAL) erleiden mußte; man sieht, daß lange Jahre der vorsichtigen Arbeit, der Rekonstruktion und des Aufbaus von Bündnissen bevorstehen.

Diese Bündnisse - Fronten der Volksbewegungen, die nicht notwendig politisch sein müssen - werden von folgenden Parteien und Parteistromungen angestrebt: von der Partido Intransigente - geführt von Oscar Alende -, die mit etwa 10% der Stimmen bei Wahlen rechnen kann, der Intransigencia Peronista (mit Vicente Saadi und Abal Medina), dem Camporismus (eine peronistische Strömung, benannt nach dem Übergangspräsidenten Hector Cámpora - 1972-73 -, mit den politischen Repräsentanten Mario Cámpora und Righi, dem früheren Innenminister unter Cámpora), vom Alfonsinismus, dem linken Flügel der kleinen Christdemokratischen Partei, der Confederación Socialista und anderen kleinen sozialistischen Parteien. Alle diese Kräfte zusammengenommen können in Zukunft eine starke politische Kraft sein, deren Hauptaufgabe darin besteht, den demokratischen Prozeß zu verteidigen auf dem langen Marsch durch die Institutionen, bis sie die Positionen erreicht haben, die ihnen einen endgültigen Sieg über den Militarismus und die Rechte erlauben werden.

Die erste Gefahr für den Demokratisierungsprozeß ist bereits in Sicht: der angekündigte Putsch der "Offiziere der weißen Säbel"; sie wollen das Dutzend durch Korruption und den Malvinenkrieg kompromittierter Offiziere durch "saubere" Offiziere ersetzen, die eine "saubere" Diktatur beginnen sollen. Aber es gibt keine "sauberen" Militärs und die korrupten und verbrecherischen Militärs müssen von den Institutionen des Volkes und nicht von ihren Waffenbrüdern vor Gericht gestellt werden.

#### SPENDENAUF RUF

Gerade in der gegenwärtigen politischen Situation benötigen die

ARGENTINISCHEN  
MENSCHENRECHTSORGANISATIONEN

dringend finanzielle Unterstützung, um ihre Bemühungen um die "Verschwundenen" und Gefangenen verstärkt fortsetzen zu können.

Wir bitten um Spenden auf das Konto  
FDCL, PschA Berlin West, Kto.Nr. 17 69 66 - 104 oder  
FDCL, Bank für Gemeinwirtschaft, Kto.Nr. 1617647300  
Die Spenden sind steuerlich abzugsfähig

## Jetzt auch noch die »Loge der weißen Säbel«?

Der folgende Artikel stammt vom dem argentinischen Journalisten Gregorio Selser. Er erschien am 3. November in der mexikanischen Tageszeitung EL DIA.

Die Institution der Logen in Argentinien ist älter als die Unabhängigkeit selbst. Die bekannteste ihrer Art im 19. Jahrhundert, die "Ritter der Vernunft oder die Große Vereinigung Amerikas", gemeinhin unter dem Namen "Logia Lautaro" bekannt, zählte zu ihren Mitgliedern "Amerikaner Südamerikas" wie José de San Martín, Carlos María de Alvear, Andres Bello, Simón Bolívar und Bruder Servando Teresa de Mier. Die erfolgreichste Loge des 20. Jahrhunderts, die sich aus der argentinischen Armee rekrutierte, war Anfang der 40er Jahre die sog. GOU (Gruppe der Vereinigten Offiziere). Sie bereitete den Staatsstreich vom 4. Juni 1943 vor, der wenig später einem damals noch unbekanntem Oberst Juan D. Perón zur Macht verhelfen sollte.

### Die "Weißen Säbel"

Die starren Strukturen der argentinischen Militärhierarchie, die sich auf das Prinzip des Gehorsams stützen, lassen für interne Meinungsverschiedenheiten wenig Raum. Nichts ist der Disziplin abträglicher als eine Armee mit demokratischem Charakter; dies bewies sich in den Jahren 1960-63, als die argentinischen Streitkräfte, in die zwei Lager der "Azules" und der "Colorados" gespalten, den Kampf um die Vorherrschaft schließlich mit Waffengewalt austrugen. Offizierskasinos glichen damals eher politischen Komitees.

Geht man von der Existenz der "Weißen Säbel" aus, so ist kaum anzunehmen, daß diese ihre Putschabsichten unverhohlen in den Offizierskasinos publik machten - ist doch gerade hier der Tummelplatz des militärischen Geheimdienstes. Zwar haben sich Kasernen und Garnisonen seit der Niederlage im Falkland-Konflikt zu Hochburgen der Polemik verwandelt, doch sind die eigenen vier Wände der hohen Offiziere noch immer der sicherste Ort für Intrigen und Verschwörungen.

Warum nun gerade "Weiße Säbel"? Eine erste Erklärung wäre das vorgegebene Bestreben, sich von einem Großteil des Offiziersstabs aller drei Waffengattungen abzugrenzen, weiß man doch, daß deren Säbel mit dem Blut der Opfer des "schmutzigen Krieges" unter General Jorge R. Videla und Roberto E. Viola beschmiert sind.

Weiß dient auch als Symbol für eine saubere Weste, frei von Korruption und unbetitelt an den unter der Schirmherrschaft des früheren Wirtschaftsministers José Alfredo Martínez de Hoz getätigten Geschäften im Rahmen des "nationalen Umstrukturierungsprozesses". Sauber und weiß konnte allerdings auch bleiben, wer sich an der Staatskasse vergriffen oder - wenn auch erfolglos - es heimlich versucht hatte. So jene 15 Generäle, Teilhaber des Immobilienkonsortiums "Partagás S.A." unter dem Vorsitz von Ex-Präsident Leopoldo F. Galtieri, Ex-Innenminister Albano Harguindeguy und Staatspräsident Reynaldo Bignone, die Bankdarlehen in Höhe von 3 Mio Dollar zur Erstellung von Wohnhäusern im Aristokratenviertel Belgrano von Buenos Aires erhielten.

Dies wurde erst kürzlich von einem ihrer Kollegen, Ex-präsident General Alejandro Lanusse (1970-1973), ans Licht gebracht; und damit nicht genug: Jüngst bestätigte ein Militärsprecher die von Staatschef Bignone verfügte Anhebung der Besoldungen - die dritte seit seinem Amtsantritt - nur diesmal in Form einer zusätzlichen Prämie von 75%, selbstverständlich ohne Einbeziehung der vielen, nie einzeln aufgeführten kleinen "Extras", die, zusammengefaßt unter dem Oberbegriff "verschiedene Zuwendungen" eine Anhebung der Effektivgehälter um weitere ca. 30% bedeuten.



N A M E                      W O H N O R T                      B E R U F    U N T E R S C H R I F T

# CHILE

## Das Exil ohne Ende

"Das Recht darauf, im Vaterland zu leben, ist in überhaupt gar keiner Weise diskutierbar, was immer man auch denken oder tun möge. Die Behandlung wird unterschiedlich danach sein, ob man Verbrechen begangen hat. Dann sollen die Gerichte entscheiden. Und wenn es ein schweres Verbrechen ist, dann gibt es die Gefängnisse zur Bestrafung, aber hier im eigenen Land und nicht im Exil. Niemand darf das Privileg haben, einem Bürger das Recht zu verwehren, in seinem Vaterland zu leben. Und schon gar nicht, wenn das Verbrechen in einer abweichenden Meinung bestand." Diese einfache Wahrheit, hier ausgesprochen von Manuel Bustos, dem Vorsitzenden der chilenischen Gewerkschaftskoordination CNS, ( El Mercurio, 8. Nov. 1982 ) wird immer wieder relativiert. Jetzt will Staatspräsident Pinochet einige Exilierte wieder nach Chile hereinlassen, aber nur nach einer Prüfung und nur unter Bedingungen.

Die Regierung der USA möchte wieder Waffen an Chile liefern können, und die chilenische Regierung braucht die Unterstützung der USA, um beim Internationalen Währungsfonds und den internationalen Privatbanken gut angeschrieben zu sein und die Kredite zu bekommen, die nötig sind, um die stetig wachsenden Schulden bedienen zu können. Also wurde den chilenischen Ministern Lüders ( Wirtschaft und Finanzen ) und Montero ( Inneres ), die kürzlich zu Besuch in der Hauptstadt der USA waren, mehr oder weniger offen bedeutet, daß eine gewisse Image-Verbesserung des Pinochet-Regimes ganz nützlich wäre.

In den letzten Jahren hat sich die pervers zu nennende Methode in den USA durchgesetzt, bestimmte Unterstützungsleistungen für die Militärregime und rechten Regierungen in Südamerika von "Verbesserungen der Situation der Menschenrechte" abhängig zu machen. Entscheidend ist dann nicht mehr, ob Menschenrechte verletzt werden von den verantwortlichen Regierungen - denn nur Behörden können Menschenrechte verletzen, alles andere ist privates Unrecht -, sondern nur noch, ob diese Regierungen sich bei der Verletzung der Menschenrechte etwas gebremst haben, sodaß man sie dafür belohnen kann.

Als ein Feld, auf dem die Bremsung nicht sehr teuer zu stehen kommen würde, bot sich für die Pinochet-Regierung die Frage des Exils an. Hier kann man zunächst einmal sicher sein, daß die Aufhebung des erzwungenen Exils von der überwiegenden Mehrheit der Chilenen im In- und Ausland begrüßt werden würde. Jede Rückkehr eines Exilierten kann als ein kleiner Sieg gefeiert werden, ist aber natürlich kein Anlaß, auf das Recht der Anderen zur Rückkehr zu verzichten.

Die Zahl der exilierten Chilenen ist unbekannt, weil es auch keine klare Definition gibt. Eindeutig ist nur die Situation derer, die auf Grund des Gesetzesdekrets Nr. 81 von 1974 aus dem Land verbannt worden sind oder später auf Grund der dem Präsidenten eingeräumten Sondervollmachten hinausgeschickt worden sind. Nun sind aber viele Chilenen aus politischen Gründen ins Ausland gegangen, bevor sie noch von der Verfolgung direkt getroffen wurden. Die chilenische Regierung behält sich bei ihnen allen das Recht vor, ihnen die Einreise in die Heimat mit der Begründung zu verweigern, sie hätten im Ausland gegen ihr Vaterland gearbeitet oder sie stellten eine Bedrohung für Ruhe und Ordnung dar. Man kann etwa annehmen, daß diese Situation für ungefähr 200 000 der insgesamt eine Million Chilenen zutrifft, die im Ausland leben. Dabei ist natürlich die Grenze zwischen politischem Exil und sogenannter Wirtschaftsemigration undeutlich. Manche, die aus politischen Gründen ins Ausland gegangen sind, haben ohne Probleme nach Chile zurückkehren können, manche mit Problemen, die meisten überhaupt nicht.

Im Moment einer schweren Wirtschaftskrise im Lande, bei einer Arbeitslosigkeit von 25 bis 30 Prozent wird sich natürlich jeder Chilene im Ausland fragen müssen, ob er überhaupt die Chance haben wird, sich in der Heimat auch wirklich über Wasser zu halten. Insofern hätte die Pinochet-Regierung wahrscheinlich gar nicht zu befürchten, daß die verteuerten "Extremisten" - in Wirklichkeit aufrechte Demokraten aller Schattierungen - in großen Massen zurückkehren und das autoritäre Regime bedrohen könnten.

Dennoch hat sich die Regierung alle Auswege offengelassen, um in jedem Fall einzeln entscheiden zu können. Erst einmal wurde mit großem Getöse die eigene Großherzigkeit herausgestellt und darauf verwiesen, wie sehr sich Chile von den "totalitären" Ländern unterscheidet - "Alle wollen raus aus der Sowjetunion, aber alle wollen rein nach Chile" -, dann aber kamen die Einschränkungen:

Alle, die zurückkehren wollen, müssen unterschreiben, daß sie die Legitimität der Regierung und der Verfassung anzuerkennen sich verpflichten.

Ob die Rückkehrwilligen dann wirklich hereingelassen werden, darüber entscheidet eine Kommission. Als Präsident Pinochet diese Ankündigung Ende Oktober im Interesse der "nationalen Einheit" machte, da konnte man noch glauben, daß es sich bei dieser Kommission um Leute handeln würde, die einigermaßen glaubhaft als unabhängig bezeichnet werden könnten. Als die Kommission dann aber am 8. November zusammentrat, war wieder einmal klar, daß Pinochet nichts dem Zufall überläßt. Der Kommission gehören an:

- Mónica Madariaga, Justizministerin und unerbittliche Scharfmacherin gegen alle Tendenzen der Aufweichung des autoritären Regimes, darin allenfalls übertroffen von
- General Enrique Montero Marx, seit dem Putsch Staatssekretär des Inneren und damit für den inneren Zustand des Landes mitverantwortlich, seit diesem Jahr selbst Innenminister, dazu
- Miguel Schweitzer, Staatsratspräsident und als solcher eine Stütze des Regimes. Als langjähriger Präsident des Obersten Gerichts hat er verstanden, alle Føltern und Morde, die im Namen Pinochets und seiner Regierung begangen worden waren, mit dem Mantel der Nächstenliebe zuzudecken und sich dennoch ein halbwegs scheinliberales Image zu bewahren. Komplettiert wird die Gruppe durch zwei Rechtsanwälte, die aber kaum als Anwälte der Exilierten auftreten dürften:



Fünf Abziehbilder von Pinochet. Von links nach rechts: Rivadeneira, Madariaga, Montero, Schweitzer, Valenzuela.

- Ricardo Rivadeneira ist Professor für Strafrecht an der Universidad de Chile, aber vor allem Anwalt und Mitglied des Rats zur Verteidigung des Staates, und
- Eugenio Valenzuela ist juristischer Berater der Minister für Inneres und Justiz und außerdem Mitglied der Kommission für die Redaktion der Ausführungsgesetze zur Verfassung.

Kurz und gut, statt dieser fünf absolut bedingungslosen Gefolgsleute von Pinochet könnte sich der Präsident auch gleich selber in fünffacher Ausfertigung um einen Tisch herumsetzen. Das Ergebnis wäre dasselbe.

Die Kommission hat angekündigt, daß sie bereits bis zum Ende des Jahres ihre Arbeiten beenden würde. Das könnte heißen, daß sie einige allgemeine Einschränkungen beschließen und Ausführungsbestimmungen für die Entscheidung im Einzelfall festlegen würde.

Für sehr viele Chilenen im Ausland beginnt jetzt eine schwierige Zeit der Entscheidung. Können sie im Ausland bleiben, wenn es ihnen erlaubt wird, nach Chile zurückzukehren? Können sie unterschreiben, daß sie diesen Präsidenten und diese Verfassung respektieren werden? Können sie - auch im Interesse ihrer Kinder, die im Ausland aufgewachsen sind, - die jetzigen Schwierigkeiten, die ihnen bekannt sind, gegen eine ganz und gar unbekannt Zukunft in ihrem wirtschaftlich darniederliegenden Heimatland eintauschen?

Die Regierung in Santiago wird aus den Überlegungen und dem Hin und Her der Exilierten soviel Kapital wie möglich zu schlagen versuchen, wie sie es auch jetzt schon tut. Dabei muß die Solidaritätsbewegung genau darauf achten, daß von dem Menschenrecht auf das Leben im eigenen Lande auch nicht der geringste Abstrich gemacht wird. Alle Schwierigkeiten und alles Hin und Her der politischen Flüchtlinge aus Chile hat seinen Ursprung einzig und allein in der Verletzung dieses absolut undiskutierbaren Menschenrechts durch das autoritäre Pinochet-Regime.

## Zu den Beziehungen Washington-Santiago

oder: Das mühselige Aufschminken einer Diktatur

An Gunstbeweisen hat es die Reagan-Administration gegenüber der chilenischen Militärdiktatur gewiß nicht fehlen lassen; trotzdem hat die von beiden Regierungen angestrebte "Normalisierung der Beziehungen" noch nicht den Grad erreicht, daß Reagan auf seiner Lateinamerika-Reise einen Trip nach Santiago eingeplant hätte.

Dabei stimmen Reagan und Diktator Pinochet in entscheidenden Fragen überein: sie eint ihre extrem antikommunistische Grundeinstellung und die Durchsetzung monetaristischer Wirtschaftspolitik. So war es nur logisch, daß Reagan kurz nach Amtsantritt schon im Februar 81 eine Reihe von wirtschaftlichen Sanktionen aufhob, die Jimmy Carter zuvor gegen das Pinochet-Regime verhängt hatte.

### Carters Sanktionen

Als bisher nicht überwindbare Hürde für eine völlige formale Normalisierung der Beziehungen erweisen sich die Menschenrechtsverletzungen durch die chilenische Diktatur im allgemeinen und die Ermordung Orlando Letelier und Ronni Moffitts im besonderen. (Vgl. LN 64, 68, 73, 75)

Schon 1976 hatte der US-Kongreß auf eine Initiative Senator Kennedys wegen permanenter Verletzung der Menschenrechte in Chile jede offizielle US-Hilfe gestoppt; 1979 verhängte Carter als weitere Sanktionen eine Reduzierung des diplomatischen Personals in Santiago, außerdem wurden Exporte und private Investitionen nicht mehr durch die staatliche Eximbank abgesichert.

Inzwischen hatten nämlich US-Gerichte die Ermordung von Allendes ehemaligem Außenminister Letelier, der in Washington im Exil lebte, durch den damaligen chilenischen Geheimdienst DINA so weit aufgeklärt, daß sie die Auslieferung von drei Offizieren, unter ihnen keinen geringeren als den DINA-Chef Contreras, forderten - was die chilenische Diktatur "natürlich" ablehnte. Auch der abgemilderten Forderung der US-Regierung, dann wenigstens in Chile erkennbare Bemühungen zur Aufklärung des Verbrechens zu unternehmen, ist die chilenische Diktatur bisher nicht nachgekommen; sie "kann", zumindest unter Pinochet, dieser Forderung deshalb nicht nachkommen, weil die DINA ihm direkt unterstellt war, jede Aufklärung also eine Selbstbe-zichtigung wäre. Den provokativen Freispruch der drei Offiziere seitens des Militärgerichts hat der Oberste Gerichtshof im Januar 82 zwar aufgehoben, darüber hinaus aber nichts unternommen. Der Spruch des

chilenischen Obersten Gerichts erfolgte zwei Wochen nachdem Reagan eine Gesetzesvorlage zur Wiederaufnahme der Waffenlieferungen und Militärhilfe unterzeichnet hatte - die freilich an die "Kooperation" der chilenischen Regierung geknüpft war. Anders gesagt: Auch wenn die US-Regierung beide Augen zudrückt, wozu sie offenbar bereit ist, sie kann dem Kongreß nichts vorweisen, was sich als "positiver Schritt" deuten ließe, dessen Zustimmung ist aber erforderlich.

Carters Sanktionen wurden allerdings schon damals als halbherzig eingeschätzt; sie hatten eher Alibi-Funktion. Wenn sie das Pinochet-Regime auch politisch teilweise isolierten, ohne es in wirkliche Bedrängnis zu bringen, so waren die US-Wirtschaftsinteressen davon keineswegs berührt. Trotz der fehlenden Exim-Garantie (Dezember 79 bis Februar 81) stiegen die US-Exporte im Jahre 1980 um 66 o/o! (Latin America Regional Reports RS - 81 - 04). Langfristige US-Investitionen wurden jedoch offenbar zurückgestellt, ihre Lobbyisten bedrängten Reagan, die Investitionsgarantie wieder herzustellen.

### Der Stand der Dinge

Die Reagan-Administration beließ es nicht bei der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen; das entscheidende Signal für die Wiederannäherung Washingtons an die chilenische Diktatur, deren Geburtshelfer die USA ja war, setzte Reagan vor einem Jahr, als er seine UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick zu einem Vier-Tage-Besuch nach Santiago entsandte (vgl. ausführlich dazu und zu ihrer ideologischen Botschaft LN 96, Der Besuch der kalten Dame). Seitdem hat die Normalisierung der Beziehungen zur Diktatur weitere Fortschritte gemacht, die völlige Reinwaschung der "Mörderbande", wie Ex-Minister Mathöfer einst Pinochet und Konsorten bezeichnete, ist allerdings auch Reagan noch nicht gelungen: Waffenverkäufe und Militärhilfe sind, sehr gegen seinen Willen, weiter suspendiert. Daß es bei der Militärhilfe zunächst mehr um eine symbolische Geste geht, zeigt der Betrag von nur 50.000 Dollar, der wie im Haushalt 82 (ohne ausgezahlt werden zu können) auch für 83 angesetzt ist.

Als weiterer Schritt zur Normalisierung galt der Besuch von Unterstaatssekretär Enders, zuständig für interamerikanische Beziehungen, sprich Lateinamerika, im März 82. Im August/September folgte das gemeinsame Flottenmanöver UNITAS und, ladies first, jetzt im November ein Treffen der beiden Ersten Damen Pinochet und Reagan in Washington; die beiden Damen konnten Erfahrungen austauschen - sozusagen als Feigenblatt für die asoziale Wirtschaftspolitik, für die ihre jeweiligen Männer einstehen, sind sie in Wohltätigkeitskomitees aktiv. Bleibt die Frage: Wann treffen sich Reagan und Pinochet?

Anfang 81 konnte Pinochet durchaus zu Recht sagen: "Vor sieben Jahren standen wir praktisch allein. Heute sind wir Teil eines

klar erkennbaren weltweiten Trends. Und ich sage Ihnen: Nicht Chile hat seine Strategie geändert."

### Folterer in Washington

Die chilenische Regierung scheint mit der "stillen Diplomatie" der Reagan-Administration zufrieden zu sein. Ein Hinweis auf ihr Vertrauen, daß weder Folter noch Menschenrechte die Beziehung zu den Vereinigten Staaten beeinträchtigen werden, ist die Ernennung von Brigadegeneral Christian A c k e r k n e c h t zum Militärattaché der chilenischen Botschaft in Washington im Februar 1982. 1977 wurde Ackerknecht vom deutschen Außenministerium aufgefordert, Bonn zu verlassen, wo er Militärattaché war, nachdem ein Artikel im SPIEGEL ihn als berüchtigten Folterer bloßgestellt hatte. Anfragen des Kongresses an das Außenministerium im Zusammenhang mit Ackerknecht haben bislang keine unabhängige Untersuchung der Vorwürfe gegen den General in Gang gebracht. Bis jetzt hat sich das Außenministerium damit begnügt, die Erklärung der chilenischen Botschaft zu wiederholen, die Anschuldigungen seien grundlos. Diese Bereitschaft des Außenministeriums deutet darauf, daß das Pinochet-Regime ohne Rücksicht auf seine offenkundige Verhöhnung von Menschenrechtsbelangen akzeptiert wird." (Zitiert nach "Update", July/August 1982 Vol.VII, No.4)

### UNITAS

Dem schon erwähnten Flottenmanöver UNITAS, das die US-Flotte seit 1960 jährlich mit lateinamerikanischen Flotten durchführt, kommt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zu. 1980 verfügte Carter, die chilenische Flotte dürfe sich an der Übung nicht beteiligen - worauf der chilenische Admiral und Junta-Mitglied Merino schwor, Chile werde in Zukunft von sich aus verzichten. In diesem Herbst war die chilenische Flotte allerdings neben der kolumbianischen die einzige Lateinamerikas, die sich beteiligte. Das hat zu tun mit dem Konflikt um die Malvinas/Falkland-Inseln bzw. den besonderen Beziehungen zu den USA. Während des Konflikts zwischen Argentinien und Großbritannien um die Falkland-Inseln/Malvinas hatten die USA bekanntlich die Solidarität mit dem amerikanischen Kontinent zugunsten der engeren Beziehungen zu Großbritannien zurückgestellt; diesen Vertrauensverlust zu den USA auf seiten der lateinamerikanischen Länder zu reparieren ist der offenkundige Reisezweck Reagans in diesen Tagen. In diesem Konflikt hatten sich sowohl Chile wie Kolumbien (neben einigen kleinen anglophonen Staaten) in den entscheidenden Abstimmungen der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) der Stimme enthalten, also n i c h t die argentinische Position unterstützt. Diese beiden Länder waren - wie gesagt - die einzigen, die gemeinsam mit der US-Flotte das Manöver durchführten, während die übrigen lateinamerikanischen Staaten sich aus Protest gegen die Haltung Washingtons im Malvinen-Konflikt ihre Teilnahme verweigert haben.

Besondere Aufmerksamkeit schenkte übrigens die offiziöse chilenische Presse im Zusammenhang mit UNITAS einem Landungsmanöver der Marineinfanterie in der Bucht von Tongoy (vor La Serena, 30. Breitengrad), um einen "Agressor", der sich in der dortigen Halbwüste festgesetzt hatte, aufzureiben. (Welcher Militär-experte, den wir in der Redaktion nicht haben, findet einen Reim darauf?)

### Was steckt dahinter ?

Wenn Henry Kissinger laut NACLA den strategischen Wert Chiles angeblich gering schätzte ("ein Dolch auf das Herz der Antarktis gerichtet"), so dürfte es andererseits aus der Sicht der USA, wie Reagan sie vertritt immerhin ein sicherer Stützpunkt im Südkegel sein, den man angesichts der wenig stabilen Situation in Zentralamerika und besonders nach der unübersichtlichen Entwicklung in Argentinien nicht leichtfertig aufgeben sollte. Zur Absicherung der US-Vorherrschaft in der Hemisphäre bietet ein autoritäres Regime wie das Chiles eine gewisse Sicherheit zur Wahrung der Interessen.

Das Image der chilenischen Diktatur wird andererseits natürlich in der westlichen Welt weitgehend von den Beziehungen zu den USA definiert - was für die chilenische Regierung in dem Augenblick ein wesentliches Moment geworden ist, als der Kreditfluß der Privatbanken ins Stocken geraten ist und nun nicht mehr nur chilenische private Banken, sondern auch die chilenische Regierung Kredit sucht, den sie vom Internationalen Währungsfond auch erhalten hat.

Angesichts der offenkundigen Bereitschaft Washingtons, die "alte Freundschaft" wiederherzustellen, wenn die Diktatur sich im Bereich der Menschenrechte nur etwas flexibel zeigt und Schritte unternimmt, die man vor dem US-Kongreß als Fortschritt darstellen kann, hat Pinochet eine Kommission ernannt, die das Problem der Exilchilenen studieren soll (vgl. den Beitrag dazu). Reagan hatte diesen Vorstoß zum Weißwaschen der Diktatur auf die Zeit nach den Kongreßwahlen am 2. November verschoben. Der Test steht noch aus.

### Stabilität - aber mit wem?

Daß aber nur Pinochet im Sinne der USA stabile Verhältnisse garantieren könne, ist damit keineswegs gesagt. Hier zeigt sich eine zunehmende "Flexibilität" der USA im letzten Jahr. Hatte J. Kirkpatrick sich bei ihrem Besuch noch jedem Kontaktversuch seitens bürgerlicher oppositioneller Gruppen versagt, so war Unterstaatssekretär Enders sechs Monate später durchaus zu solchen Kontakten bereit.

US-Botschafter Theberge traf sich (Latin America Weekly Report WR-82-27) mit Vertretern der Rechten, die aus wirtschaftlichen Gründen auf Distanz zu Pinochets Regime gegangen sind. Auf derselben Linie liegt der SPIEGEL, der, inzwischen sind einige Wochen vergangen, berichtet, daß "der US-Botschafter in Santiago nun mehr oder weniger offen nach Alternativen zu Pinochet Ausschau" halte; der Mann der Wahl sei General Washington Carrasco, bis Jahresende noch Verteidigungsminister; "seine Kontakte zu den Christdemokraten machen ihn auch für die konservative Opposition akzeptabel." (SPIEGEL Nr 44, S. 186)

## Situation der politischen Parteien in Chile

In dem folgenden Artikel wollen wir einen Überblick geben über die Situation der wichtigsten politischen Parteien und Gruppierungen in Chile und dabei ausführlicher auf die "CONVERGENCIA SOCIALISTA", einen neueren Zusammenschluss verschiedener linker Parteien, eingehen.

Die oppositionellen Parteien haben in Chile seit dem Putsch 1973 nur wenig in die Geschicke ihres Landes eingreifen können. Die politischen Aktivitäten jener Gruppen, die der Junta freundlich oder mässig kritisch gegenüberstanden, wurden suspendiert - etwa bei den Christdemokraten - oder sie wurden, wie alle linken Parteien, verboten und aufgelöst und ihre Mitglieder verfolgt, verhaftet, gefoltert, getötet oder exiliert.

Die radikalen ökonomischen Veränderungen durch das neoliberale Wirtschaftsmodell und deren konsumorientierte und individualisierende Ideologie, die Reformen von Arbeits-, Sozial-, Erziehungsgesetzgebung usw. haben die chilenische Realität grundlegend verändert. Diese neue Realität einzuschätzen und neue Strategien und Antworten zu entwickeln, ist das gemeinsame Problem aller Parteien. "Die Langsamkeit, mit der diese neue Realität erkannt und eine Position dazu bezogen wird, die aktuelle und realisierbare Antworten auf die neuen Verhältnisse geben könnte, hat die Parteien ins Abseits gebracht." Schwierigkeiten bereiten hier die Exilsituation der Führungsspitzen der Parteien, das inflexible Denken in alten ideologischen Bahnen und die Repression, der die Kader im Lande ausgesetzt sind. Auch haben sich die neuen gesellschaftlichen Basisorganisationen unabhängiger entwickelt, d.h. die Parteien haben an Einfluss verloren. (s. LN Nr. 100 "Über Bewegungen und Parteien" v. Fernando Mires).

Die alte Unidad Popular (U.P.) ist tot. Die führerlose Oppositionsbewegung hat bislang keine tragfähige Alternative entwickeln können und hat so unfreiwillig zur Stabilität der Regierung beigetragen. Nachdem man anfangs geglaubt hatte, dass die Diktatur sich nicht lange würde halten können, die erste Krise nicht überleben werde, stellt man sich nun auf eine langfristige Oppositionsarbeit ein. Sogar die derzeitige Rezession, die schwerste seit den 30er Jahren, deren offizielle Arbeitslosenquote nunmehr bei 28% liegt, hat noch nicht zu einer tiefen politischen Krise geführt.

Seit dem 11. März 1981 ist die neue Konstitution gültig, die Chile als eine "demokratische Republik" deklariert und für 1989 Wahlen vorsieht, jedoch unter Ausschluss der marxistischen Linken. Bis dahin soll, nach den Jahren des "Notstands", die sog. Übergangsregelung gelten, deren Bedeutung noch vollkommen unklar ist, zumal bislang der Ausnahmezustand regelmässig weiter verlängert wurde. Wir beginnen mit einer Beschreibung der der Regierung nahestehenden Gruppen.

### Die Rechte

Da sind zunächst die sog. "Neuen Politiker", die sich 1980 in der Gruppe "Neue Demokratie" zusammengeschlossen haben. Sie sind die Ideologielieferanten der Regierung, die mit für die neue Verfassung verantwortlich sind, als einer deren Väter Jaime Guzmán angesehen wird. Die neuen Politiker sind sog. "Blandos" (= Weiche) oder "aperturistas" (= Öffner), was bedeutet, dass sie für den Übergang der Diktatur in eine "beschützte Demokratie" sind mit "begrenztem Pluralismus". Auf Deutsch eine "Demokratie" mit starkem Einfluss der Militärs sowie einem politischen Pluralismus, der die marxistische Linke ausschliesst. Hierher gehören auch die "Chikago Boys", die Ökonomen des neoliberalen Wirtschaftsmodells



Jaime Guzman

deren These ist, dass wirtschaftliche Freiheit letztlich auch zur politischen Freiheit führt. Nur dass die derzeitige Krise eben nicht zu einer grösseren wirtschaftlichen Freiheit geführt hat; trotzdem halten sie auch weiter an der politischen Öffnung fest womit sie sich in Gegensatz zu Pinochet stellen und auch zu der zweiten die Regierung stützenden Gruppe, den "Duros" (= Harten). Pinochet will derzeit erst eine Überwindung der Rezession, und dann eine Öffnung. Der Kopf der Duros ist Pablo Rodriguez, ein Rechtsradikaler, der schon eine bedeutende Rolle beim Sturz Allendes spielte. Die Duros sind streng hierarchisch orientiert, für sie ist Pinochet der Chef und sie wollen, dass er als Präsident weiterhin starke Befugnisse behält. Für sie sind die Parteien als solche die Schuldigen der "Krise" von 1973, ihr Ideal ist ein faschistischer Staat ohne Parteien. 1978 gründeten sie die "Corporación de estudios nacionales" (Vereinigung für nationale Studien), Präsidentin ist Lucía Hiriart de Pinochet, die Gattin des Präsidenten. Eine dritte Gruppe ist das seit 1973 bestehende "Rechte Zentrum", das nach der Auflösung der "Nationalen Partei", die noch 1969 bei den Wahlen fast 21% erreichte, entstanden ist. Sie sehen sich als Fortführung der "Traditionellen Rechten" Chiles. Auch sie unterstützen die Regierung, kritisieren aber an der neuen Konstitution, dass sie dem Präsidenten zuviel Macht gäbe, als auch die Wirtschaftspolitik, die sie als den nationalen Interessen nicht dienlich bezeichnen. Auch sie sind für die Öffnung und werden sich sicher rechtzeitig als neue Partei konstituieren.

### Die Opposition

Es ist nicht einfach, die derzeitigen Kräfteverhältnisse der Oppositionsgruppen einzuschätzen, sicher sind aber die Christdemokraten (D.C.) die bedeutendste Partei der bürgerlichen Opposition. Sie haben wenig mit ihren deutschen Namensvettern gemeinsam, stehen eher der europäischen Sozialdemokratie nahe und haben ihre ideologischen Wurzeln in der christlichen Soziallehre. Die D.C. wurde Anfang der 60er Jahre zu der bedeutendsten Partei Chiles, als sie unter E. Frei mit dem Banner "Revolution in Freiheit" die absolute Mehrheit errang. Die Formel "Weder Kapitalismus noch Kommunismus" reflektiert auch die bis heute bestehenden 2 Strömungen innerhalb der D.C., einer progressiven und einer konservativen, wobei die Linke oft genug vergeblich auf den progressiven Flügel spekulierte. Als die D.C. die versprochenen umfassenden Reformen nur teilweise durchsetzen konnte, verlor sie einen grossen Teil ihrer Wähler an die Unidad Popular (U.P.) und gingen dann unter der Regierung von Allende auf strikten Oppositionskurs, wobei der

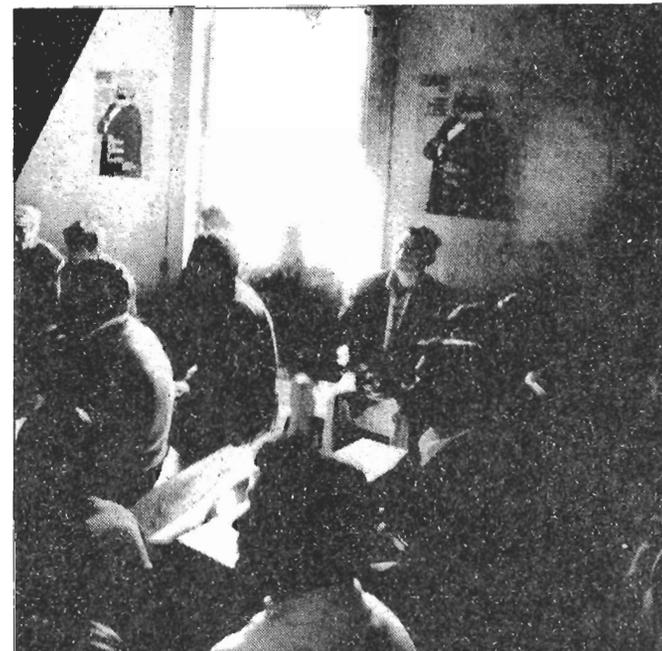
rechte Flügel der Partei den Putsch ausdrücklich als "Bereinigung der Demokratie" begrüßte. Doch schon bald gerät die D.C. in Widerspruch zur Regierung, als die Repression sich auch gegen sie wendet und klar wird, dass die Junta nicht daran denkt sie an der Regierung zu beteiligen. Sie beginnen auf die Rückkehr zur Demokratie zu drängen, aber Freis 1979 vorgeschlagenes "Programm zur Wiederherstellung der Demokratie" scheitert, und die Junta setzt ihre neue Verfassung mittels eines Plebiszites durch. Gegenwärtig bemüht man sich in einer Reihe von Institutionen, die neue politische, ökonomische und soziale Realität zu untersuchen und ein neues "Alternatives Projekt" zur Regierungspolitik auszuarbeiten. Dieses denkt man möglicherweise auch in einem taktischen Bündnis mit der Linken durchzusetzen, selbstverständlich unter der Führung der D.C. Die D.C. lehnt den "begrenzten Pluralismus" ab, sie will eine parlamentarische Demokratie unter dem Einschluss aller Parteien. Einen vorübergehenden Rückschlag bedeutete der Tod von Frei im Januar 1982, seitdem wird die Partei von Gabriel Valdés geführt. Es gibt auch verschiedene Gruppen, die sozialdemokratische Positionen einnehmen und so zu linken Mitte tendieren. Da sind die "Radikale Partei" (P.R.), eine sehr alte, ursprünglich liberale Gruppe, die Mitglied der Sozialistischen Internationale ist, als auch die sog. "Sozialdemokratische Bewegung", die an der schwedischen und deutschen Sozialdemokratie orientiert ist. Diese hat sich Gehör verschaffen können, da sie wegen ihrer nur gemäßigten Kritik wenig verfolgt wurde und so innerhalb des Spielraums der "suspendierten Opposition" agieren kann.

### Der "Revolutionäre Block"

Der "Revolutionäre Block" ist ein seit etwa 1 1/2 Jahren bestehendes Bündnis der "Kommunistischen Partei" (PC), der "Linken Revolutionären Bewegung" (MIR) und dem Almeida-Flügel der "Sozialistischen Partei" (PS). In der gemeinsamen Erklärung von Mexiko 1980 beschlossen sie ein stärker koordiniertes Vorgehen im Kampf gegen die Diktatur Pinochets. Der "Revolutionäre Block" richtet sein Vorgehen auf die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes aus, den die in ihm zusammengeschlossenen Parteien als den einzigen gangbaren Weg in der heutigen Situation Chiles halten. Als koordinierte Massnahmen sind bisher vor allem Anschläge auf Hochspannungsmasten in Santiago und Valparaiso bekannt geworden, die oft als unterstützende Massnahmen zu sonst unmöglichen Landbestzungen durchgeführt wurden. Auch gab es "Enteignungen" von Banken und Überfälle auf Milchwagen mit anschließender Verteilung der erbeuteten Milch an Kinder in Armensiedlungen.

In dem Spektrum der linken Parteien ist die Kommunistische Partei (P.C.) die älteste und zahlenmässig auch bedeutendste. Ihr Vorläufer war die "Sozialistische Arbeiterpartei", die 1912 unter der Führung von Luis Emilio Recabarren gegründet worden war und sich zum wissenschaftlichen Sozialismus bekannte. Sie arbeitete als Kaderpartei in den Zentren der Bergarbeiter des Nordens sowie der Industriearbeiter von Santiago und Valparaiso. Mit ihrer gewerkschaftlichen Arbeit konnte sie 1920 der damaligen Regierung eine Arbeitsgesetzgebung abpressen. Auf dem Kongress des gleichen Jahres beschlossen die Delegierten der Partei, sich in "Kommunistische Partei Chiles" umzubenennen, und ordneten sich in die kommunistische Internationale ein. Die Partei suchte immer wieder nach der Möglichkeit von Koalitionen mit dem fortschrittlichen Sektor der bürgerlichen Parteien", obwohl sie mit dieser Politik häufige Misserfolge hinnehmen musste. Während der Regierung der U.P. brachte ihr das entgegenkommende Verhalten gegenüber den von ihr als progressiv eingeschätzten Flügeln der D.C. die härteste Kritik des linksoppositionellen MIR ein. Nach dem Putsch suchte sie lange Zeit ein antifaschistisches Bündnis unter Einschluss der D.C. zu erreichen, ehe eine plötzliche Wende, im September 1980 von dem im Moskauer Exil lebenden Generalsekretär Luis Corvalán verkündet, auch den bewaffneten Kampf legitimierte. Dieser Schwenk kam überraschend, zumal die P.C. in Chile traditionell für den friedlichen Weg zum Sozialismus eintrat. Möglicherweise handelt es sich um eine Reaktion auf eine gewisse Frustration an der Basis, da die bisherige Oppositionspolitik keine Erfolge gebracht hatte. Zudem haben die Christdemokraten ein Bündnis mit der P.C.

abgelehnt und seit dem Plebiszit ist klar, dass die P.C. vorläufig keine parlamentarische Zukunft in Chile hat.



Veranstaltung der PC

Die "Bewegung der revolutionären Linken" (MIR) entstand 1965 aus einer Fusion trotzkistischer Flügel verschiedener kleiner Parteien. Von Anfang an sprach sie sich für die "Eroberung der Macht durch den bewaffneten Kampf" aus. Der militärisch organisierte MIR lehnte die Konstituierung der Unidad Popular ab, da der friedliche Weg das Proletariat politische entwaffne. Trotzdem entschloss sich der MIR zu einer taktischen, kritischen Unterstützung der UP in dem Bewusstsein, dass eine radikale negative Haltung nur die Position des Klassenfeindes sowie des Imperialismus stärken sowie wichtige ökonomische Änderungen verhindern würde. Nach dem Putsch wurde der MIR am brutalsten verfolgt und hat viele seiner Kader verloren. In den letzten Jahren forderte der MIR seine im Exil lebenden Mitglieder auf, illegal nach Chile zurückzukehren und dort den Untergrundkampf aufzunehmen. (s. LN Nr.98, die Verhaftung von Rolando Cartagena.)

Ein weiteres Mitglied des "Revolutionären Blockes" ist die Fraktion Almeida der Sozialistischen Partei. Sie hält weiterhin das alte UP-Bündnis mit der PC für nicht überholt. Sie hält weiterhin an einer monolithischen leninistischen Parteikonzeption fest und ist auch der Ansicht, dass die Krise der chilenischen Linken nur in den Köpfen einiger Leute existiere.

### Die Sozialistische Konvergenz

Die "Convergencia Socialista" (Sozialistischer Zusammenschluss) ist keine Partei. Sie sieht sich auch nicht als blosses Bündnis der Parteien, die sie tragen, sondern als eine neue, aufsteigende Bewegung. Die sie tragenden Gruppen sind einige kleinere, z.T. christlich beeinflusste Gruppen: die "Izquierda Cristiana" (Christliche Linke), der MAPU, der MAPU-OC, als auch ein Teil der "Sozialistischen Partei" (PS),

neben der PC die grösste Partei des linken Spektrums. Die PS geht auf das Jahr 1933 zurück und ist traditionell gespalten und fraktioniert. Ihr Spektrum reicht z.Z. von dem eher sozialdemokratisch orientierten Flügel um Aniceto Rodríguez bis hin zur Fraktion Almeyda, die gegenwärtig im "Revolutionären Block" vertreten ist. Die PS ist eine marxistisch-leninistische Partei, dabei nicht Moskau-orientiert. Sie stellte auch Salvador Allende, den Präsidenten der UP-Regierung.

Weiterhin sind in der Convergencia auch eine Reihe unabhängiger Linker sowie ehemalige Mitglieder anderer Parteien organisiert. Die Convergencia hat sich in den letzten 2 Jahren formiert und steckt immernoch in einer Phase der Selbstdefinition. Wir meinen, dass die Convergencia sich am radikalsten mit der traditionellen Rolle der Linken in Chile auseinandersetzt und auch Konsequenzen zu ziehen sucht. Deshalb wollen wir sie ausführlicher beschreiben. Wir beginnen mit der Kurzfassung einer Analyse von Antonio Garretón zur Rolle der Linken.

### Zur traditionellen Rolle der Linken

In der Zeit des Parlamentarismus wurde in Chile auf folgende Art und Weise Politik gemacht: Eine Personen- oder Bevölkerungsgruppe, die ein gleiches Bedürfnis hat, wird unter der Leitung einer Partei organisiert, die dann wiederum über ihren Parlamentsabgeordneten Druck auf die Regierung ausübt. Man organisiert z.B. Wohnungslose und versucht, die Regierung zu einem Wohnungsbauprogramm zu bewegen, oder vielleicht nachträglich bereits erfolgte Landnahmen zu legalisieren. Die Partei übernahm so eine Stellvertreterfunktion, und es entstand so eine Abhängigkeit der Basisorganisationen von den Parteien, weswegen sie auch keine Autonomie entwickelten und auch nicht zu eigenständigen Kampfformen fand. Das Wirken der Parteien wiederum und ihrer Funktionäre war ausgerichtet auf die Übernahme von Institutionen und Machtpositionen innerhalb des Staates: die Präsidentschaft, die Justiz, das Parlament usw. Innerhalb der Linken begünstigte diese Arbeitsweise den Aufbau leninistischer Parteien, d.h. Organisationen mit streng hierarchischen Strukturen, Zentralkomitee und Kadern, die garantieren, dass die politische Meinungs- und Willensbildung von oben nach unten verläuft. Es entstanden unter der chilenischen Linken 2 Hauptströmungen: einmal die PC, die sich konzeptuell auf die Arbeiterklasse stützt, und deren politisches Projekt als ein auf die gesamte Gesellschaft übertragbares Projekt ansieht. Die Partei ist die getreue Vertreterin der Klasse, und das Interesse ihrer Kader ist es wiederum, die Gesellschaft gemäss der Partei zu gestalten. Aber eben diese Homogenität und quantitative Begrenztheit dieser Klasse verhindert, dass die PC eine "nationale Partei" wird. Die PS hingegen hat sich auf sehr verschiedene Sektoren gestützt und wurde deswegen zu einer Partei, die eine Vielfalt gesellschaftlicher Probleme repräsentiert. Aber eben diese Vielfalt verhinderte ein einheitliches politisches Konzept und führte zu den zahlreichen Spaltungen der Partei.

### Die neue Realität

Der Hauptfeind der Militärs, die den Putsch von 1973 durchführten, war der "Kommunismus", den sie mit all seinen Wurzeln ausrotten wollten. Die Abschaffung des Kongresses, das Verbot und die Auflösung der Parteien, hat die chilenische Gesellschaft bis ins Mark getroffen. Der Verlust ihrer politischen Strukturen hat die Gesellschaft rückgratlos gemacht und erlaubt heute nicht mehr, auf die alten Strukturen zurückzugreifen. Die Abläufe, die früher das politische Leben bestimmten, existieren nicht mehr. Die soziale Zusammensetzung der Gesellschaft ist nicht mehr die alte. Durch die neue Wirtschaftspolitik verringerte sich die Anzahl der Arbeiter in den Bergwerken und in der Industrie erheblich.

Infolge der neuen Arbeitsgesetzgebung entstand von der Basis her eine neue Gewerkschaftsbewegung. Im Mittelstand verringerte sich vor allem ein Sektor: der öffentliche Dienstbereich wurde massiv geschmälert und die Möglichkeit, den sozialen Status durch Ausbildung zu erhalten, ist gering. Die Anzahl der Bauern und Landarbeiter ging zurück, viele sind heute arbeitslos.

Der Linken wurde durch die Repression ein schwerer Schlag versetzt. Trotzdem hält sie ihre gewohnte Art der politischen Arbeit aufrecht. Sie schafft Organisationen (z.B. die Arbeitslosenbörse oder das Komitee der Wohnungssuchenden), die Druck auf den Staat ausüben sollen. Aber die Rolle des Staates hat sich gewandelt: Auf Forderungen reagiert der Staat höchstens repressiv, er löst keine Bedürfnisse, und erkennt keine Forderungen an. Trotzdem hat die Schicht der politisch Aktiven eine eigene Dynamik entwickelt. So hat etwa die Coordinadora Nacional Sindical einen nationalen Forderungskatalog aufgestellt. Dieses brachte aber nichts weiter, als daß etliche ihrer Exponenten verhaftet wurden. Tucapel Jiménez, der zur Einheit der Gewerkschaftsbewegung aufrief, wurde ermordet.

Es existiert aber auch eine neue Diskussion über die Wiederherstellung einer breiten Volksbewegung, die diesen neuen Spielregeln gewachsen ist. In dieser neuen Bewegung gibt es nicht eine Klasse, die die Interessen aller repräsentiert, ist die Partei nicht die einzige Vertreterin des Volkes, ist der Staat nicht der einzige Adressat von Forderungen. Es geht darum herauszufinden, wie diese neue Bewegung aussehen wird und wer ihr politisches Subjekt sein wird.



Wahlkampagne für Salvador Allende in einer Armensiedlung

Aus einer Erklärung der Convergencia Socialista. Sept. 1981, Santiago de Chile

Die Convergencia Socialista sieht eine Lösung der gegenwärtigen Krise in folgenden Maßnahmen: Ablösung von Pinochet, Unterordnung der Militärs unter die Kontrolle des Volkes, Befriedigung der wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse des Volkes und die Orientierung der chilenischen Gesellschaft auf eine vollständige Demokratie.

Als konkrete Maßnahmen schlägt sie vor:

- I. Bildung einer nationalen Notstandsregierung, die die breiteste Unterstützung des Volkes findet und aus allen den Sektoren gebildet wird, die an der Rettung des Landes interessiert sind.  
Notstandsprogramm, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern.  
Wiederaufbau der nationalen Industrie.  
Unterstützung für die verschuldeten Bereiche der Industrie.  
Mitbestimmung der Arbeiter im Produktionsprozeß.  
Plan zur Reaktivierung der Wirtschaft, der dem Volk dient und nicht den Interessen der Konzerne.
- II. Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten,  
volle Gültigkeit der Menschenrechte,  
Rückkehr der Exilierten,  
Auflösung des Geheimdienstes CNI,  
Aufhebung der Gesetze, die den obigen Maßnahmen widersprechen.  
Schaffung eines gesetzmäßigen Rahmens, der die vollständige und baldige Demokratisierung des Landes ermöglicht.  
Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung.

Wir sind für einen freiheitlichen Sozialismus, der die Demokratie als integrierendes Moment und permanentes Ziel von heute an beinhaltet.

## Aus der Praxis der Convergencia

(Beitrag von zwei Chileninnen, Mitglieder der Convergencia, Nov. 82)

Die Bedürfnisse verschiedener Bevölkerungsteile werden nicht als Sprungbrett benutzt, um eine Unterstützung und Bestätigung der Parteiarbeit zu schaffen. Aufgabe ist es, Menschen mit ähnlichen Problemen und Bedürfnissen zu organisieren, etwa Bewohner von Armenvierteln oder Arbeitslose. Gemeinsam werden die Nöte besprochen und analysiert, mögliche Lösungen gesucht und kleine Aktionen gemacht, die die Gruppe vereint und Minimallösungen ermöglicht. Wichtig ist hier, daß die Leute ihre Angst zu sprechen verlieren, und sich als Gemeinschaft begreifen lernen, die gemeinschaftlich Lösungen sucht.

Im Innern der Organisation versuchen wir, die Methoden der Volkserziehung (z.B. von Paulo Freire) in die Praxis umzusetzen, und sie mit humanistischem Denken anzufüllen, wobei wir alle zusammen lernen. Der, der mit der Bevölkerung arbeitet, soll keine fertigen Rezepte durchdrücken, die vorher bestimmen, was gemacht wird und wie, sondern er soll zusätzliche Ideen mitbringen. Die Grundlage ist demokratisch. Jeder hat das Recht, sich zu äußern, respektiert zu werden und gehört zu werden. Entscheidungen werden durch Abstimmung getroffen, wobei die entstehenden Minoritäten nicht zur Teilnahme an Aktionen gezwungen werden und auch keine Repressalien zu befürchten haben. Das demokratische Vorgehen von der Basis bis zur Spitze bedeutet ein Umlernen von uns allen. Insofern das sozialistische Konzept nur bestimmte Sektoren in Betracht ziehen soll, verlassen wir es, denn es sollen nicht nur Bevölkerungsschichten allgemein, sondern auch spezifische Gruppen wie Jugendliche, Frauen, Drogenabhängige, Kulturgruppen usw. angesprochen werden.

Ein Hauptanliegen, das unsere soziale und politische Arbeit durchdringt, ist die Entwicklung des Menschen in seinem ganzen Menschsein - das tägliche Leben, die Arbeit, die Affekte, die Familie, die Sexualität, die Umwelt, usw. Es geht um die Entwicklung eines Menschen mit Bewußtsein seiner Fähigkeiten und dem Willen zur Veränderung. Die Politik soll nicht das Privileg Weniger sein. Aber es geht nicht nur um ein erweitertes Mitwirken des Einzelnen, es geht um die Verhaltensmuster des Menschen.

Ein anderer wichtiger Aspekt ist, den wir nur mit Schwierigkeiten in die Praxis umsetzen, anzuerkennen, daß jeder Mensch die Möglichkeit hat, sich zu entwickeln. Deshalb versuchen wir, die geschlossenen Zirkel zu öffnen, die ihr Tun als das Einzige, was zählt betrachten. Wir wollen, daß verschiedene Positionen und Widersprüche, die jeder Teilnehmer hat, ernstgenommen werden. Die Kritik ist ein aufbauendes Element und der Weg, um eine Obereinstimmung zu erreichen. Es gibt viele Beispiele dafür, die einen Fortschritt in der Einheit der Basis in diesem Sinne verhindert haben. Z.B.: Jugendliche, die Jeans tragen, wurden als pro-imperialistische bezeichnet. Frauen, die nähen und stricken lernen wollten, wurden von denen schief angesehen, die politisch arbeiteten. Der politische Führer kanzelt den politischen Laien herunter. Diese neue Arbeitsweise stößt in der Praxis, in der Basis und im Innern der Parteien auf große Schwierigkeiten. Wir haben eben im Verlaufe der Geschichte die eine Form Politik zu machen gelernt. Deswegen ist die ständige Kritik und Selbstkritik wichtig, um aufzudecken, wo wir alte Verhaltensmuster wiederholen, die die demokratische Einheit, die wir wollen, behindern können.

Die Hauptaufgabe für die Convergencia ist das Wiederherstellen einer sozialen Basis, die sich um ihre Grundbedürfnisse kümmert. Die Basisorganisation sollen es schaffen, eine große Volksbewegung in Gang zu setzen, die den bewußten Aufbau des Sozialismus in Chile erreichen kann.



Freude in Chile: Wann wird es wieder so weit sein

# BOLIVIEN

## Das neue Wirtschaftsprogramm: die Widersprüche nehmen Formen an

Während in Bolivien die Inflation weiter steigt und die Nahrungsmittelknappheit anhält, hat die Regierung von Hernán Siles Zuazo ein Wirtschaftsprogramm verabschiedet, das unter dem Druck des IWF entstanden ist. Es unterscheidet sich jedoch in einigen Punkten von dem Notstandsprogramm der Militärs, ohne seinen anti-populären Charakter dadurch zu verlieren.

So wurde eine absolute Devisenkontrolle angeordnet und gleichzeitig ein Importverbot für über 800 Luxusartikel verhängt. Zudem wurde die Freigabe des Dollar-Wechselkurses aufgehoben und ein fester Kurs bestimmt. Dies bedeutet, daß auch die Handelsbourgeoisie von der Wirtschaftskrise belastet wird.

Schon vor der Verabschiedung der Wirtschaftsmaßnahmen wurde Kritik von seiten einiger Arbeitssektoren laut, die die Maßnahmen z.T. als Schlag gegen das ohnehin schon niedrige Lebensniveau der Mehrheit der Bolivianer ablehnen.

Einer der Punkte, gegen die die Arbeiter am meisten Widerstand leisten, ist die Suspendierung der Subventionen für einige lebensnotwendige Produkte und für Brennstoffe. Die Nahrungsmittelpreise unterlagen in den letzten Monaten starken Schwankungen; der offizielle Preis für Fleisch z.B. war 180 Pesos/kg, aber auf dem Markt kostete es bis zu 270 Pesos. Der neue offizielle Preis liegt bei 250 Pesos/kg. Zucker-, Reis- und Geflügelpreise sind alle in ähnlicher Weise gestiegen. Mehl wird zwar noch subventioniert, aber die Brotpreise sind trotzdem um 150% gestiegen. Um diese fast unzumutbaren Verteuerungen für die ärmeren Teile der Bevölkerung etwas aufzufangen, hat die Regierung versucht, einen Ausgleich bei den Elektrizitäts- und Brennstoffpreisen zu schaffen. In Distrikten, die hauptsächlich von Arbeitern bewohnt werden, soll ein geringerer Tarif für Elektrizität veranschlagt werden, obwohl insgesamt eine Verteuerung von 150% verfügt worden ist. Die Preise von Brennstoffen, die zum Kochen benutzt werden (Kerosin und Gas) erhöhen sich nur um 60%, im Vergleich zur durchschnittlichen Ölpreiserhöhung von 180%. Da der Mindestlohn jedoch nur um 2.500 Pesos auf 8.490 Pesos erhöht wurde, bedeuten diese Verteuerungen insgesamt doch eine erhebliche Arbeitslohnminderung für die Bevölkerung, die zum großen Teil am Rand oder sogar unterhalb des Existenzminimums lebt.

Die Regierung von Siles Zuazo hat im Rahmen des Wirtschaftsprogramms auch den Wechselkurs des Dollars neu festgesetzt. Der offizielle Kurs liegt jetzt bei 200 Pesos pro Dollar, und nicht mehr, wie vorher, bei 44,50 Pesos pro Dollar. Der neue Wechselkurs spiegelt die Preisschwankungen auf dem Schwarzmarkt wider, wo im September 270 Pesos pro Dollar gezahlt wurde.

Einige Führer der COB (Central Obrera Boliviana) meinen, daß das Wirtschaftsprogramm in Wirklichkeit von Experten des Internationalen Währungsfonds (IWF) angefertigt wurde und gegen die Arbeiter und gegen das Volk gerichtet sei. Die gleichen Gewerkschafter glauben, daß es in diesem Moment das Wichtigste sei, die Privatbanken zu nationalisieren und eine strikte Devisenkontrolle durchzuführen. Gleichzeitig müßten die ökonomischen Strukturen bekämpft werden, die durch den Drogenhandel entstanden sind, da über diese große Devisenmengen illegal aus dem Land fließen konnten. Der Drogenhandel habe nur die Kokain-Mafia d.h. ca. hundert Familien unerlaubt bereichert und gleichzeitig die staatliche Wirtschaft deformiert und ihr große Verluste zugefügt.

Einer der wichtigsten Beweise für diese Deformation des staatlichen Wirtschaftssystems besteht in der Unmöglichkeit, den wirklichen Wert des bolivianischen Peso gegenüber dem Dollar zu bestimmen. Zur Zeit fehlt der Zentralbank von Bolivien die Mindestmenge an Dollar, um eine annähernde Parität herzustellen. Einige Finanzexperten haben darüber informiert, daß während der letzten 10 Monate eine starke Devisenflucht ins Ausland stattgefunden hat. Der größte Teil dieser Devisen stammt zwar aus dem Drogenhandel, doch haben gleichzeitig auch legale Devisen, die zur strategischen Reserve der Zentralbank gehörten, das Land verlassen. Für die Preisschwankungen auf dem Devisenmarkt ist zum großen Teil die Kokain-Mafia verantwortlich, da sie den Dollarverkauf auf dem Schwarzmarkt, je nach Belieben ausdehnen oder beschränken kann. Dadurch bestimmt sie gleichzeitig auch die Preise aller Importartikel, die sich an dem jeweiligen Dollarkurs orientieren und verursacht bei den Preisen aller anderen Handelsartikel großes Chaos.

Die Gewerkschaftsführer sind der Ansicht, daß die Probleme der Stabilisierung des bolivianischen Peso auch nicht mit Hilfe der neuen Kredite, über die die neue Regierung hauptsächlich mit der EWG Verträge abgeschlossen hat, endgültig gelöst werden können. Sie meinen, daß sich der Staat schon nach kurzer Zeit wieder ohne die nötigen Devisen für eine langfristige Wertfestschreibung des Peso sehen werde, da ein großer Teil der neuen Devisen die Finanzierungsmechanismen der Privatbanken durchlaufen wird, und vermutet wird, daß staatliche Devisen hauptsächlich mit Hilfe dieser Mechanismen ins Ausland gelangen, d.h. sich der staatlichen Kontrolle entziehen.

Ein anderer Faktor der Beunruhigung in den fortschrittlichen Volksparteien und -organisationen bildet die Ernennung von Jorge Crespo Velasco, der die privaten Unternehmer und transnationale Interessen unterstützt, zum Minister für Handel und Industrie, sowie die Ernennung von Fernando de Prado, der mit den vorherigen Militärdiktaturen kollaborierte, zum finanzpolitischen Untersekretär durch den Finanzminister Ernesto Aranibar. Es wird angenommen, daß mit diesen Ernennungen massiver Druck auf die Regierung ausgeübt wird, sich den Anordnungen des IWF zu fügen.

Die nordamerikanische Regierung hat angekündigt, Bolivien einen Kredit von 40 Millionen Dollar zu gewähren, damit das Militär gestärkt werden könne. Dies zeigt deutlich, welche Interessen die USA in Bolivien verfolgen. Gegen die beabsichtigte Zweckbindung des nordamerikanischen Kredites erhob sich allgemeiner Protest, da es zur Zeit wohl eher angebracht ist die Volkswirtschaft, und nicht das Militär mit allen verfügbaren Mitteln zu fördern.

Eine Woche nach der Verabschiedung des Wirtschaftsprogramms stellte die COB, aus Protest gegen die geringen Lohnerhöhungen, der Regierung ein Ultimatum bis zum 1. Dezember. Falls sich die Regierung bis dahin nicht gewillt zeigt, die Lohnerhöhungen den Preissteigerungen anzugleichen, hat die COB einen Generalstreik und Hungermärsche angekündigt.

# BRASILIEN

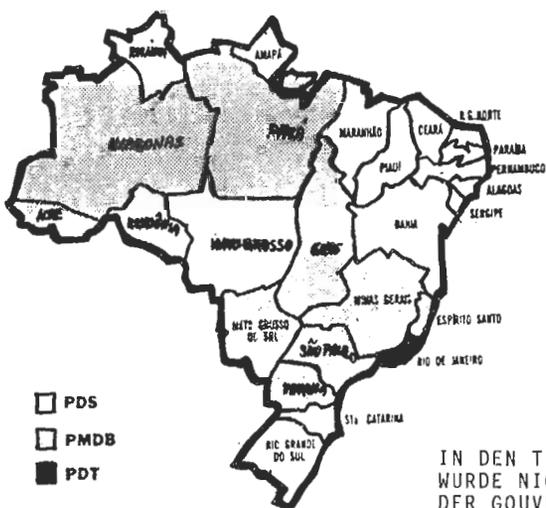
## Regime legitimiert?

Der durch undemokratische Wahlgesetze vorprogrammierte Wahlausgang (sh. LN. 108) hat am 15. November '82 zu dem "Sieg" der Partei des Regimes (PDS - "Sozialdemokratische Partei") geführt.

Die noch vorläufige Bilanz der Stimmauszählungen (aus der jedoch schon eindeutige Schlußfolgerungen gezogen werden können), weist einen Sieg in 12 der 22 Bundesstaaten auf, in denen gewählt wurde.

Die Wahlergebnisse entsprechen in etwa den Wünschen der brasilianischen Militärs und ihrer Partei, die Macht wird weiterhin in ihren Händen liegen.

Der von oben dekretierte Parteienpluralismus im Rahmen der sog. "abertura", der von den Militärs kontrollierten "Demokratisierung" und "Liberalisierung" des Landes, sowie das Koalitionsverbot, haben zu der erhofften Spaltung und Schwächung der Opposition geführt. Geeint hätte sie in einigen zusätzlichen Staaten die Wahlen gewinnen können.



IN DEN TERRITORIEN RORAIMA UND AMAPÁ WURDE NICHT GEWÄHLT. IN RONDONIA WIRD DER GOUVERNEUR ERNANNT.

Hervorstechendes Merkmal der Wahlergebnisse ist der Sieg der Oppositionsparteien im industrialisierten und wirtschaftlich starken Südosten und Süden des Landes. Ausnahmen bilden die Staaten Santa Catarina und Rio Grande do Sul.

Im "Armenhaus" Brasiliens, dem Norden und Nordosten, erhielt, wie erwartet, die PDS, bis auf wenige Ausnahmen, die absolut höchsten Stimmenanteile.

Die bevölkerungsreichsten und politisch wichtigsten Bundesländer des Südostens, also die reichen, mehr städtisch geprägten Staaten, werden künftig von der "Partei der Demokratischen Brasilianischen Bewegung" (PMDB) regiert werden. Eine Ausnahme bildet Rio de Janeiro, dort errang der ehemalige links-populistische Gouverneur von Rio Grande do Sul, Leonel Brizola (1961/62), heute Führer der "Demokratischen Arbeiterpartei" (PDT), zum Ärger der Militärs einen spektakulären Wahlerfolg. Brizola warf den Militärs angesichts der unerwartet hohen Stimmgewinne der PDS und wegen der schleppenden Stimmauszählung Wahlbetrug vor, woraufhin ihn die Militärs als "Brandstifter" beschimpften. Ansonsten spielt die PDT, außer in Rio Grande do Sul, wo die PDS infolge der Spaltung der Opposition die Mehrheit errang, nur eine Nebenrolle.

Die beiden verbleibenden Oppositionsparteien PTB und PT haben landesweit schlecht abgeschnitten.

Die "künstlich geschaffene Brasilianische Arbeiterpartei", die PTB von Ivete Vargas, deren einzigen Aufgabe offensichtlich darin lag, die Opposition zu spalten (sh. LN.108), ist praktisch bedeutungslos. Nur in Sao Paulo konnte der für die PTB kandidierende frühere Staatspräsident, Jânio Quadro (1961) ca. 13 % erringen.

Mit diesem Wahlergebnis liegt er jedoch selbst noch vor Luís Ignácio da Silva, dem ehemaligen Gewerkschaftsführer und heutigem Führer der "Partei der Arbeiter" (PT) mit 10 %. Die Wahlergebnisse sind landesweit unter den Erwartungen geblieben, womit die PT mit ihrer gesamten Stimmenanzahl an letzter Stelle liegt.

Nur in Diadema, einem Industrievorort von Sao Paulo, Hochburg der authentischen Gewerkschaftsbewegung, gelang es der PT die Bürgermeisterwahl zu gewinnen. Es ist anzunehmen, daß viele oppositionelle Kräfte, die der PT nahestehen, sich angesichts der Einheitswahllisten ("voto vinculado", sh. LN. 108) und des Koalitionsverbotes, entschlossen haben, doch für die PMDB zu stimmen, in der Hoffnung, zumindest den Regierungswechsel im jeweiligen Bundesland zu erreichen.

## Wahlkampf: Ein Spektakel

Der schon am 30. März diesen Jahres offiziell eingeleitete Wahlkampf, erreichte in den letzten Wochen seinen Höhepunkt mit Wahlkampfveranstaltungen in Form von Shows mit bekannten Musik-, Film- oder Fußballstars, Straßenfesten, Aufmärschen, Verteilung von Landtiteln (durch den Präsidenten) und Huldigungen durch Spitzenkandidaten. In der Presse jagte eine Wahlprognose die andere. Es handelt sich nicht nur um die größte Wahl, die je in Brasilien realisiert wurde, sondern auch um die teuerste. Gelder in astronomischer Höhe wurden verschwenderisch für den Wahlkampf ausgegeben. Für die Kandidaten die ihren Wahlkampf weitgehend selbst finanzieren mußten, wurde die Wahlkampagne extrem kostspielig. Dagegen wurden die PDS-Kandidaten großteils und auch einige PMDB-Kandidaten von Wirtschaftsunternehmen mit Geldern oder Sachmitteln unterstützt. Die Bevölkerung wurde in unvorstellbarer Weise mit Plakatierungen und Propagandapapieren übersättigt.



"Mein Herz...

ist eine Demokratiefabrik"

Aufgrund des "Lei Falcão" war die Wahlpropaganda in allen Massenmedien verboten. Die Kandidaten durften sich nur mit Namen und kurzem Lebenslauf vorstellen und die Nummer ihres Wahlzettels nennen. (sh. LN.108) Dieses Gesetz galt natürlich nicht für Figueiredo, der in seiner Funktion als Präsident stellvertretend für die PDS ausführlich Propaganda machte, in dem er auf seinen Wahlkampfreisen, die ihn durch ganz Brasilien führten, im Fernsehen gezeigt wurde.

In seinen Wahlkampfreden, die mehrmals täglich gesendet wurden, präsentierte er 'seine' Politik der 'abertura' als völlige Vollendung der Demokratie, da er nicht nur verantwortlich sei für Amnestie, Pressefreiheit und Lohnausgleich, sondern auch für die freien Wahlen. Dabei kokettierte er nicht selten mit seiner Gesundheit: "Außer daß mein Herz schwach und angegriffen ist, ist es eine Demokratiefabrik".

Gerade noch rechtzeitig vor den Wahlen wurde das Prestigeobjekt der Regierung, das größte Staudammprojekt der Welt - Itaipu - fertig: am 9.11.'82 wurden in Anwesenheit des Präsidenten die Schleusen feierlich geöffnet. Einen weiteren glorreichen Auftritt hatte Figueiredo bei den Goldsuchern im Amazonasbecken. Nachdem er ihnen in einem Wahlversprechen weiterhin die von der Mechanisierung bedrohten Schürfrechte zugesichert hatte, wurde er auf den Schultern eines Goldsuchers durch die jubelnde Menge getragen. Aber er erntete auch Pfiffe, und das gerade beim großen 'Fest der Abertura', der letzten pompösen Wahlkampfshow in Rio, wo die Rufe der Menge "Brizola! Brizola!" seine Rede unterbrachen.

Neben dem Ruf die teuerste und aufwendigste Wahl in der Geschichte Brasiliens zu sein, wurde sie auch als die korrupteste bezeichnet. Die Vorwürfe der Opposition, die Regierung bestreite den Wahlkampf aus Steuergeldern, lassen sich zwar schwer beweisen, es gehört aber zu der gängigen Praxis. Aufgedeckt jedenfalls wurde, daß Kredite, die für andere Projekte deklariert waren, in den Wahlkampftopf der PDS flossen.



Die Korruptionsvorwürfe richteten sich vor allem gegen Paulo Maluf. Die Kosten des PDS-Kandidaten in Sao Paulo beliefen sich ca. auf 1 Millionen DM, allein der Druck von 50 Millionen Stimmzetteln mit seinem Namen kostete 250 000 DM. Eine der Wahlkampfpraktiken, die am Ende aber auch von Teilen der Opposition wahrgenommen wurde und die die erwartete hohe Anzahl ungültiger Stimmen erheblich herundrückte.

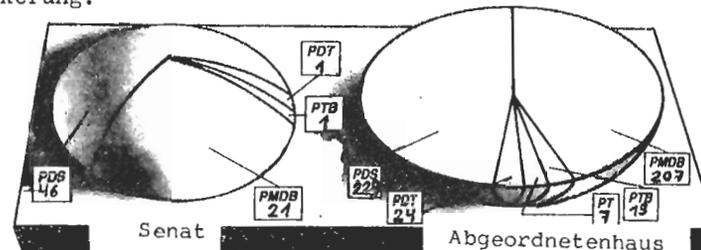
### Das Trojanische Pferd - Version '82

Charakteristisch für die Wahl war die Wahlkampfretorik: Wahlversprechen, gegenseitige Vorwürfe und Difamierungskampagnen beherrschten die Szene, während programmatisch politische Auseinandersetzungen im Hintergrund blieben. Eine solche Difamierungskampagne richtete sich gegen den PMDB-Spitzenkandidaten für Sao Paulo, Franco Montoro. In einer viel gelesenen Comicheftreihe wurde er in der 'Version 82' als trojanisches Pferd dargestellt, das in seinem Bauch das 'Gespenst des internationalen Kommunismus' trägt. In einer anderen Bildfolge wurde er als Judas gezeichnet, der Brasilien für ein bißchen Geld verkauft. 40 000 Exemplare der 400.000er Auflage wurden per Post in Umlauf gesetzt, erst auf Anzeige hin wurde der Verleger ausfindig gemacht; sein Verlagsverbund zählt zur Bastion des 'Malufismo'. Vieler solcher und ähnlich schmutziger Geschichten gingen in den letzten Wochen durch die brasilianische Presse. Auch innerhalb der Opposition sparte man nicht gerade mit Unterstellungen. Weitaus gravierender als die Streitigkeiten auf verbaler Ebene waren jedoch die Schlägereien und Gewalttätigkeiten während des Wahlkampfes, die bis zu Morden führten. Neben vielen Verletzten gab es allein unter den Oppositionskandidaten für Stadtverordnetenposten 10 Tote, die Mehrzahl davon im PDS dominierten Nordosten. Außerdem starb das jüngste Mitglied des Abgeordnetenhauses der PMDB-Kandidat von Paraná bei einer nächtlichen Kontrolle durch Polizeikugeln. Der Vorfall wurde von der Polizei als unglücklicher Unfall deklariert. Obwohl der Mord kein direkt geplantes politisches Attentat war, trifft wohl Chico Pintos (Generalsekretär des PMDB) Erklärung zu dem Anschlag zu: „Die geistigen Urheber dieses Verbrechens sind jene, die das Klima der Gewalt im Wahlkampf herstellen.“ Derartige Formen von Gewalt haben in der Wahlkampfgeschichte Brasilien schon eine lange Tradition.

### Verlierer, Sieger ??

Wer hat die Wahl nun wirklich gewonnen? Lassen wir einmal die Differenzen innerhalb der Opposition außer Acht und denken im Schema Regierung/Opposition, so könnte man wie das Nachrichtenmagazin "Isto é" sagen, niemand und beide. Bei genauerer Betrachtung wird man feststellen, das es sich jeweils um Teilerfolge handelt. Zweifellos hat die Regierung ihr wesentliches Ziel erreicht: Das sozio-ökonomische und politische System Brasiliens wird durch das Wahlergebnis nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Die Wahl hat den Militärs und ihrer Partei national eine klare Zweidrittelmehrheit im Senat (46 von 69 Sitzen) und die stärkste Fraktion im Abgeordnetenhaus (228 von 479 Sitzen) gesichert. In zwölf Einzelstaaten wird der PDS den Gouverneuren stellen und die Mehrheitsfraktion in den entsprechenden Landtagen haben. Verfassungsänderungen, die seit dem Frühjahr einer Zweidrittelmehrheit im Kongreß bedürfen, wird es also zuungunsten des Regimes nicht geben können. Auch die Präsidentennachfolge ist gesichert. In dem noch kurz vor den Wahlen geänderten Wahlmännergremium, das zum 15. Januar 1985 den Nachfolger von Staatspräsident Figueiredo bestimmen wird, hält der PDS die

absolute Mehrheit. Das Wahlmännergremium setzt sich aus den 69 Senatoren, den 479 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses und aus je 6 Landtagsabgeordneten der 23 Länderparlamente zusammen. Der hohe Anteil der PDS-Abgeordneten ergibt sich aus der überproportionalen Bewertung der kleinen Bundesstaaten, sowie des Landesinneren. So hat beispielsweise der Staat Acre mit seinen nur ca. 300 000 Einwohnern das gleiche Gewicht wie Sao Paulo mit seiner 25-Millionen-Bevölkerung.



Soweit zufriedenes Zurücklehnen im Präsidentensessel? Wohl kaum. Zwar können die Wahlergebnisse numerisch die Macht der Militärs für die nächsten Jahre absichern, doch mit der von ihnen beschworenen "demokratischen Legitimierung" ist es nicht weit her. Wenn man die undemokratische Vorbereitung der Wahlen, die Willkürbestimmungen des Wahlgesetzes, die Einschränkungen im Wahlkampf und die ungleichen materiellen Voraussetzungen bedenkt, muß man von einem nur bedingten Erfolg des Regimes sprechen, der gerade noch so unter Dach und Fach gebracht wurde.

Die Niederlagen des Regimes sind die Teilerfolge der Opposition. Auf Bundesebene wurde die absolute Mehrheit der Regierung im Abgeordnetenhaus verhindert, was bedeutet, daß das Regime nur noch unter Verhandlungen Gesetzesentwürfe durch die Kammer bringen kann und das automatische Inkrafttreten von Gesetzesvorlagen durch die Verzögerung ihrer Behandlung im Parlament praktisch abgeschafft wurde. Die ökonomisch wichtigsten und bevölkerungsreichsten Staaten gingen an die Opposition. Insofern verzerrt das Wahlergebnis beispielsweise im Senat, wo jeder Bundesstaat unabhängig von der Bevölkerungszahl 3 Senatoren stellt, die wahren Mehrheitsverhältnisse. Die begrenzten Erfolge der Opposition werden jedoch nicht ausreichen, eine entscheidende Veränderung des etablierten Regimes herbeizuführen. Es wird lediglich zu einer Machtverschiebung kommen, die keine bedeutende Veränderung in der Wirtschafts- und Machtstruktur mit sich bringen wird.

Gerade darin hat auch eine der Hauptschwierigkeiten der unterschiedlichen Oppositionsparteien im Wahlkampf gelegen. Keine der Parteien hat es vermocht, gegenüber dem herrschenden Wirtschaftsmodell eine glaubhafte Alternative zu entwickeln, sei es, wie im Falle der PT, durch einen noch in den Anfängen steckenden Diskussionsprozeß über ein für Brasilien geeignetes sozialistisches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, sei es, wie im Falle der PMDB, durch die Unfähigkeit, die heterogenen innerparteilichen Diskussionen zu einem kohärenten Programm zusammenzuführen. Ziel aller Oppositionsparteien war zunächst einmal der Sturz des Regimes und der Aufbau demokratischer Verhältnisse. Nur so sei die Lösung der immensen Wirtschaftsprobleme möglich. Wie diese allerdings aussehen sollte, wurde bislang nur sehr vage formuliert. Es wird vom Abbau des Zentralismus und von Steuerreformen gesprochen. Großprojekte wie der Staudamm in Itaipu sollen nicht mehr durchgeführt werden, stattdessen will man den Binnenmarkt ausbauen. Bei den bürgerlichen Fraktionen der Oppositionen, also hauptsächlich den rechtsliberalen Kräften in der

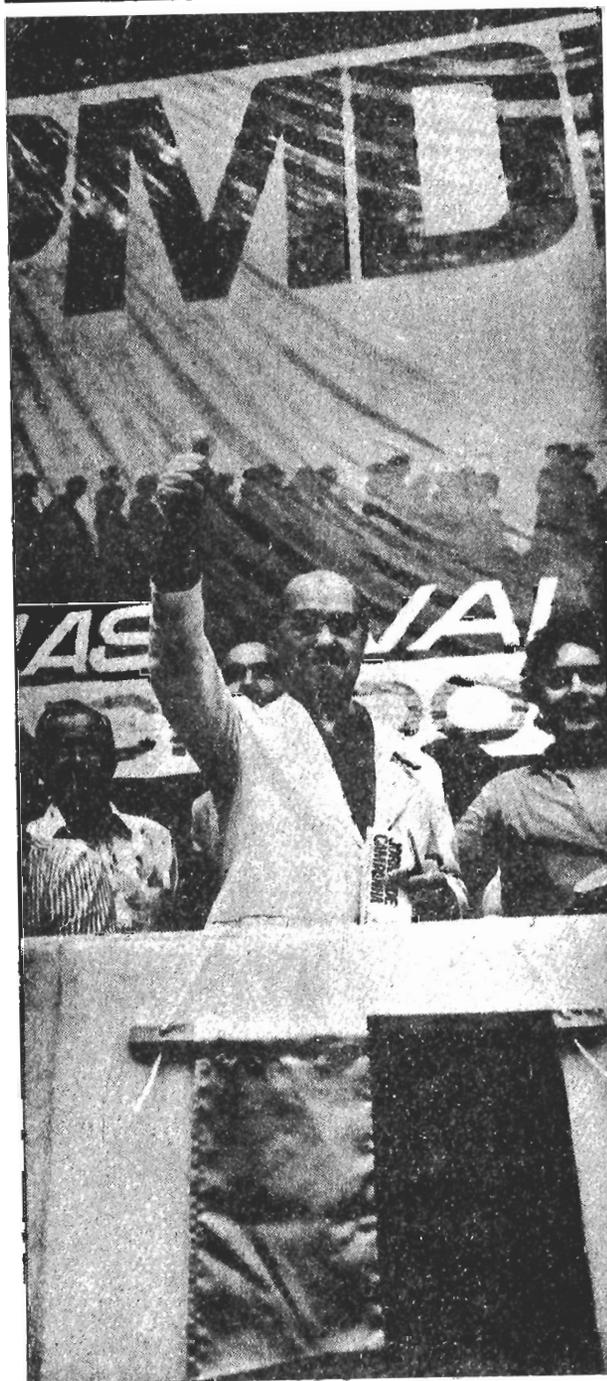
PMDB, darf man wohl davon ausgehen, daß es ihnen hauptsächlich darauf ankommen wird, den Kapitalismus zu modernisieren. Insofern kann man vielleicht die Ursachen für die relativen Mißerfolge der Oppositionsparteien nicht allein in den Willkürmaßnahmen der Regierung suchen, sondern auch in der Konzeptionslosigkeit der eigenen Programme.

Trotz allem kommt der Wahl eine wichtige Bedeutung zu, da sie einerseits die Formation und Kontinuität der Oppositionsparteien vorangetrieben hat und andererseits durch die schrittweise Organisation breiter Bevölkerungsteile wichtige Politisierungsprozesse in Gang gesetzt hat. Entscheidend für die Frage nach der künftigen Ausgestaltung der Freiräume, die durch den Wahlsieg der PMDB in einigen Bundesstaaten eröffnet wurden, wird das Verhältnis zur Zentralregierung sein. Da der Staatspräsident direkten Einfluß auf die Politik der Bundesländer nehmen kann, wird die faktische Macht weiterhin in den Händen der Zentralregierung in Brasilia liegen, die die planungs-, wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen trifft. Zu welchen innenpolitischen Konsequenzen bzw. Konflikten die Erfolge der Oppositionsparteien in dem wirtschaftlichen Machtdreieck Brasiliens mit der Zentralregierung führen wird, ist nicht ganz gewiß. Da die gewählten Länderchefs jedoch weitgehend dem "gemäßigten" Flügel der PMDB angehören, man könnte sie als rechtsliberale Reformpolitiker kennzeichnen, ist eine Politik des Kompromisses mit Brasilia vorstellbar. Andeutungen in öffentlichen Stellungnahmen, lassen bereits auf eine "Technik des Zusammenlebens" (Franco Montoro, der von der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt wird und zukünftiger Gouverneur von Sao Paulo) schließen. Selbst der neue Gouverneur von Rio, Leonel Brizola, äußerte die Hoffnung 'trotz gegenseitiger Antipathien' normale Beziehungen mit der Zentralregierung aufnehmen zu können.



Das Parteienkarussell beginnt sich zu drehen

Die Wahlurnen waren noch nicht ganz geschlossen und die Ergebnisse noch nicht bekannt, da begann offen die Diskussion um die Zukunft des brasilianischen Parteiensystems. Der Wahlkampf hatte die unter-



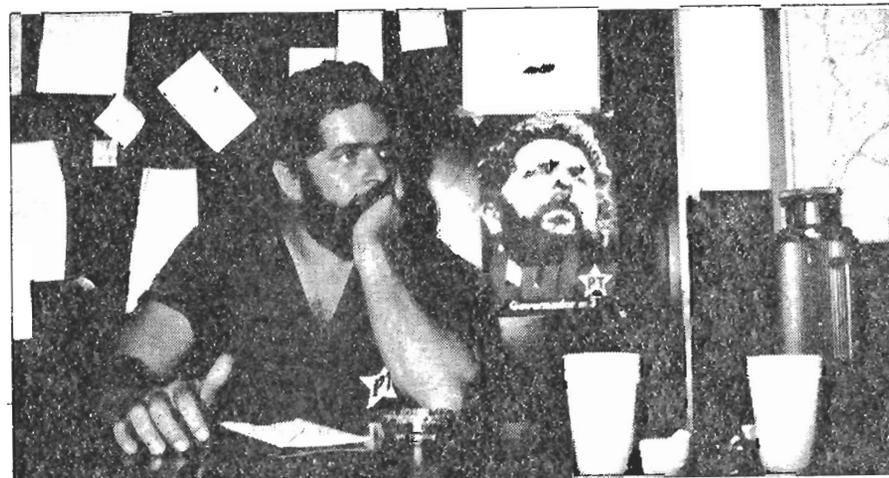
TANCREDO NEVES (PMDB)

schiedlichsten Allianzen zusammengeschweißt. Jetzt, da die PMDB in neun Bundesstaaten den Gouverneur stellt und die Mehrheit in den jeweiligen Länderparlamenten erreichen konnte, wird die Frage beantwortet werden müssen, die den Wahlkampf unter den Regierungsgegnern bestimmt hatte: welche Art von Opposition wird durch wen repräsentiert? - Nach den ersten Stellungnahmen der gewählten PMDB-Gouverneure bestätigt sich, was man schon zuvor annehmen durfte. Es wird eine bürgerliche Opposition sein, die nun mit ihren Stars Franco Montoro oder Tancredo Neves, erst vor Jahresfrist mit der aufgelösten rechtsliberalen Unternehmerpartei PP zur PMDB gestoßen, und nun Regierungschef in Minas Gerais, zusammen mit den übrigen, zu den "moderados", den "Gemäßigten", zählenden Wahlsiegern auf Landesebene die Politik der PMDB bestimmen werden. Werden sie einen grundlegenden Wandel der brasilianischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, oder sagen wir des Wirtschaftssystems anstreben, wie sie selber und ihre vielen linken Anhänger dies während des Wahlkampfes immer wieder hervorhoben? Zumindest Zweifel sind da mehr als angebracht. Es ist unbestreitbar, daß Teile der PMDB dazu bereit wären, doch werden sie sich kaum gegen die eingeschworenen Marktwirtschaftler vom Schlage eines Tancredo Neves durchsetzen können. Wahrscheinlicher scheint eine andere Entwicklung: Die Diskussion um eine Neugründung der aufgelösten von Unternehmern getragenen "Volkspartei" PP reißen nicht ab. In ihr dürften sich dann all jene am freien Unternehmertum orientierten Kräfte zusammenfinden, die sich heute (noch) aus wahltaktischen Gründen in der PMDB befinden.

Und auf der Linken? Auch hier deuten sich, vielleicht mit weniger Dringlichkeit Veränderungen an. Diese beziehen sich hauptsächlich auf die PDT, die überraschend unter der charismatischen Führung von Leonel Brizola die Wahlen in Rio für sich entschied. Der PTD repräsentiert ideologisch die Kräfte des an der Sozialistischen Internationalen ausgerichteten "demokratischen Sozialismus". Brizola galt vor seiner Rückkehr aus dem Exil als vertrauter der SI und könnte nun als neuer Gouverneur von Rio für die internationale Sozialdemokratie wieder interessanter werden, nachdem diese ihn in den letzten beiden Jahren aus Enttäuschung über die in ihn gesetzten Erwartungen mehr oder weniger fallen gelassen hatte. Brizola und vor allem sein gewählter Senator Roberto Saturnino denken nun offen über die Gründung einer großen, sozialdemokratisch/sozialistischen Massenpartei à la Spanien oder Frankreich nach, die neben der PDT die linken Trümmer einer zerfallenden PMDB aufsammeln und gar Teile der PT umfassen könnte. Scheint ersteres wahrscheinlich, umso unwahrscheinlicher ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt letzteres. Die PDT wird mit der widerspenstig auf ihre Eigenständigkeit und basisdemokratische Parteistruktur beharrenden PT kaum weniger Schierigkeiten haben als die internationale Sozialdemokratie, die vor der Wahl massiv, doch mit bescheidenem Erfolg, versucht hatte, mit ihren Politikvorstellungen Fuß zu fassen. Kurzfristig wird die PT nach ihrem hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Wahlergebnis alles daran setzen, als eigenständige Partei Profil zu gewinnen und den Prozeß der Konsolidierung fortzusetzen. Raum besteht allenfalls für Bündnisse in bestimmten Fragen.

Man mag darüber streiten, zu welchem Zeitpunkt all diese Entwicklungen einsetzen werden. Möglicherweise werden die gegenwärtigen Parteien noch einige Zeit halten, doch langfristig fordern die in ihnen angelegten Konfliktpotentiale geradezu eine Neustrukturierung der Parteienlandschaft. Eine gemeinsame Strategie gegenüber der regierenden PDS scheint schon an der ersten Bewährungsprobe zu scheitern. Aufgrund des Wahlergebnisses haben die Oppositionsparteien

zusammengenommen numerisch die Mehrheit im Abgeordnetenhaus, könnten also durch Einigung auf einen gemeinsamen Kandidaten den Präsidenten dieser Kammer und damit ein Großteil der künftigen Parlamentsarbeit bestimmen. Nach anfänglicher Euphorie melden sich nun vor allem aus dem "gemäßigten Flügel" der PMDB Stimmen des Widerstands gegen einen Einheitskandidaten der Opposition. Gewählte PMDB-Gouverneure wie José Richa (Paraná) oder Tancredo Neves (Minas Gerais) halten die Wahl eines Oppositionspolitikers zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses für einen "inopportunen Affront" gegen die Zentralregierung, mit der man es sich - darf man den Faden wohl weiterspinnen - nicht verschmerzen dürfe. Gemeinsame Opposition bereits am Ende.....?



### PT - gescheitert ?

Unter dem Motto "Arbeiter wählt Arbeiter!" führte die PT ihre Wahlkampagne durch, und mit wenig Geld, aber viel Engagement und Optimismus, dem Charisma von Lula und Rückendeckung von Teilen der Kirche erhoffte man zumindest im Staate Sao Paulo einen Wahlerfolg von 18 - 20%. Als die Wahlergebnisse bekannt wurden, konnte die anfängliche Enttäuschung nur mühsam unterdrückt werden. In den Industrievorstädten Sao Paulos, der Wiege der PT, gelang es nur, die Präfektur von Diadema zu erobern. Mit etwa 11% der Stimmen in Sao Paulo waren nur 6 Bundesabgeordnete (statt der erwarteten 8), 9 Landesabgeordnete (statt der erwarteten 12) und 5 Stadtverordnete gewählt. Im Bundesstaat Acre, wo die PT besonders eng mit den kirchlichen Basisgemeinden verbunden ist, sank der Stimmenanteil von erwarteten 26% auf 10%. Noch unerfreulicher sieht das Bild auf nationaler Ebene aus, wo der Stimmenanteil der PT unter 5% fiel, obwohl eine Meinungsumfrage im März 1981 der PT noch 18% vorausgesagt hatte. In den Südstaaten noch um 3%, war im Norden, Nordosten und dem zentralen Westen nach den Wahlen der Prozentsatz fast auf Null gesunken. Der einzige PT - Senator aus dem Bundesstaat Amazonas wurde nicht wiedergewählt. In das Bundesparlament werden wohl nur sieben PT - Abgeordnete einziehen statt der erhofften 25.

Eine vernichtende Niederlage also auf fast allen Ebenen?

Für eine kleine Partei mit nur zweijähriger Erfahrung können sich die erreichten Resultate dennoch sehen lassen. Besonders die Stimmanteile in den Vorstädten von Sao Paulo, obwohl niedriger als erwartet, stimmen optimistisch. Für die Präfektoren Santo André's und Mauás erscheinen die PT - Kandidaten auf dem zweiten, in Sao Caetano und Ribeirao Pires auf dem dritten Platz. In Sao Bernardo erhielt Mauricio Soares von der PT die meisten Stimmen, unterlag aber durch die Summe der für die verschiedenen PMDB - Kandidaten abgegebenen Stimmen. In Diadema siegte der einzige PT - Kandidat für die Präfektur, Gilson Meneses, vor den drei PMDB - Bewerbern. "Die Prioritäten der Stadt werden durch "conselhos populares"(Volksräte) diskutiert und vom Präfekten vertreten", sagt der 33 Jahre alte Gilson. Er war 1980 wegen Teilnahme am Metallarbeiterstreik von dem Automulti Saab/Scania entlassen und vom Arbeitsministerium aus dem Direktorium der Metallarbeitergewerkschaft von Sao Bernardo do Campo und Diadema zusammen mit Lula und anderen Kollegen ausgeschlossen worden. Bei seiner nächsten Arbeit als Schlosser verdiente er 500DM, als Präfekt werden es 4 700 monatlich sein, wovon die Hälfte, wie beschlossen, in die Kassen der PT fließen wird.

Der meistgewählte Bundesabgeordnete der PT mit über 164.000 Stimmen ist Arbeiter: Djalma de Souza Bom, PT-Präsident des Staates Sao Paulo und ehemaliger Gewerkschaftsführer. Die bisherigen Landesabgeordneten, der Ökonom Eduardo Suplicy, und die Lehrerin Irma Passoni, werden zusammen mit dem bisherigen PT-Fraktionsvorsitzenden in Brasilia, dem Anwalt Airton Soares, José Genoina Neto, der Schauspielerin Elizabeth Mendes und Djalma de Souza Bom die PT in Brasilia vertreten.



DJALMA UND LULA

Die Fraktion der PT im Landtag von Sao Paulo hat 9 Abgeordnete, unter ihnen 3 Arbeiter und ehemalige Gewerkschaftsführer: José Sicoate von der Metallarbeitergewerkschaft Santo André; Espedito Soares Batista von der Metallarbeitergewerkschaft Sao Bernardo und Anisio Batista von der Gewerkschaftsopposition Sao Paulo. 3 Abgeordnete wurden wiedergewählt: Marcus Aurelio Ribeiro, Sergio Santos und Geraldo Siqueira.

Die PT hat allen Grund, mit dem Wahlergebnis und der Kampagne in Sao Paulo, wo die Finanzkraft der bürgerlichen Parteien und der Mißbrauch des Verwaltungsapparates auf allen Ebenen vorherrschte, trotz unvermeidbarer Fehler zufrieden zu sein. Lula, bei seiner Stimmabgabe selbst von Leuten in PDS- und PMDB-hemden gefeiert, bedauerte, "daß die PDS und die PMDB, die Leute als Stimmenfänger bezahlen, so viel Papier verschwenden, welches in Geld umgewandelt in der Lohntüte der Arbeiter fehlt."

Die PT ist überzeugt, daß durch einen besseren Wahlkampf und eine geschicktere Taktik mehr herausgesprungen wäre. Hauptsächlich 3 Argumente fallen: die finanzielle Macht der Gegner, die ungenügende Parteistruktur und die wahlpolitische Unerfahrenheit der meisten PT-Kandidaten.

Außerdem mußte die PT gegen viele Vorurteile der Bevölkerung ankämpfen, die unter anderem auf die diffamierende Berichterstattung der Medien zurückzuführen sind, wie z.B. in dem Artikel "Die große Überraschung" in der Tageszeitung 'Estado de Sao Paulo' vom 19.11.82: "Lula hat sich unter zahlreichen Gesichtspunkten verzerrt und stellt: in seiner Haltung, seiner erbitterten und stereotypen Sprache, wie sie typisch für die radikale Linke ist, in der Verteidigung von uralten sozialistischen Thesen, genauso allgemein wie schlecht formuliert, nicht angepasst, unterbrochen von der historischen Erfahrung,... Auf dem Wege der Wahlkampagne... (zeigte sich die PT) als Beschwörer einer alten und traurigen korporativistischen Erinnerung: Mit Wirkung weckten ihre eigenen Sicherheitspläne -wie in Pacaembu, wo es 700 Parteigendarmen gab - Erinnerungen an die paramilitärischen, nazifaschistischen Organisationen, in der gleichen Weise, wie jene jungen Leute mit einem Stern auf der Baskenmütze... die Erinnerung an die Milchbärte der Hitlerjugend Anfang der 30er Jahre in Deutschland weckten... Alle, von links nach rechts (was keinen Unterschied macht) hatten gemeinschaftlich ein radikales Sektierertum, einen ideologischen Monolithismus (bis zu Tracht), unvereinbar mit demokratischem Geist, der die pluralistische, flexible und tolerante Anerkennung von unterschiedlichen Denkweisen ist... Der Wähler in Sao Paulo identifiziert sich nicht mit erbittertem und antidemokratischem Sektierertum, sondern mit offeneren, nicht radikalen parteipolitischen Haltungen, die zur institutionellen Harmonie der Strömungen...führen."

#### Wahlkampf oder Basisarbeit ?

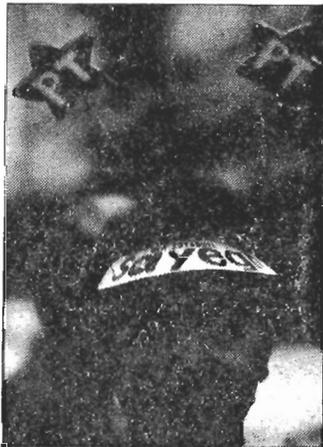
Der Zeitpunkt der Wahlen zwang der PT einen Zeitplan auf, der oftmals entgegen dem eigenen Anspruch die Basis übergehen mußte. Die Stoßrichtung der Kampagne war die Offenlegung des politischen Paktes auf nationaler Ebene, des Zusammenschlusses von PP und PMDB zu einer geduldeten Opposition, die nicht das bestehende Regime bedrohe. Lula schoß sich auf den PMDB ein, während Janio Quadros, PTB - Gouverneurskandidat für Sao Paulo, seine Attacken gleichermaßen auf PMDB und PDS verteilte und viele "Anti-Maluf-Stimmen" erhielt. (Maluf, PDS, war Gouverneur Sao Paulos). Der Wahlkampf Janios war aggressiver, aber voll moralischer Reden. In der Bevölkerung kam das Gefühl auf, daß Lula nicht die Fähigkeiten zum Gouverneur habe. Doch seine Partei wußte nicht, wie sie dieses Problem zeitig angehen sollte. Die Attacken auf den PMDB ärgerten die Wähler und verstärkten offenbar die Neigung zum "voto útil"(Wahl des kleineren Übels). Wahrscheinlich wurde die Bedeutung der PMDB, deren Vorläufer MDB bis 1979 die einzig zugelassene Oppositionspartei war und seit 1974 vom Wähler bevorzugt wurde, völlig unter-

schätzt. Das Wort "Sozialismus" hat viele Wähler von der Wahl der PT abgehalten, auch wenn die PT immer wieder betont, daß es ihr nicht darum gehe, fertige Sozialismusmodelle zu importieren, sondern im Gegenteil sie versuche, eine für Brasilien adäquate sozialistische Gesellschaftsordnung zu entwickeln.

Doch: "Es nützt nichts, mit ausgereiften Vorschlägen einer Gesellschaftsveränderung den Tagelöhner auf dem Lande aufzusuchen, wenn er dafür kämpft, daß seine Arbeitsrechte respektiert werden... (und)... wir haben uns nicht die Zeit genommen, die politische Strategie der Kampagne zu diskutieren, wie wir unseren vorausgeeilten Gegnern gegenüberzutreten sollten. Wir haben die konservative Grundeinstellung unserer Gesellschaft und die politische Tradition von Janio Quadros unterschätzt, wir haben nicht genug über die Reden unserer Kandidaten diskutiert und über die Ursache, warum die PT in den Wahlumfragen nicht zunahm. Es gab nicht genug Zeit, unsere politischen Vorstellungen zu verbreiten. Zeitweise war unsere Taktik nicht richtig, weil es keine Diskussion gab! Dies sind die Kernpunkte der Selbstkritik, die vom Exekutivausschuß der PT - Sao Paulo am 24. 11. in der Presseerklärung stehen.

Aber sonst ist man in Sao Paulo gelassen und mißt den Wahlen nicht die größte Bedeutung bei, da sie nur eine Etappe in der Organisation der jungen Partei darstellen, die erstmals an einer Wahl teilnahm. Darum ist die Wahl unabhängig vom Resultat positiv zu bewerten, weil die PT ihr Programm und ihre Ideen landesweit verbreitet hat. Sie hat von allen Parteien die meisten Leute mobilisiert und in die Versammlungen geführt. Das Wichtigste, so Eduardo Suplicy, sei der große positive Sprung in der politischen Geschichte Brasiliens mit Millionen von Leuten, die nicht wie sonst üblich Stimmvieh, sondern Subjekte des politischen Prozesses waren.

"Die Stimmen, die die PT erhielt", sagte Djalma, "zeigt unser Organisationsniveau an, wir haben das geerntet, was wir säen konnten. Auf nationaler Ebene müssen wir dreimal soviel arbeiten wie bisher." Jacob Bittar: "Wer die Partei gewählt hat, identifiziert sich mit ihrem politischen Programm und ist bewußt und kämpferisch; mittelfristig sehe ich die Partei als starke Massenpartei." Lula verweist auf die politische Tradition Brasiliens, in der das Volk unmündig gehalten und als Stimmvieh von den bürgerlichen Parteien benutzt wurde." Die Wahlen werden erreichen, daß die PT sich noch motivierter fühlt, die Organisation des Volkes anzugehen. Wir werden die PT zur größten Partei in der Geschichte Brasiliens machen.



Ich bin sicher, daß die Organisation der Arbeiterklasse eine Frage der Zeit ist." Als nächstes Ziel sieht er den Kampf um die direkten Wahlen für die Präsidentschaft 1985. Der Druck des Volkes begänne schon ab dieser Wahl.

Nach Lulas Meinung wird als einzige Partei die PT unverändert nach der Wahl weiterleben. Gerüchten einer Koalition mit der PDT trat er entgegen, aber die PT würde mit jeder Partei reden, wenn von dort Vorschläge kämen, die im Interesse der Arbeiterklasse lägen. Gegen ein Treffen mit Brizola wäre nichts einzuwenden. Ihrem Anspruch auf Volksbeteiligung entsprechend organisiert die Partei eine breite Basisbefragung, um die Resultate auszuwerten und ihre Position vor dem neuen politischen Rahmen in Sao Paulo festzulegen.



In Rio hat die PT den größten Erfolg in der Südstadt, alles andere als ein Arbeiterviertel, mit 8% der Stimmen. Der wahrscheinliche Landesabgeordnete Lizt Vieira ist Kandidat der Ökologen und Verteidiger der Menschenrechte. Es sieht so aus, als ob nicht allein die Arbeiterklasse die PT gewählt habe, sondern auch große Teile der Mittelklassen.

In den Staaten Rio de Janeiro und Rio Grande do Sul erhielt die PDT große Stimmenanteile von PT-Sympathisanten, in Rio liefen während der Wahlkampagne zahlreiche PT-Sektoren zu Brizola über.

Alles in allem hat die PT mit den Wahlen eine Plattform erreicht, von der aus sie mit der Bildung einer offenen demokratischen Massenpartei fortfahren kann.

# ECUADOR

## Vom Überfluß zur Krise

Die Krise, die gegenwärtig Ecuador erschüttert, ist vielfach als die härteste der letzten fünfzig Jahre bezeichnet worden. Die Ursachen dieser Krise liegen in der Mißwirtschaft, Planlosigkeit und Verschwendungssucht der Militärdiktaturen, die das Land in einer Zeit beherrschten, in der die wirtschaftliche Situation noch sehr viel besser war als heute.

### Vor dem Erdölboom

Als 1972 in Ecuador das Zeitalter des Öls begann, nahm das Land eine Entwicklung, die für alle Länder typisch ist, die auf dem internationalen Markt ihre Rohstoffe anbieten müssen.

Bis dahin waren die Gewinne aus dem Agrarexport die einzige Einnahmequelle des Landes gewesen. Diese tropischen Früchte waren für den Konsum der hochentwickelten Industriegesellschaften bestimmt, die sich einen solchen Luxus leisten konnten. Weder die Banane noch der Kakao, noch der Kaffee waren je lebensnotwendige Nahrungsmittel. Die Einkünfte aus diesen Exporten waren auch nie sehr hoch und reichten kaum aus, eine sehr bescheidene Entwicklung des Landes aufrecht zu erhalten. Bis in die sechziger Jahre hinein besaß die ecuadorianische Gesellschaft halbfeudale Strukturen auf dem Lande, eine erzkonservative Oligarchie, ein Kleinbürgertum, das im Dienstleistungssektor arbeitete, ein kleines Industrieproletariat, enorme Massen von Tagelöhner auf dem Lande, Kleinbauern und eine wachsende Zahl von Armen, die keine volle Beschäftigung fanden und sich am Rande der Städte ansiedelten.

Auf der Regierungsebene wechselten sich Militär- und zivile Diktaturen ab, un terbrochen von kurzen demokratischen Zeiten, in denen versucht wurde, Haushaltsmittel zur Bezahlung von Verwaltungskosten aufzubringen und die eine oder andere Verbesserung der Infrastruktur durchzuführen, was nur auf regionaler und weniger auf nationaler Ebene gelang.

Die Gewerkschaftsbewegung war schwach und ohne größeren politischen Einfluß. Während der 60er Jahre wurde sie von Organisationen infiltriert, die der CIA und die internationale Christdemokratie gegründet hatten, um mögliche Protestbewegungen von seiten der Arbeiter zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage unter Kontrolle zu halten.

So sah es in Ecuador aus, bevor der Aufschwung begann, den das Öl mit sich brachte. Aber er war nur von kurzer Dauer.

### Kurzes Glück

Nach zehn Jahren Diktatur begann die demokratische Epoche im Zeichen eines schlimmen wirtschaftlichen Erbes, einer Auslandsschuld, die gegenwärtig 4,681 Milliarden Dollar beträgt, von denen im November 1,224 Milliarden fällig sind, weil die Kredite auslaufen, die die früheren Regierungen aufgenommen hatten. Die privaten Schulden belaufen sich auf 1,2 Milliarden, die Zahlungsunfähigkeit des Staates wächst und die wirtschaftliche Rezession hat deutlich spürbar begonnen. Während die Militärs an der Macht waren, wuchs der Staatshaushalt ins Unermessliche an, für 1983

sind 2,65 Milliarden vorgesehen, weil die ganze Wirtschaft auf dem Öllexport gegründet war. Mangelnde Wirtschaftsplanungen bewirkten, daß der Energieverbrauch im Lande selbst unverhältnismäßig anstieg.

Gegenwärtig exportiert Ecuador weniger als es verbraucht. Die Agrarproduktion nahm merklich ab und fast alle Grundnahrungsmittel müssen eingeführt werden. Die privilegierte Klasse hat einen wahren Konsumwahn entwickelt. Luxusgüter jeglicher Art wurden importiert, wodurch ihre Schulden weiter zunahmen. Sie betragen jetzt 1,2 Milliarden Dollar. Der Staat ist dabei, ihnen zu helfen, sie abzutragen.

Die beiden Regierungen der neuen demokratischen Epoche, die 1979 begann, beachteten das Ausmaß nicht, daß die weltweite Wirtschaftskrise annehmen würde, und legten ihren Haushaltsplanungen Erdölpreise zugrunde, die vollständig unreal waren. Die Erdöleinnahmen waren 1982 um 213 Mio Dollar geringer als 1981. Gegenwärtig bringt das Erdöl 32,50 Dollar pro Faßlein; während der Jahre der Diktaturen waren es ungefähr 40 Dollar.

Angesichts der fallenden Erdölpreise nahm die Finanzkrise im Staatshaushalt alarmierende Züge an. Vor allem auch, weil die Zinsen auf dem Weltmarkt ungeheuer anstiegen, denn jedes Prozent mehr kostet die Regierung 40 Mio Dollar.

Im letzten Jahr ergriff die Regierung wirtschaftliche Maßnahmen, um die finanzielle Misere zu mildern. Sie gingen allesamt zu Lasten der Armen. Die Subventionierung lebenswichtiger Konsumgüter wurde abgeschafft, zum Beispiel von Weizen, Zucker und Benzin. Im Mai dieses Jahres wurde das Geld um 32% entwertet, im Oktober stieg der Benzinpreis um 100%, der Weizenpreis um 50%. Da der gesamte Transport im Lande durch Lastwagen erfolgt, bedeutet die Erhöhung des Benzinpreises automatisch eine Preiserhöhung sämtli-



cher Nahrungsmittel. Wenn vollends alle Subventionen wegfallen, kann der Staat jährlich 746 Millionen Dollar sparen. Das Ansteigen der Inflationsrate ist die logische Folge dieser Entwicklung. Sie betrug im Oktober 20,2%, gegenüber 16,6% im September. Inzwischen hat auch der Internationale Währungsfond mit Vorschlägen eingegriffen, die die Neuregelung der Auslandsschulden bewirken sollen. Sie verlangen, daß der Staat mehr als ein Drittel seiner Einnahmen zur Abzahlung der Schulden bereitstellt. Die internationalen Reserven fielen in den letzten Monaten auf 84 Millionen Dollar ab und haben damit eine Summe erreicht, die eben noch ausreicht, um die Importe für einen Monat zu bezahlen. Deshalb wurde beschlossen, die Einfuhren um ein Drittel zu kürzen und den Notstand auszurufen.

### Widerstand und Repression

Angesichts dieser Wirtschaftskrise haben sich die gesellschaftlichen Konflikte erheblich zugespitzt. Die Mittelschicht sieht ihrer totalen Verarmung entgegen, während die armen Schichten nicht mehr wissen, wie sie überleben sollen. Dies löste jetzt eine Welle von Demonstrationen und Streiks aus, die sich in einigen Fällen zu regelrechten Volkserhebungen auswuchsen. Innerhalb von weniger als 50 Tagen gab es drei landesweite Streiks. Am 21. Oktober rief die FUT, der die drei großen Gewerkschaftszentralen CTE, CEDOC und CEOLS angehören und die mehr als 200 Tausend Mitglieder hat, einen 24-stündigen Generalstreik aus, der voll befolgt wurde. Unterstützt wurde der Streik vom Verband der Transportunternehmer, der sonst meistens ein Problem für die Gewerkschaften darstellt, da er gegensätzliche Interessen verfolgt. Dieses Mal legten sie den Verkehr in den Städten weitgehend lahm und forderten höhere Fahrpreise. Die Gewerkschaften forderten die Aufhebung aller wirtschaftlichen Restriktionen und Lohnerhöhungen. Die ganze Zeit über kam es zu Massenaktivitäten, wie sie das Land noch nie zuvor gekannt hatte. Auch die Bauern in der Andenregion gerieten in Bewegung und schlossen sich den Gewerkschaften an, ein Schritt, der die wachsende Annäherung zwischen den städtischen und ländlichen Organisationen zeigt, die bisher eher isoliert gekämpft und ihre spezifischen Forderungen vorgebracht haben. Angesichts dieser Erhebungen erklärte die Regierung den Ausnahmezustand, sie hob die bürgerlichen Verfassungsrechte auf und verhängte eine nächtliche Ausgangssperre. Der Zusammenstoß zwischen Repressionskräften und Demonstranten kostete drei Tote, etwa hundert Verletzte und mehr als fünfhundert Verhaftete, ganz zu schweigen von einem riesigen Sachschaden.

### Nach dem Streik

Wenige Tage nach dem Streik trafen sich in Quito 1400 Delegierte von 62 Arbeiterorganisationen aus allen Teilen des Landes zu einer Gewerkschaftskonferenz, um über einen Aufruf zu einem unbefristeten Generalstreik zu beraten, der am 8. November beginnen sollte. Der Antrag wurde zwar angenommen, aber der Streik fand nicht statt. Daran ist teilweise die Spaltung innerhalb der FUT schuld, die angesichts der Wirtschaftskrise aufbrach. Sie bewirkte, daß die CTE und die CEOLS ihre streikfreundliche Haltung aufgaben. Einzig die CEDOC blieb kampfbereit. Auch die Transportunternehmer nahmen ihren Streikaufruf zurück, weil ihre Forderungen erfüllt worden waren und sich die Fahrpreise in den Städten um 50% und im Überlandverkehr um 30% erhöht haben.

### Die politische Ebene

Was die politische Ebene betrifft, haben die Gerüchte um einen Staatsstreich zugenommen. Mächtige Verbände, wie der Verband der Industriellen sind mit den Sparmaßnahmen der Regierung nicht zufrieden und haben ihre Absicht, die Regierung zu stürzen, öffentlich bekanntgegeben. In Zeitungsannoncen wurde die Regierung aufgefordert, die Macht abzugeben und sie denen zu überlassen, die frei vom Verdacht seien, mit internationalen Kräften in Verbindung zu stehen, die die Verantwortung für die Zerstörung Lateinamerikas trügen. Sie beziehen sich dabei auf die Christdemokraten, eine Partei, die vom Präsidenten Osvaldo Hurtado gegründet wurde. Damit greifen sie die Regierung direkt an. Das Seltsame an diesem Fall ist der Umstand, daß den Christdemokraten der Vorwurf gemacht wird, den "Einheitssozialismus" einführen zu wollen. Die Regierung ist isolierter denn je. Sie wird kaum noch von der Fraktion der Volksdemokraten-Christdemokraten unterstützt, die nur sehr wenige Sitze im Parlament hat. Das Kabinett besteht aus Mitgliedern verschiedener Parteien und Unabhängigen. Die Militärs hätten lieber, daß die Krise, die sie selbst verursacht haben, durch die demokratische Regierung gelöst würde, trotzdem fehlt es nicht an Leuten, die den Generälen die Türen einrennen und die Rückkehr der Diktatur verlangen. Also ist die Gefahr eines Staatsstreiches immer präsent.

### Perspektiven ?

Es gibt Berechnungen, die besagen, daß Ecuador Ende der 80er Jahre von einem Erdöllexportierenden zu einem Erdölimportierenden Land wird, mit allen Folgen, die dieser Umstand mit sich bringt. In den vergangenen Jahren wurde das Geld mit vollen Händen ausgegeben, ohne daß eine eigenständige und industrielle Infrastruktur aufgebaut wurde. Das Land ist eher abhängiger geworden als zuvor. Die großen Protestbewegungen der vergangenen Wochen dürfen über die Gefahr einer Spaltung nicht hinwegtäuschen, was das Scheitern des unbefristeten Generalstreiks auch signalisiert.

Zur Illustration der Lage während des vergangenen Generalstreiks hier Auszüge aus einem Bericht, der uns Anfang November aus Ecuador erreichte.

### Situationsbericht aus der Provinz

Nachdem der 4. Generalstreik noch als Fehlschlag, besonders auf Provinzebene bezeichnet werden muß, zeichnete sich bereits beim 5. Generalstreik am 22./23. September 1982 eine Wende im Hinblick auf die Beteiligung der Bevölkerung besonders in den Provinzstädten ab. In der Provinz Malawi z.B. wurde an diesen beiden Tagen der gesamte Transport zwischen den Kantonen und Provinzen lahmgelegt, die wichtigste Bleiindustrie in Portoviejo und Manta bestreikt und die Beteiligung an den Demonstrationen gegen die geplanten Wirt-

schaftsmaßnahmen der Regierung war relativ hoch. Andererseits reagierte bereits zu diesem Zeitpunkt die Staatsmacht mit starker polizeilicher Repression gegen die friedlichen Demonstranten. Die Situation beim 6. Generalstreik am 21. Oktober 1982 in der Provinzhauptstadt Portoviejo überraschte dann auch die Führung der 3 Gewerkschaftszentralen, zusammengeschlossen in FUT. Schon am Vortag, während der FUT tagte, kam es zu spontanen Aktionen der aufgebrachten Bevölkerung, vor allem aus den Armenvierteln. Brennende Barrikaden wurden an Ausfahrtstraßen und Brücken errichtet, Gebäude staatlicher Institutionen und Parteizentralen gestürmt, die Büros des Erziehungsministeriums sowie der liberalen und christdemokratischen Regierungspartei zertrümmert, sämtliches bewegliche Mobiliar landete in den Straßen. Es entstand ein Schaden von 6 Mio Sucre (300.000 DM), für den die Gewerkschaftsführer und die Führer der linken Parteien, gegen die Haftbefehl erlassen wurde, verantwortlich gemacht werden.

Noch am selben Tag verhängt der Präsident den Ausnahmezustand und eine Ausgangssperre zwischen 22 und 6 Uhr, Militär und Polizei kontrollieren scharf die Stadt. Die relativ schwache Beteiligung der Barriobewohner am Protestmarsch des folgenden Streiktages ist sicher auf die aggressive Polizei- und Militärpräsenz zurückzuführen, die mit Wasserwerfern, Tränengas und Gewehren im Anschlag die Bevölkerung einzuschüchtern versuchten. Trotzdem kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Staatsgewalt und Demonstranten, zu einer großen Anzahl von Verhafteten und Verletzten, die die Ausgangssperre nicht beachten. Handel und Verkehr kommen vollständig zum Erliegen. Die nicht in den Arbeitergewerkschaften organisierte Bevölkerung der marginalen Stadtviertel in der Provinz Malavi und in anderen Provinzen hat sich zum ersten Mal in größerem Ausmaß an einem Streik beteiligt, der über die lokalen Forderungen hinausgeht. Jedoch wären an der gesamten Streikbewegung dieses Jahres die Kleinbauern und Landarbeiter praktisch nicht beteiligt. Von vielen Forderungen der FUT ist die Situation der Bauern nicht berührt. Unter den Folgen des Streiks haben sie besonders zu leiden, so sind sie z.B. von jeder Versorgung plötzlich völlig abgeschnitten.



## »Endlich die große 'Minderheit' in das verwandeln, was sie wirklich ist, die Mehrheit!«

Gespräch mit einer Frau aus Ecuador

Cecilia T., Soziologin, Mutter von 2 Kindern, Ecuadorianerin, lebte in den 70er Jahren einige Zeit in der BRD. Sie ist Mitbegründerin der Frauenorganisation CAM (Centro de Accion de las Mujeres) in Guayaquil. Auf einer Veranstaltung hier in Berlin am 25. Oktober berichtete Cecilia über CAM und ihre Arbeit. In einem anschließenden langen und sehr offenen Gespräch sprach sie über die Situation in Ecuador, besonders in Guayaquil, in den Slums, über die Frauen dort, über den Feminismus und ihr Verhältnis dazu. Leider können wir das Gespräch nur auszugsweise bringen.

Guayaquil ist der größte Hafen Ecuadors. Hier, an der Küste liegen die großen Bananen, Kaffee- und Kakaoplantagen, eine wichtige Einnahmequelle für das Land. Guayaquil ist Handelsknotenpunkt. Hierher schwemmte es Tausende von Kleinbauern und Landarbeiter und ihre Familien, die durch die Landreform 1965 ihres Bodens beraubt wurden, auf der Suche nach Arbeit als Tagelöhner auf den Plantagen oder im Hafen. Sie drängten sich zuerst in den Armenvierteln im Zentrum zusammen, und als diese aus den Nähten zu platzen drohten, schlossen sich die Neuankömmlinge zu Kooperativen zusammen und besetzten brachliegendes Gelände, um dort, oft auf sumpfigem und unstabilem Untergrund ihre einfachen Rohr- und Pappkartonhütten



aufzubauen. Mehr als die Hälfte der Bewohner Guayaquils leben heute in solchen Vierteln. In dieser Stadt sind auf engstem Raum die krassesten Gegensätze zu sehen. Am Anfang einer Straße stehen die teuersten Villen mit Swimmingpool und am Ende drängen sich die Elendsviertel zusammen.

Die Bewohner solcher neuer Elendsviertel kämpfen oft jahrelang um ihre Duldung. Dabei sind sie härtesten Verfolgungen und Vertreibungen ausgesetzt. Da das spärliche Wohnungsprogramm aber keinerlei Lösung für den Bevölkerungszuwachs bietet, sondern höchstens der Mittelschicht zu gute kommt, duldet der Staat letztendlich oft die neuen Siedlungen, ohne sich jedoch um die notwendige Infrastruktur wie Straßen, Kanalisation, Wasser und Strom zu kümmern. Das bleibt der Eigeninitiative der Bewohner überlassen. Hauptleidtragende dieser Misere sind wie immer die Frauen und Kinder, da sie meistens an den Wohnort gebunden sind, sich um die häuslichen Belange kümmern müssen und nicht die gleiche Bewegungsfreiheit wie die Männer haben.

Aber hier in den Elendsvierteln wächst auch ein Widerstand, erlernt in den langen Jahren zäher Kämpfe um die Daseinsberechtigung, an dem im Wesentlichen die Frauen beteiligt sind, ohne daß ihnen jedoch ihre Aktivitäten je Anerkennung und Einfluß in den Basisorganisationen gebracht hätten. An den Erfahrungen dieser Frauen und ihrer Situation als doppelt Unterdrückte (Klasse und Geschlecht) knüpft die Arbeit von CAM an.

#### Wie entstand CAM?

Etwas ab 1980 kam in Ecuador langsam der Gedanke auf, auch Frauen zu organisieren. Das war das erste Mal überhaupt, daß man sich Überlegungen zur Situation der Frauen machte. Die linken Parteien und Gewerkschaften fingen an, aber auch die Regierung und die bürgerlichen Parteien zogen mit. Ich tat mich in jener Zeit mit ein paar Frauen zusammen, von denen einige wie ich in Europa gewesen waren und die europäische Frauenbewegung kennengelernt hatten. Wir hatten persönliche Frustrationen hinter uns mit politischen Organisationen,

in denen wir nie Fuß fassen konnten und immer nur als die Ehefrauen unserer Männer galten. Wir überlegten uns, wie wir mit Frauen arbeiten konnten, denn in Ecuador wie in ganz Lateinamerika und in der ganzen Welt überhaupt, werden Frauen ja immer an den Rand der Geschichte gedrückt und ihre Funktion nur in der Reproduktion und der Aufrechterhaltung der Familie gesehen.

Wir hatten bereits Kontakt zu einigen Frauen aus Elendsvierteln, weil wir ihre Kooperativen schon in der einen oder anderen Sache unterstützt hatten. Die Frauen dort hatten auf Grund der langen Kämpfe bereits Erfahrungen gesammelt und auch ihre Männer und Kinder schon etwas an ihre Aktivitäten gewöhnt. Wir kamen mit ihnen ins Gespräch, neugierig, ob es möglich sei, eine Frauenorganisation zu gründen, die die Kämpfe zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Elendsvierteln unterstützen sollte.

Im April 1981 fand ein erstes Treffen statt, an dem immerhin 70 Frauen aus den verschiedenen Bezirken teilnahmen. Damals wurde CAM gegründet. Die hohe Beteiligung ging mit der Zeit zurück, bis zum Schluß 2 feste Gruppen übrigblieben. Die erstgenannte und eine zweite aus einem ziemlich neuen Viertel, wo junge unerfahrene Frauen mit ihren Männern und Kindern leben und sehr wenig Zeit haben, sich außerhalb des Hauses zu treffen.

Wir richteten unsere Arbeit ganz auf diese Frauen aus. Wir fingen mit Treffen und Seminaren an. Das war sehr fruchtbar, weil die Frauen sich allmählich selbst ein Konzept erarbeiteten. Wir wollten nicht die Konzepte von anderen Organisationen übernehmen, sondern unser eigenes finden, wie es uns für eine in dieser Art neuen Or-

ganisation in Ecuador angebracht schien. Am Anfang bauten wir also die Organisation auf und schulten die Mitglieder. Später überlegten wir, wie wir eine Arbeit nach außen, für die Gemeinschaft, das ganze Viertel machen konnten. Als CAM sich langsam in der Öffentlichkeit bemerkbar machte, kam das erste große Problem. Eine linke Partei wollte sich die Organisation unter den Nagel reißen, weil wir angeblich keine Linie hatten und Frauen alleine für sich eine solche nicht entwickeln konnten. Das war im ersten Moment ein Schlag für uns. Wir hatten mit dieser Einflußnahme nicht so früh gerechnet. Dazu kam, daß wir alle keine Parteierfahrungen hatten und somit mit solchen Sachen nicht vertraut waren. Diese Erfahrung war schwierig aber auch nützlich für uns. Nach 6 Monaten kehrte Klarheit ein. CAM spaltete sich. Etwa 6 Frauen fanden die Parteiarbeit wichtiger, 15 meinten, daß die Autonomie um jeden Preis erhalten werden müsse. Wir Autonomen haben heute ca. 75 Mitglieder, während wir von der anderen Gruppe erfahren haben, daß sie keinen Durchbruch erzielt hat. Danach haben wir uns auch überlegt, einige Frauen aus der Mittelschicht in die Arbeit miteinzubeziehen. Allerdings unter der Bedingung, daß sie keiner Partei angehörten und wirklich Interesse an Frauenarbeit hatten. Heute unterstützen uns 15 Frauen mit Rat und Tat als Freiwillige die Organisation. Wir achten jedoch darauf, daß sie sich nicht zu Expertinnen machen, sondern stets ein Austausch der Erfahrungen zwischen allen stattfindet. Die Frauen aus der Mittelschicht geben ihr theoretisches Wissen weiter, während die Unterschichtsfrauen ihre Erfahrungen in den alltäglichen Kämpfen weitergeben.

#### Wie sieht die Arbeit von CAM in den Elendsvierteln aus?

Wir führen zum Beispiel Alphabetisierungskurse für die Frauen durch, da die Mehrheit von uns nicht lesen und schreiben kann. Diese Kurse sind aber für alle Leute des Viertels offen und es nehmen auch Männer und Kinder daran teil, die somit ihren Grundschulabschluß machen können. Jedoch machen wir die Kurse nicht nur um ihrer selbst willen, sondern achten immer darauf, daß die Bedeutung und Wichtigkeit von Organisation klar wird.

Wir haben auch ein Programm für Gesundheitsfürsorge. Darin lernen die Frauen zum Einen in ihrer Familie Krankheiten vorzubeugen, zum Anderen aber auch über spezielle Frauenprobleme zu reden, auch Tabus, wie zum Beispiel das Thema Sexualität zu berühren. Denn wir halten es für sehr wichtig, daß die Frauen ihren Körper kennenlernen und damit besser bestimmen können. Dabei muß in den Gesprächen jedoch mit großer Behutsamkeit vorgegangen werden. Es darf nicht skandalös erscheinen, wir dürfen keine groben Worte benutzen, damit die Frauen nicht sofort abgeschreckt werden. Diese Arbeit machen wir in allen Gruppen. Dazu kommt die politische Reflexion über das, was Frausein bedeutet, die Rolle der Frau in der Gesellschaft, ihre kritische und bewußte Beteiligung. Kritisch in dem Sinn, daß sie lernen zu kritisieren, aber auch selbst Kritik anzunehmen. Bewußt in dem Sinn, daß sie sich ihrer Probleme und Bedürfnisse im Klaren sind, und anfangen, von sich aus aktiv zu werden und ihre Meinung zu sagen.

Du hast aber ja gesagt, daß die Frauen zu einem großen Teil die Aktivitäten in ihrem Viertel tragen. Also sind sie bereits aktiv. Das Problem ist doch die Bewertung und Selbsteinschätzung dieser Arbeit, zu sagen; Wir haben eine politische Bedeutung und müssen daher ernstgenommen werden.

Genau das ist das Problem. In Lateinamerika haben die Frauen immer schon an allen Kämpfen teilgenommen, sei es an Wahlen, Demonstrationen, Erhebungen, Landbesetzungen, Streiks etc. Denn wir sind eine ganze Menge, mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Aber das wurde niemals anerkannt oder erwähnt. Für uns ist es daher wichtig, daß wir Frauen uns darüber klar werden, daß wir eine wichtige Arbeit verrichten und fordern, daß diese auch gesellschaftlich anerkannt wird.

Ich kenne die Situation ziemlich gut von Peru her, da haben in den letzten Jahren ganz ähnliche Bewegungen angefangen. Frauen haben Frauengruppen in verschiedenen Bereichen gegründet. Was glaubst du, ist der Grund für das neue Bewußtsein in euren Ländern, daß sich Frauen unabhängig organisieren müssen. Welche Einflüsse siehst du?

Bei uns in der Gruppe entstand der Gedanke, nachdem 2 Frauen eine Zeit in Europa gelebt hatten. Wir lernten von der europäischen Frauenbewegung, wenn auch mit sehr viel Angst und Vorbehalten. Ich zum Beispiel war während meines Aufenthalts in der BRD in keiner Frauengruppe, weil ich damals glaubte, daß meine Probleme nichts mit denen der Frauen hier zu tun hätten. Das merkte ich erst später, als ich wieder in Ecuador war. Ich bekam mit, wie Frauen hier um ihren Freiraum, ihre Autonomie kämpften. Das war die Phase des radikalen Feminismus, der mir im Nachhinein äußerst positiv erscheint, denn die Frauen müssen sich ja in irgendeiner Weise bemerkbar machen und in diesen hochindustrialisierten Verhältnissen scheint mir das besonders schwierig zu sein. Für Lateinamerika ist allerdings dieser Augenblick noch nicht gekommen, und deswegen hat der radikale Feminismus bei uns geringe Bedeutung, vielmehr Bewegungen, die zwar ihre Autonomie gegenüber den Parteien bewahren, auf lange Sicht jedoch mit den männlichen Genossen zusammenarbeiten müssen, ohne ihre speziellen Forderungen aus den Augen zu verlieren. Die Frauenorganisationen müssen hier in erster Linie auf die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse hinarbeiten und das geht nur im Bündnis mit Parteien, Gewerkschaften, Studentenorganisationen etc. Die politischen Gruppierungen müssen erkennen, daß die Frauenorganisationen auch eine politische Ausdrucksweise sind. Das Beispiel El Salvador beweist es: dort arbeiten heute schon mehr Frauen in entscheidenden Positionen als noch im Fall Nicaraguas, der immerhin schon besser war als Kuba. Mit jedem Mal lernt die Linke dazu und muß sich auf eine andere Art und Weise als bisher gegenüber den Frauenorganisationen verhalten.

In Peru haben alle linken Parteien jetzt eine Frauenkommission gegründet, aber immer unter dem Aspekt, Frauen für ihre Ziele zu gewinnen. Wenn eine Frauengruppe sagt, sie wolle ihre Autonomie und politische Unabhängigkeit behalten, kommt sofort der Vorwurf, sie sei separatistisch, kleinbürgerlich und vertausche den Haupt- mit dem Nebenwiderspruch. Habt ihr diese Probleme auch?

Ja, genau die gleichen Probleme haben wir auch. Uns wird nachgesagt wir seien Sexistinnen, Revisionistinnen, wir seien keine Linken. Klar, wir sind keine politische Partei, aber auf jeden Fall eine politische Gruppe. Wir suchen die gleichen Lösungen mit dem Unterschied, daß wir die große "Minderheit" der Frauen endlich in die Mehrheit verwandeln wollen, die sie tatsächlich sind. Am Anfang war es wirklich schwierig, da hatten wir selbst ein schlechtes Gewissen, daß wir womöglich eine parallele Arbeit machten. Geholfen hat uns da das lateinamerikanische Frauentreffen in Bogotá 1981, wo wir unsere Position als autonome Frauen verstärken konnten.

Sehen die Frauen an der Basis die Autonomie auch als etwas Wichtiges an?

Mehr oft als wir selbst. Denn sie wurden seit jeher von den Parteien besonders ausgenutzt. Unglücklicherweise machten diese Genossinnen am Anfang keinen Unterschied zwischen rechten und linken Parteien, die für sie alle gleich waren. Daran läßt sich vielleicht auch die schlechte Arbeit der Linken ablesen. Für die Frauen war es egal, wer da ankam und ihnen irgendwelche Versprechungen machte und sie damit zu Kundgebungen und an die Wahlurnen lockte. Aber sie spürten die Manipulation. Sie sagten zum Beispiel: Im Moment ist diese oder jene Partei im Rennen, wir werden für sie arbeiten, weil sie uns Baumaterial für die Straße versprochen hat, das wir so nötig brauchen. Im CAM haben wir mit den Frauen erst einmal politische Bildung betrieben, haben den Unterschied zwischen den linken Parteien, Arbeiterorganisationen und den bürgerlichen Parteien klargemacht. Heute wissen sie Bescheid über die verschiedenen Parteien und die Gewerkschaften, vor allem die FUT, die dem Volk wirklich was anzubieten haben. Trotz aller Fehler, Versäumnisse und schlechter Behandlung den Frauen gegenüber sind sie doch unsere Genossen und kämpfen für die gleiche Sache. Das dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

Wenn die Frauen bei CAM aktiv werden wollen, stoßen sie dann auf familiäre Schwierigkeiten?

Die Ehemänner sind unser größtes Problem. Wenn die Frauen sich entschieden haben, aktiv zu werden, müssen sie ihre Männer erst einmal um Erlaubnis fragen. Die Männer sehen sich zum ersten Mal mit einer reinen Frauengruppe konfrontiert und fragen sich in ihrer traditionellen Denkweise, was die Frauen wohl zusammen machen. Sicher tratschen über sie und andere Männer und womöglich auch über Sex. Es ist mühsam, ihnen diese Vorurteile hinsichtlich der Frauenbefreiung auszureden. Wir von CAM sind deswegen dazu übergegangen, immer zuerst mit den Ehemännern der Frauen zu reden und ihnen zu erklären, was wir für Ziele haben und was wir in den Versammlungen machen. Daß wir uns nicht mit anderen Männern treffen und nicht über Liebe oder Sex reden, vielmehr zusammen sind, damit die Frauen Sachen lernen, die sie bisher nicht gewußt haben. Daß sie selbstständige Wesen sind und zu mehr nütze als fürs Bett und zum Kinderkriegen. Neben der Frauengruppe machen wir deswegen auch regelmäßig Veranstaltungen für die ganze Familie, damit die Männer besser verstehen und mitmachen. Zumindest sind wir heute bekannt und mehr respektiert, aber die Wenigsten haben bis heute kapiert, wozu es in unserer Organisation geht. Wir planen, auch Seminare nur für Männer zu machen. Keine gemischten. Damit haben wir nur schlechte Erfahrungen gemacht. Sobald die Männer dabei sind, reden die Frauen kein Wort mehr. Die Männer spielen sich auf in der Öffentlichkeit, voller Verständnis für die Befreiung der Frau. Zu Hause sagen sie dann genau das Gegenteil. In einem Männerseminar sollen sie dazu gebracht werden, über die Lage der Frauen nachzudenken und sich mit der Kindererziehung zu beschäftigen. Bei den Frauen, die aktiv in der Organisation mitmachen, merkt man bereits eine Veränderung. Sie treten mutiger gegenüber ihren Männern auf. Sie streiten sich nicht nur, sondern kommen ihnen mit sehr viel besseren und schlagenderen Argumenten. Aber das geht alles langsam voran und wir wissen, daß wir am Anfang nicht gleich alles erreichen können. Daher akzeptieren wir, daß die Frauen um Erlaubnis fragen, das Essen richten und das Haus in Ordnung bringen müssen, bevor sie weggehen können. Sachen, die natürlich im Widerspruch zur berühmten Frauenbefreiung stehen, aber im Moment haben wir keine andere Wahl. Wir hoffen, daß die Frauen allmählich lernen zu sagen: "Ich gehe jetzt, bleib du zu Hause, mach das Essen und versorge die Kinder." Wir müssen darauf

gefaßt sein, daß dies zu zunehmenden Spannungen in den Familien führt und die Frauen sich von ihren egoistischen und machistischen Männern trennen wollen. Dann müssen wir da sein, damit diese Frauen alleine mit ihren Vorstellungen weitermachen können.

Du hast gesagt, daß euch ein Austausch zwischen den Erfahrungen von Frauengruppen hier und bei euch sehr wichtig ist. Wie stellst du ihn dir vor?

Ich glaube, daß das Frauenproblem ein weltweites ist, weil überall die Frauen diskriminiert und an den Rand geschoben werden. Natürlich sind die ökonomischen und sozialen Verhältnisse in den Ländern verschieden. Eine Frauenorganisation in Ecuador muß andere Ziele und Aufgaben haben wie eine Frauenorganisation hier. Aber auch die Erfahrungen von radikalen Feministinnen können für uns wichtig sein. Vielleicht nicht sofort, aber sicher später. Es ist doch offensichtlich, daß überall auf der Welt Frauen um ihre Freiräume kämpfen und vorwärts gehen. Und warum sollen wir nicht von bereits gemachten Erfahrungen lernen? Sie dienen uns auch dazu, unsere eigene Situation besser anzugehen und womöglich Fehler zu vermeiden. In Lateinamerika ist es sehr schnell und einfach möglich, daß die Frauenforderungen übergangen werden. Es gibt so viele soziale Probleme, in denen du zu ertrinken drohst, daß du die Frauenprobleme einfach zur Seite schiebst. Daher ist es meiner Meinung nach die Aufgabe der europäischen Frauen, uns immer wieder den Rücken zu stärken, diese Frage der Gleichberechtigung immer wieder aufzugreifen. Eine Frauenorganisation muß den gemeinsamen und gleichzeitigen Kampf gegen beide Formen der Unterdrückung, die der Klasse und die des Geschlechts, führen. Es ist aber sehr schwierig, dieses Gleichgewicht zu halten. Das sieht man auch an Nicaragua und Kuba, wo erst der eine Kampf geführt wurde und jetzt der andere nachkommt.



## URUGUAY

### Der Untergang der Ja-Sager

Nach der Abstimmung vor zwei Jahren über die Verfassung, bei der die regierenden Militärs von der Mehrheit der Wähler eine Abfuhr erhielten, ist es jetzt bei partei-internen, aber offenen Wahlen zum zweiten Mal geschehen, daß die Bürger Uruguays ihrer Opposition Ausdruck gegeben haben. Natürlich nur in den zugelassenen Bahnen, denn die wirkliche Opposition war gar nicht erst zugelassen worden.

Solche Wahlen gibt es wahrscheinlich in keinem anderen Land, nur in Uruguay, aber dort gab es sie schon immer: Am 29. November waren alle Bürger des Landes aufgerufen, innerhalb der Partei ihrer Wahl die eine oder andere Kandidatenliste für die Parteitage delegierten zu wählen. Die Bedeutung dieser Wahlen ergibt sich aus den Aufgaben der Parteitage: Sie sollen erstens die nationalen Führungen der Parteien zum ersten Mal seit mehr als neun Jahren neu besetzen, und diese Führungen sollen dann mit den Militärs über einen neuen Verfassungsentwurf verhandeln, über den dann im November 1984 abgestimmt werden soll. Zweitens sollen die Parteitage jeweils bis zu drei Präsidentschaftskandidaten benennen, die sich in zwei Jahren zur Wahl stellen. Dann soll - soviel ist schon klar - die Partei den Präsidenten stellen, auf deren Kandidaten insgesamt die meisten Stimmen entfallen, und Präsident soll werden, wer wiederum unter ihnen die meisten Stimmen hat. Ein Wahlsystem, das es erlaubt hat, daß Leute wie Pacheco Areco und Bordaberry, die dem Militärregime vor 1973 den Boden bereitet haben, als Vertreter einer relativ kleinen Minderheit Präsidenten von Uruguay werden konnten. Man braucht da nur die relativ größte Gruppe in der relativ größten Partei vertreten, und dazu reichen bei genügender Konkurrenz schon zehn oder zwölf Prozent der Stimmen.

Schließlich waren diese Wahlen aber auch noch von großer Bedeutung, weil es zumindest indirekte Möglichkeiten gab, gegen die Militärs und ihr Regime zu stimmen. Allerdings waren nur drei Parteien zugelassen, die beiden traditionellen Parteien der "Colorados" und der "Blancos" und eine kleine neue Partei namens "Unión Cívica" (Staatsbürgerliche Union), deren Führerschaft sich aus Abtrünnigen vom rechten Flügel der Christdemokratischen Partei zusammensetzt. Alle anderen Parteien sind und bleiben als "ideologische" Parteien verboten. Das gilt für die Kommunisten ebenso wie für die Sozialisten, Sozialdemokraten, Liberalen und Christdemokraten.

Aus dem Vorwurf der "Ideologie" ergibt sich schon, als was die beiden traditionellen Parteien nach Auffassung der Militärs auch weiterhin gesehen werden sollen: nämlich als zwei große Volksgruppen, denen man von Geburt an sein Leben lang angehört und in denen charismatische Führerpersönlichkeiten ohne Programm um die Gunst der Parteimitglieder werben. Wie sich im Kolumbien von García Márquez die Liberalen von den Konservativen bestenfalls dadurch unterscheiden, daß sie im Durchschnitt etwas weniger häufig

zur Kirche gehen, so sollte es nach der Ansicht der Herrschenden zwischen den "Roten" und den "Weißen" in Uruguay auch in Zukunft bleiben. Tatsächlich beschränken sich die Unterschiede im wesentlichen darauf, daß die "Colorados" seit jeher etwas städtischer, etwas sozialer, etwas weniger fromm waren als die "Blancos".

Aber das gilt eben nur im Durchschnitt. Innerhalb der "Colorado"-Partei hat sich seit den sechziger Jahren mit relativer Mehrheit stets der extrem rechte Flügel, zuerst um den ehemaligen Amateurboxer Pacheco Areco, dann um Bordaberry durchsetzen können, während die demokratisch orientierten und sozialstaatlich gesinnten Gruppen untereinander heillos zersplittert und zerstritten waren. Bei der insgesamt etwas kleineren "Blanco"-Partei ist seit Anfang der siebziger Jahre mit Wilson Ferreira Aldunate ein Mann tonangebend, der ein ziemlich fortschrittliches Programm vertritt und deshalb natürlich nicht im Land geduldet ist und im Exil leben muß, wo er gute Beziehungen zu den bürgerlich-demokratischen Parteien Westeuropas unterhält.

Ferreira Aldunate war einer von mehreren hundert Politikern, denen die Teilnahme als Kandidaten ausdrücklich verboten war. Bei den Präsidentschaftswahlen von 1972 hatte er bei weitem die meisten Stimmen erhalten, war aber durch das Wahlsystem um den Sieg betrogen worden. Jetzt wurde seine Liste von dem Historiker Juan Pivel Devoto angeführt. Mehrere Kandidaten auf dieser Liste wurden noch vor der Wahl verhaftet und von den Militärs von der Liste gestrichen, sodaß die Anhänger dieser Liste den Wahlkampf schließlich völlig einstellten. Trotzdem errangen sie einen überwältigenden Wahlerfolg: Sie eroberten 70 Prozent der Stimmen, die für die Nationale Partei - wie die "Blancos" auch heißen - abgegeben wurden.

In der "Colorado"-Partei ging es aber um noch mehr, weil sie die größere ist und wahrscheinlich auch wieder den nächsten Präsidentschaftswahlen stellen wird. So konzentrierte sich alles auf die Frage, wie der schon genannte Ex-Präsident Jorge Pacheco Areco (1967-1972) abschneiden würde. Er hat während seiner Präsidentschaft in der Auseinandersetzung mit den Tupamaros wesentliche Grundrechte der traditionellen uruguayischen Demokratie außer Kraft gesetzt, dann den Putsch von 1973 unterstützt und dem Militärregime als Botschafter in Spanien, der Schweiz und den USA gedient. Vor zwei Jahren hatte er sich für die Annahme des Verfassungsentwurfs der Militärs eingesetzt. Das Problem war jetzt, ob die Anhänger anderer Strömungen innerhalb der Partei sich wieder so zersplittern würden, daß Pacheco und mit ihm die Militärs noch einmal siegen könnten. Dieses Ziel haben sie nun nach dem Ergebnis der Wahlen nicht erreicht. Während Pacheco etwa 25 Prozent der Stimmen erhielt, konnte eine andere Liste ungefähr 40 Prozent auf sich vereinigen. Sie wird von dem Rechtsanwalt Sanguinetti angeführt, der zwar früher Pacheco und Bordaberry als Minister gedient hat, vor zwei Jahren aber ein Vorkämpfer des "Nein" gegen die Militärs und ihre Verfassung war. Auch er vertritt eigentlich nur einen verbannten Politiker: Jorge Batlle, einen Nachkommen des angesehenen Präsidenten gleichen Namens vom Beginn dieses Jahrhunderts. Damit haben die "Ja"-Sager von 1980 auch diese Wahlen rundherum verloren. Es scheint, daß zu diesem Ergebnis auch die Anhänger der Linken zu einem Teil beigetragen haben. Obwohl von den Christdemokraten bis zu den Kommunisten alle Gruppen aus der "Breiten Front" von 1972 (damals 18 %) dazu aufgerufen hatten, weiße Stimmzettel abzugeben, wurde dieser Aufruf nur von 11 Prozent der Wähler befolgt.

Quellen: Direktberichte, Latin America Regional Report, dpa/taz.

## Die »Selbstmorde« im Zuchthaus »Freiheit«

Der in Frankreich lebende uruguayische Pianist Miguel Angel Estrella, der lange Zeit in Uruguay verhaftet war, hat einen Hilferuf an alle Welt veröffentlicht, um weitere inszenierte "Selbstmorde" im Militärgefängnis Libertad ("Freiheit") zu verhindern. Estrella schreibt:

Seine Strafe abgebußt zu haben, ist in Uruguay noch kein hinreichender Grund, um aus dem Gefängnis entlassen zu werden. Während meines Aufenthalts im Militärgefängnis von Libertad, 45 km von Montevideo entfernt, habe ich die Angst jener Gefangener kennengelernt, die trotz Anordnung der Militär-"Justiz", sie zu befreien, weiter im Gefängnis blieben. Manche von diesen Gefangenen, die die Militärs nicht befreien wollten, haben ein anderes Schicksal erfahren: den "Selbstmord".

Im Dezember 1980 soll sich Hugo Dermit in dem Moment, in dem er (nach acht Jahren) freigelassen werden sollte, "selbst umgebracht" haben; seine Leiche trug offenbare Spuren von Foltern. Im April 1982 begeht auch Edgar Sosa "Selbstmord". Er hatte das Ende seiner Strafe (neun Jahre) erreicht. Sosa war in einem leeren Barackenlager des Gefängnisses isoliert worden. In demselben Monat April sah auch ein anderer Häftling, der unvergeßliche Freund Juan Pino Garin, seine Strafe (zehn Jahre) an ihr Ende kommen. Statt freigelassen zu werden, wurde Juan in eine Militärkaserne überstellt. Am 16. Juni wurde seine Leiche seiner Familie zugestellt: nach Auskunft der uruguayischen Militärs ein weiterer "Selbstmord".

In diese selbe Kaserne wurde einige Tage nach dem Tod von Juan der Häftling Jorge Selves überstellt, der seit sechzehn Monaten seine Strafe abgebußt hatte. Im Gefängnis von Libertad habe ich viel über ihn und die schrecklichen Foltern reden hören, die er während zweier Jahre geheimgehaltener Haft erlitten hatte. Man hatte ihn 1973 festgenommen, seine Verhaftung aber bis 1975 nicht zugegeben. Vor seinem Abtransport im Juni hat Jorge Selves seinen Kameraden gesagt, daß er sich nicht das Leben nehmen würde.

Seither hat es keine Nachrichten mehr über ihn gegeben. Wird er der nächste "Selbstmörder" sein?

Soweit der Bericht und Hilferuf von Miguel Angel Estrella, abgedruckt auch in der Pariser Zeitung Le Monde vom 9. November 1982. Dazu ist noch anzumerken, daß die uruguayischen Militärs - im Unterschied zu ihren argentinischen und chilenischen Kollegen - das Foltern nicht irgendwelchen Spezialisten überlassen haben, sondern stets darauf gesehen haben, daß möglichst viele Offiziere und Soldaten direkt daran beteiligt wurden. So sehen sie sich auch im zehnten Jahr nach ihrer Machtübernahme noch veranlaßt, Zeugen ihrer Verbrechen, nämlich die Gefolterten selbst, durch inszenierte Selbstmorde zu beseitigen. Selbst noch die beschränkte und von ihnen kontrollierte Demokratie, die sie dem Land zugestehen wollen, erscheint ihnen als zu großes Risiko angesichts ihrer Verbrechen.

# REZENSION

## Nationale Revolution und indianische Identität

Das Buch "Nationale Revolution und indianische Identität - ..." enthält Dokumente und Interviews der Frente Sandinista und der Indianer-Organisation MISURASATA. Sie umfassen den Zeitraum von August 1979 bis März 1982 und spiegeln die Entwicklung von der Zusammenarbeit der beiden Organisationen bis hin zum offenen Konflikt wieder.

Ihnen vorangestellt sind zwei Aufsätze, deren erster den historischen Kontext der Dokumente darstellt und den größeren politischen Rahmen (äußere Bedrohung der Revolution/Konterrevolution...) kurz skizziert. Der zweite Aufsatz bietet einen kleinen Einblick in die Kolonialgeschichte der nicaraguanischen Atlantikküste - von der britischen "indirekten Herrschaft", wo die Miskito als Verbündete der Briten in den Auseinandersetzungen zwischen brit. und span. Kolonialismus auftraten und mittels der ihnen überlassenen Feuerwaffen, die anderen indigenen Völker unterwarfen und ausbeuteten, teilweise als Sklaven verkauften - bis zur Angliederung der "Miskito-Küste" an den nicaraguanischen Nationalstaat 1894 und der "klassischen imperialistischen Herrschaft" der USA. Gleichzeitig beleuchtet der Aufsatz noch einige ethnologische Momente, ethnische Herkunft der Miskito, soziales System...

Den Aufsätzen folgt noch eine umfangreiche Bibliographie zur Atlantikküste Nicaraguas mit dem Schwerpunkt auf ethnographischen und entwicklungs- bzw. tagespolitischen Texten.

Das Buch erleichtert dem nicht spanisch-kundigen Leser den Zugang zu den Primärquellen (Interviews, Zeitungsartikel, Verlautbarungen von Organisationen...), die er sich sonst mühsam zusammensuchen und Übersetzen müßte. Es bietet die Möglichkeit, die Entstehung und den Verlauf des Konfliktes einmal direkter, d.h. ohne durch den Filter eines "Vorlesers" (Wissenschaftler, Journalist o.ä.) gesiebt, nachzuvollziehen.

In den Quellen zeichnen sich die Konfliktpunkte - Landfrage, Autonomie-Forderung von MISURASATA, wechselseitiges Mißtrauen, ... - deutlich ab.

"Uns ist wichtig zu zeigen, daß die Texte, in chronologischer Abfolge geordnet, nicht einfach zwei unvereinbare Konzepte oder Positionen widerspiegeln. Vielmehr können wir gerade durch sie die Inkonsistenzen, Widersprüche und Veränderungen im Zeitablauf mitvollziehen, denen sandinistische wie indianische Äußerungen in wechselseitiger Reaktion aufeinander unterlegen haben.

Heute werden die ursprünglichen und oft noch unklaren Vorstellungen von FSLN und MISURASATA aus der Zeit des gemeinsamen Bündnisses im Jahr 1980 generell durch eine ideologisierende Rückschau verzerrt: ... Mit Hilfe der Originaldokumente und Interviews aus zweieinhalb Jahren wollen wir den Versuch unternehmen, nachträgliche Ideologisierung wieder aufzuheben und bei einer Aufarbeitung des historischen Ablaufs anzusetzen." (S.13f)

Einige Problembereiche, die ich für das Verständnis des Konfliktes und seine Beurteilung für wichtig halte, tauchen in der Dokumentensammlung (aber auch sonst in der mir bekannten Literatur und den Diskussionen zu Nicaragua) so gut wie nicht auf:

- Unterschiede zwischen den indigenen Gruppen an der Atlantikküste; verschiedene Interessen?
- Differenzierung innerhalb der Miskito selbst - Integration in die Geldwirtschaft, Erhalt traditioneller gemeinschaftlicher Produktions- und Verteilungsbeziehungen ...
- Stellung der spanischsprachigen Bevölkerung an der Atlantikküste
- Unterschiede in den politischen Vorstellungen innerhalb der FSLN
- Bewußtseinsstand der Bevölkerung in Nicaragua (sowohl Atlantikküste als auch Pazifikküste); rassistische Momente im Bewußtsein?

Die Einschätzung der Dokumente, das Erkennen ihres oft ideologischen, der Tagespolitik unterworfenen Charakters, ihr Einordnen in den Gesamtzusammenhang der nicaraguanischen Revolution, US-Außenpolitik, etc. (trotz der beiden kurzen Aufsätze) und letztlich ihre Beurteilung und Wertung bleiben dem Leser überlassen. Dazu ist jedoch eine umfassende Kenntnis der historischen, politischen und ethnischen Bedingungen, denen Nicaragua unterliegt notwendig. Solche Kenntnisse kann/will das Buch nicht vermitteln.

Für sich allein genommen bleibt so sein Gebrauchswert beschränkt. Im Zusammenhang mit anderen Informationsquellen halte ich die Dokumentensammlung jedoch für ein wichtiges Hilfsmittel einmal etwas "näher" an den realen Prozeß heranzukommen.

Hrsg.: Informationsbüro Nicaragua e.V.

"Nationale Revolution und indianische Identität - Der Konflikt zwischen Sandinisten und Miskito-Indianern an Nicaraguas Atlantikküste" Dokumente und Interviews

Edition Nahua, Wuppertal 1982

# SOLIDARITÄT

## Universität im Widerstand

### Zur Lage der Universität in El Salvador

Der Vorsitzende der allgemeinen Universitätsversammlung der Universität von El Salvador, Dr. Villalta Baldovinos und seine Mitarbeiterin Norma Herrera waren am 29. Oktober zu Gast am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin, um Studenten, Dozenten und Mitarbeiter über die Lage der Universität in ihrem Land zu informieren und sie um Solidarität und Hilfe zu bitten. Durch massiven Wahlbetrug kommt 1972 der Oberst Molina an die Macht. Damit beginnt eine Phase der politischen und militärischen Intervention der Universität in San Salvador. Die Universität, die sich bis zu diesem Zeitpunkt engagiert gegenüber den sozialen und ökonomischen Problemen der salvadoranischen Gesellschaft gezeigt hatte, sollte durch hartes Einschreiten "neutralisiert" werden. Teile des wissenschaftlichen Personals werden ausgewechselt, die Entwicklung der Human- und Sozialwissenschaften rückgängig gemacht, studentische Organisationen aufgelöst, eine Universitätspolizei eingerichtet, Studentenwohnheime für Studenten der unteren Klassen zerstört, die durch Reformen eingeleitete soziale Öffnung der Universität zurückgenommen. Das Ergebnis dieser repressiven Maßnahmen ist die Zerstörung der bisherigen Universitätsstruktur und der massenhafte Exodus von qualifiziertem wissenschaftlichem Personal.

Die Jahre 1973 bis 1976 sind gekennzeichnet von der Auseinandersetzung zwischen Teilen der Universität und der Militärdiktatur. Tragischer Höhepunkt ist das Massaker an 30 Studenten im Juli 1975. Als der Kampf gegen die repressiven Maßnahmen und gegen die andauernden Verhaftungen von Studenten und Lehrkörper nicht aufhört, wird die Universität im November 1976 von den Militärs geschlossen.

Nach einem halben Jahr wird die Universität unter der Leitung eines vom Militär eingesetzten Rektors, dem Großgrundbesitzer Carlos A. Castillo, wieder eröffnet. Die Krise der Universität hält in unverminderter Schärfe an: die Selbstverwaltungsgremien werden aufgelöst ( Consejo Superior Universitario, Asamblea General Universitaria), willkürlich werden Studenten und Akademiker verhaftet und ermordet.

Am 15. Oktober 1979 putschten reformorientierte Militärs mit dem Wohlwollen der USA. Ihr Programm sieht die Rückkehr zur Demokratie, Sozial- und Agrarreformen, die Freilassung aller politischer Gefangenen und die Einhaltung der Menschenrechte vor.

Der im November 1979 neu gewählte Rektor der Universität, Ing. Felix Antonio Ulloa spricht in seiner Antrittsrede von der Verantwortung der Universität in der gegenwärtigen Lage. Er fordert ihre soziale Öffnung und ihren Beitrag zur Lösung der Probleme des Volkes, das von der erlittenen sozialen Ungerechtigkeit erschöpft ist.

Unter der Federführung der Fakultät für Agrarwissenschaft wird ein Forum zur Agrarreform organisiert (Foro Nacional sobre la Reforma Agraria en El Salvador). Eine Agrarreform wird als unabdingbares Instrument zur Transformation der bestehenden sozialen Verhältnisse angesehen.

In einer Stellungnahme des Obersten Rates der Universität (Consejo Superior Universitario) vom Dezember 1979 werden folgende Forderungen aufgestellt:

- Freiheit für alle politischen Gefangenen
- Verurteilung der Verantwortlichen für die an der Bevölkerung begangenen Verbrechen

- Auflösung paramilitärischer Gruppen und der Sicherheitskräfte ( Guardia Nacional, Policia de Hacienda, Policia Nacional)
- Demilitarisierung der Arbeitszentren.
- Abschiebung der israelischen Militärberater
- freie Organisation des Volkes
- Garantien für die Rückkehr von Exilierten
- Respektierung der Massenorganisationen des Volkes

Doch die versprochenen gesellschaftlichen Reformen kommen nicht zum Tragen. Anfang 1980 treten die reformwilligen Junta-Mitglieder zurück, weil sie nicht länger verantwortlich für die Politik der einflussreichen konservativen Militärs zeichnen wollen. Die verbleibenden Militärs, die bald gemeinsam mit einigen Christdemokraten eine neue Junta bilden, leiten eine Politik der zwei "R" ein: "Reform" und "Repression". An dieser Politik ändert sich auch unter der Präsidentschaft des Christdemokraten Napoleon Duarte nichts.

Rund 12.000 Menschen sind nach Angaben des Erzbischofs von San Salvador, Arturo Rivera y Damas, allein im Jahre 1981 in El Salvador getötet worden. Mehr als 10 % der Bevölkerung sollen sich auf der Flucht befinden; eine Viertelmillion im eigenen Land und weitere 250.000 in den Nachbarstaaten Mexiko, Nicaragua, Honduras und Costa Rica.

Erneut ist auch die Universität schwer von den repressiven Maßnahmen betroffen: Im Juni 1980 wird der Universitätscampus militärisch besetzt. Dabei werden Panzer, Hubschrauber, Artillerie, Infanterie eingesetzt. Universitätsgebäude werden geplündert, Bibliotheken, Laboratorien, Archive usw. zerstört. Der Sachschaden beträgt etwa 24 Millionen US Dollar.

Am 28. Oktober 1980 wird der Rektor Felix A. Ulloa ermordet. Herr Ulloa stand kurz vor seiner Abreise in die Bundesrepublik Deutschland, zu der er offiziell eingeladen worden war, um über die Universität im Bürgerkrieg zu informieren und um den Friedenspreis entgegenzunehmen. Auf seiner Rundreise war er auch als Gast der Freien Universität nach Berlin eingeladen.

Viele Studenten und Mitarbeiter der Universität werden entführt, verhaftet und verfolgt. Die Gehälter der Angestellten werden eingefroren und ein stark gekürzter Haushalt bis November 1982 verabschiedet, mit dem nur noch die Gehälter der Arbeiter und Angestellten bezahlt werden können. Im Februar 1981 werden die Mitglieder des Obersten Rates der Universität während einer Versammlung verhaftet.

Trotz dieser Strangulierung der Universität lebt diese als Universität im Widerstand weiter. In privat angemieteten Räumen und Gebäuden wird die Arbeit der Universität fortgesetzt. Die Verwaltungsorgane werden reorganisiert, der Studienbetrieb in verschiedenen Fächern aufgenommen, so daß bis zum September 1982 ca. 1.700 Studenten ihre Diplomprüfungen ablegen konnten. Vor allem wird auch die Zusammenarbeit mit Universitäten anderer Länder auf der Basis technischer, wissenschaftlicher und kultureller Kooperation in Angriff genommen. Diese internationalen Kontakte erweisen sich als lebensnotwendig, da einerseits die Weltöffentlichkeit über fortdauernde selektive Repression gegenüber Universitätsmitgliedern informiert werden kann, andererseits direkte materielle Hilfe für die Universität im Widerstand organisiert werden kann.

### Spendenkonto "Universität El Salvador"

Bank für Gemeinwirtschaft - Bonn

-1 017 945 704-

Für die Überweisung eines Betrags in der Höhe von 2 US Dollar kann jeder eine "Matrikel der internationalen Solidarität an der Universität von El Salvador" erwerben.

Diese symbolische Einschreibung an der Universität zeichnet jeden für seine

solidarische Haltung gegenüber der Universität aus und für die Unterstützung des Kampfes der Universität und des salvadoreanischen Volkes für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit in El Salvador.

" Das Wichtigste ist zu helfen, damit die Universität weiter besteht, weil sie eine Universität ist, die aufhören würde zu existieren, wenn sie im Dienste jener stünde, die mit ihrer eigentlichen Aufgabe nichts zu tun haben "

Dr. Dario Villalta Baldovinos

#### PROTESTE GEGEN DIE MITTELAMERIKAPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG

Die Bundesregierung hat in den letzten Tagen klargemacht, daß sie in Zukunft die Entwicklungspolitik der Politik der Reagan-Administration anzugleichen gedenkt: keine Kritik mehr am Apartheids-Regime in Südafrika, Kürzung der Entwicklungshilfegelder für Nicaragua und vor allem eine verstärkte Unterstützung für die repressiven Regime in Mittelamerika. Erster Schritt dazu ist die Freigabe eines gesperrten Entwicklungshilfekredits an El Salvador und die Absicht, einen Botschafter in das Land zu schicken. Gegen diese Absicht haben die Mitarbeiter des DED protestiert. Solidaritätsgruppen haben am 2. Dez. in Frankfurt, Hannover, Hamburg, Münster, Düsseldorf, Aachen und West-Berlin CDU-Büros und das Consulat von Guatemala besetzt, um ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. Die Besetzungen verliefen gewaltfrei. Wir fordern auf, sich den Erklärungen mit diesen Aktionen zu solidarisieren und diese zu senden an:

Info-Stelle El Salvador, Siebengebirgsallee 81, 5000 Köln 1.

Im folgenden drucken wir Protesterkklärungen ab.

#### 3etr.: PROTEST GEGEN ENTWICKLUNGSHILFE FÜR EL SALVADOR

Die Vereinigung von Mitarbeitern des Deutschen Entwicklungsdienstes e.V. protestiert energisch dagegen, daß die bisher gesperrten DM 27,5 Mio Entwicklungshilfegelder von dem neuen Minister Warnke an El Salvador gezahlt werden sollen und darüber hinaus auch die Vergabe weiterer Gelder für 1983 erwogen wird.

Die Vereinigung fordert, daß diese Entscheidung aus folgenden Gründen rückgängig gemacht wird:

1. Die Leistungen gehen überwiegend an die einheimische Wirtschaft und Projekte im Rahmen der "Landreform", damit also in die Hände einer REGIERUNG, DIE NICHT IM GERINGSTEN IN DER LAGE IST, DURCH GRÜNDLICHE REFORMMASSNAHMEN DIE VÖLLIG BANKROTTE WIRTSCHAFTSSTRUKTUR EL SALVADORS ZU BESEITIGEN, sondern sich statt dessen auf einen endlosen Bürgerkrieg gegen die Mehrheit der politischen Opposition konzentriert;
2. jede Hilfe für diese Regierung bedeutet eine Absage an eine wirkliche Entwicklung durch Reformen und eine VERLÄNGERUNG DES MENSCHLICHEN ELENDS;
3. die Entscheidung von Minister Warnke stellt einen EBENSO EINFALLSLOSEN WIE GEFAHRLICHEN ROCKFALL IN DIE ZEITEN DES KALTEN KRIEGES und eine offensichtliche

Entscheidung dafür dar, DIE AUSDEHNUNG DER OST-WEST-SPANNUNGEN AUF DIE DRITTE WELT aktiv zu unterstützen;

4. eine finanzielle Unterstützung dieser Regierung hat FATALE FOLGEN FÜR DAS ANSEHEN BUNDESDEUTSCHER ENTWICKLUNGSHILFE BEI DER MEHRZAHL DER LATEINAMERIKANISCHEN LÄNDER, deren andergeartete Haltung zu den Konflikten in Mittelamerika in Bonn offensichtlich nicht mehr zur Kenntnis genommen wird.

Der auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik unerfahrene Minister hat sich schlecht beraten lassen.

Vereinigung von Mitarbeitern des Deutschen Entwicklungsdienstes e.V.

#### KEINE ENTWICKLUNGSHILFE AN EL SALVADOR

Mitglieder von Solidaritätsgruppen haben heute um 10 Uhr 15 in Westberlin und einer Reihe von Städten in der BRD die Parteibüros der CDU besetzt, um gegen die Mittelamerikapolitik der neuen Bundesregierung zu protestieren.

Die Besetzer erklären:

Erst kürzlich ist vom Entwicklungshilfeministerium bekanntgegeben worden, daß die seit zwei Jahren gesperrte Entwicklungshilfe an El Salvador in der Höhe von 27,5 Mio DM wieder freigegeben werden soll.

Mit der baldigen Wiederentsendung eines deutschen Botschafters nach El Salvador und der Kürzung der Entwicklungshilfe an Nicaragua muß nach Aussagen von CDU-Politikern ebenfalls gerechnet werden.

Diese geplante Politik steht in einem eklatanten Gegensatz zu den entwicklungspolitischen SONNTAGSREDEN führender CDU-Politiker.

- SO REDET DIE CDU DAVON, daß die deutsche Entwicklungshilfe zur Verwirklichung der Menschenrechte beitragen soll. Mit El Salvador soll jedoch jetzt ein Land zum Empfänger deutscher Entwicklungshilfe gemacht werden, in dem die Menschenrechte täglich und systematisch mit Füßen getreten werden.

- SO REDET DIE CDU DAVON, daß Entwicklungshilfe nicht Korruption und Vetternwirtschaft unterstützen, sondern vielmehr die Ärmsten der Armen erreichen soll.

In El Salvador jedoch verschwindet nachweislich der übergroße Teil der internationalen zwischenstaatlichen Hilfgelder im korrupten Staatsapparat, bzw. er wird zur Sanierung der bankrotten Staatsfinanzen und damit auch zur Kriegsführung benutzt.

- SO REDET DIE CDU DAVON, daß sich deutsche Entwicklungshilfe auf Länder konzentrieren soll, die bereit und in der Lage sind, ihre ungerechten Strukturen des Landbesitzes (wenige Großgrundbesitzer und hunderttausende von landlosen Bauern) zu reformieren.

In El Salvador jedoch ist der "Agrarreform"minister selbst Großgrundbesitzer und Mitglied einer faschistischen Bewegung. Die Todesschwadronen dieser faschistischen Bewegung haben die Ermordung von hunderten von Landarbeitern und Kleinbauern auf dem Gewissen.

- SO REDET DIE CDU DAVON, daß die Entwicklungshilfe vor allem die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Armen in der Dritten Welt an Nahrung, Wohnraum, Ausbildung und Gesundheit zum Ziel haben muß.

Tatsächlich verweigert die Bundesregierung jedoch Hilfe an Nicaragua, das einzige Land in Mittelamerika, das durch die Eigenaktivierung der armen Bevölkerungsschichten systematisch damit begonnen hat, Hunger und Elend zu beseitigen. Beispielsweise konnte die Kindersterblichkeitsrate erheblich gesenkt und der Anteil der Analphabeten

von 50% auf 18% der Gesamtbevölkerung gesenkt werden.

Mit dieser Aktion fordern wir:

- Keine Entwicklungshilfe an El Salvador
- Keine Entsendung eines deutschen Botschafters nach El Salvador
- Aufrechterhaltung der Entwicklungshilfe an Nicaragua

Wir, die Besetzer, erklären, daß wir solange in den CDU-Büros bleiben werden, bis einer der folgenden CDU-Politiker Heiner Geisler, Jürgen Warnke, Volkmar Köhler, Ottfried Hennig und Franz Karl Lammers auf einer Pressekonferenz in Köln zu unseren Forderungen Stellung genommen hat.

#### BRD - HÄNDE WEG VON MITTELAMERIKA Presseerklärung

Am 2. Dezember haben wir aus Solidarität mit den kämpfenden Völkern in Mittelamerika die Konsulate von Honduras und Guatemala in Westberlin besetzt. Diese Aktion geschah in Absprache mit Gruppen in verschiedenen westdeutschen Städten, die aus dem gleichen Grund Parteibüros der CDU besetzten.

Uns geht es darum, öffentlich zu machen, wie die BRD an der Seite der USA mit ihrer Wirtschaftspolitik direkt am Krieg in Mittelamerika beteiligt ist, der sich inzwischen auf die gesamte Region ausgedehnt hat.

- In EL SALVADOR findet eine Ausdehnung des Krieges durch verstärkte US-Militärhilfe und in den USA ausgebildete Eliteeinheiten statt.
- In GUATEMALA massakriert der unter dem Zeichen des Christentums angetretene Präsident Río's Moñt die Landbevölkerung.
- In HONDURAS werden geheime Friedhöfe wie in Argentinien entdeckt. Außerdem wird das Land zur Aufmarschbasis für eine US-Intervention ausgebaut, wozu 3 Militärflughäfen dienen, die zur Zeit an den Grenzen zu El Salvador, Nicaragua und Guatemala errichtet werden.
- NICARAGUA wird ständig durch in den USA, Guatemala und Honduras ausgebildete Soldner und Ex-Somizisten bedroht und angegriffen.
- COSTA RICA wird unter dem sozialdemokratischen Präsidenten Monge mit US-Geldern zu einem modernen Polizeistaat ausgebaut, der eine der Nationalgarde unter So-moza ähnliche Aufgabe erhalten soll.

Die BRD-Regierung und die deutschen Konzerne tragen an dieser Entwicklung einen nicht unbedeutenden Anteil:

- Die BRD-Regierung beabsichtigt, bereits früher bewilligte Entwicklungshilfegelder in Höhe von 27,5 Mio DM an El Salvador auszuzahlen und plant die erneute Entsendung eines Botschafters dorthin. Während für Nicaragua die Entwicklungshilfegelder drastisch gekürzt werden sollen.
- In El Salvador, Guatemala und Honduras werden die Widerstandsbewegungen mit Waffen von Heckler und Koch (teilweise über Drittländer wie Israel eingeführt) bekämpft.
- In Guatemala wird mittels deutscher Entwicklungshilfe und -experten, im Rahmen von Infrastrukturmaßnahmen in reichen Rohstoffgebieten, und der Hilfe von deutschen Konzernen wie der Hochtief AG und Lahmeyer AG (deren Hauptanteilseigner jeweils die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerks-AG ist, Betreiber von zahlreichen AKWs, der DWK und des Schnellen Brütters in Kalkar), das dortige Terrorregime getützt.
- Hondurenische Offiziere werden in der Bundeswehr ausgebildet.

- Mit deutschen Hilfsgeldern werden in Honduras Flüchtlinge ins Landesinnere umgesiedelt und gegen diese Menschen Repressionsmaßnahmen ausgeübt.
- In Costa Rica und Guatemala wird das Fahndungssystem mit Computern von Siemens aus Argentinien und mit Unterstützung von argentinischen Baratern, die von deutschen Kriminalexperten ausgebildet sind, perfektioniert.
- In Honduras wurden mit BRD-Krediten aus Steuergeldern und mit BKA-Hilfe die Fahndungsmethoden modernisiert.

WIR FORDERN:

- Keine deutsche Entwicklungshilfe an El Salvador!
- Einstellung der Wirtschafts- und Entwicklungshilfe an Guatemala und Honduras!
- Hondurenische Offiziere raus aus der BRD!
- Keine wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu El Salvador, Guatemala und Honduras!
- STOP DER US-INTERVENTION IN MITTELAMERIKA UND FOR DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER VÖLKER !

Solidaritätsgruppe Mittelamerika

## Kehrtwende in der Bonner Entwicklungspolitik

Neuer Bericht befürwortet Verzicht auf Kritik an USA und Schweigen zum Süden Afrikas

Von unserem Korrespondenten Rolf-Dietrich Schwartz

BONN, 28. November. In der bundesdeutschen Entwicklungspolitik zeichnet sich eine Kehrtwende in der bisher von allen im Bundestag vertretenen Parteien gemeinsam getragenen Politik gegenüber den Staaten der Dritten Welt ab. Der von den neuen Experten um CSU-Entwicklungsminister Jürgen Warnke überarbeitete Entwurf des noch von der SPD/FDP-Regierung begonnenen 5. Entwicklungspolitischen Berichts der Bundesregierung weicht in allen wesentlichen Bereichen gegenüber der bisher von Bonn vertretenen Linie ab.

Einem ministeriumsinternen Begleitschreiben an Minister Warnke zufolge unterscheidet sich der neue Entwurf von dem bisherigen insbesondere durch: — „eine Relativierung der Bedeutung des im Nord-Süd-Gefälle als solchem liegenden Konfliktpotentials und einer stärkeren Betonung der Ost-West-Dimension von Konflikten in der Dritten Welt,

— einen Verzicht auf kritische Anmerkungen zur Dritte-Welt-Politik der USA,  
— eine weitgehende Vermeidung von Aussagen zu den Problemen im südlichen Afrika (Konfliktstaaten und Befreiungsbewegungen),  
— eine modifizierte Bewertung des Berichts der Unabhängigen (Brandt-)Kommission für internationale Entwicklungsfragen,  
— eine zurückhaltendere Bewertung der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit und des Nord-Süd-Dialogs sowie  
— eine Streichung des Hinweises auf die geringe entwicklungspolitische Signifikanz des Entwicklungsländersteuergesetzes“.

Die Kehrtwendung in der entwicklungspolitischen Strategie der neuen konservativ-liberalen Bundesregierung war bereits Anfang November in einer Rede Warnkes vor der CSU-nahen

Hanns-Seidel-Stiftung zu erkennen. Im Entwicklungsministerium befürchtet man, daß bei den gestörten Beziehungen zwischen CSU und FDP der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß dies von einem CSU-Politiker geführte Haus nutzen will, um seine eigenen außenpolitischen Vorstellungen zu verwirklichen.

Frankfurter  
Rundschau  
29. 11. 82

## Solidarität

Anfang Dezember erhalten (immer noch) viele arbeitende Menschen das 13. Monatsgehalt, auch "Weihnachtsgeld" genannt. Nicht alle stürzen sich in die beklemmenden Materialschlachten an den langen Samstagen. Es gibt auch noch andere, sinnvollere Verwendungsmöglichkeiten für die Märker, die nicht unbedingt zur eigenen Reproduktion gebraucht werden, z. B. als Spende für El Salvador. Der hier abgedruckte Spendenaufruf stammt von einer Gruppe von bremer Genoss(inn)en. Wir finden diese Aktion nicht nur unterstützens-, sondern auch nachahmenswert.



Liebe Freunde und Kollegen,  
zum dritten Mal nach 1980 und 1981 wenden wir uns an Euch mit der Bitte um Unterstützung des salvadorischen Befreiungskrieges. Wir halten es selbst für sehr schlimm, daß wir dies erneut tun müssen, zumal wir vor zwei Jahren gehofft hatten, dieser Kampf würde nicht von so langer Dauer sein.

Derartige Hoffnungen sind dadurch zerstört worden, daß die USA unter Reagan eine Eskalation der militärischen Hilfe für die Junta und ihre zivilen Verwalter durchgeführt haben, die es der Guerilla schwer macht, kriegsentscheidende Erfolge zu erzielen. Denn jede militärische Niederlage der Regierung wurde durch schnelle finanzielle Hilfe sofort wieder zu kitten versucht.

Natürlich versucht die Junta zusammen mit den USA gegen die Guerilla in die Offensive überzugehen:

- durch immer neu in den Kampf geworfene Truppen,
- durch Vermehrung des Kriegsmaterials über die Ersetzung bereits zerstörten oder von der Guerilla erbeuteten hinaus,
- durch Einbeziehung anderer Staaten (besonders Honduras) in den Krieg,
- durch politische Tricks wie den "Wahlen",
- durch wiederholt angekündigte "Vernichtungsschläge" gegen befreite Gebiete.

Der Verlauf des Krieges zeigt jedoch, alle diese Maßnahmen konnten nicht verhindern, daß die FMLN stärker als noch vor zwei Jahren ist. Diese Stärke bezieht sich sowohl auf ihre militärische Ausrüstung (wozu auch unsere Spenden beitragen), als auch auf die Verankerung in der Bevölkerung und die Ausbreitung ihrer Stellungen über das ganze Land. Militärisch hat dies z. B. zur Folge, daß die Armee es sich nicht leisten kann, größere Einheiten in einer Provinz zusammenzuziehen, weil die Guerilla dann die schlecht besetzten Kasernen stürmen würde.

Die Aktivitäten der USA, die darauf abzielen, El Salvador in seinem halbkolonialen Zustand zu sichern, verlängern den Bürgerkrieg, erhöhen die Zahl der Opfer, können aber den Sieg der Befreiungskräfte des Volkes nur aufschieben. Nicht umsonst konzentriert sich die Reagan-Administration mehr und mehr auch auf Honduras und Nicaragua. Während Honduras durch Verträge und militärische Hilfe zum Aufmarschgebiet für die USA ausgebaut wird, werden von den USA ausgebildete und finanzierte Ex-Somoza-Anhänger vom hondurensischen Territorium aus immer aktiver durch Terror im Grenzgebiet Nicaraguas. Die hauptsächlichste Waffe der Befreiungskämpfer ist ihre hohe Moral, sowohl im ethischen wie im kämpferischen Sinne. Das ändert nichts daran, daß sie ohne Waffen, Lebensmittel und Medizin verloren wären.

Unser Beitrag ist nach wie vor lebenswichtig. So widersprüchlich es klingen mag: Die Unterstützung der kämpfenden Befreiungsfront FMLN dient dazu, das Leben der Freiheitskämpfer und der Bevölkerung El Salvadors zu schützen und langfristig dort eine Gesellschaft zu ermöglichen, die das Recht auf menschenwürdiges Leben erst garantiert.

**WIR BITTEN EUCH DESHALB WIEDER, INTENSIV DIE GUERRILLA ZU UNTERSTÜTZEN!**

Spendenkonto: Rolf Petersen      Im Holze 50      28 Bremen  
290 501 01 Sparkasse in Bremen      Konto Nr. 17 12 24 66

## Spendenaufruf

LIEBE ABONNENTEN UND LESER DER LATEINAMERIKANACHRICHTEN

Das FDCL braucht dringend Spendengelder - diesmal für seine eigene Arbeit und Struktur!

Wir können unsere Arbeit im nächsten Jahr nur so wie bisher fortsetzen, wenn wir etwa 50 neue regelmäßige Förderer gewinnen und wenn etwa diejenigen, die Weihnachtsgeld oder ein 13. Monatsgehalt bekommen, zugunsten des FDCL einmal tief in ihre Tasche greifen.

Zwei Gründe sind für unsere Finanzkrise verantwortlich:

Zum einen hat uns unser Umzug vom alten Büro am Savignyplatz zur "neuen Heimat" in den Mehringhof sehr viel Geld gekostet (Renovierung, Umbau der Fabriketage, organisatorische Umstellung, erhöhte Miete): etwa 9 000 DM bis zum Jahresende 1982.

zum anderen werden die Aufrechterhaltung unseres unaufhörlich anwachsenden Lateinamerika-Archivs und unsere Archiv-Informationsvermittlung zum Selbstkostenpreis an Aktionsgruppen, Schüler, Studenten u.a. für uns immer teurer. Um die Fülle der Anfragen ans Archiv (1982 etwa 6 000) und die sachgerechte Archivierung leisten zu können, haben wir zum 1. Oktober eine zweite Archiv-Sachbearbeiterin halbtags eingestellt.

So stehen wir im Augenblick vor dem Problem, auf der einen Seite finanziell über unsere Verhältnisse zu arbeiten, auf der anderen Seite der Nachfrage nach unseren kritischen Informations-Dienstleistungen nur "mit hängender Zunge" hinterherzulaufen.

Ein weiterer Gesichtspunkt, der unsere Arbeit in ungeahnter Weise aufwertet, ist die Tatsache, daß CDU/FDP in Berlin und SPD in Hamburg die offiziellen Lateinamerika-Bibliotheken und -institute totsparen wollen (Lateinamerika-Institut in Berlin und Institut für Iberoamerikakunde in Hamburg). Ab Jahresbeginn 1983 werden daher eine Reihe von Zeitungen/Zeitschriften aus Lateinamerika nur noch im Archiv des FDCL einsehbar sein. Doch wollen und können wir natürlich nicht dummdreiste Sparpolitik auffangen.

Aus unserer eigenen Finanzklemme möchten uns viele neue Förderer und viele, viele einmalige Spender heraus helfen. Alte Förderer mögen überlegen, ob sie ihren Förderbeitrag nicht vielleicht erhöhen könnten.

Alle Spenden sind steuerabzugsfähig. Zum Jahresende/Jahresanfang verschicken wir die Spendenbescheinigungen.

SPENDEN bitte auf Konto 17 69 66 - 104 PSA BlnW oder BfG Berlin 16 17 64 73 00 FDCL.

<p><input type="checkbox"/> Ich erkläre meinen Beitritt zum FÖRDERERKREIS FDCL</p> <p><input type="checkbox"/> Meinen Beitrag von mtl. .... DM überweise ich per Dauerauftrag mtl./viertel-/halb-/ganzjährlich auf PSchKto. FDCL, Nr. 17 69 66 - 104 PSchAmt Berlin West</p>	<p>Ich unterstütze die Arbeit des FDCL mit einer einmaligen Spende in Höhe von DM .....</p> <p>Datum .....</p> <p>Unterschrift .....</p>
--	--

Name: .....

Anschrift: .....

Datum: .....

Unterschrift: .....

## Kinderhilfe zu Weihnachten

Von der "Weihnachtskommission" zur Hilfe für die Kinder von Arbeitslosen und von verschwundenen und hingerichteten politischen Gefangenen in Santiago de Chile haben wir einen Brief erhalten, der für sich selbst spricht und den wir deshalb, leicht gekürzt, hier abdrucken:

Comisión Navideña  
"pro" ayuda hijos de cesantes, de presos  
políticos desaparecidos y ejecutados

Casilla 10103  
Correo Central  
Santiago

Liebe(r) Freund(in):

Die Weihnachtskommission, die im Dezember 1981 gegründet wurde, hat sich jetzt erneut versammelt und die Arbeit ausgewertet, die sie Ende letzten Jahres und in diesem Jahr seit dem Moment geleistet hat, in dem entschieden wurde, daß man sich als dauerhaftes Komitee zur Unterstützung der Kinder von Arbeitslosen konstituieren würde. Als eine Gruppe von Gewerkschaftsführern, Freiberuflern, Jugendlichen, Frauen und Kulturschaffenden haben wir uns also jetzt im zweiten Jahr versammelt, um neue Aktivitäten zugunsten der Kinder von Erschossenen, Verschwundenen und Arbeitslosen zu organisieren. Wie im Vorjahr wird diese Arbeit von Gewerkschaftsorganisationen und zahlreichen Personen unterstützt, die sich mit den Idealen der Gerechtigkeit und der Freiheit identifizieren, die die übergroße Mehrheit der Chilenen beseelen. Einmal mehr bitten wir um Deine materielle Hilfe und darum, daß Du in Deinem Umkreis diese gerechte Initiative bekannt machst.

Um die vorgesehenen Aktivitäten gut voranzubringen, ist eine Koordinationskommission gegründet worden, deren Vorsitzender in diesem Jahr Hugo Coloma ist und deren Mitgliedern ... die Aufgabe zufällt, die Aktivitäten zu leiten, für den 23. Dezember eine öffentliche Veranstaltung zu organisieren und die Hilfe zu verteilen, die wir bis dahin haben sammeln können. ...

Die Korrespondenz ist zu richten an die Comisión Navideña, Casilla 10103, Correo Central, Santiago de Chile, und zwar per Einschreiben, wenn sie irgendein Bankdokument enthält. Bei Direktüberweisungen bitten wir auf das Konto von Herrn P. Orlando Alvarez, Kontonummer 3441-10 bei der Oficina Central der Banco de Chile in Santiago de Chile einzuzahlen.

Von diesem Moment an wird die Koordinationskommission ... ununterbrochen bis zum 23. Dezember funktionieren und alle Anfragen beantworten, die an sie gerichtet werden. Wir sind auch darauf vorbereitet, denen zu antworten, die uns aus dem Ausland schreiben, und wir sind auch bereit, noch Personen vorzumerken, die von diesen Aktivitäten begünstigt werden sollen und die das auch wirklich nötig haben.

Im Vertrauen auf eine günstige Aufnahme unseres Anliegens grüßt Dich sehr herzlich

Susana Lopez F.  
Weihnachtskommission

## Zeitschriftenschau

AIB - Antiimperialistisches Informationsbulletin, Nr.11-12/1982

Liebigstr. 46, 355 Marburg

AIB-Aktuell: Kohl/Genscher auf Reagankurs? - Naher und Mittlerer Osten/Indischer Ozean: Die Ölregion und der Indik im Zugriff der Reagan-Administration - 12.Arabische Gipfelkonferenz: Der Friedensplan von Fes - Ronald Reagans Nahostinitiativen - Leonid I. Breshnews 6-Punkte-Vorschlag für einen Nahostfrieden - Libanon: Neue Tendenzen unter Amin Gemayel - Nach dem Massenmord in den Flüchtlingslagern Sabra und Shatila - Ägypten: Mubarak in den Fußstapfen Sadats - Mauritius: Westliche "Besorgnis" nach dem Triumph der Linken - Seychellen: Inselrepublik Seychellen- das umkämpfte Paradies - Namibia: Die Position der SWAPO zum UN-Plan für Namibia - Südafrika: Der Neuaufschwung der Gewerkschaftsbewegung - Indochina: Die rechanchistische Allianz China-USA (I) - Türkei: Die Einheit der demokratischen Kräfte herstellen.- Malaysia: Die Grenzen der Bumiputra-Politik - Bolivien: Der verspätete Regierungsantritt H. Siles Suazos, Chile: Das neue Gesicht der Opposition (II) - Uruguay: Das Wirtschaftsmodell der Diktatur - Mittelamerika: Kirche zwischen Repression und Revolution - Tomas Borge - Rückblick:100 Jahre deutscher Kolonialverein - Infodienst - Kurzinformationen - Kommentar: Ausländerproblem "menschlich" lösen?

Entwicklungspolitische Korrespondenz -EPK Nr.4/82 , Postfach 2846, 2 HH 19

ZMBABWE: - Politische Lage des heutigen Zimbabwe (analysen und Interviews) - Landpolitik, Genossenschaften, Entwicklungsprojekte - Rechtlich-soziale Stellung der Frau - Bildungspolitik: Erziehung mit Produktion

ila- info 61 /1982 , Römerstr.88, 53 Bonn 1

Schwerpunktthema: Wahlen in Brasilien und Uruguay und Uruguay: Mehr als nur Fassadenreinigung?

Lateinamerika: Ecuador- Der Ausnahmezustand als Beruhigungspille; Honduras oder Nicaragua: wer rüstet offensiv?; Genscher, Reagan und Honduras:"Geheimkrieg gegen Nicaragua"

Ländernachrichten: El Salvador - Verhandlungen oder Intervention?

Solidaritätsbewegung: Kolumbien - Zum Tag des politischen Gefangenen; In Brasilien wie bei uns Die Macht der Männer von Mannesmann; "Wir sind die Ameisen der Bewegung" - Bericht von der Frauentagung vom 29.10.-1.11.82 in Dortmund; Die Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik; Offener Brief des Franziskaner Missionskongresses an den US-Präsidenten; Honduras - "Was nützt denn ein militärisches Engagement der Bundesrepublik!"; Nachtrag zum Fall Herterich: Beihilfe zur Endlösung; Seminarankündigungen, Buchbesprechungen, Zeitschriftenschau, Materialliste

SKKAL, Solidarität Nr 72/1982 Postfach 692, CH- 8026 Zürich

Nahost: Auferstanden aus den Ruinen? Brasilien: Zu den gegenwärtigen Wahlen/ Verschuldung am Beispiel Brasiliens / Konflikt zwischen Kirche und Staat / Interview mit Dom Luis, Bischof von Campina Grande / Sicherheitspolitik im Südatlantik: Was haben die Malvinas mit Brasilien zu tun? - Nachlese zum Tod von Steve Biko und zu den Folterungen an Dumitile Makande - Bücher - Dossier Schweiz-Trikont - Diskussion um Palästina-Protestaktion des SKAAL

ISTMO-STUDIEN ZU ZENTRALAMERIKA, Nr. 2, Okt. 82

Neoliberale Politik: USA - BRD (mit Beiträgen von E. Altvater, A. Schubert, E. Süßdorf, M. Kron).

Herausgeber und Vertriebsadresse: SOZIALWISSENSCHAFTLICHE STUDIENGESellschaft ZENTRALAMERIKA e.V., Coerdestr. 42, 44 Münster, Kto.Nr. Deutsche Bank 154 3966, Münster, BLZ 400 700 80.

Nach dem Bonner Regierungswechsel:

# VORWARTS, es geht zurück!

DENN DAS WOLLEN SIE (U.A.):

- den Schnellen Brüter weiterbauen
- den Kernkraftgegnern keine öffentlichen Mittel mehr geben
- den Sauren Regen mit Kernkraftwerken bekämpfen
- die Kompetenzen der Verwaltungsgerichte "ordentlich einschränken", um Bürgerinitiativen diesen Rechtsweg zu verbauen
- für die Ruhe sorgen, die eine "überwältigende" Mehrheit der vernünftigen Bevölkerung herbeisehne
- den Rhein-Main-Donau-Kanal fertigstellen
- das Demonstrationsrecht verschärfen, "aus einer Demo auch 'mal hundert Leute herausgreifen, um so ein Exempel zu statuieren". (Zimmermann Dez. 81)

Wer verhindern will, daß diese Versprechen eingelöst werden, sollte

- in einer Bürgerinitiative mitarbeiten, die sich für mehr Umweltschutz, der Erhaltung des Friedens, den Ausbau demokratischer Rechte einsetzt und
- sich mit seiner BI dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) anschließen und Förderndes Mitglied beim BBU werden und
- durch eine Spende oder ein zinsloses Darlehen dem BBU auch finanziell den Rücken stärken

Bundesverband

Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.

BBU



...damit die Zukunft eine Chance hat!

Ich möchte den BBU unterstützen:

- Unsere Gruppe möchte Mitglied im BBU werden. Bitte senden Sie uns die entsprechenden Unterlagen zu.
- Ich möchte den BBU als förderndes Mitglied unterstützen und spende
- monatlich DM.....  
vierteljährlich DM.....  
halbjährlich DM.....  
jährlich DM.....
- Ich möchte dem BBU ein zinsloses Darlehen gewähren und fordere den Darlehenvertrag an.
- Ich spende dem BBU DM ..... gegen Spendenquittung.
- Ich ermächtige den BBU, diesen Betrag bis auf Widerruf von meinem Konto..... bei..... BLZ..... abzubuchen.

Name

Adresse

Datum

Unterschrift

BUNDESVERBAND BÜRGERINITIATIVEN UMWELTSCHUTZ E.V. · BBU  
Friedrich-Ebert-Allee 120, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/ 23 30 99  
PostKto. 902 50 · 757, PostAmt Karlsruhe (BLZ 860 100 75)

# EL PARCIAL

## EL SALVADOR: LA INTERVENCION ESTADOUNIDENSE

EL PARCIAL - Heft 7 (September 1982)

El Salvador: La intervención estadounidense

Das Heft umfaßt 140 Seiten, davon 123 Seiten Pressedokumentation. Die Texte sind fast ausschließlich in spanischer Sprache; berücksichtigt wurden vornehmlich Publikationen aus Mexiko und mittelamerikanischen Ländern.

Inhaltliche Gliederung: Die globale Strategie der USA gegen Befreiungsbebewegungen in der Dritten Welt/Politische Unterstützung für die christdemokratische Militärjunta El Salvadors/Zusammenbruch der salvadorianischen Wirtschaft/Bilaterale Wirtschaftshilfe der USA und Unterstützung durch internationale Finanzinstitutionen/Agrarreform als Counterinsurgency-Modell/Errichtung einer demokratischen Fassade: die Wahlfarce/Militärische Intervention der USA in El Salvador/Die Regionalisierung des salvadorianischen Konflikts: die offene honduranische Intervention.

Das Heft kostet 8,00 DM und ist zu beziehen über **FDC**

UNA DOCUMENTACION DE PRENSA

# Septiembre de 1982 7

# links lesen

Monatlich 36 Seiten politische  
Analysen und Informationen,  
Berichte von  
der Basis



Beiträge zu  
sozialen  
Bewegungen und  
internationalen  
Entwicklungen

Nr. 153, Dezember 1982

Kommentare Nitzling, Schwalba-Hoth, Edler, Huhn, Maier ● Schwerpunkt Krise Delors/Trenin: Linke Sparpolitik? Schlupp: Reagan, Röhren und Raketen Winger: Arbeitsloseninitiativen ● BRD Scheerer: Wie sprengt sich ein Parlament? Maier: BKA und rechter Terror ● Internationalismus Borchard: Spanien nach der Wahl, Goldkorn: Polen - Amsel frißt Raben.

Ich abonniere die "links" ab 1.1.1983 zum Preis von DM 35,- jährlich, einschließlich Versandkosten. Ich erhalte kostenlos die November- und Dezembernummer 1982 sowie die Sondernummer "Friede". Bis zum 30.1.83 kann ich vom Abonnement zurücktreten.

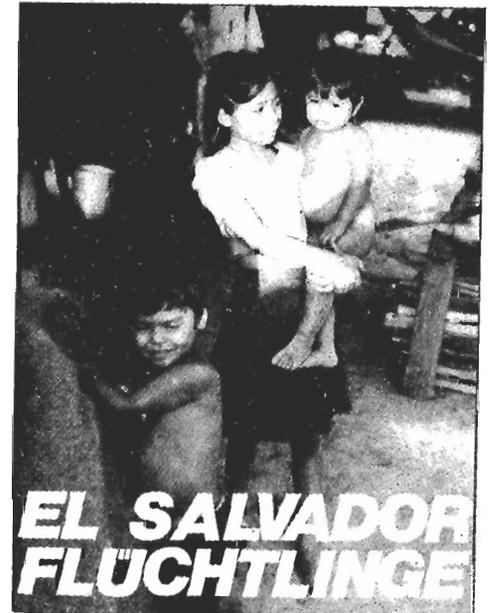
Vor- und Zuname (Blockschrift) .....

Straße .....

PLZ und Wohnort .....

Datum und Unterschrift .....

Anfordern bei: Verlag 2000/Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/885006.



## EL SALVADOR FLÜCHTLINGE

### SOLIDARITÄTS-KALENDER 1983

LATEINAMERIKA-KOMITEE DER ESG HEIDELBERG/

FMLN/FDR-VERTRETUNG IN DER   BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Bezugsadresse:

Lateinamerikakomitee Heidelberg  
c/o Waltraud Mayer  
Blumenstr. 41

6900 Heidelberg

Preis: DM 5,-